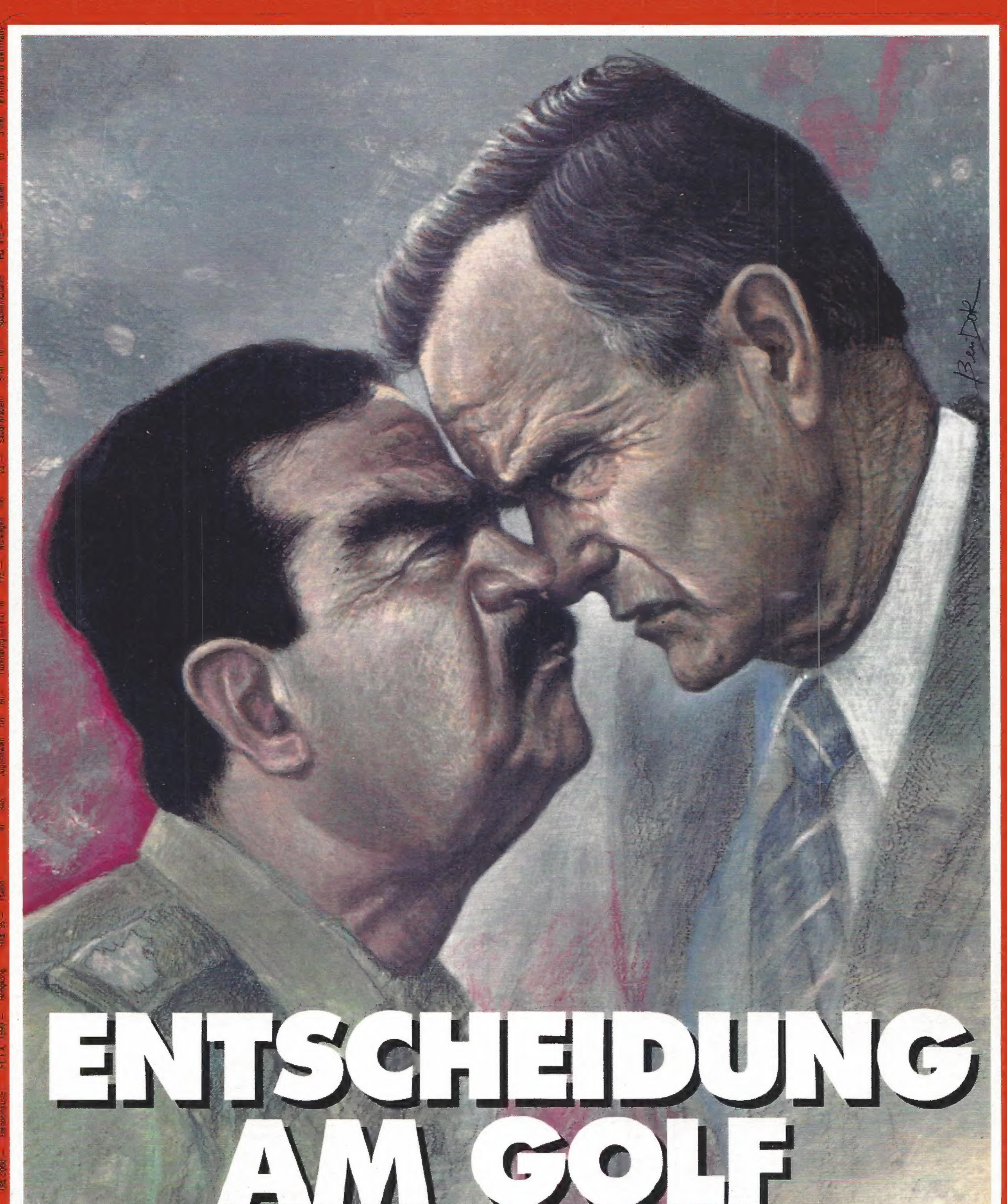
DER SPIEGEL

C 7007 C

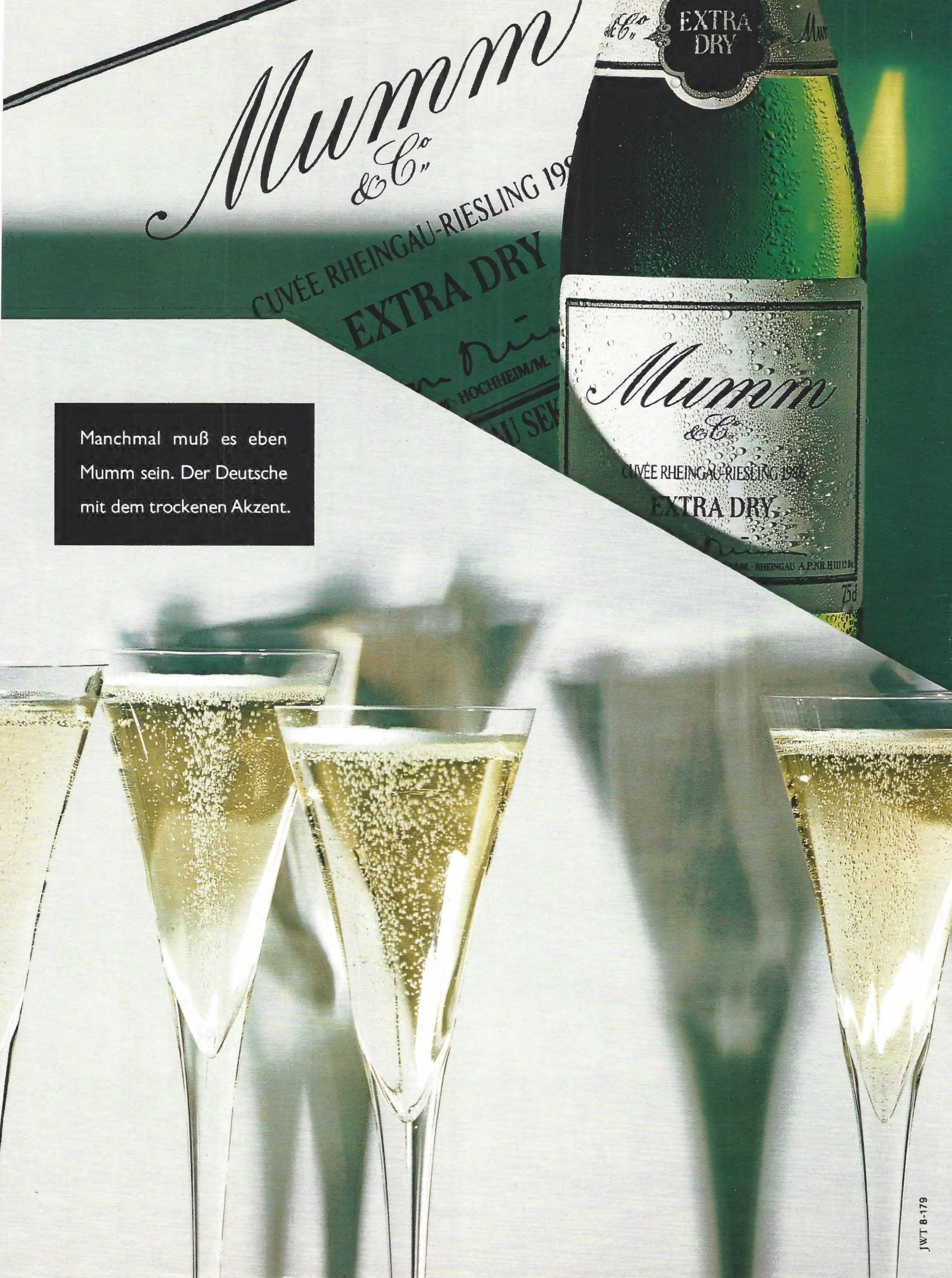
Nr. 3 / 45. Jahrgang

14. Januar 1991

4,50 DM



ENTSCHEIDUNG AM GOLF


Mumm & Co
EXTRA DRY
CUVÉE RHEINGAU-RIESLING 198
EXTRA DRY
HOCHHEIM/M.
Manchmal muß es eben Mumm sein. Der Deutsche mit dem trockenen Akzent.
Mumm & Co
CUVÉE RHEINGAU-RIESLING 1986
EXTRA DRY
RHEINGAU
75cl
JWT 8-179

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt

Im Sturmschatten der Golfkrise eskaliert die Spannung zwischen den nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Republiken und der sowjetischen Zentralmacht (siehe Bericht Seite 125). Eine Schlüsselrolle in diesem Konflikt spielten von Anfang an die geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Ein halbes Jahrhundert lang hatte Moskau die Existenz der Protokolle geleugnet, in denen der braune dem roten Diktator das Baltikum anheimgab. 1989 endlich – der SPIEGEL druckte einen Titel über den "Teufelspakt" – bestätigte ein Untersuchungsausschuß des Sowjetparlaments unter Vorsitz des Gorbatschow-Vertrauten Alexander Jakowlew die Existenz jener Protokolle; Pakt und Zusätze wurden feierlich annulliert.

Ein Berater des Untersuchungsausschusses war der Moskauer Historiker und Weltkrieg-II-Veteran Lew Besymenski. Für den SPIEGEL hat er jetzt aufgeschrieben, "wie wir die Geheimprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt wiederfanden und annullierten" – ein Bericht, der überraschende historische und dramatische politische Aufschlüsse bietet, Inside-Information aus "Schicksalstagen" der Perestroika.



SPIEGEL-Titel 32/1989

Zu erfahren ist da, wie Jakowlew (der inzwischen vor den Perestroika-Gegnern kapituliert hat) im Untersuchungsausschuß an zwei Fronten kämpfen mußte: gegen "die radikalen Balten" und gegen konservative Genossen, "die eine unbedingte Entlarvung und Überwindung des Stalinismus nicht wollten". Und enthüllt wird die Existenz eines weiteren Geheimpapiers in Sachen "Teufelspakt": Das jetzt im Moskauer "Zentralen Staatsarchiv der Oktoberrevolution und der obersten Staatsbehörden" entdeckte Dokument ist eine 1945 gefertigte Liste mit neun Punkten, die nach Stalins Willen im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zur Sprache kommen durften. Punkt 2: "Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1939". Punkt 5: "Die baltischen Sowjetrepubliken".

Auch diese Besymenski-Enthüllung liefert der Geschichtsschreibung neuen Stoff – und wirft ihren historischen Schatten auf die aktuelle sowjetische Intervention im Baltikum. Wie sagte Gorbatschow noch vor wenigen Wochen: Die in den baltischen Staaten gezogenen Schlußfolgerungen aus der Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes "sind unzulässig" (Besymenski-Bericht Seite 104).

TITEL

DEUTSCHLAND

WIRTSCHAFT

Kohl: „Hör auf, Blüm" Seite 18


Kohl

„Schreien Sie hier nicht rum"; „jetzt hör doch mal auf, Blüm" – so versuchte Kanzler Kohl in den Koalitionsverhandlungen seinen Arbeitsminister zu zügeln, der sich gegen allzu viele Schnitte ins soziale Netz wehrte. Blüms magerer Erfolg: Die Renten der Bergleute bleiben so hoch und ungerecht, wie sie waren; aber vor allem die Arbeitnehmer müssen für die Einheit Opfer bringen. Für die Reichen entfällt die Vermögensteuer, die frühere DDR wird, weil Genscher es will, zum Niedrigsteuerland.

Lange Zeugenliste im Fall Späth Seite 24

Von den Kosten war oft nicht die Rede, wenn Ministerpräsident Späth auf Luxustrips eingeladen wurde. Seine allzu innigen Beziehungen zu führenden Managern machen dem Schwaben zu schaffen. Ein Untersuchungsausschuß soll Klarheit bringen; die Zeugenliste ist lang.

Neue Erfahrungen im Osten Seite 90

Weil es in den neuen Bundesländern überall an geeigneten Managern fehlt, hat die Berliner Treuhandanstalt auf bewährte Kräfte zurückgegriffen: Pensionierte Wirtschaftsführer und ausgediente Politiker sollen an der Spitze der Aufsichtsräte marode Firmen sanieren.

Hafenstraße: „Wir bleiben drin" Seite 77


Polizeieinsatz in der Hafenstraße

In einem SPIEGEL-Gespräch versuchen Bewohner der Hamburger Hafenstraße, bundesweit Synonym für Gewalt und Chaotentum, ihre „Gegenkultur" zu verteidigen. Gegen die nach einem Gerichtsurteil vom Senat der Hansestadt angekündigte Räumung ihrer Häuser wollen sie in jedem Fall Widerstand leisten: „Wir bleiben drin."

„Osteuropa droht eine Katastrophe“ Seite 128

Eine weltweite Energiekrise als Folge eines Golfkriegs würde die jungen Demokratien in Osteuropa in den Staatsbankrott treiben: Der Umbau ihrer Wirtschaft ist ohnehin durch Mangel an Kapital und Erfahrung sowie den Verlust der ausländischen Absatzmärkte bedroht.

Wasser als Waffe gegen den Irak? Seite 142

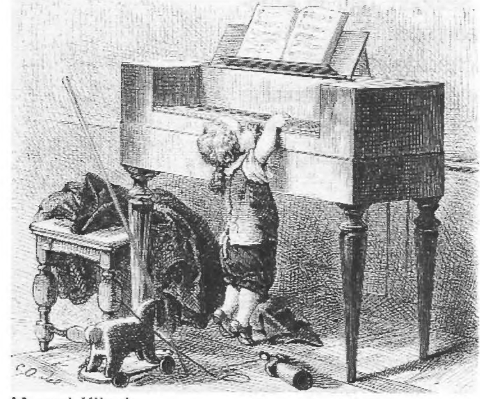
Mit riesenhaften Staudämmen an den Flüssen Euphrat und Tigris besitzt die Türkei eine Wasser-Waffe. Amerikanische Strategen schlagen vor, die Ströme anzustauen, um auf diese Weise den Irak Saddam Husseins auszutrocknen.

Seelenärzte schocken wieder Seite 178

Der Elektroschock, als Folter geächtet, kehrt in die Psychiatrie zurück – in abgemilderter Form, wie die Befürworter behaupten. Doch auch die modernisierte Stromstoßtherapie reißt Löcher ins Gedächtnis, ihre Heilwirkung ist kurzlebig.


Elektroschock-Behandlung

Roll over Wolferl Seite 160


Mozart-Kitsch

Musik- und Medienwelt haben voll aufgedreht: Kaum begonnen, artet das Mozart-Jahr zum 200. Todestag des Komponisten bereits in eine phantasielose Materialschlacht aus. Nachruhm und Nachlaß des genialen Klassikers drohen in einem Concerto grosso von Kitsch, Rummel und falscher Weihe unterzugehen.

Melodram für Mutter Maria Seite 190


Relin, Schell

Familienglück im ZDF: Erstmals durfte die Mimin Maria Schell, seit den fünfziger Jahren das Seelchen der Nation, gemeinsam mit Tochter Marie Theres Relin vor der Kamera stehen. Zum 65. Geburtstag der geschwätzigen Schauspielerin bringen die Mainzer ein Melodram, das sich der deutsch-deutschen Geschichte als Kulisse bedient. Der Titel ist ein Versprechen: „Das letzte Wort“.

AUSLAND

SPORT

KULTUR

RUBRIKEN

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Offiziell gesponsert

(Nr. 1/1991, SPIEGEL-Titel: George Bush gegen Saddam Hussein)

Man sagt, er sei in Kuweit einmarschiert. Aber Kuweit, ein vom Westen konstruierter Staat, ist traditionsgemäß Teil des Irak. Die Amerikaner sind es, die dort in der arabischen Wüste nichts zu suchen haben.

Biberach/Riß (Bad.-Württ.) MARTIN BERTSCH

Das Ärgste, was uns allen passieren könnte, wäre ein teilweiser oder selbst vollständiger Rückzug von Saddam Hussein aus Kuweit und sein persönliches Fortbestehen und das seiner Kriegsmaschinerie. Denn damit wäre zwar das unmittelbarste Problem gelöst, aber wir wüßten nie, wann und wo Saddam Hussein nächstes Mal zuschlägt. Nur ein Verzweiflungsüberfall auf Israel wäre noch schlimmer.

London DR. KARL H. PAGAC

Während der bedenkenlose Diktator des Irak über 5000 Kurden, zumeist Frauen, alte Menschen und Kinder, mit Giftgas viehisch umbrachte, lieferte die westliche Welt zuvorkommend Waffen und technisches Know-how. So ist die Dummheit der vergangenen Jahrzehnte deutlich: Die Industriestaaten haben Dritte-Welt-Länder mit ihrem Zeug vollgestopft, mal aus reinem Profit-Interesse und mal aus „politischen" Gründen, weil der Feind irgendeines Potentaten ihnen feindselig erschien. Jetzt haben wir die Bescherung.

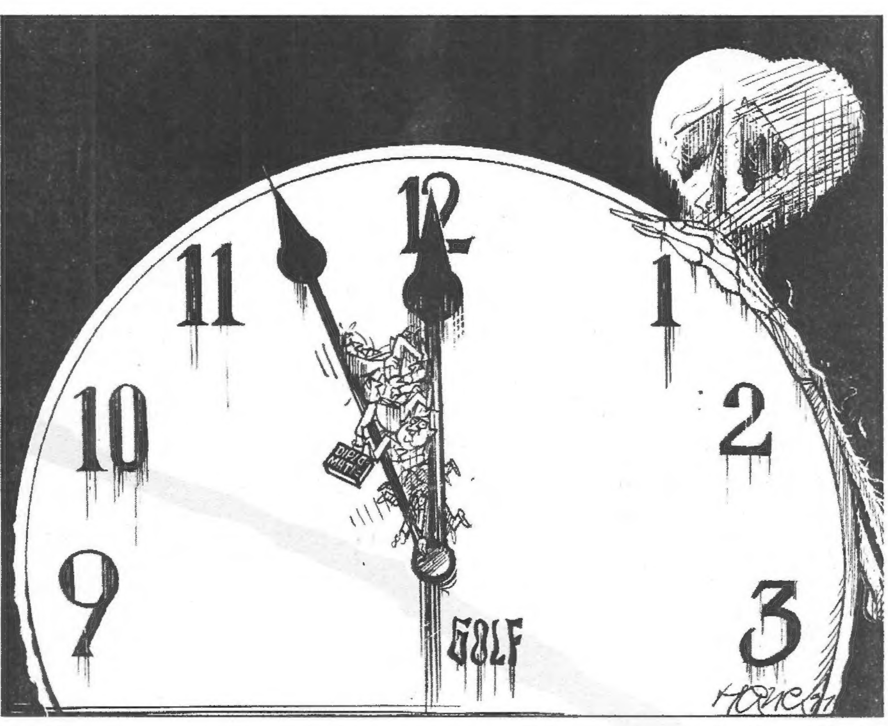
München ST. JERZY-WASNER

Der im Terminkalender der Militärs und Medien offen notierte Kriegsbeginn (wann gab es so etwas jemals?) wird die TV-Supershow für die neunziger Jahre, offiziell gesponsert von der Uno. Dank an Hussein, daß er mit seiner rudimentären Politik die Karambolage (ich glaube, mehr ist es nicht) auslöste und damit einigen Großkonzernen verbesserte Umsatzerlöse verschaffte. Als Initiator sollte er teure Rechte für die Berichterstattung vergeben.

Heidelberg THOMAS WÄSCHER

Ist das winzige Kuweit ein derartiges Weltbeben wert? Glaubt denn nur einer fest daran, daß dieser schmutzige Krieg die Probleme des arabischen Kontinents lösen wird?

Valrico (Florida) DOROTHY PATRICK



Frankfurter Allgemeine

Sei's, wie es sei: Das Risiko einer irakischen Herrschaft über Kuweit ist als korrigierbar eher einzugehen als das Risiko der nicht revidierbaren Vernichtung von Tausenden von Menschenleben.

Karlsruhe ROLAND G. ZAHN

Ordentlich Angst

(Nr. 52/1990, SPIEGEL-Essay von Dieter Wild: Kann Israel untergehen?)

Sehr offen und sehr richtig hat Dieter Wild in seinem Artikel klargelegt, daß sich selbst die friedfertigste israelische Regierung im Interesse der Existenz Israels keinen Palästinenserstaat in den besetzten Gebieten leisten könne. „Darf Israel untergehen? Nein. Kann Israel

WEITBLICK AUF NORDDEUTSCHE

Hinter dem Horizont ist die Welt nicht zu Ende. Nie hatte dieser kleiner. Märkte wachsen zusammen. Bei aller Globalisierung gilt unser Überblick, um so aussichtsreicher Ihre Perspektiven.

untergehen? Ja“, schreibt Wild. Eine dritte Frage und eine dritte Antwort fehlen meines Erachtens: Wird Israel untergehen? Nein. Nicht nur die Vereidigung der israelischen Soldaten auf Massada – „Jerusalem wird nie mehr fallen“ – ist dafür ein Garant. Auch die fortschreitende Erkenntnis unserer Welt, daß sie mehr und mehr in der Freiheit zusammenfindet und zusammenhält, gibt Leuten wie Saddam Hussein keine Chance mehr, läßt aber den Staat Israel die Zukunft gewinnen.

Köln RUDOLF GRASS
Leiter des „Politischen Clubs Colonia“

Nach Lektüre Ihres Aufsatzes hatte ich die einigermaßen beunruhigende, aber nichtsdestotrotz sehr plastische Vision einer Gedankenkette, die, in einem rechtslastigen israelischen Kopf entstanden, etwa wie folgt aussehen könnte: Wenn der erste irakische Gefechtskörper auf israelischen Boden fällt – und wenn Israel dann einen Atomsprengkopf in Richtung Saddam Husseins Kopf abfeuert –, dann wäre der ganze Irak-Rest, der Welt-Konflikt passé. George Bush hätte (mit etwas Glück) nicht einen seiner Boys verloren und wäre froh: Alle Araber hätten wieder ordentlich Angst vor dem mächtigen Zwerg David, und die USA wären Israel für die nächsten Dekaden moralisch verbunden. Aber sicher wird niemand auf so einen schrecklichen Gedankengang kommen, oder? Bestimmt sollte mich Ihr Armageddon-Aufsatz nicht auf so eine perverse Idee bringen, nein, bestimmt nicht.

Pinneberg (Schlesw.-Holst.) MANFRED MEYER

Vollkommen verfremdet

(Nr. 50/1990, Waffen: Jugendkult um mörderische Wurfsysteme)

Wir begrüßen den kritischen Bericht des SPIEGEL über die gefährlichen Wurfsterne, legen aber doch Wert auf die Feststellung, daß dem Bundesrat zu dem beabsichtigten Verbot bereits ein Gesetzesantrag des Freistaates Bayern vom 12. Juni 1990 vorliegt, der im Innenausschuß zwischenzeitlich am 5. Dezember 1990 die Zustimmung aller Länder gefunden hat.

München GÜNTER SCHUSTER
Pressesprecher des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

Es müßte jedem klar sein, daß das Ninjutsu in Action-Filmen vollkommen verfremdet und brutalisiert dargestellt wird. Wenn also ein Jugendlicher nach einem Ninjutsu-Film das Bedürfnis hat, sich durch Erwerb von Wurfsternen zur „Killermaschine“ zu entwickeln, so dürfte wohl die Schuld dafür bei der Wirkung solcher Filme auf Jugendliche gesucht werden und nicht bei Ninjutsu-Vereinen, die sich um den Erhalt einer traditionsreichen Kampfkunst bemühen, bei der niemand lernt, andere Menschen zu verletzen oder gar zu töten.

Friedrichshafen (Bad.-Württ.) DIRK-BORIS RÖDEL

Durch ihre Besetzung mit dem Ninja-Nimbus der Unbesiegbarkeit und vor allem des Nicht-Erwischtwerdens wird die Hemmung, derlei Waffen auch zu gebrauchen, enorm herabgesetzt. Die besondere Geisteshaltung des Ninjutsu tut ein Übriges: Ein Ninja-Kämpfer, wie es in einem einschlägigen Kampfsport-Magazin in fast verklärendem Tonfalle heißt, sei in der Lage, „mit demselben Gleichmut einen Menschen zu töten, wie ein Hühnchen zu schlachten“ *(Black Belt)*. Seit der Publikation meiner kritischen Studie über fernöstliche Kampfkunst werde ich mit Drohanrufen und -briefen überhäuft. Anfang des Jahres übergoß man mein Auto mit Benzin und steckte es in Brand.

München COLIN GOLDNER

Irreale Versprechungen

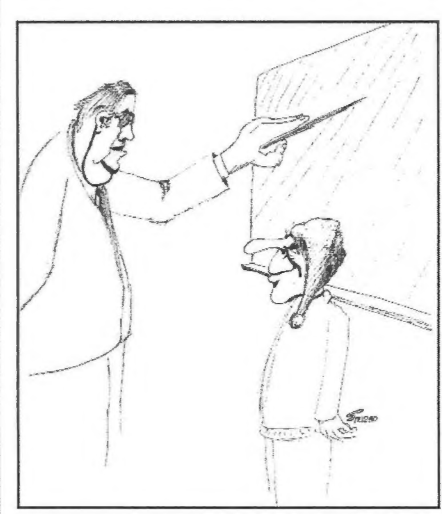
(Nr. 52/1990, Autobahngebühr: Die Koalition kippt um)

Mich wundert immer wieder, daß die Mehrheit der Wähler bei jeder Bundestagswahl auf so lächerliche Lügen, es gäbe keine Steuererhöhungen, hereinfällt. Man kann sich doch an allen zehn Fingern abzählen, daß ein Land, was 40 Jahre lang runtergewirtschaftet wurde, nicht ohne Steuererhöhungen wieder auf Vordermann gebracht werden kann!

Remagen-Rolandseck (Rhld.-Pf.) PETER PAUL RUTHSCH

Hier mein Beitrag zum Thema Steuererhöhungen oder „Abgaben“:

Bonn SIEGFRIED SCHNEIDER



„Nun schreiben Sie hundertmal: ‚Abgaben sind keine Steuererhöhungen, und der Mond ist eine Gurke!‘“


HIEPLER VALENCISE WACKERBARTH PHOTO: HORST WACKERBARTH
OTTO
KERN
THE MAGIC OF FASHION
AUGUSTASTRASSE 1 D-6750 KAISERSLAUTERN FAX 8 40 02 31

Auch wenn eine pauschale Straßensteuer für uns, die wir mangels öffentlicher Verkehrsmittel überdurchschnittlich viel Auto fahren müssen, günstiger wäre, halten wir die Erhöhung der Mineralölsteuer, ggf. zweckgebunden, für die entschieden sinnvollere Lösung, auch wenn unsere neue Regierung damit von irrealen Versprechungen, die ihr ohnehin kaum jemand glaubte, abrücken muß. Über den Treibstoff wird am ehesten nach Straßennutzung und Treibstoffverbrauch bezahlt, die von allen in Frage kommenden ehrlichste Lösung.

Wangerland (Nieders.) DR. JOACHIM KRUG

Überwältigendes „Ja"

(NR. 1/1991, Gesellschaft, SPIEGEL-Autor Peter Brügge über die Symptome der deutschen Luxus-Bewegung)

Echt gut Ihr Artikel über Symptome der deutschen Luxus-Bewegung! So wissen unsere Golfkrieger doch endlich, für wessen Freiheit sie ihren vorprogrammierten Heldentod sterben dürfen. Die Armani-Tanten und Rolex-Onkel werden ihrer im stillen Gebet gedenken.

Neuss (Nrdrh.-Westf.) MARIANNE WEUTHEN

Der gute René Descartes hat sich verschrieben. Er wollte sagen: Consumo ergo sum.

Berlin TIMO HENCKEL

Die perversen Träume – der, den Konsumgütern nachjagenden, Super-Reichen – werden wohl auch nicht durch Meldungen von täglich 40 000 verhungernden Kindern oder 100 000 000 Obdachlosen zerplatzen.

Berlin STEFAN KOHN

Als Otto-Normalverbraucher danke ich Ihnen für diesen Beitrag, hat er mir doch gezeigt, daß auch die armen Reichen so ihre Sorgen haben und sich ihr Selbstwertgefühl wahrlich teuer erkaufen müssen.

Freiburg HARTMUT BRENNER

Das gesamtdeutsche Volk hat es doch so gewollt: Auf die Frage „Wollt ihr den totalen Wohlstand?" gab es doch ein überwältigendes „Ja"! – am 2. Dezember 1990.

Berlin CHRISTOPH BRÖCKERS

Auf den Seiten 118ff derselben Ausgabe wird berichtet, daß die „Stiftung Europäisches Naturerbe" 5 000 000 Mark benötigt, um das Überleben der Kraniche zu sichern. Hierin sollten die armen Reichen, die Mondpreise für alte Jeans, Babystrampelhosen und Schlangenledergürtel zahlen, ihr überflüssiges Geld lenken. Der Gegenwert von je fünf Uhren von Blancpain oder fünf gebrauchten Ferrari F 40 würde genügen, dieses eine Vorhaben der Stiftung durchzuführen.

Bückeburg (Nieders.) WERNER SCHÜRMANN



Luxus-Pelze in Hamburg: Perverse Träume

Peter Brügges Sittengemälde hat meine Frau und mich amüsiert. Nicht nur, weil er mein eigenes Komsumverhalten kritisch ins Blatt gerückt hat, sondern auch, weil er ein völlig anderes der SPIEGEL-Mitarbeiter suggeriert. Ich sehe Sie förmlich durch die Redaktionsstuben schleichen, ärmlich, aber immerhin sauber gekleidet, in jedem Fall aber den schnöden Mammon verachtend.

Überrascht hat meine Frau und mich der mitgeteilte Preis für die Uhr, die sie mir vor Jahren zum Geburtstag geschenkt hat. Entweder hat Herr Brügge phantasiert, oder dem Setzer ist eine Null zuviel in den Text geraten. Aber vielleicht ist der Artikel mit der Null zuviel einfach schöner. Wie dem auch sei, wir haben einen Vorschlag: Herr Brügge oder der SPIEGEL-Verlag kaufen die Uhr für den angeblich erzielbaren Preis von 30 000 Mark. Die Hälfte des Betrages spenden wir für einen wohltätigen Zweck. Vom Rest kriege ich eine neue Uhr, ein Paar Schuhe zu dem Preis, den meine nach Ansicht von Herrn Brügge gewöhnlich kosten, und die Familie finanziert ihren Sommerurlaub daraus. Wenn dann noch etwas übrigbleibt, kriegt Otto Schily ein neues Hemd. Was ist, angenommen?



Ministerpräsident Schröder
Neues Hemd für Otto Schily

Hannover GERHARD SCHRÖDER
Niedersächsischer Ministerpräsident

Mit viel Freude haben wir Ihren Artikel gelesen. Nur eine Korrektur, die uns wesentlich erscheint, gäbe es auszuführen: Der Erfinder der Jeans hieß Levi Strauss – Vorname: Levi, Nachname: Strauss – und nicht, wie in oben genanntem Artikel angegeben, Claude Levi-Strauss.

München CHRISTIANE HÄBERLEIN
Levi's-Pressestelle

Der arme Öko, der regelmäßig ein paar Mark für Tier- und Umweltschutz spendet, ist für diese Erde tausendmal wertvoller als jeder einzelne dieser versnobten „Born to shop"-Helden.

Cochem (Rhld-Pf.) MICHAEL OTT

Atomhilfe für Saddam?

(Nr. 52/1990, Rüstungsexport: Die Atom-Connection der Iraker – Der SPIEGEL berichtete, die Siemens-Tochter Interatom habe bei der Entwicklung irakischer Atomtechnik geholfen und irakisches Personal geschult)

Der Verdacht, unsere Firma, die 50 Prozent ihrer Umsätze außerhalb des Gebietes Kernenergie erzielt, habe dem Irak in der Atomtechnik geholfen, ist unbegründet. Das Rohrleitungsprojekt, über das Sie berichtet haben, war ein industrielles Infrastrukturvorhaben, das viele Länder der Dritten Welt realisie-

ren, um die Kosten ihrer Anlagenimporte zu senken. Auch die technischen Verfahren und Maschinen, die Sie erwähnen, begründen den geäußerten Verdacht nicht. Bei der „Desublimation im Gefrierbereich“ beispielsweise handelt es sich um ein Verfahren, das in jedem besseren Chemie-Lehrbuch beschrieben wird und bei einer Vielzahl chemischer und petrochemischer Prozesse gebräuchlich ist. Es erfordert eine bestimmte Auslegung der verwendeten Rohre. Letztlich wurde nur ein Iraker einen Tag lang bei einer Frankfurter Anlagenbaufirma über die Anwendung dieses Verfahrens in der Petrochemie informiert. Helium-Lecktester und Vakuumpumpen (technisches Prinzip: umgekehrte Luftpumpe) sind alles andere als „hochsensible Maschinen“, vielmehr Standardgeräte zur Dichtigkeitsprüfung und zum Befüllen von Rohren. Derartige Maschinenlieferungen waren bei dem „Deal mit IPC“ im übrigen nicht einmal vereinbart. Das vom Bundesamt für Wirtschaft vorab geprüfte und freigegebene Ausbildungsprogramm für irakische Techniker wurde nicht nachträglich verändert, sondern lediglich in detaillierte Einzelprogramme für die verschiedenen Teilnehmer aufgeteilt. An der Ausbildung haben auch keine „Know-how-Träger“ auf dem Gebiet der Urananreicherung teilgenommen. Diese von der Projektleitung veranlaßte Vorsichtsmaßnahme sollte von vornherein die Möglichkeit ausschließen, an sensitives Wissen heranzukommen. Da es in den erwähnten Interatom-Abteilungen sowohl nukleartechnische wie nicht-nukleartechnische Arbeitsgruppen gibt, besagen die Abteilungsbezeichnungen nichts über das tatsächliche Know-how der ihnen zugeordneten Mitarbeiter. Der Manager, der sich angeblich geweigert haben soll, am Training teilzunehmen, hat lediglich darauf hingewiesen, daß die von der Projektleitung festgelegten Ausschlußkriterien seine Teilnahme nicht zulassen. Bei dem „Handbook of Hydraulic“ schließlich handelt es sich nicht um spezielle „Nuklearliteratur“, sondern um ein 1960 in der UdSSR erschienenes Standardwerk der Strömungslehre. Die von der US-Atomenergiekommission herausgegebene englische Ausgabe ist im Buchhandel erhältlich. In ein besonders schiefes Licht haben Sie die Gründe für die spätere Ausreise des Interatom-Mitarbeiters Friedhelm Hendrian gerückt. Diese waren rein persönlicher Natur. Herr Hendrian hat wegen seiner irischen Lebensgefährtin, die zum Zeitpunkt der Aktion des Altbundeskanzlers Willy Brandt nicht ausreisen durfte, das Land am 5. Dezember 1990 verlassen.

Bergisch-Gladbach DR. HARTMUT MAYER
Interatom GmbH

Alles Quatsch?

(Nr. 52/1990, Musik: SPIEGEL-Redakteur Willi Winkler über das deutsche Klavierwunder Clara Schumann)

Wie stand Clara an Schumanns Grab? Eva Weissweiler hat genau hingesehen: „aufrecht und unerotisch“ – na so was, konnte sie sich nicht wenigstens für ihren toten Gatten mal richtig ins Zeug legen? Hat sie wenigstens seine Werke gespielt? Keine Spur! Man weiß ja, daß sie von den circa 200, meist hochvertrackten Klavierstücken Roberts zumindest die Nummer 3 aus den „Kreisleriana“ nie öffentlich gespielt hat, ohne einen Grund dafür anzugeben! Das wundert einen natürlich nicht, wenn man weiß, wie sie am Grab stand. Verstand sie was vom Kontrapunkt? Aber nein! Ihre drei Präludien und Fugen, opus 16, hat ihr vielleicht Mendelssohn heimlich zugesteckt, während Robert onanierte. Wollte er überhaupt eine Musikerin zur Frau, verstand er sie, verstand sie ihn? Immerhin schrieb er ihr am 10. Juli 1839 über ihr opus 11: „Du vervollständigst mich als Componisten wie ich Dich. Jeder Deiner Gedanken kommt aus meiner Seele, wie ich ja meine ganze Musik Dir zu verdanken habe.“ Alles Quatsch; das wissen wir heute besser: Er dachte nur an seine Jüngelchen, sie ans Geld, weshalb wir sie ja auch auf dem Hundertmarkschein feiern, denn auch für uns macht das Geld die Musike!

London WOLFGANG HELD

Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage des Rentrop-Verlages, Bonn, sowie der Enzyklop. Literatur, Dr. Egon Müller, Seefeld.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein
CHEFREDAKTION
Dr. Werner Funk, Hans Werner Kilz
REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Jan Fleischhauer, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Brigitta Huhnke, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Uwe Klußmann, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Olaf Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Gabor Steingart, Hans Gerhard Stephani, Günther Stokkinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Willi Winkler, Helene Zuber
REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10
REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Matthias Matussek, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Rainer Pörtner, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, W-1000 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telefax 261 6503; Kronenstraße 70, 0-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Am Bahnhofsvorplatz 1, 0-5010 Erfurt, Tel. 511 51, Telex 61 243 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Karen Andresen, Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Kiel: Manfred Ertel, Niemannsweg 18, 2300 Kiel, Tel. 56 30 66, Telefax 56 27 48 · Leipzig: Clemens Höges, Lutz Spenneberg, Käthe-Kollwitz-Straße 115, 0-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Stephan Lebert, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 269 09 36, Telefax 266 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telex 22 736 · Prag: Senovážné nám. 16, 11 000 Prag, Tel. 22 83 12 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41, Telefax 52 99 97 · Warschau: Polnastraße 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Theobaldgasse 9/7, 1060 Wien, Tel. 587 3433, Telefax 587 3433
ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Christiane Gehner, Rüdiger Heinrich, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Chris Riewerts, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht
SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Koalition, FDP, Abtreibung, Sexualität, Fischer-Gespräch, Politisches Buch: Wolfram Bickerich; für Minister, Affären (S. 24), Justiz, Energie, Trends, Banken, Transrapid, Ölmärkte, Gewerkschaften, Manager, Rikkert-Interview, Versicherungen, Unternehmen, Wertpapiere: Dr. Wolfgang Kaden; für Affären (S. 26), Kriminalität, Atomkraft, Drogen, Flüchtlinge, Frauenhäuser, Zwangsarbeit, Rüstung, Störfälle, Hafenstraße-Gespräch: Uly Foerster; für Zeitgeschichte: Fritjof Meyer; für Panorama Ausland, Titelgeschichte (S. 116), Jariv-Interview, Baltikum, Osteuropa, USA, Peng-Peiyun-Interview, Argentinien, Sowjetunion: Dr. Olaf Ihlau; für Titelgeschichte: Dr. Romain Leick; für Tennis, Fußball: Heiner Schimmöller; für Intendanten, Bestseller, Szene, Autoren, Affären (S. 185): Willi Winkler; für Gülle, Cholera, Elektroschock, Biographien, Prisma: Jürgen Petermann; für Briefe, Spielfilmrechte, Fernsehen, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Karl-Otto Saur; für Automobile: Rudolf Glismann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Rolf Bekker (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)
DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Hartmut Behnke, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Andrea Volkmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner, Peter Zobel
BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann
NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg
VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Karl Dietrich Seikel, Burkhard Voges
GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

MADE IN BELGIUM
MADE IN DENMARK
MADE IN FRANCE
MADE IN GERMANY
MADE IN GREAT BRITAIN
MADE IN GREECE
MADE IN HOLLAND
MADE IN IRELAND
MADE IN ITALY
MADE IN LUXEMBOURG
MADE IN PORTUGAL
MADE IN SPAIN

1993 werden Sie plötzlich viel mehr Konkurrenten haben. Wie gut ist Ihr Unternehmen darauf vorbereitet?

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich gegenwärtig in glänzender Verfassung. Im Durchschnitt sind die Kapazitäten zu fast 90 Prozent ausgelastet. Und neue Wachstumsimpulse für die kommenden Jahre werfen schon ihr Licht voraus: der europäische Binnenmarkt und die neuen Bundesländer im Osten Deutschlands.

Sie rechnen sich sicher große Chancen aus. Aber Ihre Mitbewerber tun dies auch.

Die Unternehmen, die sich rechtzeitig mit den neuen Wettbewerbsbedingungen befassen und in die Offensive gehen, werden die positiven Effekte dieser Marktöffnungen für sich nutzen können. Dazu sind Investitionen erforderlich, für deren Erfolg nicht zuletzt die Finanzierung entscheidend ist.

Für die Spezialisten der BfG:Bank bilden analytische Beratung und die Erarbeitung einer weitsichtigen Kreditkonzeption eine untrennbare Einheit. Unsere Lösungsstrategien basieren auf einem weitgespannten Kreditinstrumentarium, das wir flexibel auf die jeweilige Unternehmenssituation und das jeweilige Vorhaben abstimmen. Es reicht von unserem speziellen Umwelt-Sonderprogramm für Investitionen mit Umweltbezug über die BfG:Investitions-Optimierung bis hin zu allen Formen von Exportkrediten und Garantiegeschäften. Mit ihren attraktiven Modalitäten zielt unsere Kreditpraxis dabei auf langfristige Zusammenarbeit und dauerhaften Erfolg für Ihre Investitionsentscheidung.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Als Partner in der Aachener und Münchener Gruppe haben wir unsere klassischen Bankdienstleistungen um die breite Palette von Versicherungs- und Bausparangeboten erweitert. BfG:Kunden erhalten so einen übergreifenden Finanzservice, der weit mehr als nur Teilaspekte persönlicher Finanzplanung abdeckt.



Endlager Deutschland

Die Sowjets haben der Bundesregierung angeboten, ihre Truppen früher als im Stationierungs- und Abzugsvertrag vereinbart aus dem Gebiet der ehemaligen DDR abzuziehen. Moskau befürchtet, daß bis zum Ablauf der Stationierungsfrist Ende 1994 ein erheblicher Teil seiner Soldaten und deren Angehörige in Deutschland bleiben und um politisches Asyl nachsuchen wollen. Das sowjetische Angebot ist jedoch an eine Bedingung geknüpft: Bonn soll sich verpflichten, eine Million Tonnen Munition zu übernehmen und selbst zu entsorgen. Das aber stellt die Bundesregierung vor ein kaum lösbares Problem. Die Bundeswehr hat als Altlast der Nationalen Volksarmee bereits mehr als 300 000 Tonnen Munition übernommen, deren alleinige Beseitigung nach Angaben von Experten fünf bis zehn Jahre dauern wird. Die sowjetische Munition müßte daher zunächst auf Halde genommen und über Jahre hinweg aufwendig gelagert und bewacht werden.



Bauarbeiten am AKW Stendal

Geld für eine Bauruine

Kurz vor Jahresschluß hat Finanzminister Theo Waigel noch eine Treuhand-Bürgschaft für die Kernkraftwerk Stendal GmbH von 448 Millionen Mark gebilligt, die er schon jetzt in den Wind schreiben kann. Begründung für die Weihnachtsgabe an die Nuklear-GmbH, die zwei 1000-Megawatt-Baustellen ohne Aussicht auf Vollendung verwaltet: „Über diesen Betrag besteht keine Entscheidungsfreiheit mehr, da auch bei Abbruch aller Tätigkeiten (Planungsarbeiten und Konservierungsmaßnahmen) für das Kernkraftwerk Stendal Zahlungsverpflichtungen in dieser Höhe anfallen und die Einleitung eines Konkursverfahrens keine Lösung darstellt.“ 270 Millionen Mark werden fällig, um Lieferungen des sowjetischen Reaktorherstellers zu bezahlen – Kanzler Helmut Kohl hat die Verträge garantiert. Weitere 120 Millionen Mark verlangt die heutige Kraftwerks- und Anlagenbau AG, wie die Kernkraftwerk Stendal GmbH Rechtsnachfolger einer früheren Staatsfirma. Heute sind beide Unter-

Wechsel bei der PDS

PDS-Chef Gregor Gysi, 42, will vom Amt des Parteivorsitzenden zurücktreten – wegen Arbeitsüberlastung. Statt dessen, erklärte er seinen Vorstandskollegen, wolle er sich künftig auf seine



Brie

Bonner Arbeit als Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe konzentrieren. Als Nachfolger favorisiert Gysi seinen bisherigen Stellvertreter André Brie, 40. Brie, Wahlkampfleiter bei der Volkskammerwahl im März vergangenen Jahres, gilt als Theoretiker der PDS und plädiert für eine deutlichere Abkehr von der alten SED. Mit dem Wechsel an der Parteispitze rechnen PDS-Insider für den zweiten Teil ihres 2. Parteitages im Sommer dieses Jahres. Bereits nach dem Finanzskandal im Oktober 1990 hatte Gysi seinen Rücktritt erwogen. Wegen „einer gewissen Nötigungssituation“ durch seine Genossen hatte er sich schließlich dazu bereit erklärt, zunächst im Amt zu verbleiben.

Bakers schwarze Liste

Bei seinem Besuch vergangene Woche in Bonn hat US-Außenminister James Baker amerikanische Vorwürfe erneuert, deutsche Firmen brächen weiterhin das Handelsembargo gegen den Irak. In den vergangenen Monaten waren von amerikanischen, britischen und australischen Geheimdiensten bereits 100 Hinweise auf deutsche Sünder eingegangen. Auf einer schwarzen Liste der Amerikaner, auf der mehr als 550 Firmen aus 50 Ländern vermerkt sind, rangiert Deutschland hinter Irak-Nachbar Jordanien gleich auf Rang 2. Baker beruft sich auf die als erstklassig geltenden Informationen der National Security Agency, des geheimsten aller amerikanischen Geheimdienste, der ständig weltweit jegliche Telekommunikation mit dem Irak aufzeichnet und auch in Deutschland verdächtige Firmen abhört. Konkret beschuldigen die Amerikaner das hessische Unternehmen Karl Kolb, das als Konstrukteur für eine Giftgasfabrik im Irak gilt, und den Rhein-Bayern Fahrzeugbau aus Kaufbeuren, der dem Irak Ausrü-



Beschuldigte Firma

stungen für fahrbare Giftlabors geliefert haben soll. Nach eigenen Angaben wollte der Laboreinrichter Tafesan aus Hannover noch im November medizinisches Zubehör an das eng mit dem Kriegsministerium kooperierende Bagdader Gesundheitsministerium verschiffen lasen. Laut Bundesnachrichtendienst hat die Firma früher Laboreinrichtungen an die irakische Atomenergiebehörde geliefert. Auch die Niederlassungen des japanischen Elektronik- und Kamera-Multis Minolta in Langenhagen bei Hannover und Ahrensburg bei Hamburg stehen bei den Amerikanern im

nehmen im Eigentum der Treuhand und damit de facto Sache des Finanzministers Theo Waigel. Theoretisch könnte die Kernkraftwerk Stendal GmbH die Zahlung für die nun nicht mehr benötigten Lieferungen und Dienste der Kraftwerksbau AG verweigern. Diese würde dann aber auf Vertragserfüllung klagen. Egal, wer vor Gericht obsiegte, zahlen müßte auf jeden Fall die Eigentümerin beider Firmen, die Treuhand. Um wenigstens die Prozeßkosten zu sparen, genehmigte Waigel die Bürgschaftsverpflichtung. Die Zahlungsforderungen an die Stendal GmbH werden nicht abreißen, solange nicht ein Sicherheitsgutachten Mitte des Jahres das erwartete Aus für den unvollendeten Meiler bringt.
Treuhand-Chef Detlev Rohwedder hat in einem Brief an Noch-Wirtschaftsminister Helmut Haussmann auf eine frühere politische Entscheidung gegen den Weiterbau in Stendal gedrängt, um sich weitere Ausgaben zu ersparen. In seinem Antwortbrief stimmt Haussmann-Staatssekretär Dieter von Würzen dem Bittsteller zwar zu, der „Problemkomplex Kernkraftwerke“ in der Ex-DDR müsse „möglichst zügig entschieden“ werden. Doch ist von Würzen der Meinung, daß „Liquidität und Privatisierung am KKW-Bau beteiligter Unternehmen“ nicht gefährdet werden dürften, wenn sie „sanierungsfähig sind“. Lieferungen müßten also bezahlt werden. Er sehe keine andere Möglichkeit, als „derartige Probleme innerhalb der Treuhand zu lösen“.

Verdacht, noch im Oktober Lieferungen sogenannter optronischer Geräte, wie sie im Raketenbau verwendet werden, geplant zu haben. Im November versiegelte die Zollfahndung dort die Räume und beschlagnahmte Material.

Nürnberger Frauenquote

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg soll künftig in den fünf neuen Bundesländern frauenfreundlicher arbeiten. Dafür wird eine Frauenquote sorgen. So beschlossen die Sozialpolitiker der Koalition vergangene Woche, bei Qualifizierungs- und ABM-Maßnahmen im Osten Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zu beteiligen. Das Ziel ist, besonders den Ost-Frauen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung zu geben, da sie am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind – 54,8 Prozent der 642 000 Arbeitslosen in der ehemaligen DDR waren im Dezember Frauen. Sie waren jedoch bisher nur unterproportional an Förderungsmaßnahmen durch Nürnberg beteiligt.

„Eine Frage des Kanzlers“

Nach wochenlangem Gezerre wird sich die Koalition diese Woche auf die Eckwerte ihres neuen Regierungsprogramms einigen. Es bringt Lasten für die Arbeitnehmer, Erleichterungen für die Wirtschaft, ein bißchen Subventionsabbau – und, weil Hans-Dietrich Genscher es so will, ein Niedrigsteuergebiet Ostdeutschland.

In den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP fühlte sich ein Teilnehmer ganz in seinem Element.

Zwei Tage lang, Dienstag und Donnerstag voriger Woche, focht Norbert Blüm allein gegen den Rest der Koalitionäre. Er schlug sich für Ruhr-Kumpel und Rentner, Arbeitnehmer und Arbeitslose. Der Arbeitsminister kämpfte für die soziale Gerechtigkeit im Lande, wehrte sich aufgeregt gegen eine übermächtige Gegnerschar, angeführt von Finanzminister Theo Waigel.

„Müssen Sie sich denn zu jedem Punkt melden?“ stöhnte der Kanzler, als Blüm gegen das Ansinnen seines Parteifreundes Matthias Wissmann redete, das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit aufzuweichen.

„Wir können ja die Verhandlungen abkürzen“, so Blüm bissig, „wenn wir den Katalog, den Sie da von den Arbeitgebern haben, beschließen und alles Soziale ablehnen.“ Dann sei man in zehn Minuten durch.



Koalitionspartner Waigel, Kohl: Wahlsieg vertändelt

Danach fauchte der Arbeits- den Finanzminister an, er habe ihm schon fünfmal erklärt, warum die Knappschaft nicht in die allgemeine Rentenversicherung einbezogen werden könne, aber Waigel bringe immer wieder dieselben Argumente. Blüm: „Unverschämtheit.“

„Jetzt hör doch mal auf, Blüm“, rief Kohl dazwischen. Und als sich sein Arbeitsminister für eine Erwiderung aufblies, kam ihm der Kanzler schnell zuvor: „Schreien Sie hier nicht rum.“

Er solle sich doch nicht so haben mit seiner sozialen Ausgewogenheit, ging der FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms den Eiferer an. Er habe mit Opfern im sozialen Bereich acht Jahre lang die Kastanien für die Koalition aus dem Feuer geholt, hackte Blüm gegen den Freidemokraten zurück: „Nennen Sie mir eine Mark, die Sie bei Ihrer Klientel eingesammelt haben.“

Der Rumpelstilzchen-Tanz des Norbert Blüm – er brachte nur kümmerlichen Erfolg. Enttäuscht lernte der Arbeitsminister in den Koalitionsrunden immer wieder, daß die christdemokratische Linke in der neuen Regierung schwach besetzt ist.

Heiner Geißler, wortstarker Fechter für Soziales – er wurde von Kohl entfernt. Rita Süssmuth, einst linke Mitstreiterin, doch jetzt mit dem Bundestagspräsidentenamt neu beglückt, rührte sich nicht. Und der Bundeskanzler selber, der seiner CDU doch noch nach dem Wahltriumph ein soziales Image verpassen wollte?

Er ließ die Streithanseln ein ums andere Mal gewähren und nie ein Machtwort hören, sondern nahm es merkwürdig resignierend hin, daß die Spitzenkoalitionäre ihren schönen Wahlsieg vertändelten.

Abgabenerhöhungen? Nein und doch Ja. Straßenmaut? Ja und doch Nein. Höhere Mineralölsteuer, um das ostdeutsche Verkehrsnetz zu sanieren? Nein, aber vielleicht doch. Höhere Telefongebühren? Ja und nochmals Ja.

Beim Koalitionshickhack fiel Kohl nur auf, wenn er seinen Arbeitsminister zu Ruhe und Ordnung aufrief. Das Ergebnis ist entsprechend. 35 Milliarden Mark, so die Zielvorgabe des Finanzministers, sollte die Bonner Koalition noch vor der Kanzlerwahl für seinen Haushalt 1991 sammeln. Schon vor der letzten Runde der Koalitionsverhandlungen in dieser Woche steht fest: Fast zwei Drittel, über 20 Milliarden Mark, werden Arbeitnehmer über höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen. „Äußerst unschön“, ärgert sich ein Blüm-Mitarbeiter.

Dabei hat sein Chef selbst die Bundesanstalt für Arbeit zum Plündern freigegeben. Blüms Motiv: Er wollte auf alle Fälle das Verlangen Waigels abweh-

ren, die eigenständige Rentenversicherung der Knappschaft aufzulösen und die dort Versicherten der allgemeinen Rentenversicherung zu übergeben.

Waigels Wunsch ist verständlich. Immerhin subventioniert er aus seinem Haushalt die Renten nicht nur der Kumpels, sondern auch aller anderen über Tage in Bergbaubetrieben Beschäftigten mit über zehn Milliarden Mark im Jahr.

In der ehemaligen DDR würden Dutzende Sondersysteme der Rentenversicherung abgeschafft, berichtete der Sonderminister aus Ostdeutschland, Günther Krause, vorigen Donnerstag, als es gerade besonders hoch herging; da werde man doch im Westen jedenfalls eines abbauen können.

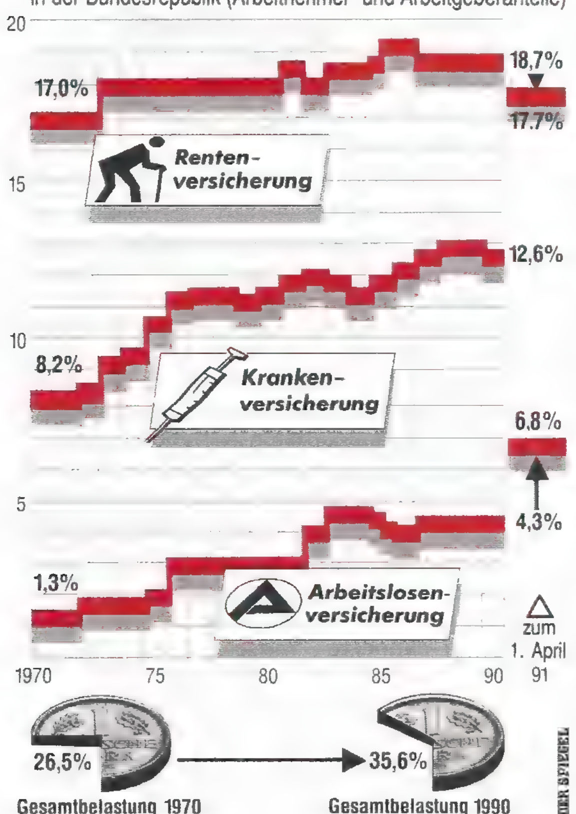
„Dann beseitigen Sie erst mal die Privilegien im Öffentlichen Dienst", schnappte Blüm zurück, „dann rede ich auch über die Knappschaft."

Tatsächlich stehen sich Angestellte und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes, obwohl Normalversicherte, besser als Knappschaftsangehörige. Eine vom Staat finanzierte Zusatzversorgung stockt ihre Renten auf mindestens 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens auf. Die Knappschaft erreicht etwa 82 Prozent, Normalversicherte erhalten gerade über 70 Prozent und das auch nur vom Durchschnittseinkommen.

Wenn an der Knappschaft geknabbert werde, warnte Blüm, CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, theatralisch, dann brenne das Ruhrgebiet.



Sozialminister Blüm, Bergarbeiter: „Erst mal Privilegien beseitigen"



Er setzte sich durch – und ließ es sich etwas kosten. Entgegen dem ursprünglichen Plan, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt heraufzusetzen und gleichzeitig den Rentenversicherungsbeitrag um einen Prozentpunkt zu vermindern, gestattete Blüm, bei der Arbeitslosenversicherung für dieses Jahr noch eineinhalb Prozentpunkte draufzulegen. Das kostet die Beitragszahler über 20 Milliarden Mark, voraussichtlich die Summe, die 1991 in der Kasse der Nürnberger Anstalt gefehlt hätte und für die Waigel hätte einspringen müssen.

Doch Waigel verlangte noch eine Zugabe, und Blüm gewährte sie ihm. 2,3 Milliarden Mark soll die Bundesanstalt für Arbeit zusätzlich im Laufe des Jahres einsparen. Blüm entschuldigend: „Ich mußte dem Waigel helfen."

Das großzügige Angebot verbessert nicht gerade das soziale Profil des Sparpakets der konservativ-liberalen Regierung. Die Fehlbeträge der Bundesanstalt für Arbeit, deren Erstattung Waigel sich nun erspart, sind ausschließlich Folgen der deutschen Einigung. Was von allen hätte finanziert werden müssen, landet jetzt bei nur einem Teil der Bevölkerung – bei den Zwangsmitgliedern der Arbeitslosenversicherung. Beamte und Selbständige sind nicht betroffen.

Die Knappschaft aber, darauf ist Blüm stolz, hat er mit einer kleinen Schramme gerettet. Neuzugänge in jenen Unternehmen, die überhaupt nichts mit dem Bergbau zu tun haben, gleichwohl Mitglied der Knappschaft sind, sollen in Zukunft der normalen Rentenversicherung beitreten.

Wie es denn mit der sozialen Symmetrie des Koalitionspakets bestellt sei, wollte vorigen Freitag Ulf Fink, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, im Bundesvorstand seiner Partei wissen. Zumindest bei der geplanten Abschaffung der Vermögen- und Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1993, belehrte ihn der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wissmann, sei für Ausgleich gesorgt.

Zwar entlastet die Beseitigung der Vermögensteuer hauptsächlich Reiche:

Von den 41 natürlichen Personen etwa, die nach der Vermögensteuer-Statistik 1986 mit über 200 Millionen Mark Vermögenswerten erfaßt waren, spart jeder im Schnitt über drei Millionen Mark Steuern im Jahr. Die 97 größten Kapitalgesellschaften werden ihren Gewinn um je fast 9 Millionen Mark vermehren.

Doch die Steuerentlastung soll von der Wirtschaft selbst getragen werden. Geplant ist, die degressive Abschreibung für Wirtschaftsgebäude zum selben Zeitpunkt, da die ertragsunabhängigen Steuern abgeschafft werden, zu verschlechtern. Steuermehreinnahmen: rund acht Milliarden Mark.

Die Konstruktion hat allerdings einen Schönheitsfehler, der Waigel noch zu schaffen machen wird. Die beiden entfallenden Steuern – Vermögen- und Gewerbekapitalsteuer – stehen Ländern und Gemeinden zu. Bei den Mehreinnahmen durch geringere Abschreibungen ist Waigel mit mindestens der Hälfte dabei.

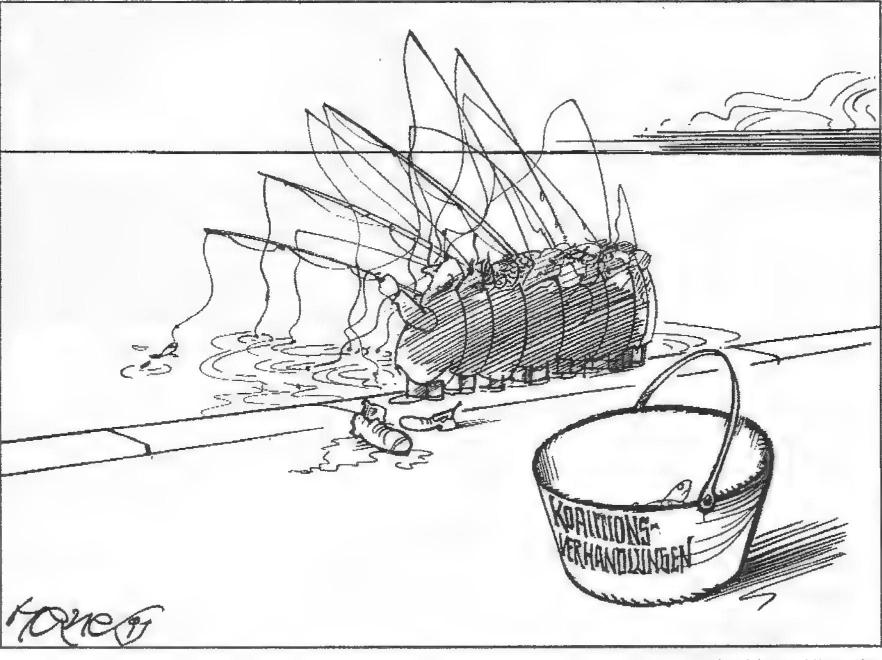
Vorigen Freitag, als er die Schlacht ums Geld ehrenvoll verloren hatte, tröstete sich Blüm mit schönen Gedanken. Noch sei man ja nicht am Ende mit den Verhandlungen, noch ständen die Entscheidungen zur Familienpolitik an, „unserem Herzstück“ (Blüm).

Was am Wochenende endgültig verabschiedet werden sollte, war zuvor bereits beschlossene Sache: Das Kindergeld wird aufgestockt, Kinderfreibeträge werden angehoben, außerdem wird der Erziehungsurlaub verlängert.

Für die Finanzierung des Familienpakets haben sich die Koalitionäre eine publikumswirksame Überraschung ausgedacht. Der Subventionsabbau, groß angekündigt und bisher vergeblich angemahnt, soll in bescheidenem Maße doch noch stattfinden.

Vorigen Donnerstag verabredeten die Unterhändler, daß global 6,5 Milliarden (1,5 Milliarden Steuervergünstigungen und 5 Milliarden Subventionen) fallen sollen, und verpflichteten sich zu strengstem Stillschweigen. Wenn die Streichliste, die in dieser Woche vollendet werden soll, bekannt wird, „dann müssen wir dafür mächtig Prügel von den Betroffenen einstecken“, sagt FDP-Finanzexperte Hans Gattermann voraus.

Den Koalitionären schien der verwegene Plan – von rund 100 Milliarden Mark Subventionen ganze 6,5 zu eliminieren – derart heikel, daß Waigel vorigen Donnerstag nur mündlich vortrug. Nicht einmal der Kanzler bekam ein Sparexemplar in die Hand.



Frankfurter Allgemeine

Geplant ist unter anderem eine Reduzierung der Sparförderung; auch soll die an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelte Anhebung des Studenten-Bafög gestreckt werden.

Nicht nur die Familienpolitik soll davon profitieren: Ein Teil der eingesparten Milliarden soll dafür verwendet werden, die von der FDP hartnäckig geforderten Steuervergünstigungen für Ostdeutschland zu bezahlen.

Zwei Stunden lang kneteten die Koalitionäre vorigen Donnerstag das FDP-Thema „Niedrigsteuerland Ost“ durch – noch ohne Einigung. Gleich zu Beginn spielte Kohl den Entschlossenen. Die Ablehnung der FDP-Forderung sei nicht nur eine Sache des Finanzministers; Kohl auf einmal hart:

„Das ist auch eine Frage des Bundeskanzlers."

Alle wüßten ja, daß die FDP mit diesem Thema im Osten Stimmen gewonnen habe, meldete sich Sonderminister Krause zu Wort. Das sei erstens völlig richtig, frotzelte Hans-Dietrich Genscher zurück, und zweitens noch zu wenig.

CSU-Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke gab zu bedenken, daß es auch in Deutschland, etwa im Bayerischen, Gebiete gäbe, in denen es nicht so gutgehe. Dann würden auch dort Steuerprivilegien verlangt.

Doch trotz der letzten Scharmützel, in Wahrheit liegt der Kompromiß bereit. Danach bietet Waigel an:

▷ die Abschaffung der Vermögen- und Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1993;

▷ eine Sonderabschreibung für Ostdeutschland;

▷ die Verringerung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgebäude wird in den fünf neuen Ländern ausgesetzt;

▷ die für die nächste Legislaturperiode geplante Verringerung von Einkommen- und Körperschaftsteuer im Osten wird um ein Jahr vorgezogen.

Die Vermutung: Wenn Waigel bereit ist, Einkommen- und Körperschaftsteuer zum Beispiel statt um ein um zwei Jahre früher im Osten als im Westen zu senken, dann kann die FDP damit leben.

Die Freidemokraten werden sich mit ihrem Niedrigsteuerplan, das ist zumindest den Freidemokraten selbst klar, auf alle Fälle durchsetzen. Der Garant dafür ist ihr Star.

In kleinem Kreis warnte Hans-Dietrich Genscher vorige Woche: „Ich werde der Bundesregierung nicht angehören, wenn das nicht kommt."

Ein Ohrenzeuge überzeugt: „Damit ist klar, daß es kommt."

FDP

Prämie fürs Niedermachen

Lambsdorff eilt von Mißerfolg zu Mißerfolg. Jetzt besetzen die Liberalen ihre Ämter gegen seine Wünsche.



Liberale Lambsdorff, Genscher: Durcheinander bei der Ämterverteilung

Als Helmut Haussmann Ende letzten Jahres im Präsidium der FDP für alle überraschend seinen Rücktritt als Wirtschaftsminister ankündigte, zogen sich Parteichef Otto Graf Lambsdorff und sein Vorgänger Hans-Dietrich Genscher in eine Ecke des Raumes zurück, tuschelten eine Weile miteinander und steuerten dann auf Jürgen Möllemann los: Er müsse das Ressort übernehmen, lautete die Aufforderung der beiden.

Nach anfänglichem Zögern („Ich verstehe von Wirtschaft nicht genug") ist Möllemann, wie er selber sagt, „auf den Geschmack gekommen". Über das ZDF meldete er seinen Anspruch öffentlich an, präsentierte sich zugleich als künftiger Nachfolger Lambsdorffs im Parteivorsitz und pries, mit sattem Selbstbewußtsein, seine Durchsetzungskraft.

Zwischenzeitlich aber verstand der fixe Allzweckkandidat die Welt und vor allem seinen Vorsitzenden nicht mehr. Denn alles sollte plötzlich nicht mehr wahr sein. Der Graf versuchte mit allen Mitteln, Möllemann zu stoppen – und schadete dabei sich selbst am meisten.

Vorher hieß Lambsdorffs Urteil über Möllemann: „Können kann der viel." Dann aber hielt er ihn für ungeeignet als Wirtschaftsminister, wollte ihn flugs wegloben auf das Amt des Fraktionsvorsitzenden, das wiederum, wie jedermann wußte, Genschers Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer anstrebt. Lambsdorff baute eilig den willigen Schatzmeister Hermann Otto Solms als Gegenkandidaten auf, ließ ihn wieder fallen und zerrte einen neuen Möllemann-Kontrahenten auf die Bühne, den einstigen Berliner Finanzsenator und derzeitigen Citibank-Chef Günter Rexrodt.

Bei alledem setzte der Graf sich über den mißlichen Umstand hinweg, daß etliche Auserwählte nicht in sein Puzzle paßten, weil sie eigene Vorstellungen verfolgten. Nach den Wünschen seiner Kandidaten, so ließ er verbreiten, könne er sich nicht richten. Sein Personaltableau hielt er einsam und allein für ein „geschlossenes Konzept".

Erst war er in den Koalitionsverhandlungen mit seinen vielen Ideen aufgefallen, die einander widersprachen – nun hatte er kein Glück mit seinen Personalien.

In den Reihen der Liberalen herrschte bald größte Verwirrung. Daß ihre Oberen sich, nach dem großen Wahlerfolg, in Personalquerelen verstrickten, irritierte die Parteifreunde. Mitten in den Verhandlungen über den weiteren Kurs der Regierung und kurz vor der Hessen-Wahl vermittelten die Freidemokraten dem Publikum den fatalen Eindruck: Die anderen reden über Politik, wir aber feilschen um Posten.

Der Hauptmatador wurde öffentlich niedergemacht, in internen Gesprächen ging es hoch her. Handstreichartig habe Möllemann mit seinem Fernsehauftritt den Vorsitzenden desavouiert, klagte der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt. Für das Wirtschaftsressort fehle ihm die Kompetenz; sich selber brachte Gerhardt als künftigen Vorsitzenden ins Gespräch, eine Überraschung mehr. Und auf seine drastische Art wetterte auch der bayerische FDP-Chef gegen Möllemann: Sachverstand, stellte Josef Grünbeck lapidar fest, „den hat er nicht".

Auch der Graf schürte das Feuer. Ambitionen seien durchaus „legitim", erklärte er, ohne Namen zu nennen, beim Dreikönigstreffen in Stuttgart, aber sie müßten auch „legitim vertreten werden". Und bis zu seinem vorgesehenen Rücktritt 1993, fügte er spitz

hinzu, fließe noch viel Wasser den Rhein und die Spree hinunter.

Was treibt er da? fragten Lambsdorffs Fraktionskollegen verständnislos in Bonn. Ihnen blieb unerfindlich, wie sich ihr Parteivorsitzender schon wieder derart verrennen konnte. Sie befürchteten, daß alle Kontrahenten am Ende in ihrem Ansehen beschädigt seien. Irmgard Adam-Schwaetzer ratlos: „Wir können uns das nicht zusammenreimen."

Die allergrößte Verwunderung hat ausgelöst, daß Gerhardt, FDP-Vize und Wissenschaftsminister in Wiesbaden, der bis dahin keine Größe in Bonn war, zum Wettbewerb um die Lambsdorff-Nachfolge wie Kai aus der Kiste kriecht. Gerhardt bereitet sich, wie Mitarbeiter ernsthaft untermauern, auch schon auf eine stärkere Präsenz in der Regierungsstadt vor. Der abgehalfterte Haussmann rief ihn letzte Woche zum „kommenden Mann" aus. Spötter aber juxten über den „Löwen von Wiesbaden".



Kandidat Gerhardt: In Bonn keine feste Größe

Ehe der Graf für Durcheinander sorgte, war eigentlich alles ordentlich geregelt: Möllemann sollte nicht nur das Wirtschaftsministerium, sondern 1993 auch den Parteivorsitz übernehmen. Irmgard Adam-Schwaetzer wollte, mit Genschers Unterstützung, gegen Solms, den Aspiranten nach Lambsdorffs Geschmack, um den Fraktionsvorsitz antreten. „Wer verliert", hieß ihre frohgemute Schlußfolgerung, „wird Minister." Kleiner Nachteil: Das für einen von beiden reservierte Ressort muß in den Verhandlungen mit der Union erst noch herausgeschlagen werden.

Die erste Abfuhr für seine abweichenden Pläne hatte sich Lambsdorff schon vor Weihnachten im Kreis der Beteiligten geholt. Letzte Woche versuchten es die Parteifreunde erneut, in Einzelgesprächen und im kleineren Kreis – zunächst mit mäßigem Erfolg.

Es sei „unmöglich", grantelte Genscher, auf Abstand zu Lambsdorff bedacht, am Montag im Präsidium, wenn das Dreikönigstreffen „mißbraucht" werde zu Kritik an Parteifreunden, anstatt über Sachen zu reden. „Eine Prämie fürs Niedermachen", sagte er an Gerhardts Adresse, „wird es in der Partei nicht geben." Und drohend merkte er an, bislang habe er sich für seine Kandidaten noch nicht öffentlich eingesetzt, aber wenn nötig, „werde ich das machen". Darauf warteten die Liberalen lange vergeblich. Lambsdorff beruhigte die Runde, er „stehe unverändert zu dem Vorschlag", Möllemann sei der designierte Parteivorsitzende. Ihm leuchtete auch ein, daß er nur einen Joker im Ärmel hatte, um zwei ungeliebte Bewerber zu verhindern. So ergänzte er seinen ursprünglichen Plan: Solms sollte an diesem Dienstag in der Fraktion gegen Adam-Schwaetzer antreten, Rexrodt gegen Möllemann, und schließlich Klaus Kinkel als Lambsdorff-Mann gegen den standhaften Liberalen Burkhard Hirsch fürs Justizministerium kandidieren.

Erst letzten Freitag, in der Mammutsitzung von Fraktion und Vorstand, knickte der Graf endlich ein.

Vor der Presse erklärte er unumwunden seinen Rückzug. „Ich kann niemanden zum Kandidaten ernennen, der gar nicht will." Er stöhnte, lieber wolle er noch mal vier Wochen Wahlkampf machen „als drei Wochen Koalitionsverhandlungen mit Personaldiskussion".

In der Sitzung hatte es wieder Prügel für den forschen Vorwärts-Strategen Möllemann gegeben. Solms, so forderte eine Gruppe der Teilnehmer, solle sich für das Wirtschaftsressort entscheiden. Möllemann bekannte, ein bißchen kleinlaut, sein TV-Interview sei ein „Fehler" gewesen, und verteidigte sich, den Wechsel auf Haussmanns Stuhl habe ihm die Parteispitze nahegelegt.

Aber auch nach Lambsdorffs Einlenken kann am nächsten Dienstag immer noch eine peinliche Situation entstehen: Verliert Solms gegen Adam-Schwaetzer, kann er gegen Möllemann antreten. Diese Option hat er sich offengelassen. Aber was wird aus Möllemann, falls er gegen Solms unterliegt?

Möllemanns Handikap: Aus den Vorstandsetagen der Industrie werden große Vorbehalte gemeldet. Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter mokierte sich im kleinen Kreis. Bei Lambsdorff flatterten die Briefe ins Haus, bei Genscher kamen vor allem telefonisch Bedenken an. „Ist das wirklich euer Ernst?" lautete der Tenor, „ein Wirtschaftsminister soll doch Vertrauen schaffen."



Kandidat Möllemann
„Auf den Geschmack gekommen"

Der Kandidat aber ließ sich auch von den Unternehmern nicht sonderlich beeindrucken. Im Wirtschaftsministerium, hat er festgestellt, erwarten ihn die Beamten mit Wohlwollen. „Er liest unsere Vorlagen und setzt sie optimal in der Öffentlichkeit um", heißt es dort, „den Sachverstand haben wir selber zuhauf."

Unklar war bis zuletzt, welches Ressort für den Verlierer im Kampf um den Fraktionsvorsitz übrigbleibt. Intern haben die Freidemokraten die oberste Priorität für das Verkehrsministerium angemeldet. Aber auch CSU-Landesgruppenchef Wolfgang Bötsch möchte in das Haus einrücken. Kohl hätte gern den einstigen DDR-Chefunterhändler Günther Krause dort untergebracht.

Die Liberalen waren sich immerhin einig, daß künftig keine Parlamentarischen Staatssekretäre der jeweils anderen Partei den Ministern beigegeben werden. So endet die Amtszeit Friedrich-Adolf Jahns im Justiz- und die Erich Riedls im Wirtschaftsressort. Einzige Ausnahme: Georg Gallus (FDP) darf weiter im CSU-Landwirtschaftsministerium wirken. Das Ansinnen des Kanzlers, künftig einen Vertreter der Union als Staatsminister ins Auswärtige Amt zu schicken, lehnt Genscher strikt ab.

In Aufregung hat die Liberalen versetzt, wie der Kanzler einen der kardinalen Grundsätze bei der Regierungsbildung mißachtet, wonach jeder Partner über die Besetzung der ausgehandelten Ämter allein bestimmt.

Kohl machte Stimmung gegen Adam-Schwaetzer und Möllemann, die er nicht in FDP-Spitzenpositionen sehen möchte. Beim Neujahrs-Empfang des Bundespräsidenten letzten Mittwoch zog er Gerhardt zum Plausch ins Kaminzimmer der Villa Hammerschmidt. Im Gespräch versuchte er FDP-Abgeordnete gegen die beiden unbequemen Aufsteiger aufzustacheln. Einer der von Kohl Bedrängten beschwerte sich bei Fraktionskollegen über die rüden Methoden: „Hat der 'ne Meise?“

Minister

Wirken, wo man fit ist

Ein Minister auf Jobsuche: Helmut Haussmann hat Mühe, eine passende Anstellung in der Wirtschaft zu finden.

Die Überraschung war perfekt, damals am Tag nach der Bundestagswahl. Die Präsidiumssitzung der Freien Demokraten war schon fast zu Ende, da gab Wirtschaftsminister Helmut Haussmann, 48, eine persönliche Erklärung ab.

„Ich teile Ihnen mit“, vernahmen die Parteifreunde, „daß ich für die nächste Regierung nicht zur Verfügung stehe.“ Er wolle in die Wirtschaft gehen, erläuterte der Schwabe seinen Abgang.

Nach einigen Sekunden des Schweigens war es Otto Graf Lambsdorff, der einige halbwegs passende Worte fand. Immer schon, so der FDP-Vorsitzende, habe er für den personellen Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft geworben. Er selbst habe das ja auch gemacht, nur umgedreht.

Trotz der aufmunternden Sprüche war das Erstaunen groß. Selten genug hat hierzulande ein Manager Erfolg als Politiker, noch seltener gelingt einem Politprofi der Absprung in die Wirtschaft.

Die Sphären sind fein voneinander abgeschottet; anders als in den USA, wo ein reger Austausch gepflegt wird, bleiben Wirtschaft und Politik in Deutschland auf Distanz.

Wie groß die ist, muß Helmut Haussmann nun leidvoll erfahren: Keiner will ihn bis jetzt haben.

Den Mitgliedern des Parteipräsidiums hatte der Minister-Aussteiger am 3. Dezember letzten Jahres erklärt, er habe noch „keine Verträge unterschrieben und noch keine Abmachungen für meine weitere Tätigkeit getroffen“.

Das stimmte tatsächlich. Keine vergoldete Offerte eines großen Konzerns hat Haussmann aus dem Ministeramt gelockt. Er geht, weil er sich von der Partei im allgemeinen und Hans-Dietrich Genscher im besonderen miserabel behandelt fühlt. Das ständige Herumnörgeln an seiner Amtsführung – einer wie Helmut Haussmann („Ich bin fachlich so gut wie meine Vorgänger“) wollte es nicht länger hinnehmen.

Er hätte sich das wohl noch anders überlegt, wenn sein persönliches Bundestagswahlergebnis schlecht ausgefallen wäre. Aber nachdem Haussmann im Wahlkreis Reutlingen ordentliche 12,8 Prozent Erststimmen gesammelt hatte, stand für ihn unwiderruflich fest: Nach diesem tollen Erfolg würde der Abgang eine Glanznummer. Die Managerwelt, so seine Erwartung, würde sich auf den Ex-Minister stürzen.

Ein Minister macht so was nicht mit Bewerbungsschreiben, ein Minister hat seine Kontaktleute.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der den überaus loyalen Haussmann stets schätzte, machte sich nützlich und rief einen bedeutenden Mann der Wirtschaft an: Hilmar Kopper, den Chef der Deutschen Bank, der im Nebenberuf Aufsichtsratsvorsitzender von Daimler-Benz ist. Haussmann sprach anschließend persönlich bei Kopper vor.

Der Banker mußte dem Politiker klarmachen, warum Daimler-Benz für ihn leider nicht als Arbeitgeber in Frage kommt: Es war der Wirtschaftsminister Haussmann, der im September 1989 Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter den Aufkauf des Rüstungs- und Luftfahrtkonzerns MBB per Sondergenehmigung



Jobsucher Haussmann, Daimler-Chef Reuter*: Kohl wollte vermitteln

Er habe, so Haussmanns Kalkül, einen Namen; und als Diplomkaufmann verfüge er über eine solide Ausbildung. Am liebsten wollte er zu einem Unternehmen im heimischen Südwesten: „Man muß dort wirken, wo man fit ist.“

Doch die Tage nach der Rücktrittsmeldung vergingen, und nichts rührte sich. Kein Konzernboß rief an; Unternehmensberater, von Haussmann um Hilfe bei der Stellensuche gebeten, konnten mit Offerten nicht dienen.

Haussmann ließ sich nicht entmutigen, er wurde selbst aktiv. Die Autoindustrie war schon immer seine Lieblingsbranche. Da lag es nahe, den beiden baden-württembergischen Autofirmen Mercedes und Porsche die Dienste anzubieten.

ermöglichte, gegen den Widerstand der Bonner Opposition und des Kartellamts. Ein Anstellungsvertrag müßte nun wie die verabredete Gegenleistung des Konzerns wirken.

Wenn nicht Daimler, dann vielleicht Porsche? Dort wird derzeit ein Vorstandsmitglied für das Vertriebsressort gesucht. Und Helmut Haussmann war Trauzeuge von Wolfgang Porsche, einem Aufsichtsratsmitglied der Stuttgarter Sportwagenfirma.

Doch die gute Verbindung nützt auch hier nichts. Der Aufsichtsratschef Ferdinand Porsche wie der Vorstandsvorsitzende Arno Bohn sehen in Helmut Haussmann nicht den idealen Automobil-Verkäufer.

Bohn: „Unser Vertriebschef muß ein Vollprofi sein, und das ist Haussmann nicht in unserem Geschäft.“ ◀

* Am 3. April 1990 in Bonn.

„Das mache ich mit Lothar aus“

Lothar Späth in Not: Groß ist die Aufregung im Ländle nach den Enthüllungen über die Reise- und Urlaubsgepflogenheiten des Regierungschefs. Der bislang unangreifbare Ministerpräsident wackelt. Neue Einzelheiten über teure Trips – mal in die Karibik, mal nach Malaysia – dürften Späth zusätzlich in Bedrängnis bringen.

Für die Bewohner der Karibik-Insel Martinique war es ein besonderer Tag. Auf dem Flughafen Fort-de-France-Lamentin landete zum erstenmal ein Überschallflugzeug vom Typ Concorde. Nur acht Passagiere kamen die Gangway herunter – deutsche VIPs auf Urlaubstour.

Der Jet aus Paris war für mehr als eine halbe Million Mark von dem Industriellen Max Grundig gechartert worden. An Bord waren auch Lothar Späth, heute 53, und seine Ehefrau Ursula.

Nicht minder exklusiv als der Hinflug war das anschließende Urlaubsprogramm. Fast zwei Wochen, mitten im Bundestagswahlkampf Anfang 1987, schipperte die Gesellschaft auf der 62 Meter langen Grundig-Yacht „Maria-Alexandra“ mit 20 Mann Besatzung durch die Karibik. Auf der Antillen-Insel Saint Lucia legten die Urlauber einen Zwischenstopp ein, abends ließ Grundig an Bord Filme vorführen.

Für einen wie Späth war die Teilnahme an dem Luxus-Trip nichts Ungewöhnliches. Und von Kostenbeteiligung war natürlich nie die Rede. „Wenn der Herr Grundig mich einlädt“, meint Späth, „soll ich den fragen, ob ich mich am Dieselkraftstoff beteiligen soll von seiner Yacht?“

Mit solchen Grundsätzen kommt man weit rum. Auf so mancher exotischen Insel hat der Ministerpräsident aus Baden-Württemberg schon Station gemacht. Manchmal legt der Schwabe wie im Oktober 1989 auf einer Tour nach Malaysia Wert auf Diskretion. Als Herr Schwab machte Späth Quartier im Fünf-Sterne-Hotel Mutiara Beach Resort auf der Insel Penang.

Eigentlich sollte an der Reise auch sein Freund Lothar Strobel, damals Generalbevollmächtigter der Mainzer Firma Blendax, teilnehmen. Der Rechtsanwalt aus Stuttgart, der ihm schon manche Urlaubs- und Dienstreise finanziert hatte, arrangierte auch die Herrenpartie nach Fernost.

Im letzten Moment aber mußte Strobel wegen einer Operation absagen. Und auch ein dritter Teilnehmer war leider verhindert. Doch beim wackeren Herrn Schwab kam im „B-Urlaub“, wie er Solotrips ohne Familie nennt, keine Langeweile auf. Durch frühere Aufenthalte wußte Späth, was ihn vor Ort erwartet.



Industriefreund Späth*: Schlüpfrige Nähe zu Geld und Gönnern

Der Schweizer Hoteldirektor Werni Eisen hatte für den inkognito Reisenden alles vom Feinsten arrangiert. Sein deutscher Manager Hans Georg Jahnke bekam die Anweisung, dem prominenten Gast „jeden Wunsch“ zu erfüllen. Der Promi Späth solle von den übrigen deutschen Hotelgästen nach Möglichkeit abgeschirmt werden.

Jahnke und der deutsche Hotelangestellte Werner Kuhn sorgten für ein abwechslungsreiches Programm. Späth bewohnte in dem Spitzenhotel eine Suite für rund 2000 Mark pro Nacht, Zimmerservice exklusiv. Der hohe Gast hielt sich die meiste Zeit in seinen Räumlichkeiten auf und ließ sich verwöhnen.

Mit ihrem Programm im Hotel hatten die Animateure keine Probleme bei Späth. Doch draußen am Strand von Pualan Teluk Bahang war es schon schwieriger. Als Jahnke einen Bootstörn zu einer anderen Insel vorschlug, lehnte Späth ab. Er habe gehört, dort gebe es Piraten.

Lothar Schwab lebt gefährlich, derzeit vor allem daheim in seinem Ländle. Die Oppositionsparteien, allen voran die Sozialdemokraten, wollen den Landesvater nach fast 13jähriger Amtszeit kippen. In der nächsten Woche soll ein Untersuchungsausschuß des Stuttgarter Landtags eingesetzt werden, der das lockere Verhältnis von Späth zur Industrie und ihren Managern aufklären soll.

Brisantes und Pikantes aus dem Leben des Landesherrn könnte ans Licht kommen. Untersucht werden soll auch, ob die heimische Justiz Späth und einige seiner Freunde vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt hat.

Im Parlament dürften die Reisen ausgiebig erörtert werden. Hotelmanager Jahnke ist, wie er dem SPIEGEL versicherte, „jederzeit zur Aussage bereit“. Von Interesse dürften weniger die Details der Trips nach Malaysia sein; es geht vor allem darum, ob sich Späth auch diesmal aushalten ließ.

Die Extratouren des Regierungschefs führten vergangene Woche zu Turbulenzen, wie sie Baden-Württemberg seit den Zeiten des Hans Filbinger nicht mehr erlebt hat. Der Späth-Vorgänger war vor 13 Jahren über seine NS-Vergangenheit als Marine-Jurist gestürzt.

Enthüllungen über die schlüpfrige Nähe von Späth zu Geld und Gönnern

* Mit der Kopie seines Schecks an die SEL am Montag vergangener Woche.

schreckten die Schwaben auf. Lothar Späth, der vor eineinhalb Jahren noch als Konkurrent von Kanzler Helmut Kohl gehandelt wurde und im eigenen Land als unangreifbar galt, muß um seine politische Existenz kämpfen.

Ein Niedergang im Concorde-Tempo. „Was immer noch kommen mag", kommentierte *Die Zeit* vergangene Woche, „Lothar Späth ist politisch am Ende." Die von Helmut Kohl gern gelesene *Bild*-Zeitung ernannte den Schwaben zum „Nassauer des Jahres".

An der CDU-Basis im Schwabenland rumort es. Die „Sprachlosigkeit der Freunde" von Lothar Späth, räsonierte Wirtschaftsminister Hermann Schaufler, sei „schmerzlicher" als die Angriffe der politischen Gegner.



Vielflieger Späth*: Maschinen von Grundig, Mercedes, Blendax und SEL

Die Ehrenerklärung, die Innenminister Erwin Teufel losließ, weckte nur Erinnerungen an die Tage im Juni 1978, als der damalige Fraktionschef Späth seinen Vorgänger Filbinger verteidigte und wenig später beerbte.

Cleverle Späth tat sich erkennbar schwer, seine Krise geschäftsmäßig zu managen. Ende oder Wende hieß die Devise, als er am Montag vergangener Woche in seinem Amtssitz in der Villa Reitzenstein zu den ersten Enthüllungen Stellung bezog.



Späth-Hotel in Penang: Herr Schwab auf B-Urlaub

Vor dem größten Aufgebot von Journalisten in der Ära Späth wehrte er sich gegen den Vorwurf, „bestechlich" zu sein. Wenn es ihm auch schwerfalle, er werde seinen Kostenanteil an den Urlaubsreisen, die der SEL-Konzern finanziert hat, zahlen. Doch da war von der Concorde und einigen anderen Reisen noch nicht die Rede.

„Der Späth", meinte er fast beschwörend, „läßt sich nicht kaufen, der Späth ist kein Playboy, der Späth ist nicht bestechlich."

Den ganzen Sonntag hatte der Regierungschef damit verbracht, Kaufquittungen, Kontenbelege und Korrespondenzen zu seiner Entlastung zusammenzusuchen. Seine Frau, verärgert über die Schnüffelei, hatte ihn aufgefordert, zu sagen, ihre Bettbezüge seien zur Zeit dunkelrosa. Späth tat wie geheißen.

Doch ganz so offen, wie die ironische Anmerkung vermuten läßt, war Späth nicht. Da ist beispielsweise der Fall der DDR-Reise. Der Stuttgarter Elektrokonzern SEL hatte für die Tour Mitte 1987 über Intourist in DDR-Hotels für das Ehepaar Späth sowie für Tochter Daniela und Sohn Peter gebucht; Ehefrau Ursula sagte wegen einer Erkrankung ab. Kosten: 14 000 Mark.

Er habe, ließ der Ministerpräsident vergangene Woche wissen, SEL einen Barscheck über 5470,29 Mark zugeschickt. Das sei sein Kostenanteil, habe ihm der Konzern mitgeteilt. Den Betrag von 14 000 Mark, den der Trip laut SPIEGEL insgesamt gekostet haben soll, konnte er sich nicht erklären.

Als Beweis dafür, wie übel ihm mitgespielt werde, hielt er die Kopie eines Schecks über 5470,29 Mark hoch. Er könne sich nicht vorstellen, wo da „das Problem sein soll".

* Im Polizeihubschrauber nach einem Wahlkampf-Einsatz 1984.

Ein wenig Licht in die Scheck-Affäre soll der frühere SEL-Finanzmanager Reinhold Knoll gebracht haben. Der hatte die Späth-Reise verbuchen lassen. Seinem Chef Lohr übergab er in einem Umschlag den Betrag in bar, über den der Späth-Scheck ausgestellt war. Der Umschlag war für Späth bestimmt.

Als die Transaktion ans Licht kam, verbreitete der Regierungschef plötzlich die Version, Lohr habe ihm das Geld aufgedrängt. Er habe dann geantwortet, „ich nehme das Geld nicht, dann geben wir es der CDU". Lohr will im Untersuchungsausschuß sagen, wie es seiner Ansicht nach wirklich war.

Merkwürdig nur, daß CDU-Schatzmeister Wolfgang Fahr bislang keine Belege für die Spende vorweisen konnte. Der Betrag, behauptet er, sei am 10. Mai 1990 verbucht worden. Doch aus Gründen des Datenschutzes dürfe er keine weiteren Auskünfte geben.

Späth scheint sich immer mehr in Widersprüche zu verstricken. Manches entpuppte sich inzwischen als Halbwahrheit. „Ich mache keine Firmenflüge privat für mich", behauptete Späth am Montag vergangener Woche: „Das will ich mal gleich vorneweg ausschließen."

Auf Einladung des damaligen Blendax-Managers Strobel flog die Familie Späth im Sommer 1985 zum mehrwöchigen Urlaub auf dessen Farm nach Irland. Schwerlich als Dienstreise kann Späth wohl einen Flug von München nach Paris mit Zwischenlandung in

„Da muscht noch mal komme"

Lothar Späths Reiselust und die Vielfliegerei seiner Politiker-Kollegen

Lothar Späth kämpfte mit den Tränen, und er ließ es die Öffentlichkeit sehen.

Tief verletzt bestritt der baden-württembergische Ministerpräsident auf einer Pressekonferenz am Montag letzter Woche Vorwürfe gegen seine Amtsführung. Es sei wahrlich „nichts Sensationelles", beteuerte Späth, daß er sich von Industriellen wie selbstverständlich zu zahlreichen Flügen mit Firmenjets habe einladen lassen (SPIEGEL 2/1991).

Das Präsidium der Südwest-CDU sprang dem Christdemokraten mit einer Ehrenerklärung bei und ortete eine „zielgerichtete Kampagne", der sich die Partei „entschieden widersetzen" werde. Der schlitzohrige Schwabe selbst versuchte die Attacken auf andere Politiker abzulenken.

Er habe „Konzernmaschinen von Daimler und Bosch" sehr viel weniger benutzt, als das „früher der Fall war", behauptete Späth und meinte damit offenbar seinen Amtsvorgänger Hans Filbinger. Im Fall Späth geht es neben Jets von Daimler-Benz und Bosch freilich auch um Flugzeuge und Hubschrauber anderer Firmen wie SEL, Blendax und etlicher Mittelständler. Doch von der Summe seiner Flüge redete Vielflieger Späth nicht; er wolle das erst „alles untersuchen" lassen.

Er habe aber „das Gefühl", sprach der Ministerpräsident, „daß dies keine baden-württembergische Spezialität" sei. Damit hatte er sicherlich recht, doch entlasten kann ihn das Beispiel anderer Jet-Setter auch nicht.

Die Vielfliegerei reisefreudiger Politiker beschäftigt Kritiker und Rechnungshöfe seit Jahrzehnten. Und nicht alle Dauerpassagiere verdienen soviel Nachsicht wie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der mit seiner Aero-Manie für die Verbreitung deutscher Friedensgesinnung in der ganzen Welt sorgt.

Die heißesten Konkurrenten des Reiserekordlers Späth in den Bundesländern sind allerdings längst passé. So schaffte es der frühere Düsseldorfer SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn, 78, in den siebziger Jahren, vor allem als stellvertretender Vorsitzender der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung, fortwährend zwischen Tokio und Mexiko, Jamaika und Jakarta unterwegs zu sein. Kühn kenne „die Fidschi-Inseln und die Südsee besser" als Bochum und Herne, spottete der damalige CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf.

Kühn allerdings rechnete alles über die Stiftung ab und ließ sich nicht privat einladen wie einst Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs von Flick nach Nizza und Neapel oder wie Späth von SEL-Chef Helmut Lohr in die Ägäis.

Der berühmteste Luftreisende unter den Länderchefs war Franz Josef Strauß, der noch als 53jähriger den Flugschein machte und danach ständig eigenhändig von München nach Bonn, einmal sogar bis nach Moskau steuerte. Der Bayer war bei manchen Mitfliegenden als Pilot gefürchtet, weil er mal unter die Wolken abtauchte, um sich an Bahnlinien zu orientieren, mal die Handlampe vergessen hatte, so daß er, als das Kabinenlicht ausfiel, die Landkarte aus dem Fenster hielt, um sie im fahlen Außenlicht zu studieren.



Hobbyflieger Strauß (1987): Handlampe vergessen

Um seinem Hobby besser frönen zu können, tat sich Strauß mit Spezis wie dem PR-Unternehmer Walter Schöll und dem Fabrikanten Ralf Besold zusammen. Die Strauß-Freunde gründeten ein Charterunternehmen, die CSU war mit einem Darlehen bei der Flugzeugbeschaffung dabei, und schon verfügte Strauß über einen Luftstützpunkt zu Sonderkonditionen.

Wie fließend die Grenzen zwischen derlei Privatvergnügen und der Politik werden können, zeigte sich beim Flugbenzin-Skandal vor zweieinhalb Jahren. Damals preßte Privatflieger Strauß der Bonner Regierung, die gerade die Mineralölsteuern erhöhen wollte, eine Steuerbefreiung für Privatflieger ab, die erst durch einen Aufstand des CDU-Parteitags gestoppt wurde.

Andere Landespolitiker können oder wollen nicht so häufig fliegen. Der Kieler Björn Engholm stöhnt über die Terminnöte, die sich bei Reisen aus der Randlage Schleswig-Holsteins ergeben. Sein Staatskanzlei-Chef Stefan Pelny „wäre glücklich", wenn eine einheimische Firma gelegentlich einen Privatjet „dem Ministerpräsidenten zur Verfügung stellen" würde, denn die hohen Kosten privater Lufttaxis seien für den Kieler Etat nicht tragbar.

Engholms Vorgänger Uwe Barschel (CDU) charterte manchmal eine Maschine der Hamburger Travel Air und kam 1987 bei einem Absturz gerade noch mal mit dem Leben davon. Sozialdemokrat Engholm fliegt ab Hamburg per Linie.

Seine Parteifreunde Johannes Rau in Düsseldorf und Gerhard Schröder in Hannover fahren am liebsten Auto – der eine, weil er unter Flugangst leidet, der andere, weil ihm in der Luft meist schlecht wird.

Nur Sozialdemokrat Walter Momper in Berlin fiel vor Monaten auf, als er, bisweilen mit seiner Familie, von seiner Urlaubsinsel Rügen aus mehrfach mit einem Hubschrauber der Nationalen

Volksarmee nach Berlin oder Hamburg flog und, nach einem Bericht von *Bild am Sonntag*, angeblich auch zu Ausflügen über die Insel knatterte. Ein Senatssprecher erklärte, es habe sich durchweg um Dienstflüge gehandelt.

Das alles läßt sich nicht mit Späths Reisegewohnheiten vergleichen. Und der Landesvater hat selbst erläutert, warum das so ist.

Staatsmann Späth hat sich im Denken und Handeln so eng mit Managern und Geschäftsleuten verbunden, daß er sich ihnen zugehörig sieht: als eine Art staatlicher Obermanager, der die Dinge zum Wohl der schwäbischen Wirtschaft richtet. So erzählte er in der Pressekonferenz von seinen Kontakten zu dem inzwischen verstorbenen Unternehmer Rudolf Kunz im schwäbischen Gschwend und der Sanierung der Plattenfirma Thermopal in Leutkirch.

Späth wörtlich:

> Da hab' ich gesagt, die Arbeitsplätze gehen kaputt in Leutkirch. Und da des 'ne Branche war, die dem Kunz verwandt ist, bin ich zu dem Kunz gefahren und hab' gesagt: Mensch, du mußt mir helfen. Da hat der gesagt, da muscht noch mal abends komme, da brauche mer de Vadder dazu, und des kann mer bloß bei a paar Viertele mache. So, aber ein paar Wochen später ist Thermopal übernommen worden. Und Thermopal ist heute wieder ein gesunder Betrieb.

Ähnlich, deutete Späth an, sei es auch bei den maroden Firmen Hornschuch (Marke „Skai") und Hohner (Musikinstrumente) gelaufen. Hinzu kamen Freundschaften mit Autoindustriellen, Bankvorsitzenden, Handelskammerpräsidenten oder dem Rundfunkpionier Max Grundig, „den ich beschwätze", so Späth, „180 Millionen auf der Bühlerhöhe zu investieren" – in ein Schloßhotel bei Baden-Baden.

Daß er bei einem solchen Amtsverständnis auf Firmenjets so selbstverständlich zurückgriff wie „jeder Staatssekretär in jedem Fachministerium in Bonn . . . auf die Flugbereitschaft der Bundeswehr" (Späth), kommt dem Ministerpräsidenten nachträglich nicht mehr ganz so selbstverständlich vor. Jedenfalls entdeckte er nun „ein gewisses Problem" und „'ne Zone, die mich jetzt auch beschäftigt, noch mal neu beschäftigt im Hinblick auf die Diskussion".

Er hat das Problem auch erkannt: die Gefahren für die Unbestechlichkeit der Politik, für die saubere Trennung staatlicher und wirtschaftlicher Aufgaben, wie sie etwa in Preußen einst verbindlich war. Späths Philosophie ist das jedoch nicht, wie er unumwunden einräumte: „Ich glaube nicht mehr, daß der preußische Staat noch 'ne tragfähige Grundlage ist."



Urlaubsfinanzier Grundig, Gast Späth*: Mit der Concorde in die Karibik

Stuttgart deklarieren. In der französischen Hauptstadt eröffnete er im vergangenen Jahr die Ausstellung eines Freundes, des Ludwigsburger Malers Lude Döring.

Die Maschine, von der Unternehmensberatung Bayern Consult bereitgestellt, hatte Späth nach einer Vortragsveranstaltung in München abgeholt. An Bord befanden sich von Stuttgart an neben Ursula Späth auch Familienangehörige von Döring.

Ob Späth mit einer Chartermaschine von Strobel zu offiziellen Gesprächen mit der österreichischen Regierung nach Wien flog und sich dort von seinem Freund auch noch die Hotelzimmer bezahlen ließ, oder ob er mit SEL-Lohr durch die Ägäis schiffte – die Trennung von Privatem und Dienstlichem fällt dem Herrn aus der Villa Reitzenstein offenkundig noch schwerer als anderen Amtsträgern.

Als Privatreise versteht Späth einen Pfingstausflug mit Familie nach Ägypten. Drei Tage verbrachte er 1990 in einem Hotel des Stuttgarter Touristik-Unternehmens Hetzel, auf Kosten der mit ihm befreundeten Familie Hetzel. Gegen den Aufenthalt über die Pfingsttage wäre wohl wenig zu sagen, gäbe es da nicht einen seltsamen Vorgang einige Wochen zuvor.

Am 26. April hatten die Abgeordneten des Finanzausschusses im Stuttgarter Landtag über einen nicht alltäglichen Subventionsfall beraten. Der SPD-Abgeordnete Rainer Brechtken erkundige sich, ob „Gerüchte zuträfen", daß auf Vorschlag des Staatsministeriums für ein Projekt in Dresden ein Zinszuschuß in Höhe von 400 000 Mark gewährt werden solle.

Auf Wunsch der Stadt Dresden, bestätigte ein Späth-Ministerialer, wolle die Landesregierung eine Modernisierung des Campingplatzes in Dresden unterstützen. Und der Beamte erklärte auch gleich, wer sich als einziger für dieses Projekt interessiere: der Reiseveranstalter Hetzel.

Nach Intervention der Sozialdemokraten und einigen Irritationen in der CDU wurde das Projekt der Späth-Freunde schließlich gestrichen.

Wenn Politik und Wirtschaft so distanzlos wie in Baden-Württemberg miteinander umgehen, ist die notwendige Unabhängigkeit des Amtsträgers nicht unbedingt gesichert. Der Politiker, dozierte Späth zwar bei seinem Rechtfertigungsmonolog in der Villa Reitzenstein, müsse „die innere Souveränität haben", sich nicht abhängig machen zu lassen. Das geht ihm leicht über die Lippen.

Wenn es in Stuttgart alles ohne Ansehen der Person streng nach dem Gesetz abliefe, müßte der Regierungschef nicht nur gewaltige Schenkungssteuern nachzahlen, sein politisches Wirken wäre auch ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Sie müßte dann den Anfangsverdacht prüfen und klären, ob sich der Ministerpräsident für die vielen Reisen, die ihm die Industrie arrangierte, mit politischen Gaben revanchiert hat.

Da ist beispielsweise die SEL, die Späth so häufig zu Diensten war. Offenkundig nicht zum Schaden der Firma.

Nicht nur, daß Späth dem SEL-Chef Lohr Zugang zur philippinischen Präsi-

* Bei der Einweihung des Grundig-Hotels Bühlerhöhe 1988.

dentin Corazon Aquino und zu Indonesiens Staatspräsident Suharto verschaffte. Auch mit der baden-württembergischem Landesverwaltung kam der Elektronikkonzern gut ins Geschäft.

Auf Weisung von Späths Staatsministerium bekam SEL ohne Ausschreibung den Zuschlag über die Ausstattung der gesamten Landesbehörden mit Telefax-Geräten. Das war 1984, im Jahr der ersten Ägäis-Schiffstour der Familie Späth auf Einladung von SEL-Chef Lohr. Der erste Mann des Landes bemühte sich auch, die Bundeswehr zur Anschaffung von SEL-Feldtelefonen zu bewegen.

Mit keinem aus der Großindustrie ist Späth so eng wie mit Daimler-Vorstand Werner Niefer, 62. Und auch diese Darstellung eines Firmensprechers, meistens war Niefer dabei.

Was hat Späth nicht auch alles für Niefer und seine Firma getan. Bis zur gemeinsamen Kanada-Reise war der Stuttgarter Regierungschef einer der eifrigsten Befürworter der schnellen Katalysator-Einführung. Nach der Tour plädierte der Ministerpräsident für ein behutsameres Vorgehen in Sachen Katalysator. Reisen bildet.

Beim Ausbau der Daimler-Benz AG zum größten deutschen Konzern griff Späth persönlich in die Fusionsverhandlungen ein. Er sorgte dafür, daß die Flugzeugfirma Dornier nicht an Mannesmann oder BMW fiel. Wie ein Unternehmensmakler bedrängte er in einer Nachtsitzung die verzweigte Dornier-Sippe, doch an Daimler-Benz zu verkaufen.



Stuttgarter Zeitung

„Schreiben Sie: Aus gegebenem Anlaß erkläre ich wie folgt meine persönliche, private und politische Unabhängigkeit . . .“

Kumpanei wirft offenbar gegenseitigen Gewinn ab.

Da sind einige gemeinsame Urlaubs- und Vergnügungsreisen, mit und ohne Familien. Es ging nach Kanada, Fernost, auch zur Olympiade nach Seoul.

Was hat Niefer nicht alles schon für seinen Freund Lothar getan. Der frühere Wirtschaftsminister Martin Herzog war beispielsweise eine Empfehlung des Mercedes-Managers.

Nur ein einziges Mal, konnte sich Niefer am Freitag vorvergangener Woche erinnern, habe Daimler-Benz für Späth eine Konzernmaschine zur Verfügung gestellt. Und den Flug habe Späth auch noch selbst bezahlt.

Noch am selben Tag räumte das Staatsministerium mehrere Späth-Trips mit Daimler-Maschinen auf Konzernkosten ein. Mindestens vier Flüge in den letzten vier Jahren waren es nach

1986 schanzte Späth dem größten deutschen Konzern Subventionen über 100 Millionen Mark zu. Mit dem Geld wurde die reiche Firma (Barreserven damals: elf Milliarden Mark) beim Bau eines Werks in Rastatt unterstützt. „Moral und Ethik“, kritisierte die Mittelstandsvereinigung der CDU im Ländle, seien „gefährdet“.

Späth machte sich auch für eine Lieblingsidee seiner Tennisfreunde Edzard Reuter und Heinz Dürr stark. Der Daimler- und der AEG-Chef wollten die Universität Ulm, einst bescheidenste unter den Hochschulen Baden-Württembergs, zu einer Denkfabrik der Industrie umbauen.

Weil Späths Wissenschaftsminister Helmut Engler vor einer allzu engen Verbindung von Industrie und Wissenschaft warnte, entzog Späth dessen Ministerium die Kompetenz über das Projekt und räumte Reuters Konzern wichtigen Einfluß bei der Umgestaltung der Uni ein.

Immer wenn der Stuttgarter Mammutkonzern Probleme mit dem Staat hatte, war das ein Fall für Niefer. „Das mache ich mit Lothar selber aus“, brüstet er sich.

Gute Drähte zum Landesherrn waren für Niefer, als er selbst in Bedrängnis kam, nicht gerade hinderlich. Nach einem schweren Verkehrsunfall wollte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgelds geräuschlos einstellen (siehe Seite 31). Späth jedoch stellt jede Einflußnahme in Abrede. Er sei für „eine ganz klare und strenge Trennlinie“ zwischen Justiz und Regierung.

Einige von Späths Freunden bewegen sich in zweifelhaftem Umfeld oder sind selbst in justitiable Geschäfte verstrickt. An ihnen hält Kumpel Späth in Treue fest, etwa an seinem Steuerberater Roland Scheuer.

Gegen Scheuer wird seit Jahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Betrug ermittelt. Scheuer hatte sich als Steuerberater eines zwielichtigen Firmenverbundes betätigt, der nach Ansicht der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität Geldanleger gelinkt hatte.

Scheuer betreut auch die Firma Reko, die Gesellschaft des Giftmüllschiebers Walter Reinger, der über eine Briefkastenfirma in der Schweiz mit dem Land Baden-Württemberg eine gemeinsame Firma betreibt, um gefährlichen Müll außer Landes zu bringen (SPIEGEL 34/1990).

Späth-Freund Hans Schlampp, ein wegen Beihilfe zur Bestechung und versuchten Betrugs verurteilter Bauunternehmer aus Mannheim, ist trotz eines Haftbefehls auf freiem Fuß und wartet auf seinen nächsten Prozeß.

Dessen Skatbruder, der Sauerkrautfabrikant Hermann Manz, wurde wegen Subventionsbetrugs in Millionenhöhe zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und neun Monaten verurteilt. Manz genießt häufig die Vorzüge eines Hafturlaubs.

Dubiose Geldgeschichten haben nur die Freunde, Späth ist da mit sich im reinen. Bei seinen Reisekosten-Abrechnungen verzichtet er sogar aufs Tagegeld.

„Glauben Sie, ich lasse mir eines Tages einen Strick drehen, indem einer sagt, wieso kriegst du Tagegeld, du hast doch in der Landesvertretung in Bonn Mittag gegessen“, führte der Ministerpräsident in der Villa Reitzenstein aus.

Und die Eintrittskarte „für den Bundespresseball“ hat er auch selbst bezahlt: „Da bin ich Teilnehmer wie jeder andere.“

„. . . Zementsack auf den Knien“

SPIEGEL-Reporterin Gisela Friedrichsen über den Kälteeinbruch im Lohr-Prozeß in Stuttgart

In dem bunkerartigen, überhitzten Saal des Stuttgarter Landgerichts, in dem gegen Helmut und Franziska Lohr verhandelt wird, ist das Klima, anders als draußen vor der Tür, wo in der vorigen Woche ein frühlingshafter Wind durch die Straßen fegte, eisig. Der Winter hat sich nach hier drinnen zurückgezogen. Aus ehedem festen Positionen sind starr gefrorene geworden, an denen sich die Verfahrensbeteiligten trotz klammer Finger noch festzuhalten versuchen. Es ist für alle anders gekommen als beabsichtigt.

Die Verteidiger Helmut Lohrs, Dr. Sven Thomas, Düsseldorf, und Dieter König, Stuttgart, denen im Interesse ihrer Mandanten nicht daran gelegen war, daß bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Nebenkriegsschauplatz in politischer Sumpflandschaft eröffnet wurde, haben in der vergangenen Woche streng verfahrensbezogene Anträge gestellt. Sie haben sie stellen müssen. Die Verteidigung kann nicht hinnehmen, daß Richter eine Anklage wie die der Stuttgarter Staatsanwaltschaft zur Hauptverhandlung zugelassen haben.

Die Verteidigung beantragte, den Leitenden Oberstaatsanwalt Dieter Jung und den Oberstaatsanwalt Wolfgang Schmid als Zeugen zu vernehmen. In dem Antrag heißt es: „Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat den Vorgang ‚Segelurlaub Ägäis‘ einer Prüfung unterzogen. Der Staatsanwaltschaft Stuttgart war bekannt, daß sich die Aufwendungen für diese einwöchige Reise auf einen Betrag von zirka 80 000 bis 90 000,00 beliefen und von der SEL beglichen wurden . . . Die Staatsanwaltschaft Stuttgart vertrat und vertritt hinsichtlich dieser Reise die Auffassung, daß bezüglich der Aufwendungen von einer ‚gewissen Betriebsbezogenheit‘ auszugehen sei . . .“

Bekanntlich nahm an dieser Reise der baden-württembergische Ministerpräsident teil. Er, der schließlich bei der Reise dabei war und es also wissen muß, erklärte, im Gegensatz zur Auffassung der Staatsanwaltschaft, die Reise sei „rein privat“ gewesen, ein Geschenk der Familie Lohr an die Familie Späth.

Vor dem Stuttgarter Landgericht geht es nicht um die politische Moral Lothar Späths. Ob dieser Freunde haben durfte und welche, interessiert hier nicht. Auch nicht die Frage, warum der Ministerpräsident glauben durfte oder gar



Angeklagter Lohr: „Treffen in entspannter Atmosphäre“

mußte, die Kosten aufwendiger Geschenke wie Charterflüge und Kreuzfahrten würden ausschließlich aus Lohrs Privatschatulle bezahlt. Schließlich flog Späth nicht zum erstenmal gratis mit einer von SEL oder sonst einem Unternehmen gecharterten Privatmaschine. (Franziska Lohr: „So naiv kann der Lothar Späth doch nicht sein, daß er annimmt, wir hätten das alles selbst aus unserer Tasche bezahlt. Das tut doch keiner.“)

Es interessiert aber, warum ausgerechnet all jene Vorgänge nicht in der Anklageschrift stehen, in denen der Name Späth vorkommt – obgleich sie mit den Anklagepunkten zum Teil geradezu identisch sind. Und es interessiert vor allem, ob dies der 8. Strafkammer nicht auffiel. Und wenn es ihr auffiel, warum sie gleichwohl diese Anklage zur Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Helmut Lohr zuließ.

Helmut Lohr, 59, und seiner Frau Franziska, 52, wird Steuerhinterziehung in Höhe von insgesamt 1,43 Millionen Mark vorgeworfen. Lohr, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Standard Elektrik Lorenz (SEL), überdies Untreue, Betrug und Vorsteuererschleichung zum Nachteil von SEL. Den Hautgout der Vorwürfe macht aus, daß Lohr zu Lasten des Unternehmens, in dessen Diensten er 23 Jahre lang stand, in die eigene Tasche gewirtschaftet haben soll, und zwar auf eine Weise, die mit zunehmender Verfahrensdauer immer unverständlicher wird.

Warum hat er so viele Rechnungen getürkt und fingiert? Warum hat er verschleiert und abgetarnt? Der Eindruck verstärkt sich, daß auf geraden Wegen, wenn Lohr seinen Vorstandskollegen und den ITT-Oberen gegenüber mit offenen Karten gespielt hätte, zumindest ein Teil der Benefizien durchaus ohne Beanstandung hätte durchgesetzt werden können. Warum also?

Es geht immer wieder um die 1984 auf Mallorca erworbene Ferienvilla Lohrs, deren Renovierung bei SEL als „Betriebskosten“ oder als Aufwendungen für Lohrs Stuttgarter Villa ausgegeben wurden. Es geht um Lear-Jets, die auf SEL-Kosten nach Mallorca flogen, mit Helmut und Franziska Lohr und Handwerkern und Innenarchitekten und Baumaterial vollgestopft („Lohr mit einem Zementsack auf den Knien“, erinnert sich ein Besatzungsmitglied). Die Rechnungen, die Buchungsunterla-

gen über diese Flüge weisen andere Zielorte, andere Begründungen aus.

Helmut Lohr sieht keinen Unterschied zwischen der „gewissen Betriebsbezogenheit" seiner nicht angeklagten Ägäis-Ferienreisen mit Lothar Späth und den angeklagten Aufwendungen für die Villa auf Mallorca, die er als „Begegnungsstätte für wichtige Persönlichkeiten herrichten" ließ. Worin sollte der Unterschied auch bestehen?

Für die Verteidigung besteht zwischen der Ägäis und dem Haus auf Mallorca nur der Unterschied, daß Lothar Späth, weil das Haus noch eine Baustelle war, keine Gelegenheit gehabt hat, sich dorthin einladen zu lassen. Wäre Späth nach Mallorca eingeladen worden, bevor bei SEL die Auseinandersetzungen um das Ferienhaus begannen – hätte er nicht einen Lear-Jet bestiegen?

„Derartige Treffen in entspannter Atmosphäre", so Lohrs Einlassung in der Hauptverhandlung, „ohne äußeren Einfluß und ohne Terminzwänge führten zu aufgelockerten Gesprächen, die auch für unsere Gäste wertvolle Erkenntnisse brachten, die mir jedoch für meine strategischen Überlegungen zur Planung von neuen Produkten und Systemen äußerst wichtige Hinweise gaben. Die so gewonnenen, besseren Beurteilungskriterien künftiger Entwicklungen waren nicht nur für SEL, sondern in noch höherem Maße für ITT von Bedeutung, da sie halfen, die Konzernstrategie abzusichern."

Am vorigen Donnerstag haben in Stuttgart zwei amerikanische Spitzenmanager des ITT-Konzerns, dem SEL seinerzeit als Tochtergesellschaft angehörte, als Zeugen ausgesagt, Howard J. Aibel, 61, Stellvertreter des ITT-Präsidenten und Leiter der Rechtsabteilung von ITT, und Edwin Alan Kilburn, der Stellvertreter Aibels. Kilburn leitete 1986 die innerbetriebliche Untersuchung der Vorwürfe gegen Lohr. Helmut Lohr versprach sich von diesen Zeugen Entlastung.

Beide Zeugen wollten zunächst nicht nach Europa kommen. Rechtsanwalt König gelang es gelegentlich einer Zeugenvernehmung in anderer Sache in den Vereinigten Staaten, sie doch zum Flug nach Stuttgart zu bewegen. Auch die Kammer hatte König gebeten, sich um diese Zeugen zu bemühen. Die Art und Weise aber, wie sie jetzt vom Gericht mehrfach auf ihre Wahrheitspflicht hingewiesen wurden – andernfalls drohe die sofortige Festnahme –, oder auch der Umstand, daß sie nicht vereidigt wurden „wegen des Verdachts der versuchten Strafvereitelung zugunsten Dr. Lohrs": Dieses Mißtrauen der Richter empfanden sie als kränkend und ihrer Stellung als Anwälte nicht angemessen.

Mit anderen Zeugen, etwa dem ehemaligen SEL-Aufsichtsratsvorsitzenden Johannes C. Welbergen oder dem früheren SEL-Controller Dietrich Solaro, war der Vorsitzende Richter Dr. Udo Heissler, 49, anders umgegangen. Die hatten eindeutig gegen Lohr Stellung bezogen. Solaro hatte von Erregung über Lohrs Finanzgebaren gesprochen, die bis in die ITT-Spitze gedrungen sei. Welbergen, der sich damals wohl von Lohr übergangen fühlte, bezeichnete die Villa auf Mallorca als „Privatangelegenheit" Lohrs.

Aibel und Kilburn haben Lohr nicht einen Freibrief, einen „Persilschein", ausgestellt, wie er ihn hätte haben mögen. Sie haben sich fair und integer verhalten. Auf die Fragen des Vorsitzenden, denen es an Eindeutigkeit nicht fehlte, standen sie wie in einem Kreuzverhör Rede und Antwort. Kilburn hätte gern eine persönliche Erklärung abgegeben, er bat das Gericht darum, doch es wurde ihm die Gelegenheit dazu nicht gegeben.



Zeuge Aibel
„Verdacht der Strafvereitelung"

„Wußten Sie vor Beginn der strafrechtlichen Ermittlungen gegen Dr. Lohr, daß er mehr als 30mal private Charterflugzeuge zu Flügen nach Mallorca zu seinem privaten Ferienhaus benutzt hat und die Kosten in Höhe von rund einer halben Million Mark von SEL bezahlt wurden?" „Ich wußte, daß Herr Dr. Lohr Charterflüge nach Mallorca unternahm", antwortet Aibel. Aber er weiß nicht, wie oft Lohr flog und welche Kosten dabei entstanden.

Aibel und Kilburn konnten nur zum Jahr 1986 etwas sagen. Da flog Lohr achtmal. Die Verwendung von Chartermaschinen sei, angesichts der damaligen Bedrohung durch den Terrorismus, durchaus angemessen gewesen, sagt Aibel. Aber von einer ausdrücklichen Genehmigung, mit Privatmaschinen auf Geschäftskosten zum Ferienhaus zu fliegen, weiß weder er noch Kilburn. Ein ausdrückliches Verbot wiederum bestand auch nicht.

Im Jahr darauf flog Lohr 28mal nach Mallorca. Da war SEL bereits zu Alcatel übergegangen. Vor diesem Übergang wurde rasch reiner Tisch gemacht, über „peanuts" wollte sich keiner mehr aufregen. Nur kein Skandal, alles weitere sollte Lohr mit den neuen Chefs abmachen. „Alles in allem ist dem Unternehmen und den Aktionären ja kein Schaden entstanden", sagt Aibel auf eine Frage Rechtsanwalt Königs. Lohr aber verfuhr offenbar weiter wie gehabt, hemmungslos großzügig und vor allem eigenmächtig.

Daß er zu Beginn der Hauptverhandlung mehrere „Persilscheine" von Aibel und Kilburn vorgelegt hat, ist dem Gericht ein Balken im Auge. Aibel bestätigt, Lohr habe ihn „um alle Hilfe, die ich ihm geben kann", gebeten. So gingen Schriftstücke, Auszüge aus der Anklageschrift und entsprechende Stellungnahmen, zwischen Stuttgart und ITT zwölfmal hin und her, bis die Statements Lohrs Vorstellungen entsprachen. Er bestand gegenüber seinen Verteidigern darauf, daß diese Dokumente, in denen so auffällig haarscharf jedes Argument auf das Gegenargument in der Anklageschrift paßt, dem Gericht von ihm vorgetragen wurden.

„Sind da Erwägungen mit eingeflossen, die von Dr. Lohr übermittelt wurden?" fragt der Vorsitzende süffisant lächelnd. „Ja", antwortet Aibel. Dann vergleicht der Vorsitzende Aussagen Lohrs mit den Angaben der amerikanischen Zeugen. Es geht dabei selten gut aus für Lohr.

Schließlich wird gefragt: „Ist es bei ITT üblich gewesen, daß leitende Mitarbeiter eigenmächtig das Unternehmen mit privaten Aufwendungen belasteten, neben ihren Gehältern, Boni und sonstigen Vergütungen?" „Ein Generalmanager unserer größten Tochterfirma hat die Befugnis, SEL in Rechnung zu stellen, was er an Aufwendungen hat", antwortet der ITT-Mann Aibel. „Unbegrenzt und eigenmächtig?" zweifelt der Vorsitzende. „Er kann alle angemessenen Ausgaben für Bewirtung und Unterbringung von Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit in Rechnung stellen. Dies wird dann überprüft vom Controller, den zuständigen Abteilungen und der obersten Führung."

Lohr aber hatte einiges verschwiegen, anderes verfälscht. „Gehen Sie von der Prämisse aus, daß Herr Lohr auf seinen

Verteidiger **König, Thomas:** Kein Unterschied zwischen Ägäis und Mallorca

vielfachen Charterflügen zahlreiche Personen mitgenommen hat, die mit der Installation einer Alarmanlage nichts zu tun hatten", sagt der Vorsitzende und fährt fort: „Sehen Sie als zuständiger leitender Mitarbeiter von ITT hier eine Rechtfertigung für Verfälschung der Buchhaltung?"

Aibel verweist auf die grundsätzliche Möglichkeit einer Nicht-Offenlegung geschäftlicher Tätigkeiten. Allerdings, sagt er, müsse dann ein „richtiger Beleg" bereitgehalten werden. „Wenn es einen solchen Beleg nicht gibt?" fragt Richter Heissler. „Dann ist das ein Problem", antwortet Aibel.

Der Persönliche Referent Lohrs hatte als Zeuge vor Gericht ausgesagt, er sei von seinem Chef aufgefordert worden, „alle Termine aus meinem Terminkalender zu löschen, die mit Mallorca in Verbindung standen". Wie man es mit den Flügen und Reisen des Ministerpräsidenten hielt, wird nicht gefragt.

Ein zweiter Antrag der Verteidigung gibt hier Aufschluß. Die Rechtsanwälte König und Thomas, der am Mittwoch vergangener Woche erkrankte, wollen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten des Verfahrens gegen Dr. Reinhold Knoll beiziehen. Gegen Knoll, vormals Finanzchef und Vorstandsmitglied von SEL, war ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen der Buchung von fingierten Rechnungen eingeleitet – und eingestellt worden. Knoll hatte auch die Kosten der Griechenlandreisen Späths manipuliert und zur Zahlung durch SEL anweisen lassen.

Als Zeuge hatte Knoll zu Protokoll gegeben: „Da nach ITT-Regeln, deren Einhaltung ITT von SEL formell verlangte, Einladungen an Politiker, mitzureisen, nicht zulässig waren, bestand die Notwendigkeit, die Reise indirekt abzurechnen." Hier hatte sich Lohr offenbar über unmißverständliche Richtlinien der Konzernspitze hinweggesetzt. Er hat Kopf und Kragen riskiert.

Läßt sich dieses Verhalten noch mit Geltungssucht begründen? Mit der Lust Franziska Lohrs am Repräsentieren? Oder hat Lohr, irrtümlich oder begründet, angenommen, im Kreis der Konkurrenten um die Gunst der politisch Mächtigen anders nicht mithalten zu können? Hat er den ITT-Oberen nicht erklären können, was in Stuttgart als unumgänglich, üblich, erwünscht und vorteilhaft gilt?

Lohr handelt mit Vorliebe auf eigene Faust. Das zeigt sich in den Vorgängen, die zur Eröffnung dieses Verfahrens führten, ebenso wie in seinem Verhalten jetzt während der Hauptverhandlung. Er hat keine glückliche Hand in der Bewältigung seiner Situation. Er ist es nicht gewohnt, auf den Rat anderer zu hören. Er verlangt das Unmögliche und setzt dabei das Mögliche aufs Spiel.

Der gesellschaftliche Absturz, den Helmut und Franziska Lohr so sehr fürchten, ist dabei noch das Geringste. Das Stuttgarter Gericht läßt an seiner Haltung keinen Zweifel. Lohrs mächtige Freunde haben sich abgewandt. Am Tag bevor die amerikanischen Manager zugunsten Lohrs aussagen sollten, hat sich der Alcatel-Konzern „mit sofortiger Wirkung" von ihm getrennt. Man hatte ihm mit dem Titel eines Senior Vice President noch ein wenig Dekkung gewährt. Jetzt ist Helmut Lohr in der Schußlinie.



Justiz

Categoria A 2/D

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wollte ein Verfahren gegen Mercedes-Chef Niefer einstellen – unter merkwürdigen Begleitumständen.

Der Stuttgarter Amtsrichter Christof Nicol ist seit rund 20 Jahren im Justizdienst; er hat klare Vorstellungen von Recht und Gesetz.

Einen seiner Grundsätze schrieb der Richter jetzt, aus aktuellem Anlaß, an den Stuttgarter Staatsanwalt Christoph Hölscher. „Die Tatsache, daß der Beschuldigte im öffentlichen Leben steht", so Nicol, „darf nicht zu einer anderen Beurteilung führen."

Der Beschuldigte ist tatsächlich nicht irgendwer, schon gar nicht in Baden-Württemberg: Werner Niefer leitet den Autohersteller Mercedes-Benz. Er hatte am 31. Mai vergangenen Jahres, bei einer Busfahrt in Rom, die Stuttgarterin Christine Rehm schwer verletzt. Seither lief gegen den Manager ein Verfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung, des Fahrens ohne Fahrerlaubnis und der Unfallflucht.

Wegen „geringer Schuld" sei das Verfahren einzustellen, hatte der Staatsanwalt dem Richter geschrieben. Der Mercedes-Chef selbst hatte die gütliche Einigung vorgeschlagen, eine Anklage könnte die traumhafte Karriere des hemdsärmeligen Schwaben jäh beenden. Der Mercedes-Chef (Jahreseinkommen: über zwei Millionen Mark) wollte 60 000 Mark an sechs verschiedene karitative Einrichtungen zahlen, um das Verfahren „baldmöglichst abschließen" zu können.

Doch Nicol weigerte sich, den Beschluß zu unterzeichnen. Er habe, sagt er, „im Lebtag so etwas noch nie gelesen". Der Richter: „Bei einem normalen Fall, da verwette ich meinen Kopf, beide Arme und Beine, wäre bei einer solch schweren Verletzung mindestens ein Strafbefehl oder gar eine Anklage herausgekommen."

Doch es ist alles andere als ein normaler Fall: Merkwürdig sind die Umstände, die zu Niefers Unfall führten. Und noch erstaunlicher ist das Bemühen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, über diese Merkwürdigkeiten hinwegzusehen.

Niefer hatte an jenem Maientag mit der Konzernspitze von Mercedes-Benz Italien (MBI) und Kollegen aus Stuttgart in einem römischen Feinschmeckerrestaurant gespeist.

Danach wollte er die Gruppe mit dem Reisebus chauffieren. In einer engen

Kurve erwischte der Bus die Fußgängerin Christine Rehm, 28, und verletzte sie schwer an der Wade. Viermal wurde sie bislang operiert, sieben Wochen lag sie im Krankenhaus. Sie wird, das steht inzwischen fest, einen bleibenden Schaden behalten. Niefer will nichts bemerkt haben, obwohl er, so der italienische Polizeibericht, neun Meter an einer Mauer entlangschrammte.

Erst ein Sicherheitsbeamter machte seinen Chef auf den Vorfall aufmerksam. Allerdings leistete niemand aus der ehrenwerten Gesellschaft Erste Hilfe, Niefer begab sich nicht einmal an den Unfallort. Er habe geglaubt, die Geschädigte sei eine Italienerin, gab er in seiner Vernehmung an; er hätte „sowieso nicht helfen" können, da er weder Italienisch spreche noch eine ärztliche Ausbildung habe. Die Polizei traf erst nach einer Stunde ein. Von Niefer und den Businsassen aus Deutschland war da nichts mehr zu sehen.



Mercedes-Chef Niefer
Führerschein aus Brasilien

Er habe sich, sagt Niefer, von MBI-Präsident Carlo Mauro erklären lassen, daß man in Italien nicht länger als eine Stunde auf die Polizei warten müsse, dann dürfe man sich entfernen.

Die Staatsanwaltschaft gab sich mit solchen Erklärungen offensichtlich zufrieden. Ihre Akten an den Richter enthielten weder die Korrespondenz mit der italienischen Polizei noch fand sich eine Skizze oder ein Foto vom Unfallort.

Die verletzte Frau wurde lediglich einmal vernommen, mögliche Spätfolgen interessierten nicht. Ob Niefer vor dem Unfall getrunken hatte, schien die Ermittler ebenfalls wenig zu kümmern. Die Kellner des Restaurants „Cecilia Metella" wurden jedenfalls nicht befragt.

Nicht einmal alle Teilnehmer der Busfahrt wurden gehört. Die Staatsanwaltschaft beschränkte sich auf die Vernehmung einiger weniger – Kollegen oder Untergebene des Mercedes-Chefs.

Niefer und seine Anwälte konnten der Staatsanwaltschaft erzählen, was sie wollten. Es gab keinerlei Probleme.

Kaum zu glauben, daß Mauro, ein Jurist, tatsächlich Niefer den Rat erteilt hatte, er könne sich nach einer Stunde vom Unfallort entfernen. Denn das italienische Straßenverkehrsgesetz sieht eine Anhalte-, Warte- und Beistandspflicht bei Unfällen mit Personenschäden vor, ohne zeitliche Begrenzung.

Doch die Staatsanwaltschaft prüfte Niefers Aussagen bei Mauro merkwürdigerweise erst gar nicht nach. Der italienische Mercedes-Mann wurde bis heute nicht vernommen. Seltsam auch: Bei seiner Vernehmung am 4. September 1990 erklärte Niefer: „Eine Fahrerlaubnis für diesen Bus in Italien hatte ich allerdings nicht." Er habe jedoch in Brasilien einen nationalen Führerschein erworben.

Das muß Niefer leichtgefallen sein. Die Papiere sind dort für zehn Mark zu kaufen. Tatsächlich legte der Mercedes-Chef einen brasilianischen Führerschein (Nr. 053946585) der „Categoria A 2/D" vor. Das Dokument hat allerdings einen entscheidenden Fehler: Das Ausstellungsdatum – 13. September 1990 – liegt Monate nach dem Unfall.

Niefers Anwälte hatten dafür natürlich eine Erklärung. Es handele sich, sagen sie, um einen Ersatzführerschein. Als Beweis legten sie eine völlig unleserliche Telefax-Kopie eines Antragsformulars für eine Fahrerlaubnis in portugiesischer Sprache vor; auf ihr waren nur noch der Name Werner Wilhelm Niefer und das Datum 1. September 1981 lesbar.

Den Ermittlern genügte das. Sie bemühten sich nicht einmal um eine Übersetzung des Formulars.

„In der Behandlung von Prominenz aus Politik und Wirtschaft", sagt der grüne Landtagsabgeordnete Rezzo Schlauch, „hat sich in Baden-Württemberg eine Praxis entwickelt, die den Begriff der Klassenjustiz in den Schatten stellt." Schlauch, praktizierender Rechtsanwalt, sieht „überall den gleichen Filz, ob bei Imhausen, SEL-Lohr oder Niefer".

Auch für Richter Nicol besteht „kein Zweifel, daß in einem Verfahren gleichen Schuldgehalts, das sich nicht gegen einen Prominenten" richtet, die Staatsanwaltschaft Stuttgart anders reagiert hätte.

Deren Leitender Oberstaatsanwalt Dieter Jung hat die Botschaft offensichtlich verstanden. Er könne kaum glauben, schrieb Jung dem unbequemen Richter, daß der beabsichtige, „den mit der Angelegenheit befaßten Angehörigen der Staatsanwaltschaft Stuttgart Rechtsbeugung sowie versuchte Strafvereitelung im Amt vorzuwerfen".

Abtreibung

Sachverstand geborgt

Die FDP wird offensiv: Abtreibung bis zur zwölften Woche soll straffrei bleiben.

Eigentlich hatte der Bundeskanzler das Thema auf Eis legen wollen. Man könne erst über eine Neuregelung des Abtreibungsparagraphen 218 reden, so waren sich Kanzler und CSU am Anfang der Koalitionsgespräche einig, wenn die Klage Bayerns gegen das geltende Gesetz vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden sei.

Dort liegt seit knapp einem Jahr die Klage der bayerischen Staatsregierung gegen die nach ihrer Ansicht viel zu lasche Handhabung des Paragraphen und gegen die Abtreibung auf Krankenschein.

Doch weder die Karlsruher Richter noch der Koalitionspartner FDP machen mit beim Kanzlerspiel, die heikle Sache auf die lange Bank zu schieben. Die Verfassungsrichter drehten den Spieß um. Nicht sie wollen zuerst eine Entscheidung über den Fortbestand der komplizierten Indikationsregelung treffen, sondern – so signalisierten sie Bonn – die Regierenden sollten zunächst festlegen, wie sie sich im vereinten Deutschland einheitliche Regeln für Abtreibungen vorstellen. Um eine Ausrede war man in Karlsruhe nicht verlegen: Der Terminkalender sei durch die vielen offenen Fragen der deutschen Einheit voll; vor 1992 habe das Gericht eh keine Zeit, die bayerische Klage zu verhandeln.



Christsoziale Berghofer-Weichner
„Für mich undenkbar"



Freidemokratin Adam-Schwaetzer
Fristenlösung mit Denkpause

Das bringt die Bonner unter Druck. Schließlich sieht der Einigungsvertrag vor, daß der Bundestag bis Ende 1992 eine einheitliche Lösung zum Abtreibungsrecht zu beschließen hat, die verfassungsrechtlich unangreifbar ist und das zweigeteilte Recht – Indikationslösung in den alten, Fristenlösung in den neuen Bundesländern – aufhebt.

Noch im letzten Herbst hatten die Liberalen einen fertigen Gesetzentwurf vorgelegt: „Und den bringen wir im Februar ein, komme was wolle", so verkündet streitbar die Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer. Auf ihrer Suche nach einem richtigen Posten für die neue Wahlperiode kommt ihr Publicity gerade recht.

Kern des Liberalen-Entwurfs ist eine Fristenlösung mit Zwangsberatung. Frauen, die sich beraten lassen und danach drei Tage Denkpause einhalten, können bis zur zwölften Woche straffrei abtreiben lassen – ein Kompromiß, der bei den Frauen quer durch die Parteien Zustimmung findet. Christdemokratin Rita Süssmuth, bisher Vorkämpferin für eine vereinfachte Indikationsregelung („der dritte Weg"): „Der FDP-Vorschlag ist differenziert und diskutierbar. Die Indikationslösung ist eine unbefriedigende Regelung." Auch die SPD-Frauen, die bisher vehement gegen jegliche Zwangsberatung kämpften, sprechen nun von einem „gangbaren Weg".

Überrumpelt von der neuen Allianz für die Fristenlösung fühlen sich die Lebensschützer der C-Parteien, die wenigstens auf Vertagung des Themas gesetzt oder aber eine Reform in ihrem Sinne gefordert hatten. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, verlangte: „Die Frage des Lebensschutzes muß endlich in die Koalitionsverhandlungen." Das „Vereinte Apostolat im Geist Mariens" votierte in einem Manifest dafür, wenn der Staat nicht handele, müsse es die Kirche tun. Sein Vorschlag: Die katholische Kirche solle ihre Beratungsstellen für schwangere Frauen auflösen, weil diese auch zu Schwangerschaftsabbrüchen beitrügen.

Die Freidemokraten hoffen darauf, daß ihr Gesetzentwurf bei der vom Fraktionszwang befreiten Abstimmung mit Hilfe von Sozial- und einigen Christdemokraten verabschiedet werden kann. Fristenlösungsbefürworter Gerhart Baum: „Wir holen uns für unseren Entwurf die Mehrheiten dort, wo wir sie kriegen."

Allerdings hat die CSU erbitterten Widerstand angekündigt. Die bayerische Justizministerin und stellvertretende CSU-Vorsitzende Mathilde Berghofer-Weichner: „Es ist für mich undenkbar, das ungeborene Leben für vogelfrei zu erklären." Also ein neuer Fall fürs Verfassungsgericht in Karlsruhe.

Dabei ist keineswegs klar, wie die Richter dort entscheiden werden. Die von Konservativen verbreitete Behauptung, das Verfassungsgericht habe 1975 ein für allemal die Fristenlösung ausgeschlossen, ist schlicht falsch; im Urteil von 1975 wird lediglich die 1974 beschlossene Gesetzesfassung für verfassungswidrig erklärt, nicht die Fristenlösung schlechthin.

Der liberale Vorschlag aber sucht die damalige Forderung des Karlsruher Ge-

richts umzusetzen: nämlich vor der Strafandrohung verstärkt „sozialpolitische und fürsorgerische Mittel zur Sicherung des werdenden Lebens einzusetzen“. Was das sein und was das kosten könnte, darüber wird zur Zeit verhandelt.

Dreimal traf sich die Arbeitsgruppe „Frauen und Familie“ während der Koalitionsverhandlungen. In einem internen Papier wird vorgerechnet: Mindestens drei Milliarden Mark kosten zusätzliche Kindergartenplätze, Kinderbetreuung und Erziehungshilfen. Hinzu kämen noch 2,2 Milliarden Mark für die Aufstockung des Erziehungsgeldes. Uneins ist man sich noch bei der Pille auf Krankenschein für alle (Kosten: 900 Millionen).

Im Ernst haben auch erzkonservative Familienpolitiker gegen ein solches Maßnahmenbündel keine Vorbehalte. Damit aber stehen die Chancen für den FDP-Entwurf nicht schlecht. Kaum von ungefähr hat sich die FDP bei der Formulierung des Gesetzestexts Hilfe und Sachverstand geborgt. Die Richterin Ellen Chwolik-Lanfermann, maßgeblich am Ausfeilen des Entwurfs beteiligt, ist Mitarbeiterin beim Bundesverfassungsgericht.



Schwulen-Demo in Berlin: Dumpfe Vorurteile wachgehalten

Sexualität

Höhere Kulturstufe

Überfällige Reform wider Erwarten: Die Koalition streicht den Schwulen-Paragraphen 175 aus dem Strafgesetzbuch.

Für die Koalitionsverhandlungen mit der Union hatte sich FDP-Vize Gerhart Baum eine besondere Einlage ausgedacht. Mit linksliberalen Querschüssen – Abschaffung des Schwulen-Paragraphen 175 und Strafe für Vergewaltigung in der Ehe – wollte er in der Runde für Aufsehen sorgen.

Den empörten Aufschrei der konservativen Partner konnte Baum kaum erwarten. „Jetzt geht's gleich los“, kündigte er Justiz-Staatssekretär Klaus Kinkel an. Zur Sicherheit verbat sich der FDP-Flügelmann jede halbseidene Bemerkung aus dem Unionslager: „Alle Witze kenne ich bereits.“ Das Thema hatte auch zu sozial-liberalen Zeiten die Partner des damaligen Innenministers zu Stammtisch-Ergüssen animiert.

Doch der schöne Plan vom liberalen Solo scheiterte schon im Ansatz. Voller „Überraschung“ mußte der geübte Einzelkämpfer Baum feststellen, daß nicht einmal die CSU Lust zum anzüglichen Streit aufbrachte. Die Koalition wird den Strafrechtsparagraphen 175 streichen, der homosexuelle Beziehungen zu männlichen Partnern unter 18 Jahren mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bedroht.

Späte Bestätigung für Helmut Schmidt? Der hatte 1980 bei seinen letzten Koalitionsverhandlungen als SPD-Kanzler gleichlautende FDP-Forderungen mit dem Bemerken abgeschmettert: „Jetzt reicht's , Herr Baum. Da müssen Sie sich einen anderen Koalitionspartner suchen.“ Die Union unter Helmut Kohl als Bürgerrechtsbewegung im einig Vaterland?

Wohl kaum. Zwar erntete des Kanzlers Koalitionsrunde auch von Homosexuellen-Gruppen Lob für ihr Vorhaben, das Ausnahmerecht nach 120 Jahren Verfolgung, Ausgrenzung und Diskriminierung aus dem Strafrecht zu tilgen. Doch nicht das Verständnis für Minderheiten oder gar liberaler Eifer treibt die Union zur Reform – die deutsche Einheit fordert ihren Preis.

Die DDR hatte ihren Schwulen-Paragraphen 1988 aus dem Strafrecht gestrichen und damit, wie die SED-Erben von der PDS noch heute stolz verkünden, „eine im Vergleich zur BRD höhere Kulturstufe erreicht“.

Da der westdeutsche Paragraph 175 laut Einigungsvertrag im neuen Territorium nicht gilt, herrscht für Homosexuelle zweierlei Recht in Deutschland: Im Westen Berlins kann ein erwachsener Mann in den Knast wandern, wenn er sich auf eine Beziehung mit einem Jugendlichen eingelassen hat – im Osten der Bundeshauptstadt dagegen geht das einen Staatsanwalt nur bei unter 16jährigen etwas an. Zweierlei Maß, nicht lange durchzuhalten.

Das bundesdeutsche Recht hat längst den Bezug zur Realität verloren. Gesundes Volksempfinden hatte immer den Verdacht geäußert, dunkle Mächte und abartige alte Männer seien schuld, wenn Heranwachsende ihre Liebe zum gleichen Geschlecht entdeckten. Doch die Wissenschaft weiß es längst besser.

Noch niemals, versicherte der Hamburger Sexualwissenschaftler Gunter Schmidt, sei jemand „deshalb homosexuell geworden, weil er homosexuelle Beziehungen mit Gleichaltrigen, Jüngeren oder Älteren hatte“. Das sei, so Schmidt, „eine Fiktion des Gesetzgebers“. Nach einhelliger Expertenmeinung ist Homosexualität lange vor der Pubertät – vielleicht schon im Alter von fünf Jahren – angelegt.

Die Staatsmacht störte sich wenig daran. Rund 500 Ermittlungsverfahren nach Paragraph 175 gebe es jährlich in der alten Bundesrepublik, schätzt der Frankfurter Sexualwissenschaftler Martin Dannecker. Schlimm seien nicht nur die rund 120 Verurteilungen, die daraus resultieren, sondern die „Schande“, das gesellschaftliche Aus, das 500fach über sonst unbescholtene Bürger komme. Der Paragraph 175, so Dannecker, habe nicht allein zur Strafverfolgung gedient, sondern vielmehr auch das dumpfe Vorurteil wachgehalten, homosexuelles Treiben sei verwerflich.

Auch wenn Heteros und Homos vor dem Gesetz gleich sein sollen – ganz aus dem Geschlechtsleben der Bürger zurückziehen möchte sich die Koalition nicht. Nach der Koalitionsvereinbarung soll jetzt eine „einheitliche Schutzvorschrift“ für Jungen und Mädchen unter 16 Jahren die alten Paragraphen 175 und 182 (Verführung eines Mädchens unter

16 Jahren zum Beischlaf) ersetzen. Unter dem Deckmantel der Liberalisierung sind dabei sogar Verschärfungen des Strafrechts geplant. In einer Stellungnahme zu den Plänen des FDP-geführten Justizministeriums wies der „Schwulenverband in Deutschland" darauf hin, daß in Zukunft sexuelle Handlungen verfolgt werden könnten, „die bisher nicht strafbar sind, ohne daß es zu Unzuträglichkeiten geführt hat".

Neu ins Visier der Staatsanwälte geraten etwa Frauen, die ein Verhältnis mit Mädchen oder Jungen unter 16 eingehen. Bisher zog nur der „Beischlaf" mit einem Mädchen Haft bis zu einem Jahr nach sich. In Zukunft können alle „sexuellen Handlungen" in den Knast führen, wenn neben der „Unreife" auch die „Unerfahrenheit" des jugendlichen Partners ausgenutzt wird. Außerdem konnten Staatsanwälte bislang nur auf Antrag tätig werden, künftig wird daraus ein Offizialdelikt.

Die Liberalen scheinen zu diesen Zugeständnissen bereit – sie haben beim anderen Baum-Thema genug Zoff mit den Unions-Christen. In der Frage, ob Vergewaltigung in der Ehe künftig unter Strafe gestellt werden soll, blockte die CSU ab. Den Einwand der Christsozialen formulierte der bayerische Rechtsaußen Fritz Wittmann: Damit werde ein Abtreibungstatbestand – Indikation bei Vergewaltigung – auch für Eheleute geschaffen. Seine CSU-Kollegin Barbara Stamm, Staatssekretärin im Münchner Sozialministerium, beschied kurz: „So nicht."

Die Fronten blieben auch in der abschließenden Koalitionsrunde am Donnerstag voriger Woche bestehen wie eh und je: hier ein Teil der FDP um Baum und Irmgard Adam-Schwaetzer sowie Unionsfrauen um Rita Süssmuth, die argumentieren, daß auch in der Ehe nicht straffrei bleiben darf, was sonst als Vergewaltigung bestraft wird, dort die anderen Liberalen, die nicht möchten, daß der Staat auch noch Ehebetten inspizieren darf. Und dazu die Mehrheit in der Union, wo viele Männer das Ehe-Patriarchat für die einzig wahre Lebensform halten.

„Wir stoßen gegen eine Mauer", blies Klaus Kinkel schließlich zum Rückzug, „es hat keinen Sinn, dagegen anzulaufen." Jetzt soll ein neuer Versuch zur Einigung gemacht werden, sobald durch eine Neuregelung des Paragraphen 218 der Knackpunkt für die CSU ausgeräumt werden kann.

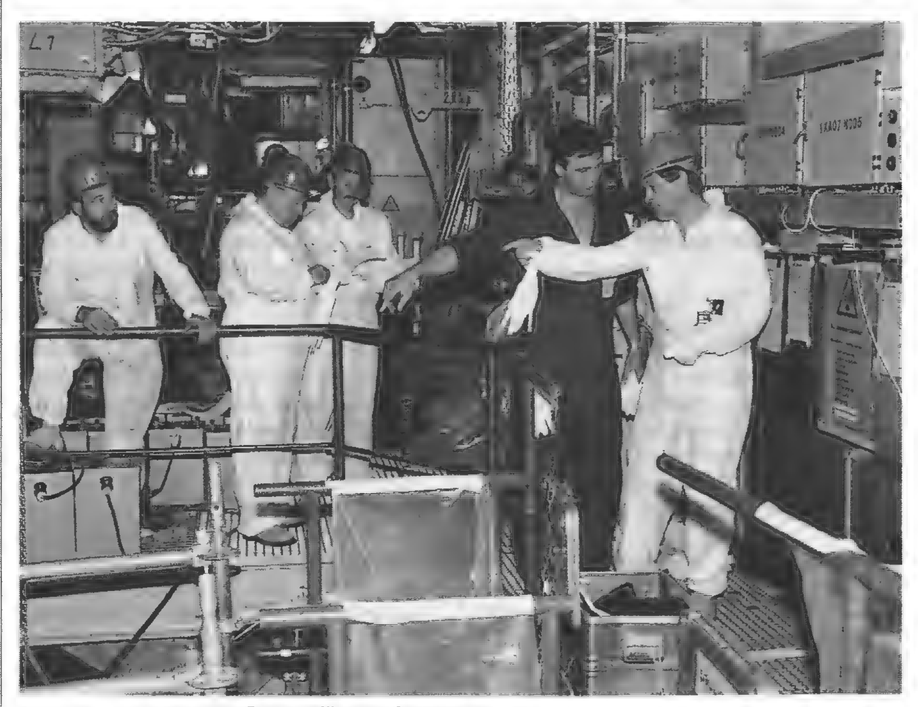
FDP-Vize Baum war mit dem Verlauf der Runde dennoch zufrieden. Der Liberale, der mit der Union auch schon wegen des Vermummungsverbotes für Demonstranten quer lag, fühlte sich nach den Unions-Attacken „wie ein Vermummter, der seine Frau vergewaltigt und auch noch schwul ist".

Energie

Futter in die Scheune

Nicht nur Kohlestrom wird durch eine Staatsabgabe belastet. Klammheimlich hat die Bonner Koalition beschlossen, auch den Atomstrom zu verteuern.

Konflikte hatte es nicht gegeben, der Punkt „Reaktorsicherheit" war im Koalitionsgespräch am Dienstag der vergangenen Woche schnell erledigt. Doch bevor die Koalitionäre sich dem nächsten Punkt zuwandten, bat der Atomminister aus sozialliberalen Zeiten, der Freidemokrat Gerhart R. Baum, noch um eine kleine Änderung.



Reaktorreparatur*: Risiko für die Staatskasse

Unter dem Stichwort „Verbesserung der Deckungsvorsorge" solle man, so Baum, noch die Ergänzung „unter Wegfall der Unentgeltlichkeit der staatlichen Freistellung" beschließen.

Kaum einer in der Runde verstand den Sinn dieses Vorschlags. Alle blickten erwartungsvoll zu Umweltminister Klaus Töpfer. Der nickte freundlich und zustimmend, kein anderer erhob Einwände, die Sache war gelaufen.

Der so nebenher erledigte Tagesordnungspunkt hat es in sich: In stillschweigendem Zusammenspiel, ohne daß Parteifreunde oder Öffentlichkeit dies mitbekamen, setzten Töpfer (CDU) und Baum (FDP) eine Abgabe auf atomar erzeugten Strom durch.

Die Entscheidung ist nützlich für die Öffentlichkeitsarbeit. Liberale und Christdemokraten können nun den Vorwurf zurückweisen, mit der zuvor beschlossenen „Restverschmutzungsabhängigen Lenkungsabgabe" auf die Verstromung von Kohle indirekt die Kernenergie zu begünstigen.

Nach langem Hin und Her hatte die Koalition sich am Dienstag geeinigt, Kohlekraftwerke, abhängig vom Ausstoß des Klimagiftes CO_2, von Stickoxid, Schwefeldioxid und anderen Giftstoffen, mit einer Abgabe zu belasten. Die Strafsteuer soll zu sparsamerem Verbrauch fossiler Energien wie Steinkohle und Heizöl anhalten, um eine Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.

Der Beschluß ist wegweisend und richtig, hat allerdings einen Nachteil: Atomstrom, der zwar bei einer Nuklearkatastrophe unabsehbare Verwüstungen anrichtet, am Treibhauseffekt aber keinen Anteil hat, wird gegenüber dem Kohlestrom deutlich verbilligt.

Klaus Töpfer aber weiß: Ungenierte Freude am Atom kann einem Umweltminister nicht bekommen, zu groß ist auch im Lager der Unionswähler die Furcht vor dem Super-GAU.

Schon vor der Wahl hatte Töpfer deshalb nach Wegen forschen lassen, den Atom-Bonus, der durch den Kohle-Malus der CO_2-Abgabe zwangsläufig entstehen muß, zu glätten. In seinem Umweltministerium wurde die rettende Idee geboren: Die Atomstromproduzenten sollen höhere Versicherungsbei-

* Im Kernkraftwerk Brunsbüttel.



Umweltminister Töpfer: Rettende Idee

träge zahlen. Bislang müssen sich die Betreiber, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), für einen Schaden bis zu 200 Millionen Mark pro Kernkraftwerk gegen Prämien bei privaten Versicherungskonzernen versichern. Für die Schadensspanne von 200 bis 500 Millionen Mark bilden die EVU eine Art Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Tritt bei einem aus ihrer Gilde jener Vorfall ein, der nach dem Glaubensbekenntnis der Atomgemeinde gar nicht geschehen kann und der deshalb in ihren Kreisen auch keinen Namen hat, legen alle zusammen und werfen bis zu 300 Millionen in den Klingelbeutel.

Für die nächsten 500 Millionen Mark ist allein der Staat zuständig, vielleicht aber auch für mehr. Wenn die EVU ihre halbe Milliarde nicht zusammenbekommen, tritt der Staat als Ausfallbürge ein. Erst bei Schäden jenseits der Milliarde wären endgültig und unbegrenzt die EVU dran. Könnten sie nicht zahlen, müßten sich die Gläubiger aus der Konkursmasse bedienen.

In einem Zangenangriff, so Töpfers Experten, könnte man den unzureichenden Versicherungsschutz hochziehen. Die EVU müßten im ersten Schritt verpflichtet werden, die Versicherungssumme von 200 auf 500 Millionen Mark zu erhöhen. Weitere 300 Millionen stehen in ihrem Gegenseitigkeitsverein bereit.

In einem zweiten Schritt soll der Staat 1,2 Milliarden Mark abdecken, aber, und das ist der Clou, nicht mehr umsonst, sondern gegen Cash.

Töpfers Beamte rechneten aus: Da eine Schadensumme von 100 Millionen zur Zeit gegen den Preis von 500 000 Mark jährlich versichert wird, hätten die EVU als Risikoprämie für ihre 20 Leistungsreaktoren künftig 150 Millionen Mark mehr zu berappen, knapp 30 Millionen an die Versicherungskonzerne, 120 Millionen an den Staat.

Das Aufkommen ließe sich, so erfuhr Töpfer, bei politischem Bedarf durch Anheben der Staatshaftungsgrenze beliebig erhöhen. Begründen ließe sich eine höhere Haftungsgrenze leicht. Allein zum Ausgleich der Tschernobyl-Schäden, Folgen eines 1300 Kilometer entfernt geschehenen Atomunfalls, mußte der Staat eine Milliarde Mark aufwenden.

Sosehr Töpfer die Idee gefiel, so wenig interessiert war er, sie selbst zu propagieren und bei den Atomfreunden der Union als Buhmann dazustehen. Da traf es sich gut, daß die Liberalen eine „Lenkungssteuer" für Kernenergie in ihrem Programm hatten – wie sie selbst wußten, ohne jede Chance.

Auf ominösen Wegen erfuhr der Liberale Baum von der Staatsversicherungsidee. Freudig machte er sie sich als Ersatz für die FDP-Steuer zu eigen. Nun steht die atomare Staatsversicherung im Koalitionspakt. Baum: „Damit kriegen wir ein bißchen Futter in die Scheune."



Umweltpolitiker Baum
Atomindustrie zahlt

Aber wirklich nur ein bißchen: Die 150 Millionen Versicherungsauflage nehmen sich reichlich mickrig aus gegenüber der Abgabe auf Kohlestrom. Da sollen jährlich 2,5 Milliarden Mark zusammenkommen.

Kriminalität

Mal Wuppertal, mal Wien

Ein neuartiges Kapitaldelikt verunsichert die vergreisende Industriegesellschaft: die Serientötung von Alten durch Pflegepersonal.

In seiner Freizeit schätzte Wolfgang Lange, 34, Krankenpfleger in Gütersloh, seinen Garten oder Hobbykeller. Gern führte er seinen Mischlingshund „Astor" Gassi. Gewerkschaften wie Friedensbewegung hatten in ihm einen vortrefflichen Mitstreiter. Seine sonore Stimme war eine Zierde des Männergesangsvereins „Concordia".

Optimistisch blickte der Mann mit dem Vollbart in die Zukunft. Erst vor kurzem hatte er sich entschlossen, seine kinderlose Ehe durch eine Adoption zu beleben. Ein rundes deutsches Familiendasein, gediegen wie Miele und Bertelsmann, die im gleichen Ort zu Hause sind – alles gut wie Gütersloh.

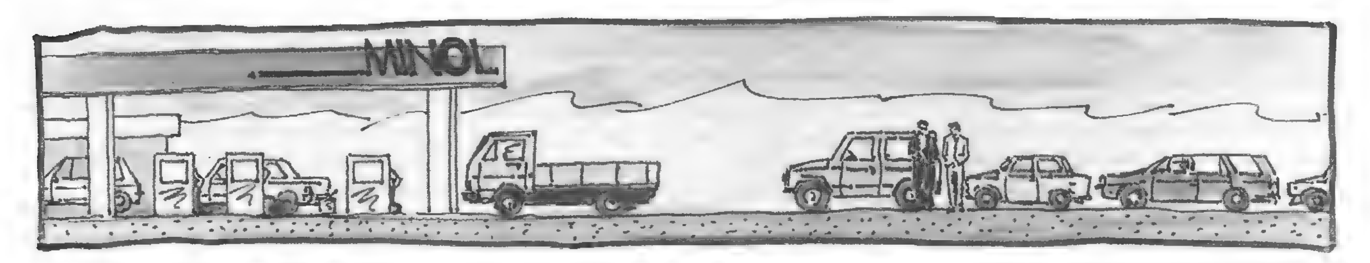
Doch die Idylle erwies sich als genauso trügerisch wie etwa das milde Milieu der Miß Marple in den Krimis von Agatha Christie. Denn da wie dort ging und geht es eher zu wie in dem Filmklassiker „Arsen und Spitzenhäubchen": Lieblich lächelnd und von niemandem beargwöhnt, träufeln zwei alte Damen im Film ihren Gästen tödliches Gift in die Tassen – der irre Neffe beerdigt im Keller ein ums andere Mal „a new victim of the yellow fever".

Weder durch Gelbfieber noch durch Arsen kamen Langes Schutzbefohlene ums Leben. Der Krankenpfleger arbeitete mit hochdosierten Gaben von Sedativa wie Neurocil oder einfach mit Luft. Sein letztes Opfer, die psychiatrische Langzeitkranke Margarete Pradella, 86, starb laut Obduktionsbefund an einer Embolie in der rechten Herzkammer.

Die Patientin sei eine „so nette alte Dame" gewesen, sagt Professor Klaus Dörner, Leitender Arzt der 500-Betten-Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Neurologie. Die Greisin war kurz vor ihrem Tod am 14. Dezember in die internistische Station im Haus 7 verlegt

WIR SPRECHEN WIEDER MITEINANDER

Die MINOL AG arbeitet mit Hochdruck an der Neugestaltung ihrer Tankstellen. Damit es in den neuen Bundesländern bald keine Schlangen mehr vor den Zapfsäulen gibt. Und wenn Sie jetzt noch das eine oder andere Mal etwas warten müssen: Vielleicht nutzen Sie die Zeit, miteinander zu sprechen. So kommt man sich näher. Die neue MINOL arbeitet mit am Aufbau des vereinten Deutschland.



MINOL AG

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT · AM ZEUGHAUS 1-2 · 1086 BERLIN

HC ANDRESEN ■ BERLIN

worden. Dort betreute Wolfgang Lange zu dieser Zeit allein die 22 Betten.

Der plötzliche Tod machte den diensthabenden Arzt mißtrauisch, der bei der Patientin kurz zuvor Blut abgenommen hatte. „Ohne Rücksicht auf Pietät" (Dörner) öffnete er bei der Leiche die Hände, die Pfleger Lange bereits sorgfältig gefaltet hatte, und entdeckte drei weitere Einstiche – nun ein Fall für Polizei und Staatsanwaltschaft.

In der U-Haft beichtete der fromme Westfale zuerst dem Anstaltsgeistlichen und dann den Ermittlungsbeamten gut ein Dutzend weiterer Tötungsdelikte. Staatsanwalt Hans-Dieter Heidbrede beschlagnahmte fürs erste die Krankenblätter von 14 ehemaligen Patienten.

Die westfälische Tötungsserie ist der jüngste Beleg für ein neuartiges Delikt, das die westlichen Industriestaaten heimsucht und damit eine Gesellschaft bedroht, die schon bald nach der Jahrtausendwende gut zur Hälfte aus Alten und Siechen bestehen wird.

Neben kriminellen Geißeln hochentwickelter Völker wie Mafia und Drogenhandel, Terrorismus und, fast harmlos, Amoklauf hat sich nun der Massenmord an Senioren und Senilen etabliert.

Psychiater Dörner, nebenher auch Soziologe und Historiker, fürchtet schon, daß in den „neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts" mit „brutaler Offenheit" die Frage aufgeworfen werden könnte, „welches Leben brauchbar und lebenswert und welches Leben das nicht sei". Die Antwort könnte dann leicht zu Lasten der „Ballastexistenzen" und der „überflüssigen Esser" ausfallen – all der „Häßlichen, Verwirrten, Desorientierten, vielleicht Ekelerregenden oder auch nur Mühseligen und Beladenen".

Der Professor sieht schon jetzt genug „hinreichende Alarmzeichen". Die demographische Pyramide stehe längst auf dem Kopf, die einst raren und damit ehrwürdigen Alten seien einer zunehmenden Entwertung ausgesetzt. Mehr und mehr betrachte die Gesellschaft diese „Menschen als Dingsdas". Unter dem Titel „Tödliches Mitleid"* fragte der Klinikchef schon vor drei Jahren verzweifelt, ob es da „für uns nicht logisch und ethisch verantwortlich" wäre, einfach „in die Heime zu gehen und die dort lebenden Alten, Kranken, Behinderten und Sterbenden zu vergiften"?

Individualpsychologisch oder durch eine noch ausstehende Täterpsychologie sei dem neuartigen Phänomen wohl nicht beizukommen. „Das Auffälligste an dem Mann", so Dörner heute über seinen Pfleger Lange, „war seine absolute Unauffälligkeit." Das Umdenken einer neuen Generation, die zunehmende Relativierung der Würde des Menschen durch die Gesellschaft breche sich auf unvorhersehbare Weise Bahn – „mal in Wuppertal, mal in Wien".



Täter Lange (Pfeil), Sangesbrüder: Hände des Opfers sorgfältig gefaltet

In Wuppertal war vor gut einem Jahr die Krankenschwester Michaela Roeder, damals 31, wegen der Tötung von sieben Patienten des St.-Petrus-Krankenhauses zu elf Jahren Haft verurteilt worden. Der Vorsitzende Richter Rudolf Watty war laut Urteilsbegründung „davon überzeugt, daß Mitleid das wesentliche Motiv" der Täterin gewesen sei.

Doch gerade das Mitleid ist nach Ansicht des Sozialforschers Dörner „eine der tödlichsten Waffen im Umgang mit sozial Fraglichen". Leicht schlug etwa das „stark ausgeprägte Helfersyndrom" von Michaela Roeder, so erkannte auch das Wuppertaler Gericht, in ein „Grandiositätsgefühl" um, das sie zur Herrin wenn schon nicht über das Leben, so doch wenigstens über den Tod machte.

In Wien stehen demnächst vier Krankenschwestern des Lainzer Spitals vor Gericht. Die 88 Seiten umfassende Anklageschrift wirft den „Teufelinnen von Lainz" (*Die Presse*) 42 Morde vor.

Womöglich gehen noch viel mehr der insgesamt über 2000 Todesfälle in der Ersten Medizinischen Abteilung auf das Konto der unbarmherzigen Schwestern. Für die Hauptangeklagte Waltraud Wagner, 32, hatte der liebe Gott, den sie ganz familiär „Pepi" nannte, für unliebsame Patienten stets „ein Zimmer frei".

Nur die Tatorte – Kliniken, Spitäler, Altenheime – und natürlich die vielen Leichen sind die gemeinsamen Kennzeichen der neuen Kriminalität im Sozialbereich. Die vorgetragenen Motive, die eingesetzten Medikamente und die jeweiligen Methoden hingegen sind so vielgestaltig wie das wirkliche Leben.

Michaela Roeder arbeitete vorzugsweise mit Überdosen des blutdrucksenkenden Catapresan und dem hochgiftigen Kaliumchlorid, um ihren Patienten „weitere Schmerzen zu ersparen". Die Wienerinnen bevorzugten das Diabetiker-Mittel Insulin und das Beruhigungsmedikament Rohypnol. Zuweilen behalfen sie sich aber auch mit einer rabiaten „Mundpflege", bei der die Patienten durch Zuhalten der Nase und gleichzeitiger Verabreichung von Wasser praktisch ertränkt wurden.

Der jüngste Fall von Gütersloh unterscheidet sich nicht nur in den angewandten Mitteln Neurocil und Luft von der vorausgegangenen Mordserie, sondern auch in dem vom Täter vorgetragenen Motiv: „der schlechten personellen Ausstattung meiner Station". Doch gerade im Pflegebereich sieht es in dem westfälischen Landeskrankenhaus laut Klinikchef Dörner „besonders gut aus". Die 22 Betten werden von elf Pflegern und einer Nachtwache betreut. Alle Pflegekräfte in der internistischen Station haben, außer dem erst jüngst von der Psychiatrie übergewechselten Wolfgang Lange, eine psychosomatische Zusatzausbildung absolviert.

Daß ausgerechnet dort eine Serientötung geschehen konnte, schien derart unwahrscheinlich, daß ein erster Verdacht, der vor vier Monaten auf Lange fiel, durch ein „formalisiertes Gespräch" (Dörner) ausgeräumt wurde.

Die „große Angst" des Euthanasieforschers ist es, daß sich im bevorstehenden Prozeß die „verharmlosende Tendenz von Wuppertal" fortsetzen könnte, daß die wirklichen Probleme in einer „tränentriefigen Geschichte wie bei der Roeder" untergehen. Dörner: „Ich werde alles tun, um das zu verhindern." ◄

* Klaus Dörner: „Tödliches Mitleid". Verlag Jakob van Hoddis, Gütersloh; 124 Seiten; 17 Mark.



Marianne Sägebrecht. American Express Mitglied seit 1989.

Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.®



Tel.: 01 30-3750

„Aus dem tiefen Loch heraus"

Ex-Minister Joschka Fischer über die Hessen-Wahl und die Zukunft der Grünen

SPIEGEL: Herr Fischer, bei den Wahlen am 20. Januar in Hessen entscheidet sich das Schicksal der grünen Gesamtpartei, haben Sie gesagt. Wieso eigentlich?

FISCHER: Wir haben drei Wahlziele hier in Hessen: Wir wollen drittstärkste Kraft bleiben, eine andere, eine rot-grüne Mehrheit und die Trendwende für den Bund nach dem Wahl-Debakel vom 2. Dezember. In der Tat, bekämen wir hier ein schlechtes Ergebnis, dann würde der Abwärtstrend verstärkt. Bei einem erfreulichen Ausgang aber sind die Bedingungen für eine Erneuerung der Grünen auf Bundesebene wesentlich günstiger.

SPIEGEL: Den hessischen Fischer-Kurs werden Sie dann auf dem Parteitag als Erfolgsrezept für die Erneuerung anpreisen?

FISCHER: Das sehen Sie wieder durch Ihre Bonner Brille mit abgezockter machtpragmatischer Kurzsichtigkeit. Die Entscheidung der Bundespartei fällt völlig unabhängig davon.

SPIEGEL: Ach so.

FISCHER: Ja. Was ich als Überlebensminimum definiere, nämlich eine handlungsfähige Parteiorganisation mit einer ökologischen Reformpolitik, den richtigen Themen und den richtigen Leuten, das muß die Bundespartei ganz aus sich selbst heraus entscheiden. Selbst wenn in Hessen ein sehr gutes Ergebnis herauskommt, kann die Partei beschließen: Wir machen den Kurs weiter, der in den Abgrund geführt hat. Dann war's das.

SPIEGEL: „Joschka kommt" ist auf den Wahlplakaten zu lesen. Reicht der Unterhaltungswert des einstigen Turnschuh-Ministers, um die CDU/FDP-Koalition einzuholen?

FISCHER: „Joschka kommt" wirbt für Wahlkampfauftritte und soll die Säle füllen. Aber ich würde das angesichts des Bundestagswahlergebnisses für Hessen nicht überbewerten ...

SPIEGEL: ... knapp über fünf Prozent kamen da raus ...

FISCHER: ... da ist nichts drumherumzureden. Entscheidend ist, was kommt rüber von uns? Gelingt es, unsere Rolle als soziales und ökologisches Gegengewicht zu der Kohl-Herrschaft in Bonn klarzumachen? Wallmanns Ziel ist ja, nachdem er ohne Hemd im landespolitischen Wind steht, den allerletzten Magarinerest noch auf das landespolitische Brot zu kratzen und sich ansonsten gemeinsam mit dem Kanzler der Einheit in den Hermelinmantel der Geschichte einzuwickeln.

SPIEGEL: Fischers Kopf auf Wahlplakaten, das ist immerhin der Bruch mit einem grünen Grundsatz: kein Promikult.

FISCHER: Aber das ist doch die Erfahrung von Lafontaine: Ihm ist es gelungen – und das haben jetzt auch die letzten Fundis begriffen –, die Hoffnungen, für die Grüne über Jahre hinweg gearbeitet haben, voll auf sich als Person zu konzentrieren. Das hat ihm 600 000 Stimmen von den Grünen und uns so unter die fünf Prozent gebracht. So wichtig die politischen Inhalte sind: Inhalte können nicht sprechen, gehen nicht von alleine, sondern das machen Menschen. Darüber wird's jetzt noch einmal eine kurze Debatte geben, aber – ich wage die Hypothese – keine größere Aufregung.

SPIEGEL: Dahinter steckt der Wunsch nach einer sogenannten Strukturreform: Die Rotation, die Trennung von Amt und Mandat sollen abgeschafft, ein Vorsitzender gewählt werden – alles nach dem Muster der Altparteien.

FISCHER: Mir wäre es lieber, unsere alten Überzeugungen hätten der Realität standgehalten. Aber ich hab' das alles schon mal erlebt, nämlich in der Alternativbewegung. Nichts ist so deprimierend, auch in einem Alternativbetrieb, als wenn der dauernd am Rande des Bankrotts herumkrebst. Als wir damals ein paar Kriterien änderten, da hieß es bei einigen auch gleich: kapitalistische Ausbeutungszentrale. Der Effekt aber war: Noch heute existiert in Frankfurt dieser älteste Alternativbetrieb.

SPIEGEL: Nirgendwo sind die Grünen so stramm auf Realo-Kurs wie in Hes-



Realo Fischer beim SPIEGEL-Gespräch: „Wir nehmen unsere letzte Chance wahr"

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Paul Lersch und Jürgen Scherzer.

sen. Müssen Sie nicht befürchten, daß die verprellten Linken sich bei der Wahl verweigern?

FISCHER: Was heißt Realo-Kurs? Ein Reformkurs ist das, mit einer sehr breiten Palette von traditionslinken bis zu mehr ökologisch-liberalen Positionen. Dieser Kurs ist uns nicht schlecht bekommen.

SPIEGEL: Der hessische Landesverband hat die Fundis um Jutta Ditfurth aufgefordert, die Partei zu verlassen – die sollen jetzt diese Ihre Partei wählen?

FISCHER: Die Mehrheit auf dem Parteitag war so überwältigend, ich hab' keine Lust, das weiter zu kommentieren.

SPIEGEL: In alle Richtungen hat eine Fluchtbewegung eingesetzt, zur SPD, zur FDP und zur PDS, ins Privatleben und in die außerparlamentarische Opposition – ein Prozeß des Gesund- oder des Kaputtschrumpfens?

FISCHER: In Hessen haben wir seit dem 2. Dezember erhebliche Parteieintritte, und das macht Mut. Wenn wir aber einfach so weitermachen wie bisher, allenfalls ein paar Reförmchen anbringen, dann werden wir uns kaputtschrumpfen, das heißt, die Partei wird auseinanderlaufen. Oder wir handeln jetzt, erneuern grundsätzlich die Bundespartei organisatorisch und personell. Wir nehmen so unsere letzte Chance wahr. Genau das wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben. Die Mehrheit auf dem Parteitag in Hagen, die – gegen das Realo-Votum – den Karren in die tiefe Schlucht des 2. Dezember gefahren hat, muß jetzt den Weg freigeben für eine Erneuerung.

SPIEGEL: Vokabular und Programm der Grünen haben die Altparteien geplündert. Die Bundesregierung hat grüne Friedenspolitik teilweise umgesetzt. Was bleibt für die Grünen übrig?

FISCHER: Konkurrenz belebt das Geschäft . . .

SPIEGEL: . . . oder macht es kaputt . . .

FISCHER: . . . wenn man sich nicht darauf einstellt, ohne jeden Zweifel. Aber die Konkurrenz der Altparteien ist nicht unser Problem. Sehen Sie doch nur, was in diesem Lande tatsächlich in Richtung ökologischer Umbau geschieht.

Sie sagen, die Regierung habe unsere Friedenspolitik übernommen. Ich sehe dagegen, wie gerade die ersten deutschen Soldaten abkommandiert werden, um fürs Vaterland zu sterben. Da bleibt für die Grünen mehr als genug zu tun. Sie müssen sich als gesellschaftliche Pfadfinder begreifen, undogmatisch, nicht verharzt und zugleich die Kompetenz für die Durchsetzung ihrer Politik gewinnen. Dann werden die Grünen ein hochseetüchtiger, hochmanövrierfähiger Schlepper mit gewaltiger Zugkraft. Ich glaube, das haben die Altparteien nach wie vor nötig.

SPIEGEL: Die hessischen Grünen wollen künftig „die Gesamtheit der gesellschaftlichen Probleme“ aufgreifen. Ist das der neue Realo-Kurs: zu werden wie die Altparteien, nur ein bißchen anders?

FISCHER: Nein, nein. Wir sind Umweltpartei, und es muß auch unser Schwerpunkt bleiben, die Umweltverträglichkeit unserer Industriegesellschaft herzustellen. Das zweite ist die Menschenrechtsfrage, gerade dort, wo sie sich mit der sozialen Frage kreuzt, also zum Beispiel bei den politisch rechtlos gehaltenen Ausländern. Auch Fragen der Emanzipation wie die Gleichstellung der Frauen, wo ja viel Rhetorik zu hören ist, bleiben vorerst nur auf dem Papier.

SPIEGEL: Auf Ihren Plakaten liest man: „Bei uns machen Frauen Politik.“ Bei der SPD heißt es: „Bei uns machen Frauen wirklich Staat.“ Gibt es Unterschiede zwischen Rot und Grün?



Fischer-Gegnerin Ditfurth: Mit linken Illusionen aufräumen

FISCHER: Wir wollen doch jetzt nicht über Plakate reden. Wir haben hier vier Jahre Politik gemacht. Die hessischen Grünen sind die einzigen, die ein operatives Klimaschutzprogramm für das Land vorgelegt haben und ein Konzept, das Ernst macht mit der Politik gegen Übermotorisierung durch Umstieg auf umweltverträgliche Verkehrssysteme. Die SPD ist inzwischen gerade mal auf dem Stand unseres Energiespargesetzes von 1985 angelangt. Die Grünen werden da als Motor und Schlepper dringend gebraucht.

SPIEGEL: Vielleicht ist ihre historische Aufgabe erledigt?

FISCHER: Bei der Durchsetzung unserer Politik werden wir selbstverständlich Interessenkonflikte mit den Sozialdemokraten kriegen. Das muß in einer Koalition so sein. Aber nie wieder „Konfliktbündnisse“! Die historische Berufung der Grünen ist mitnichten erfüllt. Allein die Unfähigkeit, sie wahrzunehmen, ist das Problem, und darüber ärgere ich mich so wahnsinnig. Die Bundesrepublik braucht eine Partei, die vorhandene Konsense aufbricht, beispielsweise im Umweltbereich, und sagt, das Getane reicht bei weitem noch nicht. Da können wir nicht bloß den Anstoß geben und zusehen, was die Altparteien daraus machen. Durch die Perestroika wird zudem auch für den Osten die Marktwirtschaft zur allein selig machenden Kraft, ohne Rücksicht auf ökologische Zerstörung. Die Wachstumsfalle, in der wir eh schon drinstekken, wird noch wesentlich gefährlicher.

SPIEGEL: Gerade der Niedergang des Sozialismus bringt die Grünen, die sich als ein linkes Projekt verstehen, in Schwierigkeiten.

FISCHER: Für mich waren die Grünen immer eine linke ökologische Partei. Ich werde mich auch jetzt nicht verabschieden von der Linken. Der Konservativismus wird mit Zeitverzögerung in eine ähnliche Sinnkrise geraten wie der Sozialismus. Wir stehen jetzt vor der Herausforderung einer nachsozialistischen Linken, die allerdings radikal mit den alten Vorurteilen und Illusionen aufräumen muß: Unverzichtbarkeit der Menschen- und Freiheitsrechte, ökologische Verantwortung und der uralte Traum von sozialer Gerechtigkeit stehen auf dem Programm.

SPIEGEL: Das sind neue Töne aus der grünen Ecke. Zu den epochalen revolutionären Freiheitsbewegungen im Osten


Cointreau kann man
mit und ohne
Wassermann trinken.
Was in den Sternen steht, spielt beim Trinken von Cointreau
eine eher untergeordnete Rolle. Viel mehr Bedeutung
hat die diffizile Frage: Trinkt man Cointreau mit Eis, mit
Orangensaft oder mit einem dezenten Augenaufschlag?
COINTREAU
SPÉCIALITÉ
40 % vol. 0,7 L

hätten die linken Intellektuellen geschwiegen, hat Joachim Fest vor einiger Zeit noch vorwurfsvoll festgestellt.

FISCHER: Diese These stimmt zumindest nicht für uns, die wir aus der Tradition der Frankfurter Schule kommen. Als 1968 der Warschauer Pakt in Prag einmarschierte und der „Prager Frühling" niedergeschlagen wurde, wer hat da die Demonstrationen bis vor die sowjetische Militärmission getragen? Das war die von Fest geschmähte Linke, während die Nachwuchsintellektuellen der Fest-Couleur sich lange vorher schon verabschiedet hatten.

SPIEGEL: In Frankreich war die Linke erschüttert von Solschenizyns Schilderungen des „Archipel Gulag" und wandte sich entsetzt vom Sozialismus ab – anders als in der Bundesrepublik.

FISCHER: Ich kann Ihnen nur sagen, für mich hat die damalige Diskussion in Frankreich eine dramatische Bedeutung gehabt. Danach habe ich fast alle in deutscher Sprache veröffentlichten russischen Dissidenten gelesen. Die Menschenrechtsfrage rückte zentral in den Vordergrund. Auch Wolf Biermann ist für uns ein ganz großer Hoffnungsträger gewesen, dessen Lieder wir gehört, dessen Gedichte wir verschlungen haben.

SPIEGEL: Ihr Parteifreund Ralf Fücks hat das Bekenntnis abgelegt: „Die Hoffnungen auf einen humanen Sozialismus machten uns teilblind."

FISCHER: Nein, blind waren wir für die Unterdrückung im realen Sozialismus nicht. Daniel Cohn-Bendit, der 1969 aus Frankreich nach Frankfurt gekommen ist, hat entscheidend auch meine linksradikale Biographie und mein Denken geprägt. Aufgrund der französischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Partei hatte ich schon damals eine enorm kritische, ja ablehnende Einstellung zum realen Sozialismus.

SPIEGEL: Nach dem Eindruck von Fücks gab es bei den Linken eine Abwehr gegenüber grauenhaften Wahrheiten, eine Furcht vor Desillusionierung, man wollte nicht alles so genau wissen, zum Beispiel auch über die ökologischen Katastrophen in den sozialistischen Ländern. Gilt das nicht für Sie?

FISCHER: Als im Prager Frühling die Hoffnung, der stalinistische Block sei reformfähig, unter den Panzern zermalmt, als Solidarność in Polen mit Hilfe des Kriegsrechts unterdrückt wurde, da ist bei vielen, auch bei mir, ein Denken eingerissen: Wende dich mit dem Rücken zur Mauer, die machtpolitischen Verhältnisse des Stalinismus sind unumstürzbar, es nützt alles nichts. Das, sage ich offen, war ohne jeden Zweifel ein Fehler, mit dem ich mich sehr selbstkritisch auseinandersetzen muß.

SPIEGEL: Die sozialistische Utopie sei nicht diskreditiert, meinen einige Ihrer Parteifreunde, sondern nur die sozialistische Realität. Für den humanen Sozialismus stehen Namen wie Ernst Bloch oder Alexander Dubček.



Sowjet-Invasion in Prag 1968: „Nicht blind für die Unterdrückung"

FISCHER: Die Linke wird sicher noch eine sehr wichtige Auseinandersetzung zu führen haben. Dubček war 1968 die große Hoffnung für einen freiheitlichen Sozialismus. Damals bestand aus meiner Sicht noch die Möglichkeit von dritten Wegen. 1989, als in der DDR die Debatte um den dritten Weg losging, habe ich daran nicht mehr geglaubt. Aber ich definiere mich nach wie vor als Linker. Gerade als Ökologe stelle ich fest, daß die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, dieses absurde Ungleichgewicht von Arm und Reich heute nicht nur zu sozialen, sondern auch zu fatalen ökologischen Konsequenzen führt.



Schriftstellerin Seebacher-Brandt
Deutsch-nationale Gefühligkeit

SPIEGEL: Die Niederlage des Sozialismus wird im Westen allenthalben als ein Sieg des Kapitalismus gefeiert.

FISCHER: Nichts ist so schwierig, wie einen Sieg in einen Frieden umzuwandeln. Der Kapitalismus, könnte man zugespitzt sagen, hat jetzt die alleinige Verantwortung. Und daß er dieser Aufgabe gerecht wird, da habe ich große Zweifel. Ich sage, laßt uns mal nach den Ergebnissen gucken. Mir ist es egal, wie eine Maßnahme ideologisch oder religiös legitimiert wird, solange die Ergebnisse stimmen, sozial, ökologisch und auch unter dem Gesichtspunkt von Freiheit und Menschenrechten.

SPIEGEL: Die Geschichte habe die Linken überlistet und abgewählt, meint Brigitte Seebacher-Brandt, die Frau von Willy Brandt. Die Grünen ein Opfer der deutschen Einheit?

FISCHER: Wenn sich Frau Seebacher-Brandt als die Norne aus Unkel geriert, sage ich nur: In der Biographie meiner Generation spielt nun mal die Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland eine große Rolle. Ich lasse mich gerne einen Pessimisten schelten und bin froh, wenn die Zukunft zeigen wird, daß es vielleicht nur die Ängste einer Generation von 40jährigen waren. Die haben jedenfalls als Bremsfaktor gegen nationale Ergriffenheiten gewirkt.

SPIEGEL: Waren die Grünen vielleicht zu sehr auf eine Abrechnung mit der Eltern-Generation fixiert?

FISCHER: Die war bitter nötig! Diese Abrechnung hat uns auch in schwere Schuld verwickelt, die bis zum Terrorismus reicht. Ich will da nichts beschönigen. Trotzdem war diese Abrechnung

REINE SCHURWOLLE

Die Konsequenz in der Herrenmode



nötig, weil sie die Voraussetzung war für die wirkliche Demokratisierung dieser Republik. Die nationale Frage ist in Deutschland nicht von links zu besetzen. Sorry, bei aller Bewunderung für Willy Brandt und sein Lebenswerk – an dem Punkt mache ich nicht mit.

SPIEGEL: Die Sozialdemokraten in Hessen gehen schon auf Distanz zu den Verlierern des Jahres und winken hinüber zu den Freidemokraten. Absetzbewegungen oder nur Scheingefechte?

FISCHER: Ich kann nur sagen: Jeder, der Rot-Grün will hier in Hessen, der ist gut beraten, wenn er diesmal grün wählt. Da weiß er genau, was er kriegt: Keine polygamen Zustände zwischen Grünen und FDP, wie bei den Sozialdemokraten, sondern eine klare Aussage für Rot-Grün. Ich kann meiner Partei zudem nur raten: keine falsche Depression, keine Selbstzerknirschung. Kämpfen ist angesagt.

SPIEGEL: Rot-Grün, meinen Skeptiker, sei eigentlich ein Projekt aus einer Zeit beispiellosen Reichtums und insofern seit dem Untergang der alten Bundesrepublik ein Projekt der Vergangenheit.

FISCHER: Wenn die Grünen sich nur als eine Schönwetterpartei erweisen würden, behütet von der Mauer und von der Deutschen Bundesbank, wäre das völlig daneben. Gerade in den neuen Bundesländern werden die Menschen, wenn ein sozialer Nachholbedarf gestillt ist, den ich nur zu verständlich finde, sehr schnell feststellen, wie dramatisch ihnen die Umweltfrage unter den Nägeln brennt.

SPIEGEL: In den alten Bundesländern geraten die Grünen mit der SPD immer wieder in das gleiche Dilemma: Entweder sie zerrütten das Bündnis, weil sie auf ihre Identität pochen, Beispiel Berlin. Oder sie passen sich an, und dann wird, Beispiel Niedersachsen, die Frauenministerin Waltraud Schoppe gefragt: „Seid ihr eigentlich noch drin in der Regierung?"

FISCHER: Aus meiner bescheidenen hessischen Sicht sehe ich das völlig anders. In Frankfurt, wo Rot-Grün regiert, fragt keiner: „Seid ihr noch drin?"

SPIEGEL: Und wenn Sie mal einen Blick über die Grenzen werfen?

FISCHER: In Berlin hat ein stark links orientierter grüner Landesverband die Koalition gemacht. Aber es war nicht angelegt als ein Erfolgsbündnis.

SPIEGEL: In einer Koalition mit der SPD, meint der grüne Minister Trittin aus dem niedersächsischen Kabinett, könnten die Grünen immer nur in allenfalls zwei oder drei Punkten Erfolge erzielen, der Rest sei Schadensbegrenzung.

FISCHER: Das ist altes Denken. Es geht nicht mehr nur um ein, zwei oder drei Punkte, sondern um einen grundsätzlich neuen Politikentwurf. Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltminister können nicht mehr gegeneinander arbeiten. Sie müssen gemeinsam für eine ökologische und soziale Umbau-Konzeption und deren Erfolg geradestehen.

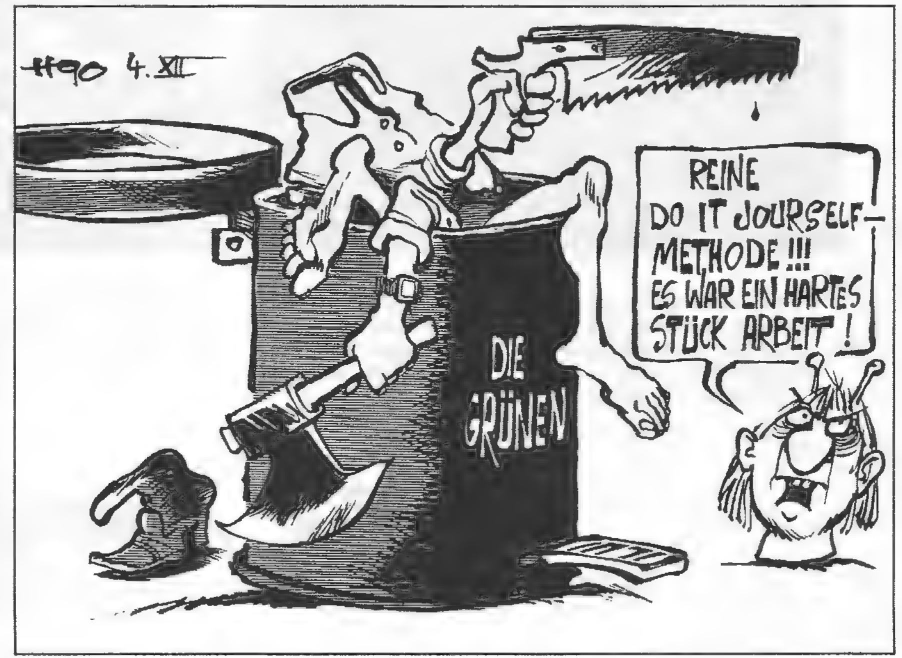


Koalitionäre Fischer, Börner (1986): „Immer wieder das gleiche Dilemma"

SPIEGEL: Die 68er Studentenbewegung sei „in tausend Stücke zerfallen – von der RAF bis zu etablierter Bürgerlichkeit", meint Frau Seebacher-Brandt, nunmehr sei „der Blick frei auf jene Generation, die 1989 und 1990 geprägt worden ist". Sehen die Grünen zu alt aus?

FISCHER: Ach, Quatsch. Ich weiß gar nicht, wieso Frau Seebacher sich an uns so reibt. Fast ist es schon eine Ehrenbezeugung, daß wir das große Problem für die deutsch-nationale Gefühligkeit sind. Abgesehen davon: Wir 68er, zu denen ich mich zähle, haben nie richtig gewonnen in dem Sinne, daß wir unsere Träume, unsere Utopien realisiert hätten. Und vielleicht war das auch, was die linksradikale Phase betrifft, ganz gut so. Aber wir haben unglaublich viel bewegt. Auch diese Toterklärung werden wir überleben.

SPIEGEL: Und wie überlebt Fischer, wenn nicht alles so läuft, wie er



tz. München

Ein Studium verlangt nach Bafög.

Heye Partner



Oder Bargeld.



Beim Start in die berufliche Zukunft hängt vieles, wenn nicht gar alles, vom Start-Kapital ab. Es bildet die Grundlage einer soliden Ausbildung. Es ist die Basis für den späteren Erfolg im Erwerbsleben. Wie im Rahmen einer IDUNA/NOVA Ausbildungsversicherung. Das Kapital, das vorausschauende Eltern hier für ihre Kinder investieren, zahlt sich ein Leben lang aus.
Wer die berufliche Zukunft der jungen Generation sichern will, baut auf die IDUNA/NOVA.



Aktiv im Rahmen Ihrer Ziele.

Versicherungen Altersvorsorge Bausparen Investment

es sich wünscht? Führt der Weg dann in die SPD, die FDP, oder wollen Sie vielleicht mal anständig Geld verdienen?

FISCHER: Punkt eins, ich bleibe in der Politik. Soviel zum Geldverdienen. Punkt zwei, ich habe mich in der Nacht vom 2. Dezember entschieden. Ich will für dieses grüne Projekt kämpfen. Ich will, daß diese Grünen sich berappeln. Wenn die Mehrheit aber auf dem Parteitag glaubt, mit faulen Kompromissen kämen wir wieder aus dem tiefen Loch heraus, dann müßten sie das ohne mich machen. Über alles weitere werde ich dann nachdenken.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Atomkraft

Wie eine Eiterbeule

Der erste Abriß einer verstrahlten Reaktorruine in Deutschland hat begonnen, obwohl das erforderliche Endlager für Atommüll nicht in Sicht ist.



Abbruchreaktor Niederaichbach: „An neia Platz für Isar oans"

In der Gemeinde Niederaichbach an der Isar kennt fast jeder den Witz, der Besuchern erzählt wird: „Was soll man laut Vorschrift bei Strahlenalarm tun?" – „Seine wichtigsten Papiere einstecken und sich langsam Richtung Friedhof begeben." – „Warum denn langsam?" – „Damit keine Panik entsteht."

Mit Galgenhumor haben sich die rund 2500 Niederaichbacher darein gefügt, daß sie in unmittelbarer Nachbarschaft von drei Atommeilern leben müssen. An das Dorf im Kreis Landshut grenzen die Blöcke Isar 1 und Isar 2 sowie die Ruine des schon vor 16 Jahren stillgelegten Kernkraftwerks Niederaichbach, eines „nutzlosen Monsters" (*Die Zeit*), das nur an kümmerlichen 18 Tagen Atomstrom geliefert hatte.

Doch gerade von der Reaktorleiche, die vor vier Jahren zum vollständigen Abriß durch die Hanauer Nuklear-Ingenieur-Service GmbH und die Würzburger Spezialfirma Georg Noell freigegeben wurde, scheint nun die größte Bedrohung auszugehen.

Gegen Ende des alten Jahres begann die heiße Phase des Abbruchunternehmens – eine Weltpremiere: das Ausweiden des Reaktordruckbehälters unter einem darüber gestülpten Zerlegehaus. Die Noell-Techniker tasten sich jetzt, mit ferngesteuerten Manipulatoren, allmählich zum radioaktiven Kerninventar mit einer Strahlungsintensität von



Umweltminister Gauweiler
Heiße Phase

18 rem pro Stunde vor. Zum Vergleich: Die Dosis für Kernkraftarbeiter beträgt 5 rem – pro Jahr.

Der Eingriff schreckte die Opposition im Landtag auf, SPD-Abgeordnete warnten vor einem „neuzeitlichen Ritt über den Bodensee". In Niederaichbach werde „ein Waffenarsenal gigantischer Größenordnung", so der SPD-Umweltexperte Hans Kolo, einfach „wie eine Eiterbeule aufgeschnitten", ohne daß geklärt sei, wie die anfallenden 1200 Tonnen radioaktiv verseuchten Materials entsorgt werden sollen.

Genossen und Grüne verlangten, Bayerns neuer Umweltminister Peter Gauweiler, 42, solle den Abriß unverzüglich einstellen. Doch ihre Begründung, die heiße Abbruchphase verstoße gegen den Genehmigungsbescheid, war formalrechtlich leicht zu entkräften.

Zwar heißt es in dem Bescheid, radioaktive Abfälle seien „unverzüglich zum Bundesendlager Konrad zu transportieren und dort endzulagern" – dieser geplante Atommüll-Terminal in der niedersächsischen Erzgrube „Schacht Konrad" steht vorerst nur auf dem Papier.

Doch die Abrißerlaubnis räumt den Betreibern, das hatte die Landtagsopposition übersehen, eine „alternative Entsorgung in genehmigten Zwischenlagern" ein, etwa beim Kernforschungszentrum in Karlsruhe – für den Fall, daß das Endlager im Schacht Konrad nicht rechtzeitig zur Verfügung stehe.

Ganz abwegig war die Forderung nach einem Stopp der Demontage dennoch nicht. Denn spätestens, seit es dem Monster von Niederaichbach an die verstrahlten Eingeweide geht, fragen immer mehr Politiker und Experten, ob das erforderliche Endlager wenigstens in absehbarer Zeit fertig ist.

Aus dem nationalen Müllschlucker der Nuklearindustrie wird jedoch vorerst nichts. Das im Frühjahr 1989 unterbrochene Planfeststellungsverfahren ist noch gar nicht wiederaufgenommen worden, und die neue niedersächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) hat daran offenkundig kaum noch Interesse.

Pressionen des christdemokratischen Bundesumweltministers Klaus Töpfer, der sich auf angebliche Zusagen des früheren hannoverschen Öko-Ministers Werner Remmers (CDU) beruft, hat Sozialdemokrat Schröder bislang abge-

Renault Clio RT 1,4 l, 1390 cm^3, 55 kW (75 PS), 3- und 5-türig.

„HALLO ADAMS, HALLO EVAS! HIER IST ANBEISSEN KEINE SÜNDE MEHR."

Abb.: Renault Clio RT 1,4 (Leichtmetallfelgen auf Wunsch)

PUBLICIS · ICB

NAULT CLIO.

Übrigens: 1,7 m Innenmaß machen ihn unübertroffen in seiner Klasse. Und damit die schönsten Ideen ans Ziel kommen, wartet der Clio mit spritzigen Motorleistungen und einem niedrigen Verbrauch auf. Appetit bekommen? Dann steht einer paradiesischen Begegnung nichts mehr im Wege.





blockt. „Wir werden uns in der Sache", sagte er, „keinen Millimeter bewegen." Schließlich sei, so Schröder, „Schaden vom Land abzuwehren".

Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn, 36, eine ehemalige Greenpeace-Kämpferin, bezweifelt grundsätzlich, ob sich die Grube Konrad überhaupt für die langfristige Lagerung von Strahlenmüll eignet. Sie fordert überdies, daß in einem neuen Genehmigungsverfahren auch sämtliche Transportrisiken berücksichtigt werden müßten – ein umstrittenes Junktim.

Einstweilen versichern die Abriß-Unternehmer in Bayern, ihre Zwischenlager seien für den Schrott von Niederaichbach allemal ausreichend. Die Eile beim Abriß hat einen Grund: Die Nuklear-Lobby will weltweit erstmals praktisch demonstrieren, daß ein Leistungsreaktor bis aufs Fundament geschleift werden kann.



Geplantes Atomschrott-Endlager
„Schaden vom Land abwehren"

Kernkraftwerks-Bauherrn müssen bei Neubauten nach einschlägigen atomrechtlichen Bestimmungen nachweisen können, wie sie die strahlenden Riesen eines Tages wieder beseitigen wollen. Dafür genügte bislang ein theoretisches Konzept, doch im weltweiten Konkurrenzkampf könnten praktische Erfolge von immensem Vorteil sein.

Darauf wies der für Niederaichbach zuständige Projektleiter Volker Rüdinger vom Kernforschungszentrum Karlsruhe unverblümt hin: Das Abriß-Modell diene, erläuterte er, „der nationalen und internationalen Wettbewerbsstärkung der deutschen Nuklearindustrie".

Gelingt es in Niederaichbach, den alten Druckröhren-Reaktor ganz aus dem Boden zu reißen, dann lassen seine früheren Betreiber, die Bayernwerk AG, darüber womöglich keineswegs das Gras wachsen, wie immer wieder versprochen wurde. Vielmehr könnte der Platz für einen Neubau genutzt werden, etwa für einen Nachfolger des altersschwachen Kraftwerks Isar 1.

Solche Absichten lassen sich jedenfalls aus dem Gutachten der Hanauer Abriß-Firma entnehmen. Die Stromversorger seien sich, heißt es darin, „der Tatsache bewußt, daß günstige Standorte in der Bundesrepublik nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen"; die Unternehmen wollen, so das Papier, „die Wiedergewinnung günstiger Standorte gesichert sehen". Auch mit dieser Vorstellung haben sich die atomgehärteten Niederaichbacher offenbar schon vertraut gemacht. „Von wegen grüne Wiese", sagt ein 62jähriger Maurer im Ruhestand, der 34 Jahre lang beim Bautrupp des Bayernwerks gearbeitet hat, „de brauchan bloß an neia Platz für Isar oans."

Drogen

Bäng im Kopf

Angeblich ungefährliche Bio-Drogen, die höhere Intelligenz und besseren Sex versprechen, drängen auf den deutschen Markt.

Gegen Mitternacht wurden in Krefelds Großdisco Königsburg die Pillendosen aufgemacht. Um sich anzuturnen, kauften die Kids kleine Tabletten Marke „Blast", zu deutsch: Explosion.

Der Deal – zehn Mark pro Pille – wurde in aller Öffentlichkeit getätigt. Auf Handzetteln konnten die Besucher sogar lesen, daß die begehrten Drogen am Tresen der Disco-Bar Barbarella zu haben waren.

Niemand sah einen Grund zur Heimlichkeit, denn die Sache schien legal und ungefährlich: Blast, versprachen die Hersteller, mache nicht süchtig; zudem stand das Mittel unbeanstandet auch in den Regalen von Szene-Läden.

Damit ist nun erst mal Schluß. Ende Dezember filzten Zollfahnder und Polizeiermittler in einer bundesweiten Aktion diverse Vertriebsbüros, Verkaufsstellen und Privatwohnungen wegen des Verdachts, daß es sich bei Blast und ähnlichen Präparaten, die seit Sommer letzten Jahres als sogenanntes Designer Food auf dem deutschen Markt frei gehandelt werden, um nicht genehmigte Arzneimittel handelt.

Allein im Bereich Düsseldorf wurden mehr als 1,5 Tonnen dieser „weißen Drogen" (Szene-Jargon) beschlagnahmt. Auch in Lübeck, Hildesheim, Köln und Karlsruhe räumten Beamte Regale leer.

Doch noch ist nicht klar, was da nun eigentlich in den Asservatenräumen lagert. Hersteller, Importeure und Verkäufer versichern, daß es sich bei Designer Food nur um harmlose diätetische Lebensmittel handelt. Erste Analysen von Gesundheitsämtern in Krefeld und Viersen dagegen erhärten den Verdacht, daß Blast und seine Verwandten keineswegs frei, sondern – wenn überhaupt – nur in Apotheken gehandelt werden dürften: als Medikamente.

Fest steht, daß Designer Food kein Betäubungsmittel ist, auch wenn es ähnlich heißt wie die bislang gefährlichste Generation von Rauschgiften, die sogenannten Designerdrogen, die aus synthetischen Substanzen hergestellt werden und als „XTC" oder „Ecstasy" auf dem Markt sind (SPIEGEL 46/1990).

Entwickelt wurde die Bio-Droge von den Amerikanern Durk Pearson und Sandy Shaw, einem Alt-Hippie-Pärchen mit wissenschaftlicher Reputation. Sie standen 1982 monatelang mit ihrem Buch „Life Extension" auf den US-Bestsellerlisten. Der Wälzer von 850 Seiten gibt Anleitungen zur besseren Ernährung und zur gezielten Verwendung bestimmter Nahrungszusätze. Den Konsumenten versprechen die Neo-Alchimisten längeres Leben, geistige Brillanz und lustvolleren Sex.

Zusätzlich brachten sie Designer Food auf den Markt, Pillen und Pülverchen, die mal „Gedankenschärfe und mentale Fitness", mal erhöhte Lern- und Denkfähigkeit oder auch verstärkte Schleimproduktion im Genitalbereich und „verlängerten Orgasmus" versprachen. Garantie: „100 Prozent Befriedigung oder 100 Prozent Geld zurück."

Solcherlei Glück sollen Mixturen aus Vitaminen, Mineralstoffen und Aminosäuren bringen. Denn Designer Food regt nach Überzeugung seiner Erfinder die Funktion der Neurotransmitter an, jener chemischen Botenstoffe, ohne die im Hirn überhaupt nichts läuft. Beim Aufputschmittel Blast etwa soll die Aminosäure Phenylalalin im Hirn in den Neurotransmitter Noradrenalin umgewandelt werden, der das Gemüt in Wallung bringt.

Die natürliche Blut-Hirn-Schranke, die normalerweise verhindert, daß Überdosierungen von Stoffen zu Kopf steigen, soll angeblich durch einen Insulinstoß überwunden werden. Andere Ingredienzen wie die Vitamine B und C, dazu noch Kupfer und Folsäure und nicht näher bezeichnete „Co-Faktoren" machen die Pille nach Überzeugung von Erfinderin Shaw zu einem „real headbanger" – jederzeit gut für einen Bäng im Kopf.

In den USA, wo teilweise laschere Arzneimittelgesetze gelten als hierzulande, werden die Präparate in Drugstores und Supermärkten frei verkauft. Den deutschen Markt für die Bio-Muntermacher hat das Zeitgeist-Blatt *Wiener* erschlossen. Blast, behauptet die Zeitschrift, ähnele in seiner Wirkung „einer leichten Dosis Kokain". Designer Food haue zwar „nicht so heftig" rein wie der Kokainverschnitt Crack, jedoch: „Dafür hält der Kick länger an."

In weiten Teilen ist der *Wiener*-Artikel die bloße Übersetzung von US-Werbematerial, in dem die Vitaminpräparate gefeiert werden, angereichert durch die hibbelige Prognose, „die neue Generation von Drogen" werde die „klassischen Drogen" überflüssig machen.

Seitdem importieren umtriebige Szene-Gewinnler die Bio-Pillen aus den USA. Käufer, die auf den Trip ins Glück gehen wollen, verlangen in Esoterik- und Bio-Läden nach dem neuen Wunderstoff.

Im Bremer 3-D-Laden zum Beispiel verlangten Kunden nach Blast und Fast Blast, einem Präparat mit erhöhtem Koffeinanteil, das „schneller und direkter anregen" (Werbung) soll. Für sensible Gemüter ist „Rise & Shine" im Angebot, eine koffeinfreie Version. Ein Mittelchen mit dem Namen „Gourmet Choline Cooler" wird ebenfalls offeriert, das angeblich Gedächtnis und Denkgeschwindigkeit verbessert.

In der Krefelder Disco Königsburg wurde auch eine „Party-Pill" über die Theke gereicht („Drei Stück fünf Mark"), die als Katerkiller gehandelt wurde; sie sollte „Nachwirkungen und Gesundheitsschädlichkeit exzessiver Partys" vergessen lassen.

Über die Wirkungsweise des Designer Food gibt es allerdings, so ein Beamter aus dem Kölner Zollkriminalinstitut, „noch einen Gutachterstreit".

Für „großen Käse" und „pseudowissenschaftlichen Unsinn" hält etwa Professor Albert Herz, Pharmakologe am Max-Planck-Institut für Psychiatrie im bayerischen Martinsried, die Hymnen auf die Bio-Drogen. Auch die US-Hersteller verschicken nun plötzlich Papiere an Behörden, in denen die Harmlosigkeit des Designer Food hervorgehoben wird. Es handele sich dabei lediglich um Nährstoffe, die „zusätzlich zu einer ausgeglichenen Diät" eingenommen werden sollten.

Dennoch wird es wohl binnen Monatsfrist zu einem Verfahren gegen Importeure und Händler kommen, weil sie gegen Zollbestimmungen und das Arzneimittelgesetz verstoßen haben könnten. Erste amtliche Gutachten klassifizieren den Stoff wegen seiner Zusammensetzung als gefährliches Arzneimittel, das ohne Genehmigung nicht eingeführt und vermarktet werden darf.

Zollfahnder haben ermittelt, daß einzelne Händler die US-Ware in den Niederlanden und Großbritannien umetikettiert und als europäisches Produkt eingeführt haben, in der Hoffnung, daß der Zoll nicht so genau kontrolliert.

Ekkehard Böhme, Inhaber des Bremer 3-D-Ladens, hat amerikanisches Bio-Dope selbst probiert. Nach dem Genuß von „Memory Fuel" etwa, einem Nährstoff, der das Gedächtnis verbessern soll, habe er zehn Minuten nach der Einnahme ein leichtes „Kribbeln in den Fingerspitzen gespürt, so als wenn die eingeschlafen wären". Aber nach weiteren fünf Minuten sei auch schon wieder „alles vorbei" gewesen.

Zollfahnder Thomas Winter aus Mönchengladbach ist bei seinen Ermittlungen dagegen auf „Fälle gestoßen", bei denen Fast-Blast-Konsumenten einen Kreislaufkollaps erlitten hätten. Andere seien nach dem Genuß des Muntermachers „Buffert Niacin 200" mit Juckreiz auf der Haut „tagelang krebsrot" und mit „sonstwelchen allergischen Reaktionen durch die Gegend gelaufen".



Eindeutigen Nutzen haben wie üblich in dem Geschäft die Dealer. Ein Glas Blast mit 180 Pillen kostet in den USA rund 19 Dollar. In Deutschland wird die einzelne Pille für zehn Mark verkauft. Preissteigerung: 6200 Prozent.



Drogenwerbung, Drogenverkäufer Böhme: „Leichtes Kribbeln"



RSCG. BUTTER RAN

Fische schwärmen fürs Ruhrgebiet.


Zwar muß man kein Fisch sein, um die Vorzüge des Ruhrgebiets zu erkennen, aber unter Wasser ist eben alles klar. Denn wo herkömmliche Verfahren versagen, setzt das Ruhrgebiet zur Abwasserreinigung Aktivkohle ein, die wegen ihrer porösen und extrem großen Oberfläche auch eine extrem hohe Filterfunktion hat.
Damit kann sie sogar Luft filtern. Und Abgase gleichzeitig von Schwefel- und Stickoxiden befreien. So haben die Umwelt-Spezialisten der Firma Uhde in Dortmund in Zusammenarbeit mit der DeutschenMontanTechnologie (DMT) in Essen das entsprechende Verfahren dazu entwickelt.
Und die Firma Arasin in Voerde entsorgt mit Hilfe von Aktivkohle sogar FCKW-Emissionen ganz ohne Gefahr für die Umwelt.
Hinter diesem Allround-Talent Aktivkohle verbirgt sich aber nichts anderes als die gute alte Steinkohle.
Damit ist das „Schwarze Gold", das das Ruhrgebiet in der Vergangenheit groß und berühmt gemacht hat, auch für die Zukunft unserer Umwelt Gold wert.
Wenn Sie mehr über das Wissensgebiet Ruhrgebiet erfahren wollen, schicken wir Ihnen kostenlos unser Informationsblatt „Forschung und Transfer". Schreiben Sie an den Kommunalverband Ruhrgebiet, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Kronprinzenstr. 35, 4300 Essen 1. (Btx ∗31884#)
DAS RUHRGEBIET.
Ein starkes Stück Deutschland.

Flüchtlinge

Blauer Paß

Die meisten Albaner, die vergangenen Sommer als Botschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik kamen, fühlen sich vom deutschen Staat getäuscht.

Die Ausreise war spektakulär. Nach zwei dramatischen Wochen durften die rund 5000 Albaner, die in westlichen Botschaften in Tirana Zuflucht gefunden hatten, ihr ungeliebtes Land verlassen. Auf Vermittlung der Uno standen Busse, Fährschiffe und Sonderzüge bereit, Fernsehkameras übertrugen den Jubel der Flüchtlinge im italienischen Brindisi in alle Welt.



Albanien-Flüchtlinge (in Hagen): „Taktik der Zermürbung"

Das war vor einem halben Jahr. Von der Begeisterung ist nichts geblieben, unter den rund 3200 Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik aufgenommen worden sind, herrschen Ratlosigkeit und beispiellose Verwirrung.

Die meisten leben noch immer in völliger Unklarheit über ihren rechtlichen Status. Sie fühlen sich getäuscht, vergessen und allein gelassen. Aus Verzweiflung treten immer wieder ganze Gruppen in Hungerstreik, zuletzt kurz vor Weihnachten im fränkischen Neustadt/Aisch. Wolfgang Grenz von Amnesty International hat den Eindruck, „daß dem generösen außenpolitischen Akt die innenpolitische Zermürbungstaktik gefolgt ist".

Aus Sicht des für Ausländerfragen zuständigen Innenministers Wolfgang Schäuble (CDU) sind die Botschaftsbesetzer nur Spielfiguren in einem viel größeren Szenario: Eine großzügige Behandlung der Albaner, befürchtet der Minister, könnte von Millionen auswanderwilligen Menschen im Osten als Präzedenzfall mißdeutet werden und die Deutschen teuer zu stehen kommen.

Deshalb hat Schäuble im vergangenen Sommer verhindert, daß die Albaner bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik als sogenannte Kontingentflüchtlinge behandelt wurden.

In dem „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge" ist festgelegt, daß solchen Einwanderern „sofort nach ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland" alle Vergünstigungen politisch Verfolgter gemäß Genfer Konvention zustehen: der blaue Flüchtlingspaß, Arbeitserlaubnis, Eingliederungshilfen. Das 1980 vom Bundestag verabschiedete Gesetz ist für Botschaftsflüchtlinge geradezu maßgeschneidert.

Doch Schäuble argumentierte, die Ausreise der Albaner habe lediglich die unerträglichen Zustände in der überfüllten Botschaft beenden sollen. Eine humanitäre Hilfsaktion „wäre daraus nur entstanden, wenn Bund und Länder von vornherein gemeinsam den politischen Willen gehabt hätten, die Albaner als Kontingentflüchtlinge aufzunehmen".

Diese Auslegung ist nach Ansicht des Kasseler Anwalts Axel Selbert nicht haltbar, da im Gesetzestext nirgendwo von Vorbehalten oder einschränkenden Willensbekundungen der Politiker die Rede ist. Selbert will noch diesen Monat für seine albanischen Mandanten auf den Kontingent-Status klagen, sein Es-



Einreisende Albanien-Flüchtlinge*: „Unklare politische Entwicklung"

sener Kollege Eberhard Haberkern, der rund 300 Albaner vertritt, erwägt ebenfalls juristische Schritte. Bestärkt sehen sich die Anwälte durch das Vorgehen der SPD-geführten Alt-Bundesländer, die – mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens – in eigener Regie den Kontingent-Status gewährt haben. Die meisten der dort lebenden 760 Botschaftsflüchtlinge haben inzwischen den begehrten blauen Paß, bekommen Sprachunterricht und rund 1000 Mark im Monat.

Ihre Landsleute, die in den anderen Bundesländern untergekommen sind, empören sich über die Ungleichbehandlung. Bayern und Baden-Württemberg etwa geben bei freier Unterkunft und Verpflegung lediglich 80 Mark Taschengeld im Monat. Nordrhein-Westfalen erteilt eine Arbeitserlaubnis, bezahlt aber keinen Sprachunterricht – so werden, berichtet ein Dolmetscher, die Flüchtlinge leichte Beute für dubiose Arbeitsvermittler, die Gelegenheitsjobs anbieten und die ersten Löhne kassieren.

Die Benachteiligten, sagt Anwalt Haberkern, „sind Opfer unseres föderalen Systems". Der in Hamburg lebende Flüchtling Adrian Zhamo, 25, ist sogar der Meinung: „Es wäre besser gewesen, keiner hätte den Kontingent-Status bekommen, dann wären alle ruhiger."

Zur Mißgunst gegenüber den bessergestellten Landsleuten, sagt Zhamo, geselle sich die Wut über bürokratische Willkür: Zufällige Listen der albanischen Regierung waren ausschlaggebend dafür, wer mit welchem Bus die Botschaft verlassen durfte. Dadurch wurde bereits über die Fähre, über den Zug und letztlich über das aufnehmende Bundesland vorentschieden; Freunde, sogar Verwandte wurden getrennt.

Zwar hat das Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung von Asylbewerbern inzwischen versichert, daß jeder Botschaftsflüchtling asylberechtigt ist und in einem beschleunigten Verfahren anerkannt werden soll. Aber Sozialberater und Politiker hatten den Albanern zuvor monatelang die Nachteile des üblichen langwierigen Asylverfahrens deutlich gemacht; allein in Baden-Württemberg waren mehr als 100 bereits gestellte Anträge sogar wieder zurückgezogen worden. Nun trauen viele der Zusicherung des Bundesamtes nicht. Kompetente Dolmetscher, die den Wirrwarr auflösen könnten, gibt es kaum.

Die Flüchtlinge befürchten zudem, die politischen Lockerungen in Albanien könnten deutschen Behörden als Vorwand dienen, den Asylgrund als erledigt anzusehen. Ganz aus der Luft gegriffen ist solche Skepsis nicht: In einem Fernschreiben hatte das Bundesinnenministerium der nordrhein-westfälischen Landesregierung schon empfohlen, den Albanern zunächst nur eine Aufenthaltserlaubnis für sechs Monate zu geben – wegen der „unklaren politischen Entwicklung" in deren Heimatland.

Zwar werden sämtliche Aufenthaltsgenehmigungen derzeit erneuert. Aber viele Flüchtlinge fühlen sich durch eine bloße Fristverlängerung düpiert, sie wollen das Bleiberecht auf Dauer – ohne riskantes Asylverfahren.

Die Verbitterung der Albaner in Deutschland beschreibt ein Flüchtling, der aus politischen Gründen in seiner Heimat 20 Jahre im Gefängnis saß: „Ich bin der Dunkelheit entronnen und hier in absolutes Zwielicht geraten."

* Im Juli 1990 in Nordrhein-Westfalen.

Frauenhäuser

Mit frischer Kraft

In den neuen Bundesländern wächst der Bedarf an Frauenhäusern – seit der Wende wird mehr geprügelt.

Die Fassade des roten Backsteinhauses bröckelt bedenklich, verwitterte Rahmen halten blinde Fensterscheiben. Doch Marina Berger, 34, Leiterin der Chemnitzer Frauengleichstellungsstelle, freut sich über die Bruchbude, eine einstige SED-Immobilie: „Macht nischt", sagt sie, „Hauptsache, einige Frauen finden hier erst mal Ruhe, und warm ist es ooch."

Im August letzten Jahres hat Frau Berger die Stadt dazu bewegt, das marode Haus mit den fünf verwahrlosten Wohnungen als Unterkunft für mißhandelte Frauen zur Verfügung zu stellen, dazu 20 000 Mark für die Renovierung. Weitere 20 000 Mark spendierte im letzten Sommer das Frauenministerium der Noch-DDR – in Chemnitz entstand, weitgehend in Eigenarbeit, eine der ersten Frauenzufluchtstätten im Osten Deutschlands.

Nachdem die SED-Patriarchen Frauenmißhandlungen im Land jahrzehntelang totgeschwiegen hatten, beginnen die Bürgerinnen der einstigen DDR „zaghaft", sich ihrer „psychischen und physischen Mißhandlungen bewußt zu



Frauenbeauftragte Berger
„Warm ist es ooch"

TREIBT ME



Willkommen im Opel Fitneßcenter. Heute möchten wir Ihnen vier neue Sportgeräte vorstellen. Alle sind schön sportlich ausgestattet und in den schönsten Sportfarben lackiert, damit das Sporttreiben so richtig Spaß macht. Fragt sich nur noch, ob Sie genauso sportlich sind. Wie Club Special, Beauty, Frisco und Edition.

KADETT CLUB SPECIAL. Die großzügigste Form des Kadett Sports (5 Türen, Sportsitze vorne mit höhenverstellbarem Fahrersitz, geteilt klappbare Sitze hinten). Das Training umfaßt präzise Handgriffe (Sportlenkrad, Sportgetriebe), visuelle Übungen (Drehzahlmesser) und perfekte Beinarbeit (Sporträder).

KADETT BEAUTY. Eine der schönsten Kadett Sportmöglichkeiten überhaupt (transparentes Kurbeldach, Metallic-Lack, Colorverglasung). Kadett Beauty empfiehlt sich dem verwöhnten Publikum mit Sinn für Luxus (Zentralverriegelung, Servolenkung ab 1.6i) und Augen für die Fitneß (Drehzahlmesser).

CLUB SPECIAL, BEAUTY, FRISCO, EDITION

HR KADETT.



KADETT FRISCO. Ein sehr athletischer Kadett Sport (Sporträder, Breitreifen, Heckspoiler). Stärkt den Rücken (Sportsitze vorn, Fahrersitz höhenverstellbar), schärft das Auge (Drehzahlmesser) und verbessert die Beweglichkeit (5-Gang-Sportgetriebe, 3-Speichen-Sportlenkrad). Dabei höchster Sicherheitsstandard (ABS).

KADETT EDITION. Eine äußerst offene Sportart mit spannenden Kombinationsmöglichkeiten (oben Blau, unten Perlblau; oben Beige, unten Perlrot; oben Weiß, unten Saturn-Metallic, um nur einige der exklusiven Varianten zu nennen). Ebenfalls vorbildlich: Leichtmetallräder und Servolenkung.

Blieben unter uns Sportsfreunden nur noch die Hinweise, daß von Opel natürlich sauberer Sport geboten wird (serienmäßig geregelter Kat). Und daß Ihr freundlicher Opel Händler mit seinen Leasing- und Finanzierungsangeboten ebenfalls eine blendende Figur macht.

OPEL

DER OPEL KADETT. TECHNIK, DIE BEGEISTERT.

werden", wie es in der Konzeption für das Leipziger Frauenhaus heißt. Vielerorts sind Fraueninitiativen gegründet worden, zumeist nach West-Vorbild.

In den alten Bundesländern gibt es mittlerweile über 200 Einrichtungen dieser Art, in denen jährlich etwa 25 000 Frauen Schutz vor gewalttätigen Partnern suchen. Nach Einschätzung des Bundesfamilienministeriums steigt die Zahl der Frauen in „schier auswegloser Situation" weiter an.

Dennoch müssen viele Frauenhäuser in Westdeutschland „immer wieder um die notwendigen Gelder kämpfen", kritisiert Irene Schlempp, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauen- und Kinderschutzhäuser.

Im neuen Ostteil der Republik sei „der Bedarf an Frauenhäusern keinesfalls geringer" als im Westen, meldete die bisherige Bonner Familienministerin Ursula Lehr in ihrem jüngsten Bericht zur Lage der Frauenhäuser. In Chemnitz beispielsweise, wo bisher nur eine der fünf Wohnungen für Hilfesuchende hergerichtet wurde, bitten nahezu täglich Frauen um Aufnahme. Doch die Initiative konnte in den letzten Monaten gerade elf Frauen mit ihren Kindern beherbergen.

Größere Frauenschutzhäuser nach West-Vorbild wurden bislang nur im Osten Berlins, in Frankfurt an der Oder, in Leipzig, Kröpelin und Neubrandenburg eröffnet. Ob die Initiatorinnen, die häufig mit den Gleichstellungsstellen der Städte zusammenarbeiten, eine geeignete Bleibe für Frauen in Not finden, hängt oft vom Zufall und vom guten Willen der örtlichen Treuhandverwaltungen ab, die den kommunalen Wohnraum verwalten.

So nutzte in Leipzig die Gleichstellungsbeauftragte Ute Froboess, 50, „die Gunst der Stunde", den Kompetenzwirrwarr in den Behörden, um Nutzungsrechte an einem Gebäude der Staatssicherheit zu ergattern. Seit November letzten Jahres betreuen dort fünf Mitarbeiterinnen des Vereins „Frauen helfen Frauen" bis zu 23 Hilfesuchende und deren Kinder.

Vergebens bemüht sich seit einem Jahr die Dresdner Frauenschutzhaus-Initiative um eine sichere Bleibe. Mehr als eine heruntergekommene, kleine Wohnung wollten die lokalen Treuhand-Leute nicht herausrücken – obwohl die Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung eines Frauenschutzhauses beschlossen hatte.



„Als er noch bei der Stasi war, hatte er genügend andere, die er verprügeln konnte!"

In Dresden scheint die Not besonders groß. „Die Frauen kommen jetzt wirklich massiv", sagt Simone Kruschwitz, Frauenreferentin im Rathaus. Jeden Tag rufen 20 bis 30 hilfesuchende Frauen bei ihr oder im Frauenkommunikationszentrum an.

Berichte über Gewalt gegen Frauen und Kinder waren in der alten DDR eine Rarität. „In der sozialistischen Menschengemeinschaft durfte so etwas offiziell nicht vorkommen", erinnert sich Ute Froboess.

Die Folgen ehelicher Gewalt wurden schamhaft verborgen, Hämatome und Würgemale am Hals von Arbeitskolleginnen oft diskret ignoriert. Wenn eine mißhandelte Frau die Volkspolizei alarmierte, wurde der Übeltäter allenfalls mal für eine Nacht in Gewahrsam genommen. „Am nächsten Tag ist der wieder mit frischer Kraft auf die Frau losgegangen", erinnert sich Marina Berger.

Nur die massivsten Fälle tauchten damals in der – geheimgehaltenen – Polizeistatistik auf. So nahmen 1987 die Beamten des Bezirkskriminalamts Chemnitz 123 Anzeigen wegen Vergewaltigung und sexuellen Mißbrauchs auf – fast ebenso viele wie beispielsweise im Saarland. Seit der Wende ist die Hemmschwelle offenbar weiter gesunken. „Die Verhältnisse haben sich überschlagen, die Männer drehen jetzt noch mehr durch", urteilt Marina Berger.

Schlimm geht es auch in den Ost-Berliner Vierteln Marzahn und Hohenschönhausen zu, wo viele Staatsdiener des alten Regimes kostengünstig Quartier fanden, darunter Ex-Stasi-Leute, Volkspolizisten und Volksarmisten. Bei den Angehörigen der einstigen DDR-Elite stauen sich Frust und Aggressionen, die nun offenbar vorzugsweise an Frauen und Kindern ausgelassen werden.

In Marzahn gibt es seit zwei Monaten ein kommunales Frauenhaus mit 56 Plätzen. Im Ost-Berliner Stadtteil Hohenschönhausen versorgen im „Frauenhaus Bora" sechs kirchliche Sozialarbeiterinnen und ein Sozialarbeiter seit September letzten Jahres im Schnitt 20 Frauen und deren Kinder. Die Initiatorinnen, unterstützt vom Diakonischen Werk, setzen auf die im Westen erprobte Hilfe zur Selbsthilfe.

Im letzten Dezember allerdings nahmen zehn Frauen aus dem Haus „Bora" die Selbsthilfe sehr genau: Sie stürmten die Wohnung des Ehemannes einer ihrer Leidensgenossinnen und entführten deren 18 Monate alten Sohn, den der Vater nicht hatte herausgeben wollen. „Denen kam plötzlich so die eigene Wut hoch, daß sie fast ausgerastet sind", erinnert sich Dorothee Zabel, eine der Betreuerinnen.

Die Zukunft der Frauenschutzhäuser und Zufluchtwohnungen in den neuen Bundesländern ist ungewiß. Die finanzielle Absicherung sei Ländersache, ließ Hanna Schöpp-Schilling, Abteilungsleiterin für Frauenpolitik im Bonner Familienministerium, die sächsischen Frauenbeauftragten im Dezember wissen.

Wichtig sei es, so der kostenlose Bonner Tip für die ziemlich ratlosen Frauenförderinnen, „Gewalt im Vorfeld" zu verhindern. Im übrigen könnten „Frauenhäuser nicht das letzte und eigentliche Mittel" sein.

Ähnlich sieht es die Chemnitzer Frauenschützerin Berger. „Warum", fragt sie sich, „müssen immer die Frauen aus der Wohnung weichen, mit Kindern, Schultaschen und Koffern?" Und die Berlinerin Dorothee Zabel folgert schlicht: „Eigentlich brauchen wir Männerhäuser."

Zwangsarbeit

Geld für die SS

In einem Grundsatzprozeß wollen sich ehemalige jüdische Zwangsarbeiterinnen Wiedergutmachung von Bonn erstreiten.

Die Leiden der Rutha Borenstein, 72, sind mit Geld nicht wieder gutzumachen.

Gerade 23 Jahre alt war die polnische Jüdin, als ihre Eltern im Getto von Lodz umkamen. Mit 26 verschleppten die Nazis sie ins KZ Auschwitz. Bald danach, im Sommer 1944, wurde sie zusammen mit ihrer Schwester zur Zwangsarbeit in „kriegswichtigem Einsatz“ nach Bremen deportiert.

„Vernichtung durch Arbeit“ war ein erklärtes Ziel der NS-Machthaber. Zusammen mit Hunderten von Frauen aus Auschwitz mußte die junge Polin die kriegswichtige Hafenstadt an der Weser von Bombenschutt und Trümmern räumen. Zehn Stunden am Tag, acht Monate lang, wurde sie geschunden und gedemütigt von den Schergen der SS.

Dem Tode nahe, wurde Rutha Borenstein im April 1945 von britischen Truppen befreit. Gesund aber ist sie nie wieder geworden. Sie könne „kaum noch gehen“, klagt Rutha Borenstein, die heute als Rentnerin in Berlin lebt, „die Wirbelsäule ist kaputt“. Und dann sei da noch „die Angst, soviel Angst, damit muß ich leben“.

An guten Worten deutscher Beamter und Politiker für sie und ihre zigtausend Leidensgenossen hat es in der Vergangenheit nicht gemangelt. Nur von Geld war bislang nie die Rede. Wiedergutmachung verweigert der Bonner Staat den osteuropäischen Zwangsarbeitern der Nazis noch immer.

Gemeinsam mit der israelischen Ärztin Lila Nemesh klagt Rutha Borenstein jetzt vor dem Landgericht Bremen gegen die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches auf Entschädigung für die erlittene Pein; den Frauen geht es um Gerechtigkeit, nicht um das Geld. Die 15 000 Mark, die sie fordern, haben eher symbolischen Wert.

Der Prozeß hat grundsätzliche Bedeutung für Tausende noch lebender Nazi-Opfer. Fast jeder dritte Arbeitsplatz der deutschen Industrie war im August 1944 mit „Sklavenarbeitern der Nazi-Gewalttäter“ besetzt, sagt Lilo Kopecky vom Internationalen Komitee der Auschwitz-Überlebenden.



Jüdische Zwangsarbeiterinnen*: „Soviel Angst“

An die sechs Millionen Ausländer wurden von den Nazis zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt, die weitaus meisten von ihnen kamen aus Polen und Rußland. Außerdem mußten zwei Millionen Kriegsgefangene und etwa 750 000 KZ-Häftlinge für die großdeutsche Industrie schuften, für Daimler-Benz und BMW, für Rheinmetall, Siemens oder AEG.

Die meisten der ausländischen Zwangsarbeiter wurden nach 1945 von der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Nazi-Regimes von jeder Wiedergutmachung ausgeschlossen. Das 1953 verabschiedete Bundesentschädigungsgesetz sicherte zwar denen einen finanziellen Ausgleich zu, die von den Nationalsozialisten wegen „politischer Gegnerschaft“ oder wegen der „Rasse, des Glaubens oder Weltanschauung“ verfolgt worden waren, klammerte jedoch die Ausländer – und damit die große Mehrheit der NS-Verfolgten – ausdrücklich aus.

Zwar erklärten sich die Regierungen Adenauer und Erhard zwischen 1954 und 1964 bereit, an elf Staaten insgesamt 876 Millionen Mark Abfindung zu zahlen. Doch auch bei diesem Kulanz-Geschäft blieben die osteuropäischen Länder, aus denen das Gros der Zwangsarbeiter stammte, außen vor.

Nicht nur Unternehmen profitierten unmittelbar von den „Maßnahmen zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften“, wie die unmenschliche Praxis noch immer im Behördenjargon heißt. Auch Kommunen haben „nicht nur als Sklavenhändler, sondern sogar als Sklavenhalter gehandelt“, sagt Klaus von Münchhausen, 46, Bremer Politologe und deutscher Bevollmächtigter des Auschwitz-Komitees.

Die Hansestadt Bremen etwa forderte im Juni 1944 auf dem Dienstweg 1000 Arbeitskräfte an. 800 Frauen, 500 aus Ungarn und 300 aus Polen, schickte das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt. Sie wurden zunächst in einer Bremer Kaserne einquartiert, später im Lager Obernheide bei Stuhr untergebracht, einer Außenstelle des KZ Neuengamme.

Der Bremer Bausenator betätigte sich „praktisch als Arbeitsvermittler“, stellte Borenstein-Anwalt Dieter Dette, 42, fest, weil Behelfswohnbau und Trümmerbeseitigung als staatliche Aufgabe galten. Vier Reichsmark zahlte die Stadt für jede Zwangsarbeiterin an die SS, sechs Mark kassierte sie von den Firmen, bei denen die KZ-Häftlinge arbeiteten – „pro Arbeitsstunde 0,60 RM bei einem zehnstündigen Arbeitseinsatz pro Tag“.

Bremen ist nach Ansicht Münchhausens ein „Präzedenzfall“ dafür, „daß es nicht nur eine Verantwortung der deutschen Industrie, sondern auch eine von Bund und Ländern gibt, die Individual-

* Beim Trümmerräumen Anfang 1945 in Bremen.





Ein Sylter braucht nicht viel. Ein paar flotte Krabben, etwas Sand in den Schuhen und seinen *Jubi.*

AALBORG
Jubilæums Akvavit. Kühl, sanft, dänisch.

LEVERANDOR TIL DET KGL. DANSKE HOF DANISCO A/S DE DANSKE SPRITFABRIKKER



Jüdische Zwangsarbeiter, deutsche Bewacher: „Vernichtung durch Arbeit"

entschädigung von Zwangsarbeitern zu regeln".

Während sich die Opfer mit Sprüchen begnügen mußten, klagte die Stadt Bremen gleich nach Kriegsende ihre Ansprüche ein. So forderte sie beispielsweise von dem Abbruchunternehmen Artur Mirus 33 537,77 Reichsmark „Vergütung für die Gestellung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen zur Zwangsarbeit" (Klageschrift).

Was den Bremer Anwalt Dette besonders erbost: Durch ein Säumnisurteil bekam die Stadt als „Nutznießer der Zwangsarbeit" Anfang 1948 Recht, während die Opfer „bis heute in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht entschädigt worden" seien.

Dette will die Borenstein-Klage, wenn es sein muß, bis vor das Bundesverfassungsgericht bringen, um eine Grundsatzentscheidung zu erzwingen.

Die Chancen, so glauben die Kläger, stehen im Gefolge der deutschen Einheit nicht schlecht.

Vor der Wiedervereinigung hatten westdeutsche Obergerichte einschlägige Klagen stets, wie etwa der Bundesgerichtshof 1963, mit dem formalen Hinweis abgeschmettert, die Ansprüche seien „zur Zeit unbegründet". Vor dem Bundesgerichtshof ging es damals um die Forderung eines polnischen KZ-Häftlings auf Lohnnachzahlung für seine Zwangsarbeit.

Die Richter beriefen sich auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953, in dem 20 westliche Staaten ihre aus dem Krieg resultierenden Forderungen gegen die Bundesrepublik „bis zu der endgültigen Regelung der Reparationsfrage" und damit nach vorherrschender Meinung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages „zurückgestellt" hatten. Ähnlich ließ sich 1970 auch das Bundesverwaltungsgericht ein.

Die Bundesregierung dagegen vertritt den Standpunkt, individuelle Entschädigungsansprüche entfielen zugunsten von Reparationen. Das sind offizielle Leistungen zum Ausgleich kriegsbedingter Schäden zwischen Staaten.

Jurist Dette hält diese Lesart für unhaltbar. Schon in der Haager Landkriegsordnung von 1907 sei nachzulesen, daß der „Verdienst der Kriegsgefangenen" den Betroffenen „bei der Freilassung ausgezahlt werden" müsse. Und auch die Weltarbeitsorganisation ILO schrieb 1930 fest, daß Löhne aus Zwangsarbeit „unmittelbar dem einzelnen Arbeiter" und eben nicht „sonstigen Obrigkeiten auszuzahlen" seien.

Auch der Hinweis der Bundesrichter von 1963, alle Forderungen an Bonn seien bis zu einem Friedensvertrag „quasi gestundet" (Dette), hat sich nach Ansicht des Juristen durch die Einheit erledigt: Durch den „Zwei plus Vier"-Vertrag habe Deutschland seine volle Souveränität wiedererlangt. Ein „formeller Friedensvertrag" werde nach übereinstimmenden Aussagen aller Politiker „nicht mehr geschlossen", eine Regelung von Reparationsforderungen sogar „kategorisch abgelehnt".

Damit sei der Weg für individuelle Entschädigungen endgültig frei. Dette hofft nur, daß der Rechtsstreit um die Zwangsarbeiter ausgestanden ist, „bevor auch noch die letzten Überlebenden der Nazi-Greuel verstorben sind". ◀



Ankläger von Münchhausen, Dette: Unhaltbare Lesart



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,3 mg Nikotin und 4 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

Die alten Dämonen tanzen

Michael Stürmer über Peter Glotz' „Der Irrweg des Nationalstaats"

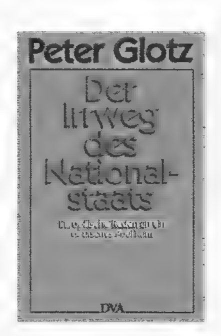
Stürmer, 52, ist Direktor des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Die Party ist vorbei; es beginnen die Aufräumungsarbeiten. Die sechs Reden, die Peter Glotz im September 1990 im barocken Bamberger Haus in Münchens Luitpoldpark vor großer Presse und kleinem Publikum hielt, gehören dazu.

Die Grundthese ist so evident, daß sie nur angedeutet wird: Die Revolutionen des Jahres 1989 sind nicht verbraucht, sie gehen weiter: „Europa ist nicht am Ende der Geschichte angelangt." Die russische Revolution von oben tritt in die Phase von Mißerfolg, Verzweiflung und Zerfall und erzeugt ihre eigenen Gegenkräfte. Die Revolutionen des östlichen Mitteleuropa waren ein Fest der Demokratie und der nationalen Selbstbehauptung, haben aber auch die Grabsteine über den alten Dämonen weggeschoben, die sich jetzt ans Tanzen machen. Und was am Ende aus den epochalen Machtverschiebungen in der Mitte Europas wird, das wird nicht nur in Deutschland entschieden, sondern auch von den engeren Nachbarn und von anderthalb Weltmächten.

Liegt der Name des drohenden Übels im „Irrweg des Nationalstaats"? Glotz erinnert sich an das 19. Jahrhundert und spricht von „Nationalismus als europäischer Krankheit" – aber wieviel prognostischer Wert steckt darin noch? Er warnt, die „Entlegitimierung des Nationalismus in Deutschland rückgängig zu machen" – aber wollen das denn die Deutschen? Und gilt das scharfe Entweder-Oder, das der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer formuliert, angesichts der historischen Vielschichtigkeit, in die alle praktische Politik gestellt ist? „Entweder es gelingt uns, eine neue – europäische, supranationale – Ordnung aufzurichten; oder wir werden zu einem Museum der Weltgeschichte . . . Als ein Haufen halb rivalisierender, halb kooperierender Nationalstaaten . . . hat dieser Kontinent keine Zukunft." Das ist eine philosophisch zuspitzende Denkmethode, aber sie begrenzt politische Substanz und intellektuelle Tragweite dessen, was Glotz schreibt.

Es liegt da ein Dilemma der deutschen Politik. Weniger Europa kann sie und darf sie nicht wollen. Aber wenn sie mehr will, findet sie auch nicht ungeteilten Beifall. Gehört es nicht neuerdings gerade zu den Sorgen der Nachbarn, daß Europa, wenn sie nicht das Ihre festhalten, zu deutsch werden könne? Man erinnert sich der schönen Karikatur des zurückliegenden Jahres, wo Margaret Thatcher ihren Nachbarn Helmut Kohl anherrscht: „Warum setzen Sie sich nicht, Sie großer Deutscher?" Die Antwort: „Aber ich sitze doch!"



Peter Glotz:
„Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum"
DVA; 208 Seiten; 29,80 Mark

Die Warnung vor einem neuen Nationalismus hat in Deutschland seit September 1989 die Form eines ratlosen Rituals angenommen: eine Sorge auf der Suche nach ihrem Gegenstand. Aber die Frage von außen an die Deutschen ist nicht jene nach dem Nationalismus von Anno Tobak, vor dem zu warnen alt gewordene Bedenkenträger nicht müde werden. In Wahrheit geht es um drei offene Probleme, und die Antwort liegt nur zum Teil in deutschen Händen:

- ▷ Werden die Deutschen, bisher gezwungenermaßen Musterschüler der atlantischen und der europäischen Klasse, in Zukunft freiwillig und ungemindert Wohlverhalten üben?
- ▷ Werden die Deutschen die faktische Vetomacht, die sie in der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft erworben haben, für deren Bestand nutzen oder für deren Zerstörung?
- ▷ Werden die Deutschen sich mit den Russen nicht zu tief einlassen, werden sie noch Herren des Verfahrens bleiben?

Glotz fragt, was das nationale Schreckgespenst angeht, breiter und intensiver als andere und kommt daher auch zu weitreichenden Konklusionen. Auch ist es sein gutes Recht, sich am meisten um Deutschland und die Deutschen zu sorgen und dabei auch das Kind mit dem Bade auszuschütten. Im übrigen steht es den Deutschen gut an, sich zunächst einmal über sich selbst Sorgen zu machen, bevor sie den anderen raten, wie diese es besser machen sollen. Denn es entsteht sonst der peinliche Eindruck des bekehrten Säufers, der alle anderen zum ausschließlichen Teegenuß auffordert. Dies sollte den Deutschen bitte nicht passieren.

Glotz sieht, daß die Nachkriegsordnung nicht wiederherzustellen ist, und er trauert ihr, anders als andere, nicht nach. Aber: Die Wiedergeburt des Nationalismus in Mittel- und Osteuropa ist ebenso unvermeidlich wie gefährlich. Glotz wundert sich, daß im Westen nicht genug Angst aufkommen will: „Alberne Nonchalance der liberalen Intelligenz gegenüber einer Gefahr von rechts." Gefahr schon,



Buchautor Glotz: „Viele gute Argumente"

Die Alternative an Bord hat 7 Gänge (ohne Seegang).

Unsere Köche an Bord sind merkwürdige Menschen. Sie vertrauen nicht alleine auf ihre Kochkunst (die wir schon bis an die Toleranzgrenze unseres Gürtels getestet haben), sondern wollen auch noch jedem Gast etwas nach seinem Geschmack bieten. Deshalb legen sie sicherheitshalber immer noch den einen oder anderen Gang drauf.
Ihnen kann's nur recht sein. Schließlich sind bis zu sechs Mahlzeiten am Tag – ein Gang hin oder her – bereits im Reisepreis enthalten: Frühstücksbuffet, Mittagsbuffet, Kuchenbuffet...
Zu so viel Buffet gibt es natürlich auch Alternativen: kleines Frühstück für Frühaufsteher, Vollwertkost mit vollem Programm und ganze Menüs mit kaum Kalorien.
Dazu Spezialitäten à la carte aus dem Land, das wir gerade anlaufen. Wenn Sie also hinterher wissen wollen, wo Sie auf Ihrer Kreuzfahrt überall waren, brauchen Sie nur die Speisekarten zu sammeln.
Klingt gut, oder? Dabei haben wir Ihnen das Beste noch vorenthalten: die ganz großen Genüsse wie Willkommens- und Abschieds-Dinner, Captain's Dinner oder Gala-Buffets. Versierte Kreuzfahrer behaupten deshalb nicht ganz zu Unrecht, ein Schiff sei immer so gut wie seine Küche.
Wie gut, daß wir uns da voll auf unsere Köche verlassen können (siehe oben)!
Und wenn wir Ihnen jetzt Appetit gemacht haben, dann empfehlen wir Ihnen als erstes den Gang zu Ihrem Reisebüro.







Jeden Tag ein anderer Urlaub.

aber warum eigentlich von rechts? Ist Polens neuer Präsident Lech Walesa ein „Rechter“, und tut Westeuropa genug, jenseits platonischer Sympathie, um Osteuropa vor dem Rückfall in schlechte Gewohnheiten zu bewahren? Im übrigen, was Osteuropa anlangt, so enthalten alle Zeitungen täglich neues Material, um in der Tat einige von Glotz' Sorgen zu substantiieren.

Aber Deutschland? Glotz versichert, die Mehrheit der Deutschen sei heute „zu reich, um hysterisch zu werden“. Die letzten acht Monate, als die Bestätigung des militärischen Minderstatus Deutschlands, der Nato-Integration und des ABC-Verzichts ohne jede Debatte ablief, die Zukunft der Abtreibung nach östlicher oder westlicher Art jedoch Stürme entfachte, müßten auch die Nachbarn beruhigt haben.

Auch Glotz sieht kein Encore im Kommen von hinter der Bühne, er trauert nicht der Mauer nach und nicht ihrer Beruhigungsfunktion, die keine war. Er will alle Energie darauf verwenden, daß die Deutschen „sich auf eine vernünftige Identität“ einigen – so, als ob Identität ein Besitztum für immer wäre, notariell verbrieft, und nicht permanentes Streben auf der Suche nach Vergewisserung, immer aufbrechend und niemals ankommend. Glotz will die Deutschen als „Nation von Staatsbürgern“. Wer wollte ihm widersprechen?

Was ihn umtreibt, ist Angst vor dem „strukturlosen Chaos“ der Nationalstaaten. Und auch darin ist er mit allen Bonner Staatslenkern einig. Wie sie fürchtet er die neue Form der deutschen Frage, die aus einem solchen Durcheinander



Rezensent Stürmer
„Auf halbem Wege einrichten“

alt-neuen Stils käme: ein von seinem Gewicht, seiner Geschichte und seiner Macht überfordertes Deutschland. Bisher war diese Gefahr indessen – auch das sieht Glotz mit unparteiischer Nüchternheit – nicht so sehr in Bonn zu Hause als anderswo. Denn die älteren europäischen Führungsmächte, deren Machtwährungen einschließlich Nuklearstatus und Viermächterolle im Laufe der deutschen Wiedervereinigung erheblich sanken, stehen nun vor der unbequemen und ungeplanten Alternative: Entweder sie bekommen mehr Europa, einschließlich Sicherheit und Währung, oder sie bekommen mehr Deutschland.

Daß das künftige Europa der Wirtschaft und der Politik, wenn es denn zu machen ist, ein „Europe des patries“ sein wird, mit einer supranationalen Geschäftsführung in Brüssel, weiß der praktizierende Politiker Glotz gut genug. Aber als Enkel der Donaumonarchie und Sohn der tschechoslowakischen Republik, mit einer feinen Linie zum Austro-Marxismus, verfügt er über genügend historische Imagination, um über die Schlagzeilen hinaus zu denken.

Ihn treibt Sorge vor Wiederkehr des Vergangenen, allerdings in den Formen des 21. Jahrhunderts. Auf den Frühling der Demokratie soll nicht der Frost der nationalen und ethnischen Egoismen fallen. Er könnte von Osten herangetrieben werden, wenn mit den alten Nationen auch die alten Ängste, Komplexe und Unduldsamkeiten aus der Kälte kommen. Er könnte im Westen alte Vorbehalte gegen die europäische Integration verstärken. Und er könnte in der Mitte selbst die gutwilligen Deutschen ratlos und enttäuscht zurücklassen: das am Ende alles mit um so mehr Wirkung, je weniger die USA ihre in der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelte Gleichgewichts- und Beruhigungsfunktion in Europa weiterzuführen willens oder in der Lage sind.

Glotz' Antwort auf die latenten und offenen Egoismen der europäischen Nationen und auf die Unklarheiten neuer Strukturbildung endet nicht, dem Pragmatismus und der Erfahrung sei Dank, bei der KSZE. Sie wurde von den Deutschen seit dem 9. November 1989 in so schönen Farben ausgemalt, daß den Zuschauern in Paris, London und Washington schon angst und bange wurde. Seine Folgerung ist die eines europäischen Realisten:

> Die Nationalstaaten sind schon zu schwach, um ihre klassischen Funktionen zu erfüllen; und zugleich noch stark genug, um – wenn eine Welle nostalgischer oder populistischer Stimmungen durchs Land spült – eine wirksame supranationale europäische Politik zu verhindern. Die Kompetenzen sind verteilt; die wirtschaftliche Vereinigung Europas konkretisiert sich in der EG, die sicherheitspoliti-



Golf[1] GTI[2] G60[3] syncro[4]

Vor gut 16 Jahren kam ein Auto auf die Welt, das die Autofahrer schnell begeisterte. Ein Auto, das vielen gut gefällt, weil es viele gute Eigenschaften hat: praktisch, zuverlässig, wirtschaftlich und langlebig: der Golf[1].

Doch es gab auch die Autofahrer, denen war ein normaler Golf ein wenig zu normal. Sie forderten mehr Sportlichkeit, mit einem satten Schuß Individualität. Also bekamen sie, was sie wollten: den Golf GTI[2].

Es sollte nicht lange dauern, bis findige Techniker neue Möglichkeiten der sinnvollen Leistungssteigerung entwickelten. Mit viel Grips und ein wenig Luft wurde der G-Lader geboren. Und der Golf GTI G60[3] war da.

Von Volkswagen[5].

Längst gab es natürlich den permanenten Allradantrieb für alle, die überall auf Nummer Sicher gehen wollten. Die Visco-Kupplung sorgte stets für optimale Kraftverteilung auf die Räder des Golf syncro[4].

Der Golf von Volkswagen[5]. – Für uns kein Grund, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Vielmehr eine gute Gelegenheit, all das zusammenzufassen, was ihn so erfolgreich gemacht hat.

Hier ist er also: Der neue Golf GTI G60 syncro. Unser aktuellstes Kapitel in der unendlichen Golf-Geschichte.



sche in der Nato. Aber nicht alle Mitglieder der einen supranationalen Organisation sind auch Mitglied der anderen; die Nationalstaaten selbst haben wichtige Kompetenzen übrigbehalten; weitere liegen wiederum bei Regionen und Bundesländern.

Das ist, bitte, festzuhalten. Nichts gegen die weichen Organisationen Europas. Sie haben nützliche Aufgaben zu bewältigen und Ausgleiche herzustellen, der Europarat, die KSZE und andere. Aber auch nichts gegen die harten Institutionen. Glotz, der von der Krise her denkt, von Extremfall und Entscheidung, versagt sich jede Schwärmerei.

Das Buch endet mit beherzten und überaus praktischen Thesen: Europa muß auf feste Institutionen setzen, nicht auf Wolkenschlösser; die Rüstungskontrolle muß weitergehen. Die KSZE soll sich nicht mit dem doppelten Schlußstrich unter Zweiten Weltkrieg und Kalten Krieg begnügen, sie sollte auch Institutionen entwickeln: Die timiden Beschlüsse des Pariser Gipfels dürften Glotz in diesem Punkt nicht befriedigen. Am wichtigsten unter den KSZE-Aufgaben ist für ihn neben der Konfliktschlichtung die Konfliktverhütung. Das aber bleibt ein langer, ungewisser Weg: Wer außer den Deutschen will sich darauf ernsthaft einlassen? Die fünfte These verdient es, festgehalten zu werden.

Auf *eine* Illusion sollten sich die Europäer allerdings nicht stützen; auch nicht die europäische Linke. Das ist die Illusion, als ob die KSZE die Militärbündnisse – für uns im Westen: die Nato – ersetzen könnte. Solche Ideen sind vor allem für die Deutschen gefährlich, die sich nicht darüber täuschen sollten, daß ihre Armee von den Nachbarn vor allem deshalb akzeptiert wird, weil sie innerhalb der Nato in eine internationale Kommandostruktur eingebunden ist.

In diesem Zusammenhang ist im übrigen auch das Nukleare nochmals zu erwähnen, das die deutsche konventionell-militärische Rolle weiterhin relativiert und in einer minderen Klasse hält. Das wirkt unauffällig beruhigend auf Verbündete und Nicht-Verbündete.

Die Politik der gesamteuropäischen Vernetzung und Verflechtung ist unbedingt weiterzuführen, gesamteuropäische Institutionen (Europarat, Normungsgremien, Eureka) sind zu stärken. Glotz aber denkt weiter: eine gesamteuropäische Umweltagentur, eine zentraleuropäische Kulturstiftung und eine europäische Universität. Einiges davon existiert zwar schon, aber vielleicht nicht genug. Denn in der Tat: Warum sollte nicht die KSZE sich jenen Sorgen widmen, die vom esoterischen Rand ins strategische Zentrum rücken, und ein europäisches Umwelt-Regime anstreben?

Glotz ironisiert sich selbst im Vorwort als „alternder Politiker“. Das Buch zeigt indessen noch immer die Hand des zornigen jungen Mannes, der Glotz einmal war. Es zeigt aber auch Reife und Realpolitik und das Ringen mit sperrigen Wirklichkeiten. Der deutschen Sozialdemokratie, die der alten und klassischen Beziehung von Demokratie, Nation und der Suche nach dem Glück nicht mehr sicher zu sein scheint, zeigt er Verständnis für Ängste und Sorgen.

Zugleich aber argumentiert Glotz für eine europäische Politik, die Nationalstaaten aufhebt im umfassenden Sinne und zugleich miteinander in eine Beziehung setzt, welche mehr ist als das alteuropäische Konzert der Mächte, aber doch auf lange Zeit noch weniger bleiben wird als die Vereinigten Staaten von Europa. Man wird sich irgendwo auf halbem Wege einrichten müssen. Das weiß Peter Glotz, und er bringt viele gute Argumente dafür. Das real existierende Europa wird ihn nicht befriedigen, aber beruhigen. Und viel mehr ist gegenwärtig nicht zu haben.

Rüstung

Weg ist weg

Vielen Rüstungsbetrieben, vom Staat bisher gehätschelt, fehlen neue Aufträge. Die Umstellung auf zivile Märkte gelingt nur wenigen.

Klaus Laufer, Bürgermeister in Oberndorf, hat seinen Amtssitz in einem historischen Waffenlager, dem heutigen Rathaus der Schwarzwaldstadt. Liebevoll hegt die Gemeinde im angrenzenden Heimatmuseum die kriegerische Tradition des Ortes, wo schon seit 180 Jahren Gewehre gefertigt werden. Von friedensbewegten Schwarzwäldern ließ sich Laufer die Freude an seinem prosperierenden Gemeinwesen schon gar nicht verderben: Wer dagegen protestiere, daß rund um Oberndorf „ordentliches Gerät“ für die Truppe hergestellt werde, der stehe nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes.

Nun sind der Truppe die Feinde und der Rüstungsindustrie die Aufträge abhanden gekommen. Oberndorf ist eines der ersten Opfer der Ost-West-Entspannung: Seit Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) das neue Supergewehr G 11 von der Beschaffungsliste gestrichen hat, steht der größte Arbeitgeber der 14 000-Einwohner-Stadt, die Waffenschmiede Heckler & Koch mit über 2000 Arbeitsplätzen, vor dem Aus.

Die Umstellung der Produktion auf ziviles Gerät, zum Beispiel auf Werkzeugmaschinen, erwies sich als Rohrkrepierer. Verkaufsverhandlungen mit dem französischen Rüstungsriesen Giat Industries sind vergangene Woche geplatzt. Nur der Einstieg des britischen Rüstungskonzerns Royal Ordnance könnte einen Konkurs abwenden.

Eine ganze Region, in der auch der Pistolenproduzent Mauser und der Zünderhersteller Junghans ansässig sind, steht auf der Kippe:

- ▷ Von den 9000 Beschäftigten rund um Oberndorf hat jeder dritte einen Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie.
- ▷ Ein weiteres Drittel der Beschäftigten arbeitet bei Klein- und Mittelständlern der Militärproduktion zu.
- ▷ Vom Geld, das mit der Rüstung verdient wird, lebt ein Großteil der Handwerker, Einzelhändler, Gastwirte und Wohnungsvermieter.



Supergewehr G 11: „Für Waffen gibt der Minister nichts“

Wenn die Waffenschmieden nicht rasch auf zivile Märkte umrüsten (Fachwort: Konversion), „dann haut es in der Region voll rein“, befürchtet Jürgen Grässlin, Mitglied des Oberndorfer Friedensbüros und des Landesvorstands der Grünen. Zivile Produkte, so die Vorschläge von Sozis und Grünen, sollen beim Neuanfang erst einmal vom Staat erworben werden. Auch Bürgermeister Laufer fordert: „Unsere Leute hatten bisher einen Auftrag vom Staat. Jetzt muß ihnen der Staat auch helfen.“

Doch die Amtsträger in Bonn und Stuttgart geben sich marktwirtschaftlich. Das Verteidigungsministerium, jahrzehntelang Alleinkunde bei Heckler & Koch, will mit der Waffenschmiede nicht mehr viel zu tun haben. Hardthöhen-Sprecher Kurt-Wolfgang Fredemann: „Wenn es der Firma nicht rechtzeitig gelingt umzustellen, ist das nicht das Problem des Verteidigungsministeriums.“

Auch der Stuttgarter Wirtschaftsminister Hermann Schaufler (CDU) läßt die marode Firma allein. „Die haben kein einziges Konzept für Konversion“, kritisierte er das Unternehmen, das bei ihm Staatshilfe erbeten hatte. In einem firmeneigenen Technologiezentrum waren wenig überlebensfähige Zivil-Projekte, wie ein neuer Airbag fürs Auto oder eine elektronisch gesteuerte Skibindung, entwickelt worden.

Als Schaufler die Bilanzen prüfte, sah er nur rot: im zivilen Firmenzweig nichts als Miese. Der Schuldenberg von 180 Millionen Mark übersteigt mittlerweile die Hälfte des Inlandsumsatzes von 300 Millionen Mark. Die Gesellschafter hatten ihr Kapital ausschließlich in den profitablen Waffensektor gesteckt und das Zivile auf Pump finanziert. „Für Waffen gibt der Minister nichts“, teilte Schaufler den Geschäftsführern Walter Lamp und Peter Moser mit.

Doch genau darauf hatten die Heckler-Leute gesetzt. Nach den „goldenen Jahren mit dem Sturmgewehr G 3“ (Firmenleitung), das sie allein für die Bundeswehr eine Million mal gebaut haben, rechneten sie bis zum Herbst letzten Jahres mit einem Milliardenauftrag für die neue Wunderwaffe G 11.

Ingenieure der Firma hatten 15 Jahre lang an der „präzisesten Tötungsmaschine der Welt“ (*The Times*) getüftelt, für das Styling des geigenkastenähnlichen Geräts wurde eigens ein Designer beauftragt (SPIEGEL 31/1987). Von 1974 bis 1989 flossen insgesamt 84,1 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt für die G-11-Entwicklung nach Oberndorf. Kommentar eines Hardthöhen-Sprechers zu den Kosten des aufgegebenen Projekts: „Was weg ist, ist weg.“

Der zivile Firmenbereich, der mit Maschinenbau und Elektronik 50 Prozent des Umsatzes ausmacht, war lange Zeit nur ein Anhängsel der Gewehr-Produktion. Den Anlagenbau hatte sich Heckler & Koch in erster Linie zugelegt, um Fabriken zum Nachbau des G 3 im Ausland ausstatten zu können.

Um Märkte und Marketing brauchten sich die Waffenbauer bisher nicht zu scheren. Der Bund war Monopolkunde bei den Gewehren, und auch der Waffenexport lief mit Bonner Wohlwollen: Für mehr als 80 Länder erteilte das Eschborner Bundesamt für Wirtschaft die Genehmigung zur Ausfuhr der in allen Krisengebieten geschätzten Knarre aus Oberndorf (Stückpreis: 1300 Mark).



Rüstungsproduktion bei MBB*: „Mauer des Schweigens“

Hinzu kamen Lizenzvergaben zum Nachbau des G-3-Gewehres in 15 Ländern. Heckler & Koch verdiente dabei ohne Risiko und Konkurrenz am Aufbau staatlicher Waffenfabriken, unter anderem im Iran und in Saudi-Arabien. Das kriegerische Image ist nun hinderlich bei den Versuchen, ziviles Heckler & Koch-Gerät unter die Leute zu bringen. Ein Software-Ingenieur aus dem Elektronik-Zweigwerk: „Der Name ist für uns rufschädigend.“

Auch beim traditionsreichen Oberndorfer Waffenbauer Mauser, einer Tochter des Nürnberger Rüstungsschmieds Diehl, tröpfeln die Militär-Aufträge zum Bau von Bordkanonen für Jets und Panzer nur noch spärlich. Doch Mauser hatte den besseren Riecher fürs zivile Geschäft, das mittlerweile mit Maschinenbau 60 Prozent des Umsatzes trägt. Mit einer neuen computerintegrierten Fertigungsstraße, auf der sich sowohl Kanonen als auch ziviles Gerät produzieren lassen, hofft die Firma den Dreh für kommende Märkte gefunden zu haben.

Die Diehl-Tochter Junghans im benachbarten Schramberg, die neben Uhren Zünder für Minen und Bomben fabriziert, versucht sich mit Militärentsorgung über Wasser zu halten. Unter dem bisher geheimgehaltenen Firmennamen „D-Quadrat“ hat Junghans eine Technik zur Beseitigung von Blindgängern entwickelt. Die Manager sehen sich bisher außerstande, der Militärbranche ganz den Rücken zu kehren. Junghans-Direktor Hans Kaiser: „Wir können jetzt nicht einfach Marmelade produzieren.“

High-Tech-Tüftler durchforsten derzeit bei der Münchner Waffenschmiede Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) die Produktion nach zivilen Möglichkeiten. Ingenieure, die aus dem Rüstsektor in die Konversionsabteilung versetzt wurden, warfen jedoch rasch das Handtuch. Das Marktklima – MBB versucht sich in der Energie- und Solartechnik – war den Waffenbauern zu rauh.

Heinz Friedrichs, Ingenieur beim Flugzeugbauer Dornier am Bodensee, hat bei den Mitarbeitern gar eine Art „Gruppenlähmung“ ausgemacht, wenn es darum geht, über friedliche Produkte

* Montage von Tornados.



HIEPLER, VALENCISE, WACKERBARTH.


Kern
FOR THE OPERA

nachzudenken. „Da ist eine Mauer des Schweigens“, meint Friedrichs, der wegen seines kirchlichen Friedensengagements vom Militärbereich der Firma in die Entwicklungsabteilung für Flugzeugsimulatoren strafversetzt wurde.

Was Rüstungsgegner und Ostermarschierer nicht schafften, scheint jetzt der Markt zu richten. „Konversion ist in den Rüstungsschmieden hoffähig geworden“, stellt etwa der baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller fest, in dessen Wahlkreis am Bodensee 6000 Beschäftigte in der Wehrbranche arbeiten. Alternativmärkte wären Medizintechnik, Umwelt- und Energietechnologien sowie intelligente Produkte gegen den Verkehrsinfarkt.

Doch staatliche Infrastrukturprogramme, wie von der SPD gefordert, lehnen die Bonner, mit der deutschen Einheit in Finanznot geraten, ab. Gesamtwirtschaftlich sei ein Ausfall bei der Rüstungsproduktion locker wegzustecken, antwortete die Bundesregierung auf eine SPD-Anfrage im Bundestag, mit gerade einem Prozent des Sozialprodukts sei die Produktion von Kriegsgerät eher eine marginale Größe.

Allerdings, in Bayern und Baden-Württemberg geht es um Wehraufträge mit einem Volumen von rund zehn Milliarden Mark jährlich. Schlimm dran ist vor allem Bremen mit seinen Werften. In dem Stadtstaat sind durch eine Strukturkrise in der Rüstungsbranche 17 000 Arbeitsplätze bedroht. Andere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz oder Hessen klagen über die höchsten ökonomischen Ausfälle durch den Abzug von US-Truppen.

Immerhin hat die Bundesregierung eine 490 000 Mark teure Studie beim Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegeben. Es soll die Struktur der Branche untersuchen, für die „Friedenstauben zu Pleitegeiern werden“ (*Stuttgarter Zeitung*). Das bislang unveröffentlichte 300-Seiten-Werk kommt zum Schluß, daß beim Umschaufeln eines Drittels des Wehretats in Bereiche wie Ökologie, Verkehr, Hoch- und Tiefbau, die Beschäftigten „fast bis auf den Mann“, so Autor Manfred Berger, in den neuen Bereichen unterkommen würden.

Das allerdings würde ein hohes Maß an Mobilität voraussetzen, die vor allem bei älteren Arbeitnehmern nicht gegeben ist. Der Heckler & Koch-Arbeiter Günter Kalbacher, 54, etwa besitzt ein Häusle in Oberndorf und will nicht mehr umziehen. Daß die Firma jetzt vielleicht an einen ausländischen Rüstungskonzern gehen soll und weiter Knarren für Kriege baut, ist nach Kalbachers Ansicht das kleinere Übel.

Der Arbeitsplatz, meint er, sei doch das Wichtigste. Kalbacher: „Krisengebiete gibt's immer.“

Störfälle

Verpuffung mit Schlamm

Eine „katastrophale Fehlleistung“ hat zu einer schweren Explosion in den Hanauer Nuklearfabriken geführt: Unbemerkt produzierten die Betreiber Sprengstoff.

Hessens Atomminister Karlheinz Weimar, 40, sprach davon, wie wichtig „Energie“ sei. Der Christdemokrat meinte diesmal die eigene.

Vor allem seiner Durchsetzungskraft sei es zu verdanken, tönte der politische Senkrechtstarter letzten September, daß die Uranverarbeitung in den Hanauer Nuklearbetrieben nun endlich genehmigt und damit der seit 15 Jahren dauernde „unerträgliche Übergangszustand“ beendet sei. Das nach seinem Amtsantritt vor gut drei Jahren zügig betriebene Genehmigungsverfahren, versprach der Minister, werde den Betrieb „auf das modernste Sicherheitsniveau bringen“.

Der CDU-Politiker war reichlich vorlaut. Am 12. Dezember ereignete sich der wohl schwerste Störfall in der Geschichte der Hanauer Atomindustrie: Bei einer Explosion wurden die Arbeiter Reinhard Cress und Werner Spindler durch umherfliegende Splitter erheblich verletzt; in die Wunden drangen radioaktive Uranpartikel ein.

Der Unfall ist, so zeigen interne Berichte und Urteile von Experten, auf eine kaum faßbare Schlamperei zurückzuführen; elementare Regeln über chemische Prozesse wurden mißachtet.

In der Schrottverwertung des Betriebsteils Uran des Siemens Brennelementewerks, ehemals Reaktor-Brennelemente-Union (RBU), war der Abgaswäscher detoniert. In den Wäscher werden nitrose Gase geführt. Aber auch die Abluft aus der Uranverarbeitung, in der Ammoniak enthalten ist, strömt dorthin. Es entsteht Ammoniumnitrat, das mit Wasser versetzt wird und als Lösung am Boden des Naßreinigers bleibt.

Ursächlich für die Explosion, meldete Weimars Ministerium, das in Hessen den Betrieb von Atomanlagen überwacht, sei wahrscheinlich der Ausfall einer Füllstandssonde gewesen; dadurch sei „Ammoniumnitrat in hohen Konzentrationen“ entstanden.

Völlig überrascht zeigten sich Betreiber und Aufpasser darüber, daß dieser Stoff überhaupt explodieren konnte. Zwar wußten seine Fachleute, verbreitete Weimar, daß Ammoniumnitrat „in trockener, fester Form als Sprengstoff“ verwendet werde. Neu sei aber, daß diese Ammoniakverbindung „auch in flüssigem Zustand“ detonieren könne, erläuterte das Ministerium: Dafür seien „keine Hinweise bekannt gewesen“.



Hanauer Brennelement-Herstellung*: „Gefährliche chemische Reaktionen“

Die Unkenntnis teilten Weimars Fachbeamte mit den Siemensleuten. Sie seien davon ausgegangen, erklärt der Chemiker und Firmensprecher Rainer Jend, daß wäßriges Ammoniumnitrat „nicht explosiv ist“.

Das hat auch der TÜV-Bayern angenommen. In einem Gutachten über „die Sicherheit der Anlage“ vom Juni letzten Jahres prüften die Sachverständigen auch den Abgaswäscher. Doch ihr Augenmerk galt allein der Urankonzentration, die dort „keine Kritikalitätsgefährdung“ darstelle. Die Prüfer verloren

* In der ehemaligen Reaktor-Brennelemente-Union (RBU).

kommenden Sonntag durchzuziehen. Die abschließende Erlaubnis für den Siemens-Betriebsteil „Mischoxidverarbeitung“, die frühere Alkem, hat der Minister erstmal vertagt. Da dort bei der Herstellung von plutoniumhaltigen Brennstoffen ebenfalls Ammoniak verwendet wird, soll ein zusätzliches Gutachten über mögliche Explosionsgefahren eingeholt werden.

Bei der Wiesbadener Opposition von Sozis und Grünen keimt daher Hoffnung, daß die Plutoniumproduktion in Hanau selbst dann zu stoppen ist, wenn CDU und FDP nach der Landtagswahl weiterregieren können. Denn Weimar, bemerkt Grünen-Fraktionsvorsitzender Joschka Fischer, „bekommt jetzt doch das Hosenflattern“.



Explosionsopfer Cress: Strahlende Partikel in den Wunden

kein Wort über die explosive Ammoniakverbindung. In einer Stellungnahme, die das Wiesbadener Ministerium nach dem Unglück angefordert hat, begründet der TÜV, warum er in seinem Gutachten eine Explosion in dem Naßreiniger ausgeschlossen habe. Dorthin, heißt es, würden keine „zündfähigen Gasgemische“ geleitet. Wiederum gingen die Prüfer nicht auf das explosive Ammoniumnitrat im Wäscher ein.

Dabei weisen Wissenschaftler schon seit Jahren darauf hin, welch explosive Kraft auch in flüssigem Ammoniumnitrat steckt. So heißt es im Standardwerk von Lutz Roth und Ursula Weller über „gefährliche chemische Reaktionen“, auch Ammoniumnitratlösungen „neigen zur Zersetzung“. Beim Eindampfen von Lösungen, ist in der Ausgabe von 1984 zu lesen, habe es „Verpuffungen“ gegeben, „bei denen der Stoff nach allen Seiten auseinanderflog“.

Die Mixtur, auch Ammonsalpeter genannt, wird sogar in Sprengstoff-Handbüchern aufgeführt. Wasserhaltige Ammonsalpetersprengstoffe, lehrt R. Meyers Fachbuch über Explosivstoffe von 1973, seien „schlamm-artig“ und würden „Sprengschlämme“ genannt.

Daß in der Hanauer Atomschmiede unbemerkt auch konventioneller Sprengstoff produziert wurde, halten Experten wie der Frankfurter Chemiker Eugen Dumont für eine „katastrophale Fehlleistung“. Offensichtlich, meint Dumont, habe sich „keiner der Verantwortlichen bemüht, eventuell vorhandene Kenntnisse aus dem Chemieunterricht auszugraben“. Der Chemiker will nicht begreifen, wie einer auf die Idee kommen kann, ammoniakhaltiges Abgas in einem Wäscher mit nitrosen Gasen zusammenzuführen. Dumont hat 1976 eine Pilotanlage zur Auflösung von Uranschrott und zur Behandlung der Abgase für das Kernforschungszentrum Karlsruhe mitentwickelt.

Keiner habe daran gedacht, jemals Ammoniak in den Wäscher zu leiten, erinnert sich Dumont: „Der hätte sich ja eine Genehmigung nach dem Sprengstoffgesetz besorgen müssen.“

Die verheerende Panne in den skandalträchtigen Hanauer Nuklearbetrieben hat offensichtlich auch Weimars Drang gebremst, alle ausstehenden Genehmigungen bis zur Landtagswahl am

Gülle

Volles Rohr

Gülle contra sauren Regen – Umwelttechniker erproben eine neue Form der Abgasreinigung in Kraftwerken.

Der Landluft verleiht sie das Aroma, dem Grundwasser die Nitratbelastung. Gülle überdüngt Seen und Felder und schwängert die Atmosphäre mit Ammoniak. Fast 60 Millionen gesamtdeutsche Schweine und Rinder knattern Urin und Exkremente in die Viehställe. Mit der Jaucheproduktion eines Jahres ließe sich fast der Große Plöner See füllen.

Doch Gülle kann mehr als stinken. Wissenschaftler vom Technikum in Essen sehen in der schwabbeligen Brühe ein Heilmittel, wittern im olfaktorischen



Düngung mit Gülle: Kann mehr als stinken

RTS RIEGER TEAM

Übel die ökologische Lenkwaffe. Sie arbeiten an der scheinbar paradoxen Unternehmung, Schweine- und Rinderfäkalien, gefiltert oder pur, als Schadstofffilter zur Luftreinhaltung einzuspannen.

Bei dem Verfahren werden gleichsam „zwei Schmeißfliegen mit einer Klappe geschlagen", wie es ein Experte des Energiekonzerns Veba in Gelsenkirchen ausdrückt: Wird die ammoniakhaltige Jauche in den stickoxidbelasteten (und deshalb neben Schwefeldioxid für den sauren Regen verantwortlichen) Rauch von Kraftwerken gesprüht, lösen sich die Molekülverbände der Schadstoffe auf. Übrig bleiben Wasser und das harmlose Element Stickstoff.

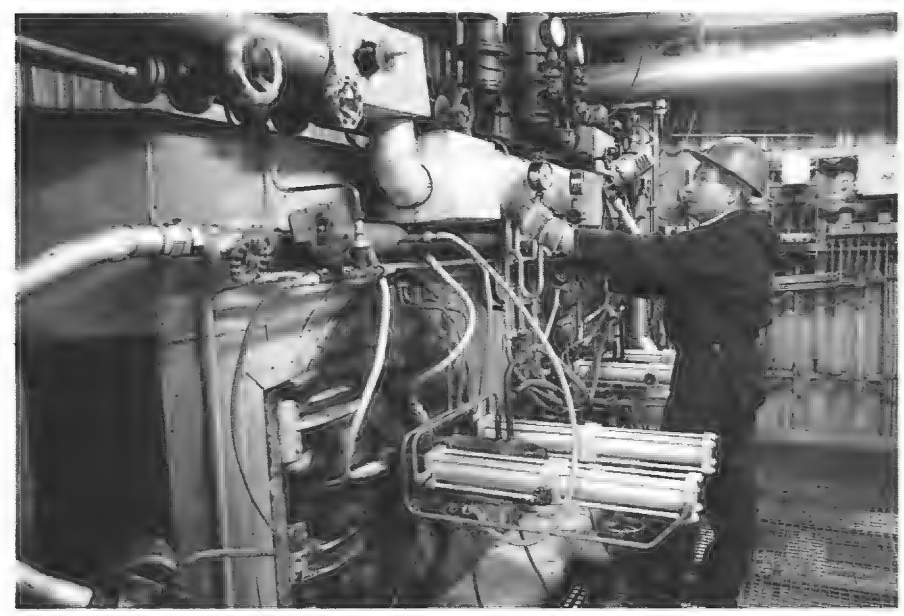
Jährlich 20 Millionen Tonnen Flüssigmist, meldete vorletzte Woche das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), könnten mit der „vielversprechenden" Technik einem nützlichen Zweck zugeführt werden. Peter Gillmann vom Institut für Umweltverfahrenstechnik in Essen, der seit vier Jahren mit Gülletinkturen herumnebelt, ist von seiner Jauche-Dusche begeistert: „Wir entsorgen zum Nulltarif."

Journalisten, die zur Jahreswende die erste Pilotanlage zur „Gülle-Verdüsung" besichtigten, lobten die „ungewöhnlichen Wege" der Öko-Forscher. Die „Luftverpestung" werde nunmehr „erfolgreich mit Gülle bekämpft" *(Frankfurter Rundschau)*. Dabei waren der Presse nur eine schuhkartongroße Pumpe und ein dünnes Leitungsrohr für den Jauchefluß gezeigt worden.

Bereits im April 1990 hatten sich Veba-Manager bereit erklärt, das Dampfwerk Zweckel bei Gladbeck für einen Großversuch umzurüsten und dafür einen Teil der 1,1 Millionen Mark BMFT-Fördermittel einzustreichen. Ständig fahren nun silberne Tankwagen auf das Werksgelände und pumpen Gülle in ein provisorisches Tanklager.

„Der Heizkessel eines Kraftwerkes ähnelt einer leeren Konservendose", erläutert Kraftwerkschef Rainer Telöken, „im Inneren verlaufen Wasserrohre, am Boden brennt die Flamme." Wird nun die Jauche in den heißen Qualm verbrennenden Öls hineingesprüht, beginnt die chemische Reaktion. Etwa 50 Prozent der Stickoxide werden, wie die Pilotversuche zeigen, auf diese Weise unschädlich gemacht.

In Wahrheit ist das nicht gerade viel. Herkömmliche Entstickungsverfahren arbeiten mit reinem Ammoniak und erreichen Wirkungsgrade von über 90 Prozent. Gülle enthält dagegen nur etwa drei Prozent Harnstoffe, Ammoniak und Amine. Entsprechend groß ist die notwendige Menge der eingespritzten Fäkalien: Ständig muß sich ein stinkender Wolkenbruch im Rauch entladen.



Gülle-Pilotanlage*: „Zwei Schmeißfliegen mit einer Klappe"

Das scheinbar so ingeniöse Verfahren hat überdies noch weitere Nachteile. Während die herkömmliche Rauchentstickung auch bei 400 Grad Celsius außerhalb des Heizkessels wirksam ist, muß die Jauche direkt auf die 700 Grad heißen Flammen gesprüht werden. Das aber mindert die Wärmeleistung im Kessel. „Im Prinzip löschen wir hier", erklärt Veba-Ingenieur Telöken.

Damit nicht genug: Die Feststoffe der Gülle (Stroh, organische Verbindungen) entwickeln bei der Verbrennung mehr Asche als das Schweröl – vergleichbar einem Auto, bei dem der Zigarettenanzünder stärker qualmen würde als der Auspuff. Um den Ascheausstoß unter die vorgeschriebenen Grenzwerte zu drücken, mußten in Zweckel zusätzliche Elektrofilter installiert werden. Zudem kommt es bei den Tests immer wieder zu „Verstopfungen im Düsensystem", wie auch Gillmann zugibt. Klumpen und Kotpfropfen setzen sich in den Leitungen fest.

Dennoch schwören die Essener Forscher auf ihr anrüchiges Filtersystem. Gillmann arbeitet bereits an einer „Optimierung der Güllequalität" und sinnt auf bessere Kotdüsen. Rund 5500 deutsche Feuerungsanlagen, glauben die Experten vom BMFT, könnten „ohne zusätzliche Primärmaßnahmen" auf die neue Technik umgerüstet werden. Große Kraftwerke wurden aus der Modellrechnung gleich ausgeklammert: Wegen seines geringen Wirkungsgrades wäre das Verfahren außerstande, die Stickoxidlawinen großdimensionierter Kraftwerke unter die gesetzlichen Grenzwerte zu drücken.

Die verbleibenden 5500 kleineren Anlagen würden, auf Gülle-Verdüsung umgestellt, einen gewaltigen Fäkalientransport auslösen. Riesige Jauchebassins wären nötig, eine Armada von Tankwagen müßte unentwegt Schweine- und Kuhställe abklappern. „Pro Liter verfeuertes Öl", sagt Telöken, „brauchen wir einen Liter Gülle."

Selbst wenn die Kraftwerkslobby aus allen Kotrohren feuern würde, um die veranschlagte Menge von 20 Millionen Tonnen zu vernichten – das Gülleproblem wäre damit nicht gelöst. Der Ausstoß deutscher Nutztiere liegt bei 340 Millionen Tonnen pro Jahr.

* Im Dampfwerk Zweckel.

Gegendarstellung

Der Artikel „Orte des Jammerns – Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR" im SPIEGEL Nr. 1/1991, S. 24 f., beschäftigt sich u. a. mit mir.

Der SPIEGEL behauptet, ich sei PDS-Mitglied. Das ist falsch. Richtig ist, daß ich weder der PDS noch irgendeiner anderen Partei angehöre oder je angehört habe.

Der SPIEGEL schreibt ferner: „Die Leipziger Uni, behauptet Pasternack, habe bereits ‚gute Fortschritte' auf dem Weg zu einer ‚Erneuerung von unten' gemacht."

Dieses Zitat ist falsch. Tatsächlich habe ich gesagt: Wir sind zwar der Meinung, daß es im vergangenen Jahr in einigen Bereichen durchaus Veränderungen gegeben hat, die eine Würdigung verdienten, aber insgesamt sehen wir inhaltlich und strukturell nur mangelhafte Veränderungen.

Leipzig, den 6. Januar 1991

Peer Pasternack
Studentensprecher KMU Leipzig

„Die wollen unser Leben klauen“

Hamburger Hafenstraßen-Bewohner über die bevorstehende Räumung ihrer Häuser und ihre Zukunft

SPIEGEL: Zu Interviews mit der von Ihnen so genannten bürgerlichen Presse waren die Bewohner der Hafenstraße bislang nie bereit, unter diese Kontaktsperre fiel auch der SPIEGEL. Warum reden Sie heute mit uns?

HAFENSTRASSE: Ich finde es notwendig und wichtig, auch die Leute, die den SPIEGEL lesen, zu erreichen.

SPIEGEL: Hängt dieser Meinungsumschwung nicht vor allem damit zusammen, daß Sie nach dem Räumungsurteil vom Montag letzter Woche mit dem Rücken zur Wand stehen und nun die Unterstützung von Leuten suchen, auf deren Urteil Sie lange keinen Wert gelegt haben?

HAFENSTRASSE: Quatsch, uns ist da wirklich jeder wichtig. Das SPIEGEL-Gespräch ist ein Teil des Versuchs, eine Barrikade zu bauen, einen antifaschistischen Schutzwall gegen die Politik des Hamburger Senats zu errichten, der uns hier weghaben will.

SPIEGEL: Aber nicht nur der Hamburger Senat wünscht die baldige Räumung.

HAFENSTRASSE: Na gut, dann eben die herrschende Clique.

SPIEGEL: Und wer ist damit gemeint?

HAFENSTRASSE: Das ist Voscherau, das ist die Bundesanwaltschaft, das ist Kohl, Daimler-Benz, was weiß ich.

SPIEGEL: Moment mal. Bei Umfragen haben sich über 80 Prozent der Hamburger Bürger dafür ausgesprochen, die Hafenstraßenhäuser abzureißen.

HAFENSTRASSE: Na ja, so mit Umfragen, das ist auch immer so eine Sache. Wenn man die gleiche Umfrage hier in St. Pauli machen würde, dann würden die Zahlen natürlich ganz anders aussehen als etwa in der Innenstadt oder in Blankenese. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß das negative Bild, das die Leute durch die Medienberichterstattung von uns haben, sich sehr schnell ändert, wenn sie direkt mit uns zu tun haben.

HAFENSTRASSE: Nur ein Beispiel: Vor ein paar Tagen hatten wir eine Gruppe von Besuchern hier, vom Rentner bis zur Hausfrau. Die haben anfangs richtig gezittert, aus Angst, sie würden gleich einen Stein an den Kopp bekommen. Hinterher waren sie ganz verblüfft, daß wir keine Chaoten sind und die Wohnungen ganz anders aussehen, als sie sich das vorgestellt haben.

SPIEGEL: Wieweit sind die Renovierungsarbeiten gediehen, die schon vor Jahren angekündigt wurden? Von außen machen die Häuser einen ziemlich verwahrlosten Eindruck.

HAFENSTRASSE: Sämtliche Sanierungsgelder sind schon kurz nach Abschluß des Pachtvertrages 1987 gestrichen worden, statt dessen hat der Senat ständig die bestehenden Abrißgenehmigungen erneuert. Wir haben Dachstühle repariert, Kaminzüge neu aufgemauert, Bäder eingebaut, vor den Häusern einen Ententeich angelegt – und wir haben noch viel vor.

SPIEGEL: Das klingt so, als wäre die Hafenstraße eine idyllische Wohngegend. Ihr Alltag ist doch alles andere als beschaulich. Dauernd gibt es Auseinandersetzungen mit der Polizei, nach jedem Fußballspiel stehen Rechtsradikale vor der Tür, und jetzt muß auch noch mit der Abrißbirne gerechnet werden.

HAFENSTRASSE: Ist doch gemütlich hier, oder?

HAFENSTRASSE: Für mich ist die Hafenstraße der einzige Ort, an dem ich le-

* Mit Redakteuren Bruno Schrep (4. v. r.), Jan Fleischhauer (5. v. r.) im Haus Hafenstraße 110.

Hafenstraßen-Bewohner beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ist doch gemütlich hier, oder?“



ben möchte. Guckt euch doch um. Hier ist eine Gegenkultur entstanden – nicht Schöner Wohnen im kleinbürgerlich-alternativen Sinne, sondern ein Lebensraum, den wir so gestalten, wie wir es wollen.

SPIEGEL: Das, was Sie uns zeigen, unterscheidet sich nicht so sehr von Studentenbuden in anderen Hamburger Stadtteilen.

HAFENSTRASSE: Wir meinen ja nicht nur die Einrichtung. Hier leben 130 unterschiedliche Leute mit unterschiedlichen Einstellungen und Gefühlen. Wir kommen alle woanders her und haben verschiedene Vorgeschichten. Trotzdem gibt's hier den Anspruch, sag' ich mal, so miteinander klarzukommen, daß niemand niedergewalzt wird. Wir setzen uns ständig damit auseinander, was kann man gemeinsam machen, was kann man sich untereinander zumuten. Das macht viel Spaß, das nervt dich aber auch häufig. Hier wird keiner angemacht, weil er die Miete nicht bezahlen kann, da sagt keiner: „Du Arschloch, verschwinde hier."



Hafenstraßen-Häuser: „Wenn ein Streifenwagen umkippt"

SPIEGEL: Mit anderen Worten: So eine Art sozialistische Utopie, die überall sonst gescheitert ist, wird in der Hafenstraße Wirklichkeit?

HAFENSTRASSE: Es interessiert uns wenig, ob wir nun sozialistisch sind oder nicht. Viel Falsches ist zusammengebrochen. Aber wir bleiben, wir sind nicht gescheitert.

SPIEGEL: Sie idealisieren sich selbst. Hier wohnen doch sicher auch viele, um Nervenkitzel zu erleben oder in der Konfrontation mit dem Staat Machtgefühle auskosten zu können?

HAFENSTRASSE: Es geht hier nicht um Muskelspiele, schon aber um Macht als Gegenteil von Ohnmacht. Also Macht, die Interessen von unten zu artikulieren und durchsetzen zu können.

SPIEGEL: Durch die zum Teil gewalttätigen und kriminellen Mittel, die dabei angewandt wurden, haben Sie sich allerdings bei einem Großteil der Bevölkerung selbst diskreditiert. Im ganzen Bundesgebiet ist die Hafenstraße zum Synonym für Aggression, Gewalt und Chaotentum geworden.

HAFENSTRASSE: Die Friedensbewegung hat gewaltfrei gegen die Mittelstreckenraketen demonstriert. Sie sind trotzdem installiert worden. Diese Erfahrung haben ja nicht nur die Menschen in der Friedensbewegung gemacht.

HAFENSTRASSE: Wir haben dagegen die Erfahrung gemacht, daß man in diesem Land gewinnen kann. Nur weil wir 1987 die Barrikaden gebaut haben, mußte der Senat, der schon die Polizeitruppen für die Räumung alarmiert hatte, wieder über die Hafenstraße reden. Wir haben die Barrikaden wieder abgebaut, als sie ihren Zweck erfüllt hatten. Denn viele Leute haben unsere Schritte, auch den Barrikadenbau, verstanden und sich gegen eine militärische Lösung eingesetzt.

SPIEGEL: Überschätzen Sie da nicht Ihre Bedeutung gewaltig?

HAFENSTRASSE: Nein. Aber was heißt schon „Bedeutung". Natürlich konnten wir eine solche Ausstrahlungskraft, wie wir sie 1987 hatten, nicht festhalten.

HAFENSTRASSE: Zumindest die Leute im Stadtteil begreifen, daß es auch eine Art Schutz ist, daß wir da sind. Wenn wir hier nämlich fallen, hat das Auswirkungen auf das ganze Viertel. In Wirklichkeit geht es um die Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen aus St. Pauli, damit die Stadt rund um den Hafen ein Nobelviertel hochziehen kann.

HAFENSTRASSE: Also ich bin Taxifahrer und bekomme oft mit, was Leute so reden, die selber um ihre Wohnung kämpfen müssen, totalen Ärger mit ihrem Vermieter haben. Die sagen dann: „Wenn der so weitermacht, dann machen wir bei uns auch demnächst eine Hafenstraße auf, da wird er mal sehen."

SPIEGEL: Wir fahren auch oft Taxi. Und Taxifahrer, die berühmte Volksstimme, sagen uns: „In der Hafenstraße, da zahlen die Leute keine Miete, da ist der Strom umsonst, und wir müssen alles mit unseren Steuergeldern bezahlen."

HAFENSTRASSE: Das schreibt der SPIEGEL auch, und das ist eine Lüge.

Die Hafenstraße

im Hamburger Stadtteil St. Pauli ist seit fast zehn Jahren eines der beherrschenden Themen der Hamburger Politik. Seit Montag letzter Woche scheint das Ende des Alternativprojekts besiegelt: Das Landgericht der Hansestadt hat gegen den Pächter der Häuser, den Verein Hafenstraße, ein Räumungsurteil gefällt. Unter dem Eindruck des Urteils gaben die Bewohner ihre bisher praktizierte pressefeindliche Haltung auf: Am Mittwoch letzter Woche fand – ein Novum – im Haus 110, dritter Stock, ein Gespräch zwischen Hafenstraßen-Mietern und zwei SPIEGEL-Redakteuren statt. Drei Frauen und fünf Männer im Alter zwischen 28 und 40 Jahren gaben Auskunft über ihre Ziele und ihr Verhältnis zur Gewalt. Weil die Gesprächspartner dem SPIEGEL als Kollektiv gegenübertraten, sind die Antworten von Rosemarie, Olaf, Anja, Volker, Christoph, Bernd, Daisy und Dorothee unter dem Sammelbegriff „Hafenstraße" wiedergegeben.

Hier wird der Strom bezahlt, und die Miete auch. Wir haben den Elektrizitätswerken, ich weiß nicht wieviel, zigtausend Mark in den Arsch geschoben, nur damit die ihre Leitungen nicht kappen.

SPIEGEL: Meinen Sie nun mit „in den Arsch geschoben", daß Sie Ihre Stromrechnungen bezahlt haben?

HAFENSTRASSE: Wir sind ja irgendwie dafür verurteilt worden, daß wir angeblich für eine halbe Million Mark Strom geklaut haben sollen. Und das stottern wir Monat für Monat ab.

HAFENSTRASSE: Für Leute wie Lothar Späth ist es natürlich kein Problem, den Strom zu bezahlen. Aber vielleicht läßt er sich den ja bezahlen.

SPIEGEL: Stimmt es, daß Stromableser bedroht und verprügelt worden sind?

HAFENSTRASSE: Es ist versucht worden zu verhindern, daß sie uns den Strom absperren. Verprügelt stimmt nicht.

SPIEGEL: Es wäre nicht das erste Mal, daß es Schlagzeilen über Gewalttaten in der Hafenstraße gibt. Sind das alles böswillige Erfindungen?

HAFENSTRASSE: Das ist eine schwierige Frage. Denn es geht darum, wie man Gewalt definiert. Leute, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können, aus ihren Wohnungen rauszuschmeißen und obdachlos zu machen oder sie aus ihren Jobs zu feuern und ihnen damit die Hoffnung zu nehmen – das ist auch Gewalt.

SPIEGEL: Wir reden von handgreiflicher Gewalt. In Polizeiberichten ist von Schüssen mit Leuchtspurmunition und von Stahlkugeln die Rede. Beamte sollen mit Steinen und Gehwegplatten beworfen worden sein.

HAFENSTRASSE: Diese Behauptungen sind zum großen Teil nicht wahr. Es gibt hier nicht Gewalt als Prinzip oder als eine besondere Ausdrucksform. Das ist doch nichts, was Spaß macht wie ein Hobby oder Sport.

SPIEGEL: Wir lesen Ihnen mal eine von vielen Zeitungsmeldungen vor: „Am Neujahrstag 1990 wird ein Streifenwagen in die Bernhard-Nocht-Straße gelockt und von 250 Randalierern angegriffen. Sie kippen den Wagen um, stehlen eine Maschinenpistole aus dem Auto und setzen es in Brand."

HAFENSTRASSE: Ich weiß nicht, ich finde es schwer, dazu Stellung zu nehmen, wenn ein Streifenwagen umkippt.

SPIEGEL: Von selber ist er ja nicht umgefallen.

HAFENSTRASSE: Die Vorgeschichte ist, daß unsere Silvester-Demonstration zum Knast nur 500 Meter weit gekommen ist. Auf unserer Seite hat es dabei wirklich Schwerverletzte gegeben, weil die Bullen auf uns eingeprügelt haben wie nichts Gutes.

HAFENSTRASSE: Und dann passiert es, daß ein Streifenwagen brennt. In dem Verhältnis steht das.

SPIEGEL: Aber eine befriedigende Erklärung für ...

HAFENSTRASSE: ... das ist die Erklärung. Wenn du angegriffen wirst, dein Haus bedroht wird, dann stehst du nicht daneben und guckst zu.

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, Sie sehen sich umstellt von einer Welt von Feinden und handeln nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung.

HAFENSTRASSE: Quatsch. Es ist zum Beispiel eine Lüge, daß normale Leute hier miteinander verglichen wird. Ist denn ein fliegender Farbbeutel oder eine Leuchtkugel ein Grund, 130 Leute aus ihren Wohnungen rauszuschmeißen?

SPIEGEL: Ihr problematisches Verhältnis zur Gewalt hat immer wieder dazu geführt, daß Sie in die Nähe der Terrororganisation Rote Armee Fraktion gerückt wurden. Generalbundesanwalt Alexander von Stahl hat die Hafenstraße als ein Depot der RAF bezeichnet. Der Hamburger Verfassungsschutz behauptet, bei Ihnen seien Unterstützer der RAF aktiv.

HAFENSTRASSE: Wider seine Erkenntnisse, wenn er überhaupt irgendwelche hat. Das ist einfach Blödsinn.



Polizeieinsatz in der Hafenstraße: „Es gab Schwerverletzte"

hier einfach mal so einen auf die Glocke kriegen. Wir setzen unsere Interessen nicht gegen andere Menschen durch.

SPIEGEL: Aber gerade die Attacke auf einen Passanten, der beim Vorbeigehen mit Farb- und Urinbeuteln beworfen wurde, besiegelte Ihre Niederlage vor Gericht. Für das Räumungsurteil war dieser Fall ausschlaggebend.

HAFENSTRASSE: Der Typ hat Stunk gemacht. Und ich glaube, das kommt in St. Pauli fünfmal pro Abend vor, daß es in Kneipen und an Ecken zu Rangeleien mit Krakeelern kommt. Daß bei uns dann auch ein Farbei fliegt, würde ich nicht als Gewaltausbruch werten.

HAFENSTRASSE: Fragt doch lieber mal, was die Alpha Jets in der Türkei machen, und nicht, warum hier ein Bullenwagen brennt. Ich finde es richtig frech, das regt mich langsam auf, was

SPIEGEL: Unterstützt dieser Kreis hier die Ziele der RAF und deren Mittel oder nicht?

HAFENSTRASSE: Wir sind die Hafenstraße, und die RAF ist die RAF.

SPIEGEL: Das ist keine Antwort auf unsere Frage.

HAFENSTRASSE: Es gibt keinen organisatorischen Zusammenhang zwischen uns und der RAF. Aber es gibt für mich Auseinandersetzungen mit zig anderen politischen Gruppierungen über das, was ist. Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften, mit Mieterinitiativen, der Bewegung, der Linken, wie immer man sie nun bezeichnen will. Die RAF und die Gefangenen aus der RAF sind Teil der Linken, mit denen ich die Auseinandersetzung um das Wie und Wohin in dieser Gesellschaft führen will.

HAFENSTRASSE: Ich will hier eine Gesellschaft hinkriegen, in der man



Protestierende Hafenstraßen-Bewohner (1987): „Wir wollen hier alt werden"

menschenwürdig leben kann. Die nicht von Kapitalinteressen und von Konkurrenz gezeichnet ist. Und da sind für mich potentielle Ansprechpartner alle, die das auch wollen. Da gibt es natürlich dann auch 'ne Nähe zur RAF.

SPIEGEL: Nach Ansicht des Generalbundesanwalts geht die Nähe so weit, daß Sie in den Häusern Stadtpläne mit Markierungen deponiert haben, die bei der Vorbereitung von Attentaten, zum Beispiel auf den Bundeskanzler, hilfreich sein könnten.

HAFENSTRASSE: Wir haben hier Hunderte von Stadtplänen in den Häusern, jeder von uns. Wir machen Veranstaltungen in vielen Städten in der BRD, in ganz Europa, wir fahren in Urlaub wie andere Leute auch. Aber von uns hat niemand irgendwas in irgendwelche Stadtpläne reingemalt mit dem Ziel, daß da irgendwie Kohl, ausgerechnet diese Marke auch noch, in die Luft gejagt wird.

SPIEGEL: Der letztes Jahr abgetauchte Karl-Heinz Gerum, der nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden zur Kommandoebene der RAF gestoßen sein soll, war bis zu seinem Verschwinden in der Hafenstraße gemeldet.

HAFENSTRASSE: Die RAF hat dazu in einem Brief gesagt, der ist nicht bei ihnen, weil sie das nicht wollen und weil er das nicht will. Gewohnt hat er hier, und wir haben lange nichts von ihm gehört und gesehen, leider.

SPIEGEL: Seit dem Urteil letzte Woche scheint eine Räumung ja unausweichlich. Sind schon die ersten ausgezogen?

HAFENSTRASSE: Es gibt hier niemanden, der das auch nur überlegt. In den vergangenen Jahren gab es für uns ganz oft Situationen, die uns ausweglos erschienen sind. Das ist nicht das erste Mal. Und jetzt kommen wieder viele, viele von damals, viele Neue. Und das tut natürlich gut. Wir sind zuversichtlich, noch ganz andere zu erreichen.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, daß Sie für ihre mißliche Situation auch selber verantwortlich sind? Was haben Sie denn nach Ihrer Einschätzung falsch gemacht?

HAFENSTRASSE: Zum Beispiel durch manche Autoaufbrüche vor unseren Häusern und die überzogene Reaktion darauf in der Öffentlichkeit sind falsche Fronten entstanden. Es stimmt zwar nicht, daß jedes Auto aufgebrochen wurde. Aber wir haben unseren Anteil daran, daß dieser Eindruck in den Köpfen oder Herzen entstehen konnte.

SPIEGEL: Gab es denn unter den Bewohnern Streit über dieses sogenannte Hönkeln?

HAFENSTRASSE: Wir streiten uns da heftig drüber und haben diese Widersprüche noch nicht gelöst gekriegt. Fakt ist aber auch, daß ein Mercedes-Ersatzreifen mehr kostet, als ein Sozialhilfeempfänger für den ganzen Monat zum Leben hat. Das Hönkeln hat aber auch Leute getroffen, die es eigentlich nicht treffen darf.

SPIEGEL: Wird denn nun gehönkelt oder nicht?

HAFENSTRASSE: Bin ich denn der liebe Gott?

HAFENSTRASSE: Eh, aber was auch wichtig dazu ist: Veränderungen unter uns laufen nicht über Bestrafung oder Ausgrenzung. Bei uns läuft nichts über das Law-and-order-Prinzip, den Schuldigen ausfindig zu machen und ihn vor ein ominöses Tribunal zu schleppen. Wir streiten uns und lernen dabei voneinander, wir lernen, den anderen zu schnallen.

SPIEGEL: Wie werden Sie sich verhalten, wenn der Gerichtsvollzieher mit dem Räumungstitel in der Hand hier am Eßtisch steht?

HAFENSTRASSE: Dann bleiben wir sitzen. Wenn er sagt, verlassen Sie jetzt die Wohnung, bleiben wir drin. Klar.

SPIEGEL: Wahrscheinlich kommt er ja nicht allein, sondern hat ein paar Hundertschaften Polizei dabei. Würden Sie dann persönlich auch gewaltsamen Widerstand leisten?

HAFENSTRASSE: Wir lassen uns unser Leben nicht klauen.

SPIEGEL: Gibt es denn Leute, die bereit wären, für die Häuser ihr Leben zu riskieren?

HAFENSTRASSE: Es geht um unser gemeinsames Leben hier, und dann muß man mal sehen, wie die Dinge ablaufen. Wenn ich an diesen Wasserwerfereinsatz im letzten Mai denke, wo sie einen von uns beinahe vom Dach gepustet hätten. Wenn ich jetzt darüber rede, habe ich vor einer Auseinandersetzung tierisch Schiß. Ich habe auch Schiß davor, in die Kiste zu kommen, aber ich will bleiben.

HAFENSTRASSE: Die ganze Auseinandersetzung muß endlich wegkommen von der Ebene Justiz und Polizeieinsatz. Wir wollen die Häuser jetzt, diese Abrißgesellschaft Hafenrand muß aufgelöst werden. Es kann nicht bei jeder politischen Auseinandersetzung in dieser Stadt um unser Wohnrecht gehen. Es muß möglich sein, daß auch Menschen wie wir ihre Lebensbedürfnisse verwirklichen. Diese Frage geht natürlich weit über uns hinaus. Und da geht es jetzt einfach auch darum, daß sich wirklich alle klarmachen, daß diese Gewaltwalze, die uns heute gegenübersteht, nach uns weiterwalzen würde.

HAFENSTRASSE: Wir wollen hier alt werden.

SPIEGEL: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Schlimme Verluste bei AEG

Heinz Dürr, der Ende vergangenen Jahres seinen Posten als AEG-Chef aufgab und zur Bundesbahn wechselte, hinterläßt den Frankfurter Elektrokonzern in einem unschönen Zustand: Die AEG hat 1990 einen Betriebsverlust von rund einer halben Milliarde Mark erwirtschaftet. Damit werden sogar die schlechten Zahlen von 1989 (Betriebsergebnis: minus 370 Millionen) übertroffen – und das in einem Jahr, in dem allenthalben gutes Geld verdient wurde. Hauptursache für den Negativtrend sind hohe Verluste bei der Bürogeräte-Tochter AEG Olympia und in der Sparte Automatisierungstechnik. Die Zahlen machen verständlich, warum die Daimler-Spitze glücklich war, als Dürr den Bahn-Job annahm. Edzard Reuter, Chef der AEG-Mutter



Dürr

Daimler-Benz, hatte allerdings schon vor Dürrs Abgang nach einem Nachfolger Ausschau halten lassen. Reuter verlor die Geduld mit seinem Freund und Frankfurter Statthalter, weil Dürr zu lange schon bessere Ergebnisse versprochen und doch stets schlechtere vorgelegt hatte. Das Konzept für die Gesundung der AEG Olympia beispielsweise wurde mehrfach geändert, Erfolg zeigte sich nie. Nun soll Olympia verkauft werden, und auch für die Hausgeräte-Sparte der AEG sucht Reuter nach Partnern.



Deutsche Bank in Frankfurt, Baustelle

Kein Groll mehr auf den Nachbarn

Obwohl es gegenwärtig nahezu ausgeschlossen ist, von der Stadt Frankfurt den Bau eines weiteren Wolkenkratzers genehmigt zu bekommen, wächst derzeit neben dem Hochhaus der Deutschen Bank ein Büroturm. Wenn er fertig ist, wird er die Zentrale der größten deutschen Geschäftsbank um 31 Meter überragen. Das gefiel den Managern der Deutschen Bank gar nicht. Der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), die in dem auf 186 Meter Höhe ausgerichteten Bau ihre neue Zentrale unterbringen wollte, drohten die Kollegen von der Deutschen, sie würden Nachbarschaftsrechte in Höhe von 40 Millionen Mark geltend machen – wegen angeblicher „Verschattungen, Luftwirbelungen und Zugerscheinungen". Inzwischen hat die Deutsche Bank von der angeschlagenen BfG über Umwege Eigentumsrechte an dem Büroturm erworben. Von „erheblicher Beeinträchtigung des Nutzwertes" ist nun keine Rede mehr.

Treuhand-Vorstand tritt zurück

Treuhand-Chef Detlev Rohwedder bekommt zunehmend Schwierigkeiten im eigenen Vorstand. Am Donnerstag vergangener Woche trat das für die Privatisierung der alten DDR-Betriebe zuständige Vorstandsmitglied Karl Schirner überraschend zurück. Bereits seit geraumer Zeit ist Rohwedders Führungsstil auch im Leitungsgremium der Berliner Treuhandanstalt umstritten. Selbst engste Mitarbeiter beschweren sich über das autoritäre Auftreten ihres Chefs. Rohwedder sei Argumenten und Vorschlägen seiner Kollegen kaum noch zugänglich. Ein Insider: „Die Vorstandsmitglieder werden von Rohwedder abgekanzelt wie Schulkinder." Schirner zog jetzt die Konsequenzen. Am Freitag vergangener Woche meldete er sich wieder bei seinem Arbeitgeber Daimler-Benz in Stuttgart. Dort war der Spitzenmanager, der als durchsetzungsfähig gilt, bis zu seinem Wechsel nach Berlin im August vergangenen Jahres als Direktor tätig und bereitete unter anderem die MBB-Übernahme durch Daimler-Benz vor.

Interflug: Ruhnau fast am Ziel

Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau hat gute Chancen, schon bald die Genehmigung für die Übernahme der DDR-Gesellschaft Interflug zu erhalten. Offiziell führen die Manager der Berliner Treuhandanstalt zwar noch Gespräche mit ausländischen Interessenten. Doch diese Sondierungen sind wenig erfolgversprechend. Sie sollen vor allem den Preis für Interflug in die Höhe treiben und dem Kartellamt gegenüber den Nachweis erbringen, daß auch Lufthansa-Konkurrenten eine faire Chance hatten. Parallel zu den Gesprächen beauftragte die Treuhandanstalt einen Anwalt, mit der Lufthansa die vertraglichen Einzelheiten einer Übernahme auszuhandeln. Ruhnau übertrug diese Aufgabe dem Londoner Rechtsanwalt Dieter Lange, der bereits den Verkauf der Berliner Pan-Am-Dienste an die Lufthansa vermittelte.



Ruhnau

Angst vor dem Bankenkrach

Amerikas Banken wackeln. Große Geldhäuser wie Citicorp oder Chase Manhattan mußten für das letzte Quartal riesige Verluste ausweisen, vergangene Woche wurde die Bank of New England für zahlungsunfähig erklärt. Bei Unternehmensübernahmen und Immobilienfinanzierungen haben Banker ein allzu großes Rad gedreht.

Amerika staunte über das „Wunder von Massachusetts“. Der Bundesstaat im Nordosten der USA drehte in den goldenen Achtzigern gewaltig auf; das Geschäft mit der Rüstung, mit Hochtechnologie und Computern blühte. Es schien in Massachusetts nur noch aufwärts zu gehen.

Walter J. Connolly Jr. und seine Kollegen von der Bank of New England wollten teilhaben an dem Dollar-Segen. Ohne allzu genau auf die Zahlungskraft ihrer Kundschaft zu gucken, von Zweifeln an der Dauerhaftigkeit des Booms in keiner Weise geplagt, verteilten die Banker aus Massachusetts ihre Kredite, ein Gutteil für den Erwerb vermeintlich aussichtsreicher Industriegrundstücke.

Rüstungs- und Computerindustrie sind inzwischen nicht mehr, was sie mal waren; Amerika steuert in eine Rezession, von Wundern redet in Massachusetts keiner mehr.



Bank-Chef Fish
Unter staatliche Aufsicht gestellt

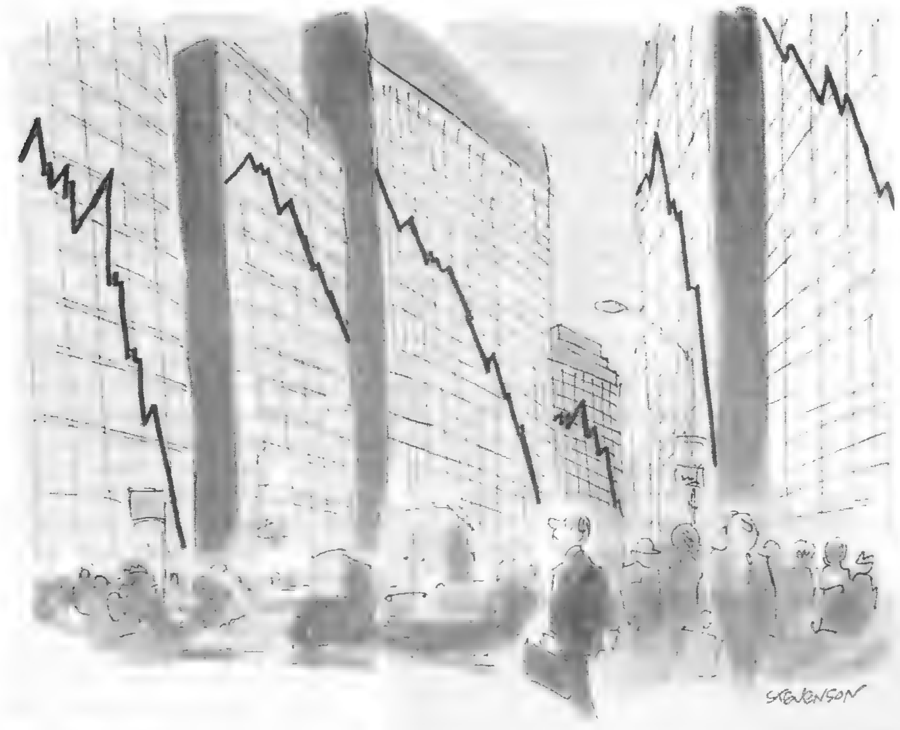
Für die Bank of New England, seit Monaten unter Kennern als wackelig eingestuft, war es am Montag vergangener Woche soweit: Die US-Bankenaufsicht erklärte das Unternehmen für zahlungsunfähig, Bank-Chef Lawrence K. Fish mußte sein Haus unter die Aufsicht der Bundesbehörde stellen. Vor den Schaltern bildeten sich lange Schlangen verunsicherter Sparer.

Der Zusammenbruch der Bostoner Bank, der die staatliche Einlagenversicherung rund 2,3 Milliarden kosten wird, ist die drittgrößte Banken-Pleite in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte.

Und mehr als das: Was vergangene Woche in Boston ablief, könnte sich je-



Kunden der Bank of New England: Drittgrößte Pleite in der amerikanischen Bankengeschichte



The New Yorker

den Tag in irgendeiner anderen Metropole der USA wiederholen. Das Banken-Gewerbe der nach wie vor größten Wirtschaftsnation der Welt befindet sich in einem beklagenswerten Zustand.

1980 noch hatten nur 10 der damals 14 435 US-Geschäftsbanken Konkurs angemeldet, seit 1988 aber jedes Jahr etwa 200. Noch 1980 hatte die seit 1933 bestehende staatliche Kreditversicherung im Geld geschwommen, nun operiert sie in der Verlustzone.

Angeschlagen sind nicht nur irgendwelche Provinz-Banken, sondern auch die Institute mit den tollen Namen. Spitzenreiter des Gewerbes wie Citibank, Chase Manhattan oder Manufactures Hanover mußten fürs letzte Quartal 1990 Verluste in dreistelliger Millionenhöhe anzeigen.

„Wir haben mehr als genug Gründe für die Annahme", so Lowell L. Bryan von der Beratungsfirma McKinsey, „daß unser Bankensystem zusammenkrachen kann."

Für Amerikas Wirtschaftspolitiker ist das ein Alptraum: Sollten nach dem 500-Milliarden-Dollar-Desaster der Sparkassen und Hypothekenbanken auch noch einige große Geschäftsbanken flau werden, droht eine nur noch schwer beherrschbare Finanz- und Produktionskrise.

Und weitere Konkurse von der Größenordnung der Bank of New England scheinen sicher: In einem Report für den Bankenausschuß des US-Repräsentantenhauses heißt es, zum ersten Mal in der Geschichte der USA fange eine Rezession zu einem Zeitpunkt an, wo schon mehr als 1000 Geschäftsbanken auf der Problemliste der Bankenaufsicht stehen. Das sind mehr als letztes Mal im Endstadium der Rezession.

Sollte die im vergangenen Jahr begonnene Rezession in den USA länger dauern, als die Experten glauben, brauchen nach Ermittlung von McKinsey Banken mit Bilanzsummen von zusammen 300 Milliarden Dollar dringend Überlebenshilfe vom Staat. Andere Institute mit zusammen 400 Milliarden Dollar Aktiva, meint McKinsey, müßten unterstützt werden, um weiter das normale Kreditgeschäft betreiben zu können.

Das bedeutet: Ein Viertel des US-Bankenapparates, bezogen auf die Bilanzsummen, ist nicht mehr voll funktionsfähig.

Binnen eines einzigen Jahrzehnts haben die vorher noch angesehenen US-Bankiers ihre Unternehmen heruntergewirtschaftet. Fast sämtliche ersten Adressen des Landes sind während dieses Jahrzehnts zielsicher in jede Falle getappt, die auf den Finanzmärkten ausgelegt war.

Das erste Desaster erlebten sie im Mittleren Westen. Die durch staatliche Agrarpolitik scheinbar geschützten Bauern wurden mit hohen Investitionskrediten versorgt, damit sie ihre Betriebe mit neuen Maschinen ausstatten konnten. Als Sicherheit galten das vorhandene Agrarland sowie die erwarteten Erträge.

Doch je besser die Mechanisierung wurde, desto heißer der Wettbewerb. Am Ende sackten die Erträge und die Grundstückspreise.

Tausende von Farmern folgten nun einer guten amerikanischen Übung: Sobald der Betriebswert unter die Kreditsumme sackte, stellten sie die Zinszahlungen ein. Mit den beweglichen Teilen ihres Eigentums hauten sie ab und überließen es den Banken, den stillgelegten Betrieb zu versilbern. Hunderte von ländlichen Banken gingen pleite, weil nicht mehr viel rauszuschlagen war.

Großstädtische Institute mit weltläufiger Gesinnung zog es bald darauf nach Süden, vor allem nach Lateinamerika. Wie viele europäische Banker verteilten sie großzügig Milliarden-Kredite. Doch seit Anfang des Jahrzehnts stellten etliche lateinamerikanische Staaten die Zahlungen ein, gewaltige Abschreibungssummen fielen an.

Eines der Opfer war die Bank of America. Das Finanz-Desaster in Lateinamerika trieb die kalifornische Bank tief in die roten Zahlen. Nur durch drastische Einsparungen und den Verkauf von Anlagen konnte das Geldhaus vor dem Kollaps bewahrt werden.

Aber auch an den polyglotten New Yorker Bankiers ging das Unheil nicht vorbei. Vorsichtig geführte Häuser wie etwa Morgan oder Brown Brothers Harriman konnten ihre Mexiko-, Argentinien- und Brasilien-Anleihen gerade noch zum Kurs von 80 Prozent losschlagen. Citibank, Amerikas Nummer eins, Chase Manhattan und Manufacturers Hanover mußten schwere Verluste und hohe Sonderabschreibungen verkraften.

Das hinderte die Bank-Manager nicht, sich rasch wieder woanders nach dem ganz schnellen Geld umzusehen. Sie fanden es in der Finanzierung von Unternehmensübernahmen, die 1985 so richtig in Fahrt gerieten. Nach dem gängigen Modell der Übernahmeschlachten ging es darum, mit Schulden große Aktienpakete zu kaufen. Für die Banken war mithin eine gewaltige Marktlücke entstanden.

Milliardensummen hochverzinslicher Bankkredite und bemerkenswert viele Dollar von hochriskanten Anleihen rollten über die Konten der Geschäftsbanken. Weil sie bei diesem Geschäft horrende Vermittlungs- und Bereitstellungsprovisionen kassierten, sahen sich die Banker selbst bei mittleren Fehlschlägen noch auf der sicheren Seite.

Deutsche Banker beziffern das Engagement der US-Geschäftsbanken aus Übernahme-Manövern auf schwindelerregende 170 Milliarden Dollar. 100 Milliarden davon sollen allein bei den 50 größten Banken des Landes liegen. Dies sei, vermerkt die Deutsche Bank kühl, exakt die addierte Eigenkapitalsumme der beteiligten Institute.

Eine explosive Altlast: Mit der niedergehenden Konjunktur werden immer mehr Kredite aus den Milliarden-Übernahmen faul, der Markt der Hochrisiko-Anleihen („junk bonds") ist praktisch zu-

sammengebrochen. Nun verdüstern auch hier hohe Wertberichtigungen die Bilanzzahlen.

Dieses Unheil trifft zeitlich mit dem schmählichen Ende eines anderen Finanzierungsabenteuers zusammen, auf das die Banken sich eingelassen hatten: auf das von Bau-Haien beherrschte Immobiliengeschäft.

Seit 1985 entfielen etwa zwei Drittel des Kreditwachstums auf Baudarlehen. Die Bank of New England lenkte 36,7 Prozent ihrer Ausleihungen in riskante Gewerbe-Immobilien. Besonders im Nordosten der USA, wo die Immobilienpreise seit 1987 unablässig sacken, brechen in diesem Geschäft nun die Sicherheiten weg.

Um die Jahreswende 1990/91 standen rund 20 Prozent sämtlicher Büroräume in den USA leer. Neue Geschäfts-Parks an den Rändern der Metropolen sehen aus wie Geisterstädte. Bauruinen in Gestalt halbvollendeter Einkaufszentren verunzieren die Vororte. Das investierte Geld ist weg.

Auch mit privaten Hauseigentümern, jahrzehntelang ihre sicherste Kundschaft, haben die Banker kein Glück mehr. Private Hauskäufer in den USA zahlen meist nur fünf bis zehn Prozent des Kaufpreises selbst, der Rest läuft über Darlehen. Bei sinkenden Immobilienpreisen ist schnell der Zustand erreicht, wo sich der solide Kapitaldienst für solche Hauseigner nicht mehr lohnt.

Selbst bei bürgerlichen Familien wird derzeit offen diskutiert, ob es da nicht kostengünstiger sei, einfach wegzulaufen („walk-away") wie vorher die Farmer. Wieder übernimmt dann die Bank das Gebäude. Der entwichene und nicht auffindbare Eigentümer kauft sich, wenn der Markt noch weiter unten ist, für weniger Geld und mit günstigeren Krediten etwas anderes.

Außer mit dem Kleinbürger, wo es die Masse macht, haben es Amerikas Banken vor allem aber mit den Lichtfiguren der achtziger Jahre zu tun. Citibank etwa hängt bei Donald Trumps schwankendem Immobilien-Reich mit rund 275 Millionen Dollar drin.

Hasardeure wie der kanadische Baulöwe Robert Campeau, der auf 7,5 Milliarden Dollar Pump das größte Einzelhandels-Imperium der Welt erwerben wollte, schuldet derselben Bank 288 Millionen, der Baulöwe John Portman aus Atlanta 378 Millionen.

Solche Einbußen lassen sich selbst in dem diskreten Geldgewerbe nicht verbergen. Die Bewertungsgesellschaft Standard & Poor's hat im vergangenen Jahr bei 35 US-Banken die Qualitätseinstufung (rating) teils mehrfach zurückgenommen.

Inzwischen besitzt keine einzige US-Bank mehr die erstklassige Bewertung AAA sämtlicher drei Bewertungsfirmen zusammen (IBCA, Mody's, Standard & Poor's). Für die Banken bedeutet ein solcher Abstieg, daß sie ihren Geldgebern höhere Zinsen zahlen müssen. Mithin steigen ihre Kosten.

Besonders übel getroffen wurde Branchenstar John Reed, seit 1984 Chef von Citicorp. Die einst größte Bank der Welt verlor die Hälfte ihres Börsenwerts und liegt mit nur noch 3,8 Prozent Eigenkapital an der Bilanzsumme weit unter dem Branchendurchschnitt. 2,2 Milliarden Dollar Immobilienkredite sind faul.



Bauruinen in den USA: Kein Glück mit privaten Hauseigentümern

Kurz vor Weihnachten kündigte das New Yorker Unternehmen an, es werde 8000 Leute entlassen, die Dividende um 44 Prozent kürzen und die Bankkunden mit einer saftigen Gebührenerhöhung belasten.

Eine realistische Sanierungschance für das Gewerbe sehen Fachleute inzwischen nur noch in der Änderung von zwei Gesetzen aus der Zeit nach der großen Depression. Damals, 1933, hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt mit dem Glass Stegal Act die Universalbank verboten, die sowohl Kredit- wie Wertpapiergeschäfte besorgt; der Handel mit Aktien oder Anleihen, den beispielsweise bundesdeutsche Geschäftsbanken tätigen, ist amerikanischen Banken seither grundsätzlich verboten.

Mit dem McFadden Act untersagte Washington seinerzeit auch noch jede Bank-Tätigkeit in US-Bundesstaaten außerhalb des Standorts, in dem die Hauptverwaltung liegt; Citicorp beispielsweise darf daher nur in New York tätig sein.

Beide Gesetze, entwickelt aus den trüben Erfahrungen des Bankenzusammenbruchs von 1929, gelten inzwischen als fragwürdig. Ohne das Wertpapiergeschäft fehlt den US-Banken eine gewichtige Einnahmequelle. Die Beschränkung auf einen Bundesstaat schränkt den Aktionsradius in einem Gewerbe, das weltweit operiert, auf dem US-Binnenmarkt allzusehr ein.

Kenner des Gewerbes wie Lowell L. Bryan von McKinsey fürchten, daß alle Reformen zu spät kommen könnten. Schon jetzt sind die US-Banken nicht mehr in der Lage, in ihrem Kredit-Geschäft mit der ausländischen Konkurrenz schrittzuhalten. Es fehlt ihnen die Kapitaldeckung, um mehr Kredite gewähren zu können. „Die finanzieren einfach nichts mehr", so Jürgen Bartels von der Radisson-Hotelgruppe.

Mit der zögerlichen Geldvergabe könnten die Männer des Geldes die gegenwärtige Rezession nachhaltig verschärfen. Bryan: „Wir brauchen schnelle Lösungen. Alles andere ist Luxus, den wir uns nicht leisten können."

Im Moment dreht sich die Spirale immer schneller nach unten. Die Pleite der Bank of New England hat die Aktienkurse der US-Banken, die im vergangenen Jahr schon 50 bis 70 Prozent ihres Werts eingebüßt haben, noch mehr nach unten gedrückt. Je tiefer jedoch der Börsenwert der US-Banken liegt, um so weniger Kredite können die Geld-Manager nach den US-Regularien an ihre Kundschaft vergeben: Die Bankenkrise nährt die Wirtschaftskrise, Amerika sackt immer tiefer in die Rezession.

Transrapid

Ins nächste Jahrtausend

Die Bonner Koalition will das Projekt Magnetschwebebahn weiter verfolgen — nur das erforderliche Geld ist nicht da.

Heinz Riesenhuber kämpfte für den Fortschritt. Alle Einwände des Verkehrskollegen Friedrich Zimmermann gegen den Einsatz der futuristischen Magnet-Schwebebahn Transrapid wehrte der Forschungsminister ab. Über Kosten wurde in der Koalitionsrunde am Montag vergangener Woche nicht gesprochen.

So stimmten die Unterhändler schließlich Riesenhubers Transrapid-Vorlage zu – überzeugt, über eine nahezu fertig entwickelte Technik zu entscheiden. Da könnten ja, über die bislang ausgegebenen 1,4 Milliarden Mark hinaus, allenfalls noch ein paar Millionen an Steuergeldern für abschließende Tests fällig werden.

Der Forschungsminister wußte es besser. Seit September 1990 liegt ihm ein vertrauliches Gutachten des Münchner Bundesbahn-Zentralamtes (BZA) und externer Experten vor. Darin bescheinigen die Fachleute dem Transrapid erhebliche technische Mängel. Viele Auflagen müßten noch erfüllt werden.

„Nach vorsichtiger Schätzung", heißt es in einem Regierungsdokument, würden noch einmal 500 bis 600 Millionen gebraucht. Die „technische Einsatzreife" des fortschrittlichen Schwebezuges könne frühestens 1995/96 bescheinigt werden.

Da müßten erst noch, so die BZA-Gutachter, etliche realistische Versuche gemacht werden, etwa Tunnelfahrten und Zugbegegnungen bei hoher Geschwindigkeit. Theoretische Arbeiten und Experimente im Wasserkanal genügten nicht.

Die Schwierigkeit ist, daß die Versuchsstrecke im niedersächsischen Lathen dafür gar nicht ausgestattet ist. Zunächst müßte ein Tunnel oder jedenfalls ein Halbtunnel sowie eine Doppelstrekke gebaut werden. Mit Investitionen in solch neue Streckenteile ist es aber längst nicht getan. Auch die vielgelobten pfeilschnellen Fahrzeuge genügen den Ansprüchen nicht.

Die vorhandene Versuchsstrecke ist darüber hinaus in schlechtem Zustand, sie bedarf einer Generalüberholung. Zahlreiche Mängel müssen behoben werden, von einer „Erneuerung des Vergußmörtels auf der ganzen Strecke" bis zur „redundanten Statorenaufhängung" summieren sich die Forderungen zu einer kostspieligen Renovierung von Grund auf.

Die Kostenlawine könnte das ganze Projekt Transrapid gefährden, deshalb spielt der Forschungsminister ihre Wucht herunter. „Erste Schätzungen", läßt Riesenhuber verbreiten, ließen „höchstens auf einen Mehrbedarf" von 200 bis 220 Millionen Mark für das Forschungsprojekt schließen, dazu kämen natürlich die in der mittelfristigen Finanzplanung ohnehin vorgesehenen Ausgaben.

Die amtliche mittelfristige Finanzplanung reicht von 1990 bis 1992. Für diesen Zeitraum stehen bislang für die Restabwicklung nur 262 Millionen im Etat.

Da nach den neuen Erkenntnissen die „technische Einsatzreife" erst 1996 erreicht werden kann, hat der Minister die Finanzplanung intern einfach mit 80 Millionen jährlich fortschreiben lassen. Das ergibt zusammen mit der Summe aus der mittelfristigen Finanzplanung sowie den zusätzlich eingestandenen Streckenbau-Millionen bereits einen weiteren Forschungsbedarf von über 800 Millionen.

Die Rechentricks werden dem Minister nicht lange helfen. Schon bei der Vorbereitung des Nachtragshaushalts im vergangenen Jahr hatte Riesenhubers Parteifreund, der CDU-Haushälter Dietrich Austermann, verlangt, die Ansätze drastisch zu verkleinern und Bilanz zu ziehen: Entweder die Industrie zahle den Rest aus der eigenen Kasse, oder das Projekt sei am Ende. Austermann, ein Fan der auf 500 Stundenkilometer ausgelegten Schwebebahn: „Das Ding darf kein neues Milliardengrab werden."

Darauf aber läuft es hinaus. Vor Weihnachten bereits hatte auch der FDP-Abgeordnete Ekkehard Gries geunkt: „Der Transrapid ist der Jäger 90 zu Lande."

Riesenhuber will aber trotz aller Widerstände nicht von dem High-Tech-Spielzeug lassen: „Es hängt ja überall ein Stück Herz dran." Der Forschungsminister setzt – wieder einmal – auf den Spendierwillen der Industrie, insbesondere auf die Finanzkraft des Transrapid-Herstellers Thyssen. Er wird – wieder einmal – kaum auf Erfolg hoffen dürfen.

Bislang hat Thyssen für den Transrapid vor allem kassiert. Zum Einsatz von eigenem Geld über einen symbolischen Beitrag hinaus ist der Konzern nur bereit, wenn der Bund eine Referenzstrekke für das neue Verkehrssystem weitgehend mit Steuermitteln finanziert. Daran wäre gut zu verdienen, und die Strecke würde die Exportchancen der mit Steuergeld bezahlten Entwicklung verbessern.

Doch von einer solchen milliardenverschlingenden Strecke ist Riesenhuber weiter entfernt als vor einem Jahr. Damals hatte das Kabinett beschlossen, Mitte der neunziger Jahre mit dem Bau einer Transrapid-Verbindung zwischen Essen und den Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu beginnen. Bedingung: Die Industrie, die Luftverkehrsgesellschaften und das Land NRW müßten sich an den Investitionen und Betriebskosten beteiligen.

Zusagen gibt es bisher nicht. Hinzu kommt: Mitte der neunziger Jahre kann, selbst wenn das Geld da wäre, mit dem Bau nicht begonnen werden, weil erst dann das Testat technischer Einsatzreife vorliegt. Erst dann kann die In-



Transrapid-Versuchsstrecke: Ein neues Milliardengrab?

dustrie in einem zweiten Schritt die Serienreife belegen, erst dann können Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren beginnen.

Unverdrossen schwärmte Riesenhuber vor Weihnachten aber weiter von neuen Chancen für seinen Transrapid, von Hochgeschwindigkeits-Gleitern zwischen Paris und Leningrad. Ins Koalitionspapier schrieb er die Forderung, Trassen für den Transrapid „auch in oder als Verbindung mit den neuen Bundesländern“ untersuchen zu lassen.

Ziel sei, mit dem „Bau für eine große Strecke in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu beginnen“. Auf Wunsch der Verkehrspolitiker wurde daraus, „mit dem Bau einer geeigneten Strecke möglichst noch Ende der neunziger Jahre zu beginnen“.

Das ist praktisch eine Verschiebung ins nächste Jahrtausend, eine Zeit, die sich kaum der Koalitionsbeschlüsse des Jahres 1991 erinnern wird. Unverbindlicher gehts kaum. Riesenhuber erhob in diesem Punkt dennoch keine Einwände.

Er wußte ja, was in der Verschlußsache des Bundesbahn-Zentralamts zu lesen war.



Ölmärkte

Gut geschützt

Wenige Tage vor Ablauf des Kuweit-Ultimatums ist Rohöl erstaunlich billig.

Der Mittwoch der vergangenen Woche war scheinbar ein recht geruhsamer Tag für Rohölhändler. Gegen Börsenschluß notierte texanisches Öl am New Yorker Markt nur 9 Cent je Barrel höher als zu Beginn des Handels, Nordsee-Öl war am Ende 55 Cent billiger als am Start des Börsentages.

Der Vergleich von Eröffnungs- und Schlußkursen täuscht. In den Stunden zwischen diesen Notierungen ging es an der New Yorker Ölbörse zu wie im Tollhaus.

Die Preise für Rohöl schossen so wild rauf und runter, wie es selbst die erfahrensten Händler noch nie erlebt hatten. In der hektischsten Phase dieses Börsentages jagten in Panik geratene Händler die Ölpreise binnen zehn Minuten um sieben Dollar hoch.

Selbst in den turbulenten Zeiten früherer Ölkrisen hatten die Opec-Länder viele Monate gebraucht, um die Ölpreise um solche Beträge hochzustemmen. Inzwischen aber ist der unter die Regie von Börsianern geratene Handel hochspekulativ geworden; die Ölmärkte erbeben, wenn ein neues Gerücht über Krieg oder Frieden am Golf die Runde macht.

So drückten die Händler vergangenen Mittwoch die Ölpreise zunächst auf etwa 23 Dollar, den niedrigsten Stand seit Ausbruch der Kuweit-Krise. In Genf sprachen in dieser Phase US-Außenminister James Baker und sein irakischer Kollege Tarik Asis überraschend lange miteinander – ein scheinbar hoffnungsvolles Zeichen.

Dann aber zeigte sich, daß Genf keinerlei Fortschritt in Richtung Frieden gebracht hatte. Die Ölpreise sausten auf über 30 Dollar hoch.

Nach diesem Schock faßten die meisten Ölhändler jedoch schnell wieder Mut. Genf, so tröstete sich die Petro-Zunft, sei eine weitere Etappe im Nervenkrieg zwischen den USA und dem Irak, aber noch nicht der letzte Schritt auf dem Weg zum heißen Krieg. Die Ölpreise rutschten auf den Vortagesstand von rund 27 Dollar je Barrel zurück.

Dort blieben sie in etwa auch bis Ende vergangener Woche. Nur wenige Tage vor Ablauf des Uno-Ultimatums für Kuweit-Aggressor Saddam Hussein verharrten die Ölpreise auf einem erstaunlich niedrigen Niveau.

Noch vor zwei, drei Monaten hatten die meisten Ölexperten eine ganz andere Entwicklung prophezeit; Preise von unter 30 Dollar erwarteten sie erst für den Fall einer friedlichen Lösung des Golfkonflikts oder für die Zeit nach einem schnell gewonnenen Krieg gegen den Irak.

Damals hatten düstere Drohungen aus Bagdad oder Washington ausgereicht, die Ölpreise bis auf über 40 Dollar zu treiben (siehe Grafik). Doch Kriegsangst allein genügt mittlerweile nicht, um den Preis auf neue Rekordhöhen zu katapultieren. Die Ölmärkte werden wohl erst außer Rand und Band geraten, wenn es am Golf wirklich knallt.

Nach Ansicht der meisten Experten könnten die Ölpreise dann über Nacht auf mehr als 50 oder 60 Dollar schießen. Besonders phantasiebegabte Ölauguren halten sogar Horrorpreise von 100 Dollar durchaus für möglich.

Doch so schlimm dürfte es wohl nur kommen, wenn es den Irakern gelingen würde, den gesamten Ölexport aller Golf-Anrainer lahmzulegen. Zu einem solchen Schlag aber ist Saddam Husseins Staat trotz seiner gigantischen Aufrüstung immer noch viel zu schwach.

Amerikas Öl- und Wehrexperten erwarten, daß nach Kriegsbeginn am Golf nur etwa zwei Millionen Barrel pro Tag weniger gefördert werden. Die Saudis wollen nämlich aus Sicherheitsgründen die Felder schließen, die nicht weiter als 80 Kilometer von der kuweitischen Grenze entfernt sind.

Die Japaner, die in der neutralen Zone zwischen Saudi-Arabien und Kuweit fördern, sind ebenfalls auf einen Produktionsstopp in ihren Feldern eingestellt. Die japanische Arabian Oil Company hat die Evakuierung aller Arbeiter aus der Gefahrenzone vorbereitet.

Alle anderen saudischen Felder – darunter das Ghawar-Reservoir, mit einer Länge von über 200 Kilometern das weitaus größte der Welt – gelten als kaum gefährdet. Noch sicherer können sich die Produzenten in Abu Dhabi und Dubai fühlen, deren Ölfelder rund 1000 Kilometer vom Irak entfernt sind.

In den ersten Kriegstagen wird wohl dennoch nur Öl aus dem Golf-Gebiet herausgelangen, das über eine saudische Pipeline zum Roten Meer fließt. Fast alle Tanker-Reeder werden ihre Schiffe zunächst einmal aus dem Golf herausbeordern, um die weitere Entwicklung abzuwarten.

Die Tanker werden aller Voraussicht nach nicht lange in Warteposition bleiben müssen. Zeichnet sich, wie allgemein angenommen, die klare Luftüberlegenheit der Amerikaner ab, werden die Tanker-Kapitäne rasch wieder Kurs auf die Ölterminals in Saudi-Arabien, in den Emiraten und im Iran nehmen. Manche Reeder meinen gar, bei über 50 US-Kriegsschiffen im Golf seien die Schiffahrtsstraßen dort so sicher wie lange nicht mehr.

Um dennoch gegen Störungen des Tankerverkehrs gewappnet zu sein, haben Saudis und Iraner in den vergangenen beiden Monaten soviel Öl wie möglich aus dem Krisengebiet herausgeschafft. Fast 50 Millionen Barrel Saudi- und Iran-Öl lagern in Dutzenden von Supertankern als schwimmende Notvorräte in der Nähe der Importländer.

Noch weit besser aber sind die großen Verbraucherländer durch eigene Vorratslager an Land gegen Lieferausfälle geschützt. Nach Angaben der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris haben die großen Industrieländer bis Ende 1990 fast 3,5 Milliarden Barrel Öl gebunkert – knapp 2,5 Milliarden davon bei Industrie und Handel, den Rest in staatlich kontrollierten Tanks. Diese Reserven, die höchsten seit neun Jahren, decken den Verbrauch von 96 Tagen.

Mit 590 Millionen Barrel haben die USA den größten staatlichen Petro-Hort, die Bundesrepublik lagert 194 Millionen Barrel. Schon das Anzapfen der US-Reserve würde reichen, den auf zwei Millionen Barrel je Tag geschätzten Ausfall der kuweit-nahen Saudi-Felder viele Monate lang auszugleichen. Die US-Reserve kann mit einer täglichen Rate von 3,5 Millionen Barrel auf den Markt geworfen werden.

Im Kriegsfall wollen auch die anderen großen Industrieländer eine Preis-Hysterie und Versorgungsengpässe verhindern: Am Freitag vergangener Woche beschlossen sie gemeinsam mit den Amerikanern auf einer IEA-Sitzung in Paris, nach Kriegsausbruch insgesamt 2,5 Millionen Barrel Öl täglich aus ihren Staatsreserven freizugeben.

Gewerkschaften

Fest verklammert

Der Feriendienst des ehemaligen FDGB ist pleite. Doch die Gewerkschaften wollen mit dem Desaster nichts zu tun haben.

Hans-Peter Kühnl sieht blaß aus, und er wirkt niedergeschlagen. „Mir ist das Lachen schon lang vergangen“, klagt der Berliner.

Kühnl ist Chef der Fedi GmbH, dem früheren Reiseveranstalter „Feriendienst“ der ostdeutschen Gewerkschaften. Und das ist im Moment wahrhaftig kein fröhlicher Job. Wochenlang feilschte Kühnl verzweifelt mit Vertretern von Regierung, Treuhandanstalt und den Nachlaßverwaltern des aufgelösten FDGB. Die Mühe war umsonst. Am Freitag vergangener Woche mußte der Fedi-Chef beim Amtsgericht Charlottenburg Konkurs anmelden.

In den kommenden Tagen erhalten rund 12 000 Mitarbeiter des Tourismus-Betriebs, denen noch nicht gekündigt wurde, ihre Entlassungsschreiben. Die 700 Heime des einstigen Urlaubsmonopolisten sind seit Anfang Januar ohnehin größtenteils geschlossen.

Mit der Pleite des gewerkschaftseigenen Feriendienstes endet ein Kapitel sozialistischer Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Weil Ost-Bürger nicht reisen durften, wohin sie wollten, hatten die Gewerkschaften auf Befehl der SED im Land einen riesigen Beherbergungsbetrieb aufgebaut.

Der Urlaubs-Gigant verschlang zuletzt eine halbe Milliarde Mark im Jahr. Ein knappes Drittel der Kosten zahlten die Gäste, den Rest steuerten der FDGB und die Regierung bei.

Insider erwarteten das Aus für den Freizeitkonzern bereits mit Beginn der Währungsunion im Juli letzten Jahres. Doch die CDU-geführte Regierung unter Lothar de Maizière gab weiterhin Geld. Die neuen Machthaber fürchteten Proteste der Regierten, die ihre billigen Urlaubsgutscheine einlösen wollten.

Auch Bonn zeigte sich zunächst großzügig. Bis zum Jahresende deckten Bundesregierung und Treuhand den größten Teil des Defizits. Die Fedi-Mitarbeiter sollten bis zur gesamtdeutschen Bundestagswahl ruhiggestellt werden.

Vom steten Geldfluß verwöhnt, werkelten die Fedi-Manager und ihre Angestellten weiter, als wäre nichts geschehen. Das Ende ist nun um so grausamer. Seit Jahresbeginn ist der Bankrott absehbar. „Von uns“, erklärt Treuhand-Abteilungsleiter Josef Dierdorf, „kriegt die Fedi keine Mark mehr.“

Niemand möchte nun für die Konkursfolgen aufkommen, schon gar nicht die Gewerkschaften. Bereits Anfang Juli versuchten die Altfunktionäre des FDGB, die Reisefirma vom übrigen Vermögen der Ost-Gewerkschaften abzutrennen. Die FDGB-Treuhänder wollten verhindern, daß sie bei Zahlungsunfähigkeit der Fedi für ausstehende Rechnungen aufkommen müssen;



FDGB-Ferienheim „Otto Buchwitz“*: „Um jeden Preis die Häuser retten“

* In Schellerhau im Erzgebirge.

KOMMENTAR

Bonner Gesundbeter

DIETER KAMPE

Wunder passieren immer wieder, doch die ostdeutsche Wirtschaft wartete das ganze Jahr 1990 vergebens auf eines.

Wann es geschehen sollte, wurde mehrmals auf den Tag genau vorausgesagt. Die erste freie Wahl in der damaligen DDR, am 18. März, sollte den Aufschwung einleiten; dann richteten sich die Hoffnungen auf den 2. Juli, den Tag nach der Währungsreform.

Als sich wieder nichts rührte, blickten alle auf den 3. Oktober. Die Vereinigung, glaubten viele, brächte den Investoren endlich die notwendige rechtliche Sicherheit und den westlichen Verwaltungsfachleuten den Durchgriff auf den Osten.

Auch dieser Termin verstrich ohne Folgen; doch da hatten es alle immer schon gewußt: Vor dem 2. Dezember, vor den ersten gesamtdeutschen Wahlen, würden weder Politiker noch Industrie-Kapitäne etwas bewegen.

„Das gegenwärtige Nichtstun ist die teuerste Lösung“

Nun bremst nichts mehr. Die Manager haben ihre Lieblingsregierung, Kabinett und Verwaltung können ohne lähmende Rücksicht auf Wahlen in die Vollen gehen. Doch noch ehe die neue Regierung steht, wird schon deutlich: Das Warten auf ein Wunder geht weiter. Die Propheten sind nur bei den Zeiträumen etwas vorsichtiger geworden. Mitte dieses Jahres oder spätestens am Jahresende soll das Wirtschaftswunder über die Ex-DDR kommen.

Es wird, die Prognose sei gewagt, ausbleiben, wenn nicht vorher eine politische Wende eingeleitet wird: Die urwüchsigen Kräfte der Marktwirtschaft allein, die Erkenntnis müßte sich allmählich breitmachen, besorgen die Sanierung nicht. Gefragt ist ein politisches Konzept.

Durchwursteln statt scharfer Schnitte heißt die gegenwärtige Linie. Keine Order an die Berliner Treuhandanstalt, endlich die vielen unheilbar kranken Betriebe dichtzumachen. Kein Kappen jener Geldströme, die seit Monaten völlig veraltete und zukunftslose Industrien vor dem Absturz bewahren.

Statt dessen soll die verlogene Kurzarbeiter-Regelung, die Millionen untätiger Arbeitnehmer aus der Arbeitslosen-Statistik heraushält, über den 30. Juni hinaus bis zum Jahresende 1991 verlängert werden. Der stete Geldfluß unter dem irreführenden Etikett „Kurzarbeit“ verfestigt bei vielen Ostdeutschen die überkommene Einstellung: Der Staat wird es schon besorgen.

Wer Kurzarbeitergeld kassiert – meist 90 Prozent des alten Lohns –, hat wenig Interesse an einem neuen Job. Ostdeutsche Mittelständler und Selbständige klagen darüber, daß sie keine Arbeitskräfte bekommen oder daß sie absurd hohe Löhne zahlen müssen.

Statt den Umbau von der Plan- zur Marktwirtschaft zu beschleunigen, verfestigt Bonn veraltete und unproduktive Wirtschaftsstrukturen. Aus Angst vor irgendeiner Form von Industriepolitik, die den Marktwirten als ideologischer Sündenfall erscheint, blokkiert die Kohl-Regierung den Aufschwung.

Gefragt sind pragmatische Programme. Gefragt sind Entscheidungen, welche Industriezweige überleben sollen, welche Produkte auf welchen Märkten verkäuflich sind. Rund 200 000 Menschen werden gegenwärtig noch von einer ostdeutschen Textilindustrie bezahlt, der kein West-Manager die geringste Chance gibt. In anderen Branchen sieht es nicht viel besser aus.

Konzepte sind vonnöten und, natürlich, viel Geld. Nicht Kleckerbeträge, um alle Betriebe irgendwo zwischen Leben und Sterben zu halten; sondern Geld für Modernisierungsinvestitionen, damit Unternehmen endlich aus eigener Kraft lebensfähig werden. Und schließlich erfordert der Wirtschaftsumbau auch den Mut, die hoffnungslosen Fälle zu liquidieren, je schneller, desto besser.

Das gegenwärtige Nichtstun, das Laisser-faire, Laisser-aller, ist die teuerste Lösung. Den Menschen im Osten werden Chancen vorenthalten, die Westler kostet das Nicht-Handeln Monat für Monat viele Milliarden.

Nahezu täglich, wie die Wasserstandsmeldungen bei der Schneeschmelze, steigen gegenwärtig die Schätzungen über den Finanzbedarf im Osten. Jetzt finanziert Bonn den dümmsten dritten Weg, den es je gab: einen sinnlosen Zwischenzustand zwischen Sozialismus und Kapitalismus.



Fedi-Chef Kühnl
„Mir ist das Lachen vergangen“

und sie wollten sich um den Sozialplan für die Angestellten drücken.

Doch die West-Berliner Behörden vereitelten den Plan. Das Amtsgericht Charlottenburg weigerte sich, eine neue Firma einzutragen, mit der die Fedi-Altlast aus dem Gewerkschaftsvermögen ausgegliedert werden sollte. Da Fedi und der FDGB verklammert bleiben, gerät mit dem Konkurs des Urlaubsunternehmens nun auch das übrige Vermögen des FDGB in Gefahr, darunter wertvolle Immobilien wie die ehemalige FDGB-Zentrale am Märkischen Ufer in Ost-Berlin.

Auf die Gebäude will der DGB als Nachfolger des FDGB auf keinen Fall verzichten. „Ich habe vom Vorstand den Auftrag“, sagt DGB-Finanzchef Helmut Teitzel freimütig, „um jeden Preis die Häuser zu retten.“

Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne – so lautet die Devise der DGB-Anführer. Die Kosten aus der Feriendienst-Pleite soll der Staat tragen, der Gewinn aus Gewerkschaftsimmobilien soll beim DGB verbleiben.

Mit einem neuen Trick wollen die DGB-Manager die Folgen des Fedi-Konkurses nun doch noch auf die öffentliche Hand abwälzen. Da der Feriendienst zu einem großen Teil volkseigene Gebäude bewirtschaftet hat, argumentieren die West-Gewerkschafter, sei ohnehin die Treuhand für das frühere FDGB-Unternehmen zuständig.

Ob die Gewerkschaften so leicht die Lasten des Fedi-Zusammenbruchs abwälzen können, scheint allerdings fraglich. Vom Geld geblendet, haben die Arbeitnehmervertreter ein brisantes Detail übersehen: Die Arbeitsverträge der Fedi-Angestellten wurden allesamt von FDGB-Funktionären unterschrieben. ◀

„Wer kennt einen, der paßt?“

In der Ex-DDR fehlt es an qualifizierten Managern, die Treuhand engagierte deshalb alt- und ausgediente Führungskräfte aus dem Westen als Aufsichtsräte für die Ostfirmen. Doch nicht alle der alten Herren scheinen qualifiziert, und manche entwickeln späten Ehrgeiz: Sie fordern Milliarden, um die Firmen sanieren zu können.

Willi Laschet hat in seiner langjährigen Managertätigkeit schon viel erlebt, doch „so was“, sagt er, „ist mir noch nicht passiert“. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende der Alpha-Handel AG in Ost-Berlin machte gleich auf der ersten Sitzung „kurzen Prozeß“ – er feuerte die Top-Manager.

Der 59jährige Generalbevollmächtigte der Schickedanz-Holding in Fürth und Multi-Aufsichtsrat in westdeutschen Konzernen wie TUI und Quelle hatte das Mandat in Berlin vor einigen Wochen übernommen. Schnell kam ihm der Verdacht, daß die alte Führung der einstigen Exquisit-Handelskette, die hochwertige Westtextilien in der DDR zu überhöhten Preisen verkaufte, in die eigenen Taschen gewirtschaftet hatte.

Laschet sorgte für schnellen Ersatz. Er verpflichtete den für Planung und Controlling zuständigen Quelle-Direktor Eckart Matthes, für zunächst ein Jahr den Vorstandsvorsitz zu übernehmen.

Rund 150 westdeutsche Manager hat die Berliner Treuhandanstalt an die Aufsichtsratsspitzen der umgewandelten volkseigenen Betriebe gestellt. Sie alle machen, wie Laschet, völlig neue Erfahrungen. Doch so schnell wie bei Alpha-Handel geht es in den meisten Betrieben der Ex-DDR nicht voran.

Die Chefkontrolleure befinden über das Schicksal von Millionen Beschäftigten. Sie müssen, anders als im Westen, die Geschäfte führen, bis sie ein geeignetes Management gefunden haben. Und sie müssen für ihre meist konkursreifen Unternehmen Käufer finden.

Manager mit solchen Fähigkeiten sind auch im Westen rar. Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder und seine Gehilfen verließen sich deshalb weitgehend auf alte Kontakte – und die sind nicht immer die besten.

Zu den rührigsten Rohwedder-Helfern im Verwaltungsrat der Treuhand zählt der Hamburger Wirtschaftsprüfer Otto Gellert. In dessen Büro am Hamburger Rathausmarkt ging es zeitweilig zu wie bei einer Partnervermittlung. Treuhand-Vorstand Wolfram Krause las von einer langen Liste einen Firmennamen vor, und Rohwedder fragte: „Wer kennt einen, der dazu paßt?“

Die Runde vom Rathausmarkt glaubte, daß vor allem ausgediente Westmanager mit Ehrgeiz und viel Zeit sich zur Verfügung stellen würden. Außerdem sollte der Kandidat möglichst nicht aus derselben Branche sein, um einen Vorwurf der Interessenkollision zu vermeiden.

Als Kaufhof-Chef Jens Odewald Verwaltungsratsvorsitzender der Treuhandanstalt wurde, mußten alle Treuhand-Oberen ihre Beziehungen zu ihren alten Firmen schriftlich offenlegen. Der Handelsmann ging mit gutem Beispiel voran: Odewald beauftragte seinen Vize Gellert mit dem Verkauf der DDR-Warenhäuser.

Spontan ließen sich die meisten der von Odewald telefonisch angesprochenen Managerpensionäre reaktivieren, darunter Spitzenleute wie Wolfgang Oehme (Esso), Karlheinz Bund (Ruhrkohle), Herbert Gassert (BBC) und Wilhelm Scheider (Krupp).

Der vor einem halben Jahr aufs Altenteil gewechselte Werner Lamby, Ex-Chef des Mischkonzerns VIAG, übernahm den Aufsichtsratsvorsitz der





Treuhand-Manager Rohwedder, Gellert: Auch Westmanager geholt, die wegen Unfähigkeit gefeuert wurden

Stickstoffwerke AG Wittenberg-Piesteritz, Hanns Arnt Vogels, bei MBB früher mit Airbus und Raketen beschäftigt, kümmert sich nun um den Computer-Hersteller Soemtron, einstmals Teil des Kombinats Robotron.

Stahlmanager Herbert Gienow, bis Mai noch Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Werke und dann im Ruhestand, kontrolliert die Filmfabrik Wolfen. Manfred Meier-Preschany, einst im Vorstand der Dresdner Bank, beaufsichtigt eine Baugesellschaft. Der vielbeschäftigte Klaus Murmann, Arbeitgeberpräsident und Maschinenbaufabrikant, arbeitet sich in die Probleme der Bitterfelder Braunkohle ein.



Ehemaliges Schiffbaukombinat Rostock*: Zum Überleben sechs Milliarden Mark gefordert

Nicht nur aus Ehrgeiz waren viele Westmanager bereit, im Osten auszuhelfen. Der 51jährige Arend Oetker aus Bad Schwartau in Schleswig-Holstein ist seit Monaten arbeitslos. Der millionenschwere Marmeladenfabrikant, der aus dem Management des heruntergewirtschafteten und dann an Thyssen verkauften Otto-Wolff-Konzerns schied, hat in der Ex-DDR bei einer Firma namens Midex-Holding eine neue Aufgabe gefunden.

Sein früherer Schwiegervater Otto Wolff von Amerongen glaubt ein Engagement in den neuen Ländern „seinem Namen schuldig" sein zu müssen. Der Altmeister des westdeutschen Osthandels, der sein Unternehmen nach jahrelangem Mißmanagement verkaufen mußte, hat allerdings eine vergleichsweise leichte Aufgabe bekommen. An der Deutschen Waggonbau AG sind mehrere Westkonzerne interessiert.

In ihrer Not nominierten die Treuhänder vom Berliner Alexanderplatz auch Westmanager, die wegen Unfähigkeit aus ihren Ämtern gejagt wurden. Gert Lorenz, im Vorstand des holländischen Philips-Konzerns bis Mitte 1990 für die Mikroelektronik zuständig, wurde für gut genug befunden, eine weitaus kleinere Elektronikfirma in Erfurt zu betreuen. Der frühere KHD-Chef Bodo Liebe, der den Kölner Konzern bis an den Rand des Konkurses gemanagt hatte, soll nun die Schwermaschinenbau AG Wildau mit 3000 Beschäftigten vor dem Untergang retten.

Pensionierte Politiker fanden in den ehemals volkseigenen Betrieben ebenfalls eine neue Aufgabe. Daß sie für den Job qualifiziert sind, bezweifelt nicht nur der Düsseldorfer Firmenberater Carl Zimmerer. Ex-Finanzminister Hans Apel soll die Energiewerke Schwarze Pumpe kontrollieren, Niedersachsens früherer Ministerpräsident Ernst Albrecht die Eisen- und Hüttenwerke Thale.





Werften-Sanierer van Hooven, Tamm
Gewaltige Aufgabe für die Pensionäre

Ein heikles Mandat wurde dem ehemaligen Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi angetragen. Treuhand-Chef Rohwedder hatte seinem SPD-Parteifreund in einem persönlichen Brief die angeschlagene Takraf Schwermaschinenbau AG Leipzig angeboten, ein Drittel der 37 000 Arbeitsplätze ist gefährdet.

Die Verantwortlichen der Treuhand sind mit dem Ergebnis ihrer Personalsuche nicht immer glücklich. Viele der neuen Räte haben sich auf eine langjährige Tätigkeit eingerichtet, und sie wollen im Osten als Sanierer ihren späten Ehrgeiz befriedigen. Doch ihre Pläne kosten viel Geld – und das soll die Treuhand zahlen. Insgesamt 50 Milliarden Mark wollen sie haben, um ihre Betriebe wieder flottzumachen.

Allein die neue Führungsspitze des ehemaligen Schiffbaukombinats Rostock fordert zum Überleben sechs Milliarden Mark von der Treuhand. Der Aufsichtsratsvorsitzende Eckart van Hooven weigert sich partout, Unternehmensteile des auf Schiffbau, Maschinenbau und Zulieferindustrie zersplitterten Konglomerats zu verkaufen.

Van Hooven, noch Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, geht in fünf Monaten in Pension. Da kommt eine solch gewaltige Aufgabe gerade recht.

Unterstützt wird der Sanierer der abgewirtschafteten Rostocker Werft in seinem Aufsichtsrat von einigen anderen Oldtimern wie Peter Tamm, 62, der im Sommer den Vorstandsvorsitz des Axel-Springer-Verlags abgeben muß, und dem 71jährigen Hans Viktor Howaldt, dessen Urgroßvater einst die gleichnamige Kieler Werft gegründet hatte.

Theodor Pieper, der pensionierte Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Duisburg, war in seiner aktiven Zeit um kein Argument verlegen, wenn es um Staatshilfen für die damals notleidenden Stahlkonzerne an Rhein und Ruhr ging. Die Erfahrung kommt

* Zweigbetrieb Mathias-Thesen-Werft in Wismar.

„Viele verdienen dort weniger"

SPIEGEL-Interview mit dem Personalberater Dieter Rickert über Führungskräfte für den Osten

SPIEGEL: Sie suchen im Auftrag der Treuhandanstalt fähige Führungskräfte für die Unternehmen in den neuen Bundesländern. Wie groß ist die Bereitschaft westdeutscher Führungskräfte, dem Ruf aus dem Osten zu folgen?

RICKERT: Erfolg hat man bei Leuten, die im Westen im Moment nicht den Job haben, den sie von ihrer Fähigkeit her eigentlich haben müßten, oder die an einem unwesentlich älteren Kollegen nicht vorbeikommen. Die wollen das Risiko eines Jobs im Osten eingehen. Ansprechbar sind aber auch Ältere, im Alter deutlich über 50, die hier für Vorstandsposten nur noch schwer zu vermitteln sind.

SPIEGEL: Die mittleren Jahrgänge scheiden aus?

RICKERT: Die Zielgruppe für den Export in die ehemalige DDR sind die Jungen bis Anfang 40 und die Älteren ab Mitte 50 bis zur Pensionsgrenze. Leute, die Mitte 40 sind, voll im Saft stehen und hier einen Superjob haben, brauchen wir gar nicht erst anzusprechen. Solche Leute lassen sich auf ein schwer kalkulierbares Wagnis, wie es die Ex-DDR darstellt, nicht ein.

SPIEGEL: Zumal sie oft nicht wissen, wem die Firma, zu der sie gehen, demnächst gehören wird.

RICKERT: So ist es. Wer wechselt, würde schon gern wissen, ob er demnächst bei einer Tochterfirma von Thyssen oder Mannesmann arbeitet. Die Treuhand soll schließlich so viele Betriebe wie möglich verkaufen. So kann einer dann bei einer Firma landen, die er kurz vorher verlassen hat.

SPIEGEL: Spielt bei einem Wechsel nach Osten nur kühles Karrieredenken eine Rolle?

RICKERT: Nicht nur. Es gibt eine Menge guten Willen. Manche sind zum Wechsel bereit, weil sie von dort stammen und dort zur Schule gegangen sind.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt das Geld?

RICKERT: Wir haben eine ganze Reihe von Leuten vermittelt, die in den neuen Bundesländern weniger Geld verdienen als in ihren früheren Jobs. Die gehen eben mit viel Idealismus an die Sache ran.

SPIEGEL: Trotzdem muß ja wohl die Bezahlung stimmen. Das führt dann zu gewaltigen Einkommensunterschieden, weil die Ostmanager erst mal auf ihren niedrigen Gehältern hängen.

RICKERT: Eine gewisse Einkommensdiskrepanz müssen wir wohl für einige Zeit hinnehmen. Mindestens so lange, bis wir wissen, ob die Ostleute überhaupt Leistungen nach westlichem Maßstab bringen.

SPIEGEL: Das kann lange dauern.

RICKERT: Das wird sich in ein oder zwei Jahren angeglichen haben. Wer von der alten Garde in ein oder zwei Jahren noch auf seinem Job in der ehemaligen DDR sitzt, der hat bewiesen, daß er seiner Aufgabe gewachsen ist. Dann sollte er auch so bezahlt werden wie andere. Sonst wandert er in die westlichen Bundesländer ab. Wenn er gut genug ist, wird er sich dann einen Job bei Mannesmann, Hoesch oder sonstwo suchen.

SPIEGEL: In diesem Zeitraum würden sich wohl auch die Löhne und Gehälter generell angleichen.

RICKERT: Da gilt dieselbe Logik. Man kann das nicht sofort tun, das wissen wir alle. Wenn man aber nicht in wenigen Jahren gleiche Lohnverhältnisse herbeigeführt hat, dann wandern die guten Leute alle von Osten nach Westen.

SPIEGEL: Hält das härtere Leben im Osten viele von einem Wechsel ab?

RICKERT: Das ist in der Tat das Hauptproblem. Es gibt keine Wohnungen, die mit westlichem Standard vergleichbar sind, es fehlt die gesamte kulturelle Infrastruktur. Und wer will schon seine Kinder dort in eine Schule schicken?

SPIEGEL: Wie schätzen Sie die vorhandenen Spitzenkräfte im Osten ein?

RICKERT: Schwer zu sagen. Ich denke, daß viele Techniker weiterarbeiten können, weil Technik nicht marktwirtschaftlich oder kommunistisch ist, sondern technisch. Das gilt vor allem für die Entwickler. Problematisch wird es schon bei den Produktionsleuten, weil moderne Produktionstechnologien in der Ex-DDR praktisch unbekannt sind.

SPIEGEL: Wie sieht es bei den Finanzleuten aus?



Berater Rickert: „Es gibt eine Menge guten Willen"

RICKERT: Die müssen mit Sicherheit ausgetauscht werden. Die haben keine Ahnung von einem modernen Informationswesen.

SPIEGEL: Als Personalberater müssen Sie einen Blick für Leute haben. Hätten Sie den Bahnchef Reiner Gohlke als Treuhand-Vorsitzenden empfohlen?

RICKERT: Ich habe Gohlke zweimal in Berlin getroffen. Er schien mir in der Lage eines Mannes zu sein, der vor einem brennenden Haus steht und zwei Optionen hat: entweder einen rumliegenden Wasserschlauch zu nehmen und zu versuchen zu löschen; oder aber zu sagen, ich lasse noch ein Stockwerk abbrennen, aber ich gehe erst einmal und rufe die Feuerwehr

und verteile die Last auf möglichst viele Spritzen. Er hat sich gleich für das Selberlöschen entschieden und ist dabei völlig untergegangen.

SPIEGEL: Wie lange wird es dauern, bis sich in Ostdeutschland ein ausreichender Managernachwuchs herausbilden wird?

RICKERT: Das ist auch eine Frage der Trainingsstätten. Wie schnell gibt es wie viele Unternehmen, die westlichen Standards entsprechen? Nur in solch einem Ambiente können sich die Leute, die nachrücken, herausbilden. Wir werden wohl die nächsten drei, fünf Jahre mit dem Problem leben, daß wir immer wieder, wenn irgendwo ein Loch ist, nach Westen schauen, ob wir hier nicht einen finden.

SPIEGEL: Im Fall der Ex-DDR können Westdeutsche helfen, im Fall der übrigen Ostblockländer können Westler kaum assistieren ...

RICKERT: ... fragen Sie mich jetzt bloß nicht, wie das in Bulgarien oder Rußland aussieht.

SPIEGEL: Wie lange wird es dort dauern?

RICKERT: Das wird sicherlich eine Frage von Jahrzehnten sein, bis sich dort nachhaltig marktwirtschaftliche Qualität durchsetzen wird.

SPIEGEL: Können deutsche Unternehmen den Prozeß beschleunigen?

RICKERT: Diese Länder müssen Verhältnisse schaffen, in denen es sich für uns lohnt, mit ganzen Unternehmen hinzugehen, mit unserem Know-how und mit unseren Leuten. Es müssen Inseln in diesen Ländern geschaffen werden wie Freihandelszonen, in denen wir mit einer kompletten Mannschaft von MAN oder Krupp arbeiten. Die Belegschaft könnte zu zehn Prozent aus dem Westen kommen. Die Westler würden den Ostlern dann beibringen, wie so ein Geschäft geht. Auf diese Art und Weise kann man den Markt durchmischen. Das ist natürlich ein langfristiger, mühsamer Prozeß. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

SPIEGEL: Langfristig und mühsam ist dies wohl alles.

RICKERT: Mich hat vor einiger Zeit aus Amerika ein Tscheche angerufen. Der ist vor 20 Jahren aus der Tschechoslowakei getürmt und arbeitet heute als Geschäftsführer in der Tochtergesellschaft eines deutschen Unternehmens in den USA. Er sagte mir, ich sollte ihn schon mal in meine Kartei nehmen. Er sei bereit, in die alte Heimat zurückzugehen und dort zu zeigen, wie nach westlichen Maßstäben Unternehmen geführt werden. Das fand ich eine tolle Geste. Wenn es mehr solcher Leute gäbe, brauchten wir nicht ganz so pessimistisch zu sein.



Treuhand-Helfer Apel, Albrecht: Neue Aufgaben für ausgediente Politiker ...





... und alte Manager mit Ehrgeiz und Zeit: **Treuhand-Helfer Oehme, Wolff**

ihm jetzt zugute. „Auf die Tränendrüse“, so ein Manager der Treuhand, habe Pieper gedrückt, als er sein Rettungskonzept für die Metallhütte Mansfeld in Eisleben vortrug. Er benötige zunächst 500 Millionen Mark. Nachbesserungen könne er nicht ausschließen.

Phantasie entwickeln die alten Herren alle, wenn es gilt, um staatliche Stütze zu bitten. Der zum Jahresbeginn pensionierte Peter Adams aus Paderborn setzte die Treuhand massiv unter politischen Druck. Adams, erfolgreicher Sanierer des Stahlverarbeiters Benteler-Werke, wurde für den Aufsichtsratsvorsitz der Dieselmotoren-Fabrik in Magdeburg bestellt. Das Unternehmen liefert hohe Stückzahlen an sowjetische Werften, die Binnenschiffe bauen.

Wenn die Sowjets, argumentierte Adams, nicht mehr beliefert würden, bräche bald die russische Binnenschifffahrt zusammen. Das wäre angesichts der dort herrschenden Versorgungsprobleme katastrophal. Adams wies den Ausweg. Für die weitere Produktion benötige er Gelder der Treuhand und Bürgschaften von Bonn.

Die von der Treuhand eingesetzten Aufsichtsräte des Optikkonzerns Zeiss Jena wollen vor der Vereinigung mit der Schwesterfirma in Oberkochen schnell noch einen Milliarden-Betrag vom Staat einbringen. Chefaufseher Roland Schelling wahrt dabei auch die Interessen seiner westlichen Klientel. Er ist Mitglied des Unternehmensrats in Oberkochen.

Treuhand-Chef Rohwedder reagierte zum Jahresbeginn säuerlich auf die Forderungen mancher Ex-Kollegen aus der Wirtschaft. Die machen es, schimpfte er, nicht viel anders als die alten Planwirtschaftler. „Wir werden“, so Rohwedder, „den Brotkorb höher hängen müssen.“

Bis zum 21. Januar, schrieb der Treuhand-Chef gleichlautend an seine Chefkontrolleure, sollten sie eine Unternehmensstrategie vorlegen. Jeder solle „ohne schuldhaftes Zögern“ einen Käufer finden. Die Finanzierung der Sanierung sei „mit Vorrang von den Unternehmen selbst sicherzustellen“.

Der Stahlkonzern Eko in Eisenhüttenstadt wird das so schnell nicht können. Vorstandschef Karl Döring, ein Wende-Manager aus der alten SED-Garde, glaubt selbständig bleiben zu können. Er überschwemmt den Westen mit Billigstahl, dessen Verkaufspreis weit unter den Produktionskosten liegt. Für den nötigen Ausgleich, so hofft er, werde die Treuhand sorgen.

Doch seine Aufseher wollen da nicht mitziehen. Otto Gellert will die Eko so schnell wie möglich privatisieren. „Wenn kein westdeutscher Stahlkonzern anbeißt“, so der Rohwedder-Berater, „dann verkaufe ich ins Ausland.“ ◄

Versicherungen

Schnell wieder draußen

Die Zahl der Großschäden nimmt zu, das Geschäft der Rückversicherer wird schwieriger.

Im Winter vor einem Jahr erlebte Jürgen Zech einige unruhige Nächte. Des öfteren habe er im Bett gelegen „und draußen die Millionen vorbeifliegen sehen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft (Kölnische Rück).

Innerhalb weniger Wochen tobte in Deutschland und anderen europäischen Ländern eine Serie schwerer Stürme. Das Ergebnis war bald darauf in den Bilanzen der Versicherungen nachzulesen. Orkane, denen die Meteorologen so hübsche Namen wie „Daria", „Wiebke", „Vivian" oder „Hertha" gegeben hatten, zerstörten in Europa Werte von fast 25 Milliarden Mark – 17,5 Milliarden davon waren versichert.

Hart getroffen wurden von den Verwüstungen vornehmlich die weltweit operierenden Rückversicherer; sie nehmen den Erstversicherungen für eine Prämie den größten Teil ihres Risikos ab. Selbst große Gesellschaften mußten ihre eiserne Reserve angreifen. Der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft (Münchener Rück), dem Branchenführer weltweit, blieben in der Sparte der Sachversicherungen mehr als 500 Millionen Mark Verlust. Die Kölnische Rück verlor rund 50 Millionen Mark.

Nicht nur Stürme über Europa hatten in den Jahresabschlüssen gewütet. Ge-



Rückversicherer Zech
Angst vor dem großen Sturm



messen an der Zahl der Katastrophen, war 1989, das zur Hälfte ins Geschäftsjahr 1989/90 eingeht, ein Rekordjahr. Die Versicherer zählten 292 Großschäden, etwa durch den über den USA tobenden Hurrikan „Hugo“, die Havarie des Supertankers „Exxon Valdez“ oder die Explosion eines Chemiewerkes im texanischen Pasadena.

Die Münchener Rück bilanzierte 1990, so ein Sprecher des Unternehmens, „das schlechteste Geschäftsjahr seit 1906“, dem Jahr des verheerenden Erdbebens in San Francisco. Jürgen Zech von der Kölnischen Rück, die noch 1989 ihr bis dahin bestes Ergebnis gefeiert hatte, spricht in milder Umschreibung von einem „sehr harten Jahr“ 1989/90.

Sorge bereitet den Versicherern nicht so sehr die Häufung der Stürme. Es gebe zwar Indizien für eine Zunahme von Naturkatastrophen, so ein Meteorologe der Münchener Rück. In der Langzeitbeobachtung der Wetterexperten aber sei die Sturmserie des vergangenen Winters nur ein Ausreißer gewesen.

Schlimmer wirkt sich bisweilen die Tatsache aus, daß der Umfang der versicherten Güter ständig zunimmt. Immer mehr, immer teurere Sachwerte werden versichert. Und die Kunden holen sich, vor allem im Bereich der privaten Sachversicherungen, von den Gesellschaften zurück, was sie können.

Hinzu kommt, daß die Bevölkerungsdichte gerade in gefährdeten Gebieten zunimmt, etwa an der amerikanischen Ost- oder Westküste. „Die Leute ziehen dahin, wo es riskant ist“, sagt ein Experte der Münchener Rück.

Den Rückversicherern kann das eigentlich nur recht sein. Für die diskret arbeitenden Großhändler des Versicherungsgewerbes sind Katastrophenschäden letztlich eine gute Werbung. Häufen sich die Schäden aber so dramatisch wie im vergangenen Jahr, wird das Geschäft auch für große Gesellschaften schwierig.

Einen Teil der Verluste lassen sich die Rückversicherer mittels höherer Prämien von den Erstversicherern bezahlen. Die Preisspirale funktioniert allerdings nur begrenzt. Erstversicherer wie Allianz oder Colonia können die höheren Prämien nicht in vollem Umfang an die Privatkunden weitergeben.

Die Versicherungspolicen laufen in der Regel zehn Jahre. Die Erstversicherer erhöhten ihre Prämien nicht so stark, wie die Rückversicherer es gern gesehen hätten.

Damit aber bleibt an den Erstversicherern ein höheres Risiko hängen. Und auch die Rückversicherer müssen nach dem vergangenen Geschäftsjahr neu kalkulieren.

Die Versicherungslasten werden weltweit gestreut. Auch die Rückversicherer geben einen Teil ihrer Risiken gegen Prämien weiter. Ziel der sogenannten Retrozession ist es, die Risiken auf eine möglichst große Zahl von Unternehmen zu verteilen, sie zu „atomisieren“, wie es in der Branche heißt.

Das Retrozessionsgeschäft reicht tief in die internationalen Finanzmärkte hinein. Neben den Rückversicherern beteiligen sich auch Erstversicherer, Banken und Anlagegesellschaften. Da

sind dann bisweilen auch Partner dabei, denen die Erfahrung der professionellen Rückversicherer oder deren ordentliches Geschäftsgebaren fehlt. Es gibt Wellenreiter, die „schnell ins Geschäft einsteigen und schnell wieder draußen sind“, sagt ein Branchenkenner.

Im vergangenen Jahr erkannten zahlreiche Spekulanten, daß sie sich beim Geschäft mit dem Risiko übernommen hatten. Viele, die auf bequeme Gewinne gehofft hatten, zogen sich enttäuscht von den Retro-Märkten zurück.

Die Folge: In London, der internationalen Drehscheibe für die Retrozession, kletterten die Prämien um das Drei- bis Fünffache. Selbst angesehene Rückversicherer haben derzeit Mühe, ausreichend Rückdeckung zu finden. Für Peter Frey, den Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Rückversicherung, ist es ein deutliches Signal: Sollten sich im laufenden Jahr die Großschäden wiederum häufen, so Frey im Dezember vergangenen Jahres, „brechen die Retro-Märkte zusammen“.

Die Versicherer hatten 1990 trotz aller Verluste noch Glück. Der Hurrikan „Hugo“, der 1989 die Südküste der USA verwüstete, zog an den Metropolen vorbei. Das Erdbeben, das im Oktober 1989 San Francisco heimsuchte, blieb ebenfalls hinter den langgehegten Befürchtungen zurück.

Wäre dagegen eine Stadt wie New York von „Hugo“ getroffen worden, so schätzen Experten, hätte der Schaden nicht 4, sondern 20 Milliarden Mark betragen. Vor einem solchen Ereignis, sagt Jürgen Zech, „haben wir Angst“.

Unternehmen

Keine Nische vorgesehen

Der einstige Tankstellen-Monopolist Minol hat kühne Pläne: Er will sich im Osten behaupten und nach Westen expandieren.

Zunächst war Lutz Wolf über den Telefonanruf aus Bonn nur erstaunt. Ob es stimme, daß seine Firma von der Shell aufgekauft werde, wollte eine Beamtin aus dem Bundesinnenministerium wissen.

Amüsiert tat das Vorstandsmitglied der Ost-Berliner Minol Mineralölhandel AG diesen angeblichen Plan als frei erfunden ab. Der Chef-Jurist des ostdeutschen Unternehmens weiß, daß es einem Ölriesen wie Shell aus kartellrechtlichen Gründen kaum möglich ist, den ehemaligen Tankstellenmonopolisten der DDR zu übernehmen. Doch dann wurde Wolf wütend. Freimütig erklärte die Beamtin, ihr Ministerium wolle alte Eigentumsrechte auf das Ost-Berliner Gebäude geltend machen, in dem die Minol-Zentrale untergebracht ist. Gegen einen Minol-Eigner vom Kaliber der Shell jedoch rechne sich das Bundesinnenministerium kaum Chancen in einem Rechtsstreit um die Immobilie aus.

Aufgebracht machte der Minol-Jurist der Anruferin klar, daß seine Firma keinen westlichen Partner brauche, um einen erfolgreichen Prozeß gegen die Bonner Behörde zu führen. Das Minol-Haus – ein renovierungsbedürftiger, aber stattlicher Bau aus dem Jahre 1753, der gleich hinter dem Zeughaus liegt – gehöre eindeutig dem Unternehmen selbst.

Das Telefongespräch fand schon vor einigen Wochen statt. Doch Wolf redet

sich immer noch in Rage, wenn er von dem Anruf aus Bonn erzählt. „Die im Westen glauben, sie hätten es hier mit einer Kolonie zu tun, in der sie sich nur zu bedienen brauchen", sagt er wütend.

Westdeutscher Überheblichkeit wollen Minol-Chef Wolfgang Burkhardt und dessen Managerkollegen ostdeutschen Selbstbehauptungswillen entgegensetzen. Der einzige Tankstellenbetreiber der einstigen DDR ist eines der wenigen Großunternehmen im Osten Deutschlands, das ohne Hilfe einer starken Muttergesellschaft aus dem Westen in der Marktwirtschaft bestehen will.

Von ihren 1200 Stationen wollen die Minol-Manager in den nächsten Jahren nur etwa 300 schließen. Diese Tankstellen liegen zu ungünstig, um im Wettbewerb eine Überlebenschance zu haben.

Weitere 300 Stationen sollen in Gemeinschaftsfirmen mit West-Gesellschaften eingebracht werden. Minol hatte diese Joint-ventures vor einigen Monaten mit den Konzernen Aral, DEA und Agip sowie einigen Mittelständlern gegründet, um rasch an westliches Know-how und Kapital für die Sanierung alter und den Bau neuer Tankstellen heranzukommen.

Die übrigen 600 Stationen wollen die Ost-Berliner jedoch unter der eigenen Marke weiterbetreiben. Später möchte Minol sogar ins alte Bundesgebiet hinein expandieren und Tankstellen im Westen nahe der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze kaufen.

Das ist ein sehr ehrgeiziger, wahrscheinlich sogar allzu kühner Plan. Er geht nur auf, wenn sich Minol längerfristig einen Anteil am ostdeutschen Markt von mindestens 20 Prozent sichern kann. Das Unternehmen würde damit die größte Tankstellengesellschaft auf ehemaligem DDR-Gebiet bleiben.

Diese Stellung ist jedoch nur zu halten, wenn sich das Ost-Unternehmen härtester West-Konkurrenz erwehrt. Die Tankstellenbetreiber aus dem alten Bundesgebiet – von den großen Markengesellschaften bis hin zu vielen Mittelständlern – streben im Osten eine mindestens ebenso starke Marktposition wie im Westen an (vergleiche SPIEGEL 40/1990). In den Plänen der West-Unternehmen ist für Minol keine Nische vorgesehen.

Für die Auseinandersetzung mit den neuen Wettbewerbern ist der Ex-Monopolist schlecht gerüstet. Fast alle Minol-Tankstellen sind so verschlissen, die Böden unter ihnen so verseucht, daß die Firma in den nächsten Jahren mehrere 100 Millionen Mark in die Sanierung ihrer Stationen stecken muß.

Als reines Vertriebsunternehmen, das keine Raffinerien hat, sondern Kraftstoff nur ein- und verkauft, galt Minol im SED-Staat lediglich als Betrieb von geringem gesellschaftlichen Wert. Wie



Minol-Tankstelle in Ost-Berlin: Nur die ärgsten Risse geflickt



Minol-Chef Burkhardt
Beim Benzin-Einkauf Lehrgeld gezahlt

die anderen DDR-Handelsbetriebe auch, schnitten die Sprit-Verkäufer bei der Zuteilung von Investitionsmitteln sehr viel schlechter ab als die Produktionsbetriebe. Die vom Staat zugewiesenen Gelder reichten meist nur, die ärgsten Risse im viel zu kleinen Tankstellennetz der DDR notdürftig zu flicken.

In die Wirtschafts- und Währungsunion mußte Minol daher ohne das geringste finanzielle Polster starten. Die einstweilige Monopolstellung im stark wachsenden ostdeutschen Benzingeschäft bescherte Minol jedoch sogleich hohe laufende DM-Einnahmen. Dieser Geldstrom ermöglichte es dem ehemaligen VEB, die schwierige Umstellung von Ost- auf West-Mark ohne Kredite seines neuen Eigentümers, der Treuhandanstalt, zu überstehen.

Die immer noch fast monopolartige Position ist für das Unternehmen allerdings nicht nur vorteilhaft. Als Allein-Anbieter muß die Firma auch Tankstellen in so entlegenen Gegenden wie Ost-Sachsen betreiben, in denen sie wegen der hohen Vertriebskosten nur Verlust erzielt. Kostendeckende Benzinpreis-Aufschläge in diesen Gebieten würden wohl zu einem Aufstand der dortigen Autofahrer führen.

Der Benzinpreis in den neuen Bundesländern ist ohnehin schon um einige Pfennige je Liter höher als im alten Bundesgebiet. Minol steht daher im Verdacht, die derzeit noch überragend starke Stellung auf dem ostdeutschen Markt für Preistreiberei zu mißbrauchen.

Üppigere Gewinne, als sie im Westen üblich sind, erzielt das Ost-Unternehmen mit seinen hohen Benzinpreisen allerdings nicht. Im Gegenteil: Wohl noch größer als der Benzinpreis-Abstand zwischen Ost und West ist der Unterschied bei den Kosten von Minol und den großen westlichen Markengesellschaften.

Schon der Kraftstoffeinkauf kommt Minol teuer. Die ostdeutschen Raffinerien, die fast ausschließlich sowjetisches Rohöl verarbeiten, liefern nur noch 40 Prozent des von Minol benötigten verbleiten und bleifreien Kraftstoffs. Das Unternehmen muß so den größten Teil im Westen zusammenkaufen.

Bei diesen Beschaffungstouren zahlen die unerfahrenen Ost-Berliner Lehrgeld. Ihre Einstandspreise liegen fast immer über den Preisen, zu denen westliche Firmen ihre Kontrakte schließen.

Benachteiligt ist die Ost-Firma auch beim Transport ihrer Ware. Da die regionalen Tanklager der Minol nur für ein bis zwei Tage reichen, muß sie die Kesselwagen der Reichsbahn als rollende Lager nutzen.

Das erschwert die Nachschubplanung ungemein. Die Reichsbahn ist nämlich nicht in der Lage, das Benzin auf den Tag genau zu liefern. Sie verpflichtet sich lediglich, einen Lieferzeitraum von fünf Tagen einzuhalten.

Liefert die Reichsbahn aber erst am Ende der Frist, besteht die Gefahr, daß die Minol-Tanks schon seit ein oder zwei Tagen leer sind. Die Minol-Stationen in der betroffenen Region sitzen dann vorübergehend auf dem Trockenen.

Um die zeitweilige Schließung der Tankstellen zu vermeiden, müssen die Minol-Einkäufer ihren Nachschub deshalb früh heranschaffen. Damit aber steigt das Risiko, daß bei Anlieferung des Kraftstoffs die Tanklager noch fast voll sind. Minol muß dann hohe Standgelder für die Waggons zahlen, die noch nicht entladen werden können.

Wie fast alle anderen ehemaligen DDR-Betriebe auch, hat Minol zudem viel zuviel Personal. Mit 9800 Beschäftigten ist der Personalbestand mehr als zehnmal so hoch wie der des westdeutschen Marktführers Aral.

Allerdings sind die Pächter der Aral-Stationen und deren Personal keine Angestellten von Aral. Minol dagegen betreibt 500 ihrer 1200 Tankstellen mit eigenem Stationspersonal. So wird die Beschäftigtenzahl um 3000 aufgebläht.

Noch hoffen die Ost-Berliner, aus deren Führung inzwischen die strammsten SED-Kader aussortiert wurden, daß sie den Ansturm der Konkurrenten aus dem Westen ohne Massenentlassungen überstehen werden. „Wir sind schon in der Planwirtschaft nur durchgekommen, weil wir eine Notgemeinschaft gebildet haben", macht Minol-Manager Wolf sich selbst und den Kollegen Mut. „Wir haben einen viel stärkeren Durchhaltewillen entwickelt als die im Westen."

Doch fraglich ist, ob diese Tugend ausreicht, um in der Marktwirtschaft Erfolg zu haben. Sie zögert oft nur den Ruin hinaus.

Wertpapiere

Auf dem Speicher

Viele Spekulanten und Erben von Wertpapieren schöpfen neue Hoffnung: Anleihen und Aktien aus den Vorkriegsjahren könnten wieder wertvoll werden.

Die Faerberbank war einmal ein kleines feines Geldhaus in Zeitz nahe Leipzig, zu ihren Kunden zählten die vornehmsten Familien der Stadt. Russen haben die Bank 1945 geschlossen; den Tresor plünderten sie aus.

Viele Wertpapiere fielen den Siegern in die Hände, Pfandbriefe, Obligationen


Dom, Mailand

VON MANNSTEI

und Schatzanweisungen, Anleihen und Aktien. Die Kunden der Bank verarmten – ihre Erben könnten bald wieder vermögend sein.

Mit dem Einigungsvertrag wurde manches Alt-Papier plötzlich zum Hoffnungswert. Unternehmen und Beteiligungen, die einst beschlagnahmt wurden, sollen möglichst zurückgegeben, alte Forderungen eingelöst werden.

Seither kramen viele Bundesbürger in West und Ost in vergilbten Kontoauszügen oder Depotabrechnungen, durchwühlen Kisten, Truhen und Schubladen. So manches alte Wertpapier wurde in Alben geklebt, als Wandschmuck gerahmt oder auf dem Speicher verstaut.

Das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg wird mit Anfragen „förmlich zugedeckt", berichten Beamte, im Bonner Finanzministerium stapeln sich „bergeweise Eingaben". Alle wollen nur eins wissen: was ihre alten Portefeuilles neuerdings wert sind.

Die Antworten aus den Ämtern klingen zunächst entmutigend. Der Lastenausgleich ist, mit wenigen Ausnahmen, abgeschlossen. Mit insgesamt 136 Milliarden Mark wurden enteignete Vermögen, zumeist von Flüchtlingen, abgegolten.

Auch die sogenannte Wertpapierbereinigung gilt als beendet. Die Besitzer von Reichsmark-Effekten wurden entschädigt, sofern sie einen Eigentumsnachweis beibringen konnten. Die Bereinigung ist 1976 endgültig abgelaufen, das Amt wurde aufgelöst.

Ohnehin, so verweisen die Behörden auf die geltende Rechtslage nach dem Einigungsvertrag, seien Enteignungen aus den Jahren von 1945 bis 1949 „nicht mehr rückgängig zu machen". In diesen Jahren wurden fast alle Aktiengesellschaften von den Sowjets gelöscht. Eine hoffnungslose Lage, so scheint es, für die Besitzer von Hoffnungswerten.

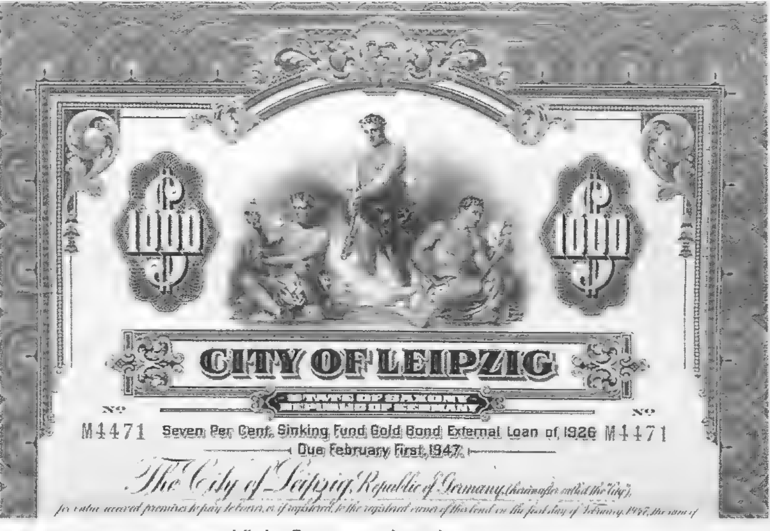
Doch Juristen bezweifeln, daß es im geeinten Deutschland ein gespaltenes Recht geben kann. Die willkürlichen Enteignungen der Besatzer zwischen 1945 und 1949 dürften nicht einfach weggeschoben werden. Das Bundesverfassungsgericht soll die Streitfrage entscheiden.

Sollte das höchste Gericht gegen die Altsparer stimmen, wären deren Wertpapiere keineswegs wertlos. Das gesamtdeutsche Parlament ist gefordert, so heißt es im Einigungsvertrag, „etwaige staatliche Ausgleichsleistungen" zu gewähren.

Die Rechtslage ist noch weit komplizierter. Viele Juristen halten es für rechtlich bedenklich, daß manche Aktionäre völlig leer ausgehen sollen. Diese, etwa die Kunden der Faerber-

bank, konnten bisher kaum nachweisen, am Stichtag für die Wertpapierbereinigung, am 1. Januar 1945, tatsächlich im Besitz der Aktien gewesen zu sein. Einige Sammeldepots waren ausgelagert, die Landeskreditbanken der damaligen Sowjetzone gaben ohnedies keine Auskünfte. Für die Bürger der DDR war der Besitz von Wertpapieren schlichtweg verboten.

Die Machthaber aus der UdSSR und der DDR verkauften beschlagnahmte Papiere später über Strohmänner gegen harte Devisen. Weltweit tauchten viele Diebeswerte wieder auf, „Sputniks" hießen sie im Westen.



Alte Dollar-Anleihe: Viele Sparer gehen leer aus

Der Gesetzgeber sei nun gefragt, derartige Rechtsunordnungen zu entwirren, meint der Wirtschaftsanwalt Roger Zätzsch. „Im Augenblick", gesteht der Jurist, „sind wir alle ratlos."

Die Liste der Hoffnungswerte ist weit länger, als selbst Kenner bisher vermuteten; zwei Frankfurter Finanzfachleute haben sie in einer umfangreichen Studie zusammengetragen. Im April soll das Werk veröffentlicht werden*.

Viele festverzinsliche Wertpapiere, die in Reichsmark, Goldmark und in fremden Währungen notierten, wurden bislang nicht abgegolten. Auch die Besitzer von Aktien und Anteilscheinen, beispielsweise von Unternehmen, die in Volkseigene Betriebe umgewandelt wurden, durften sich bislang kaum Hoffnung machen, ihr Geld jemals wiederzusehen.

Alte Papiere von der Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank, die sogenannten Restquoten von Großbanken sowie Besserungs- und Liquidationsscheine, die nach 1945 ausgegeben wurden – sie alle zählen zu den neuen Hoffnungswerten. Schließlich existieren noch Reichsmark-Aktien von Firmen, die teilweise in den Westen verlagert wurden, Spaltgesellschaften genannt.

Der neue deutsche Staat hat bisher nur einen Bruchteil dieser Alt-Lasten geregelt. Schwebende Ansprüche, „Schattenquoten" genannt, aus fünf Vorkriegs-Anleihen sollen nun endlich getilgt werden.

Alle anderen Wertpapier-Sparer gehen vorerst leer aus. Sie fragen sich, warum sie schlechter gestellt sein sollen, nur weil sie ihr Geld in Anleihen der Stadt Leipzig, des Freistaats Sachsen oder in Goldpfandbriefen der Landesbank von Ostpreußen angelegt hatten.

Ähnlich ungewiß sind die Aussichten für Altaktionäre. Lediglich drei Reichsmark-Papiere werden heute noch an der Börse gehandelt: die Commerzbank AG von 1870, als sogenannte Restquoten, sowie Charlottenburger Wasser und die IG Farbenindustrie AG in Abwicklung, kurz IG Liquis genannt, als Liquidations-Anteilsscheine.

Besserungsscheine haben jene Unternehmen ausgegeben, die beschlagnahmte Vermögenswerte im Osten besaßen. Die Scheine verheißen eine Nachbesserung für den Fall, daß sie das Eigentum zurückerhalten oder entschädigt werden. Die Braunkohle-Benzin AG (Brabag) in Berlin sowie die Flugzeugbauer Junkers in Dessau, Henschel in Kassel und Heinkel in Rostock gaben solche Papiere aus.



Wertpapier-Experte Glasemann
Lange Liste der Hoffnungswerte

Liquidations-Anteilscheine vergaben Firmen, die zwar aufgelöst wurden, deren Liquidatoren jedoch noch einige Restvermögen verflüssigen konnten. Die Altaktionäre des Farben-Konzerns beispielsweise bekamen nach der Zerschlagung durch die Allierten 1952 neue Aktien der Farben-Nachfolger Hoechst, Bayer, BASF und Cassella. Daneben erhielten sie reichlich Liquidations-Anteilscheine.

Jetzt spekulieren die Aktionäre auf ein neugewonnenes Vermögen in Milliardenhöhe. Die Liquidatoren haben ihre Ansprüche beim Landratsamt in Merseburg angemeldet.

Noch haben sie das Geld nicht – und ob sie es jemals bekommen, ist strittig. Auch ehemalige Zwangsarbeiter der Buna- und Leuna-Werke und KZ-Häftlinge haben Ansprüche angemeldet.

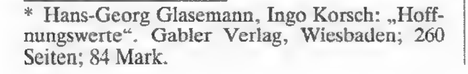
Richtige Spekulanten schrecken solche Unsicherheiten nicht. Die IG-Farben-Liquis wird inzwischen rege gehandelt; die Papiere sind mehrheitlich im Besitz undurchsichtiger Investment-Gesellschaften: Im Erfolgsfall verspricht das Altpapier eine Traum-Rendite.

Für solche Nutznießer war die „Gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen" im Einigungsvertrag wohl kaum gedacht. Ebensowenig mag der Gesetzgeber Aktien-Sammler beglücken, die Alt-Papiere für 50 Pfennig auf dem Flohmarkt aufkauften. Die werden gewiß nicht von der deutschen Einheit profitieren.

Wie schwierig es im Einzelfall sein kann, gerechte Lösungen zu finden, zeigt die Geschichte der Sächsischen Bank. Ihr Vermögen wurde 1945 entschädigungslos enteignet. Die Bank hielt damals einen Anteil von 74 Prozent an der Schwabengarage AG in Stuttgart, mittlerweile dem größten Ford-Händler Europas.

Die Mehrheit dieses Aktienpakets wurde in den siebziger Jahren an westdeutsche Versicherungsunternehmen verkauft – von Bonn. Denn die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reichs kassierte das im Westen liegende Vermögen der Bank, die vor 1945 überwiegend dem Land Sachsen gehört hatte.

Den Verkaufserlös aus den siebziger Jahren, so folgern nun Juristen, müsse Bonn herausrücken: Er gehöre dem Freistaat Sachsen. ◀



* Hans-Georg Glasemann, Ingo Korsch: „Hoffnungswerte". Gabler Verlag, Wiesbaden; 260 Seiten; 84 Mark.

Verbündete Ribbentrop (3. v. l.), Molotow, Stalin*: „Eine der gefährlichsten Zeitzünderminen"

„Niemand kann uns überführen"

Sowjethistoriker Lew Besymenski über die Entdeckung der Geheimprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt

In zwei geheimen Zusatzprotokollen zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 verständigten sich die beiden Diktatoren, Osteuropa untereinander aufzuteilen. 50 Jahre lang leugnete Moskau die Existenz dieser Dokumente, um seinen Landgewinn zu bewahren – die drei baltischen Republiken, die Westgebiete Belorußlands und der Ukraine, Bessarabien und die Nord-Bukowina. Zum 50. Jubiläum des Landräuber-Pakts 1989 prüfte ein Untersuchungsausschuß des Volksdeputiertenkongresses unter Vorsitz des Gorbatschow-Vertrauten Alexander Jakowlew die Beweislage und kam nach dramatischen Auseinandersetzungen zu dem Schluß, die Protokolle habe es gegeben. Das Parlament annullierte darauf Pakt samt Zusätzen. Den Hintergrund beschreibt der Moskauer Historiker Lew Besymenski, 70, einst Vernehmungsoffizier des Stalingrad-Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus. Der Autor zeithistorischer Bücher beriet als Gutachter den Untersuchungsausschuß.

Auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten im Mai 1989 geriet die Moskauer Spitze in Alarmstimmung: Werden die Balten, um die Legalität der Mitgliedschaft ihrer Republiken in der Sowjetunion bestreiten zu können, die Frage des Paktes von 1939 benutzen?

Die Antwort erfolgte in einer Weise, die für Michail Gorbatschows Führung typisch war: nichts tun – bis zu dem Moment, in dem man gar nichts mehr tun kann, gemäß dem russischen Sprichwort: „Solange es nicht gedonnert hat, bekreuzigt sich der Muschik nicht."

* Bei Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrags – im Anschluß an den Nichtangriffspakt vom 23. August – am 28. September 1939 in Moskau.



Deutschlandexperte Besymenski
Mikrofilm aus Bonn

Die ersten Tage des am 25. Mai 1989 begonnenen Kongresses bestätigten scheinbar die Hoffnungen des Politbüros, das dem Protokoll-Thema mit guten Gründen aus dem Weg ging: aus Furcht vor einem unerwünschten Vorwand für das Wachsen des baltischen Separatismus. Unter den zahllosen ungedeckten Wechseln, welche die Sowjetunion von Stalin bis Breschnew ausgestellt hatte, mußte Gorbatschow auch diese Erbschaft übernehmen: die Existenz dieser Protokolle entschieden zu negieren.

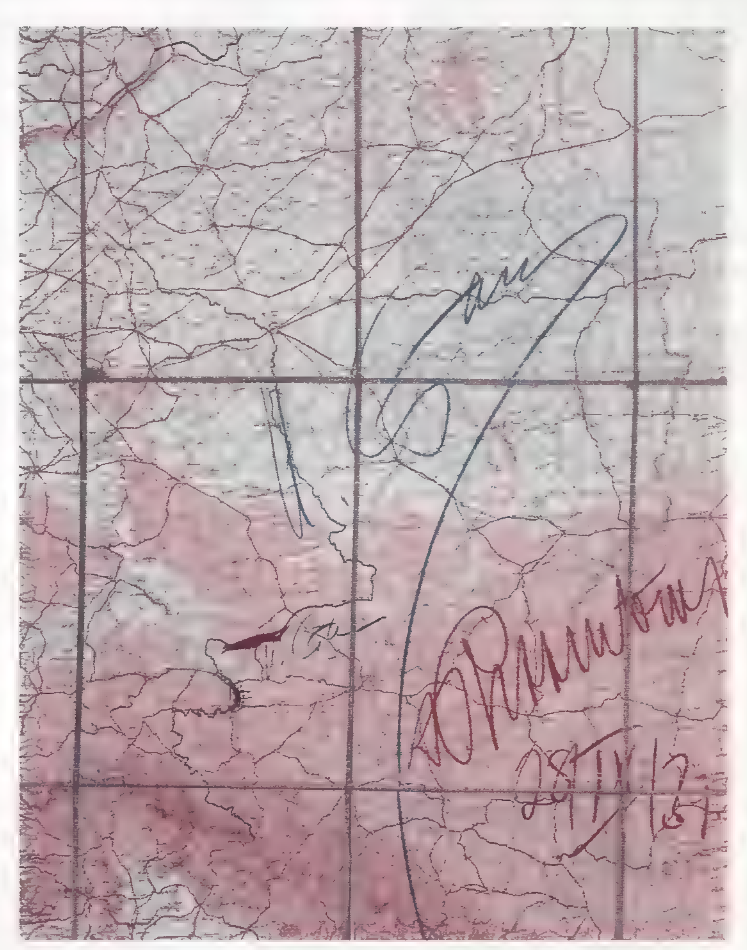
Diese Bürde, zur Zeit des Prozesses von Nürnberg 1946 aufgeladen, lastete unter der schweren Hand des Außenministers Andrej Gromyko auf der sowjetischen Politik und Wissenschaft. Obwohl den meisten Historikern klar war, daß

sich ein schlichtes Ignorieren doch nicht hätte durchhalten lassen, veränderte sich die offizielle Position kaum. Wie um dies zu bestätigen, erklärte Andrej Gromyko in seinem SPIEGEL-Gespräch, daß nach den Worten Molotows keinerlei Dokumente über seine Verhandlungen mit Ribbentrop anerkannt würden außer denen, die amtlich publiziert sind (SPIEGEL 17/1989).

Als ob er seinen letzten Willen verkündete – Gromyko starb alsbald –, wiederholte der Ex-Minister und Ex-Staatschef seine Behauptung, die Dokumente seien Fälschungen.

Ich wußte schon früher, daß Gromyko gegen jegliche Erwähnung von Geheimprotokollen kategorisch Einwände erhob. In den siebziger Jahren hatte er sogar die Publikation des Serienbands der „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR“ für das Jahr 1939 verhindert, um keine Erinnerungen zu wecken.

Manche meinen, er selbst habe an die Existenz der Protokolle nicht geglaubt. Andere schreiben ihm vieldeutige Worte zu: „Nichts und niemand kann uns überführen.“ Ob so oder anders, die sowjetischen Diplomaten und Historiker (auch ich war darunter) krümmten sich, um das „verfluchte Problem“ zu umgehen.



Landkarte zum Vertrag von 1939*: „Verfluchtes Problem“

Zur tiefsten Verwirrung der Sowjetwissenschaftler ließ sich Gorbatschow in die Gemeinschaft der steinharten Anhänger der „Fälscher“-Version hineinziehen. Als der Generalsekretär im Juli 1988 zu Besuch in Polen war, wiederholte er die traurig-bekannte Formel von der „Unausweichlichkeit“ des Hitler-Stalin-Pakts. Mehr noch, entschlossen erklärte er in Warschau zu den Protokollen:

> Wenn die sowjetische Führung erklären würde, diese Abschriften entsprächen dem Original, so wäre dies unsererseits unseriös und würde einen sehr ernsten Präzedenzfall schaffen.

In seiner bekannten Art, die ihm für den Fall der Fälle die Chance zu einem Rückzug offenließ, fügte er sogleich hinzu, daß „die Wissenschaft das alles erforschen“ werde. Doch ganz deutlich war, daß Gorbatschow zu dieser Thematik nicht die Rolle des Initiators auf sich nehmen wollte: Möglicherweise rechnete er mit Widerstand im Politbüro, wo es genug Streitigkeiten um noch drängendere Schicksalsfragen des Landes gab.

Aber im Frühling 1989 forderten zahlreiche Symposien in Moskau, Riga und Tallinn immer lauter den Verzicht auf eine solche Version. Gorbatschow und Polens Staatschef Jaruzelski hatten das Zusammentreten einer Kommission sowjetischer und polnischer Historiker vereinbart, welche die „weißen Flekken“ in der Geschichte der Beziehungen beider Länder aufhellen sollten. Zu diesen Lücken zählten der sowjetisch-polnische Krieg von 1920, die Vernichtung der polnischen KP durch Stalin 1938, das Jahr 1939, der Massenmord von Katyn 1940 und die Rolle der Sowjetarmee beim Warschauer Aufstand von 1944.

Am 25. Mai 1989, ausgerechnet am Eröffnungstag des ersten Volksdeputiertenkongresses, veröffentlichte diese Kommission vorab ihre Schlußfolgerung, welche das Vorhandensein der unseligen Protokolle wenn nicht direkt, so doch mit ausreichender Klarheit bestätigt.

Hier erlaube ich mir, ohne meine Rolle in der Geschichte des 20. Jahrhunderts überzubewerten, mich selbst zu den handelnden Personen zu zählen. Es ging darum, daß ich am Jahresende 1988 etwas getan hatte, was nach den alten Regeln unzulässig war.

Den Anstoß dazu gab eine höchst inoffizielle Unterhaltung mit einem unmittelbaren Zeugen der Begegnung Michail Gorbatschows mit Helmut Kohl im Oktober 1988 in Moskau. Da mein Gesprächspartner um meine lebenslange Beschäftigung mit deutschen Fragen wußte, fragte er mich, was der Kanzler gemeint habe, als er zu Gorbatschow sagte, die Originale der Geheimprotokolle lägen in Bonn. Ich erwiderte sehr höflich, daß ich die Kanzlerworte bezweifelte.

Mir kam aber der freche Gedanke: Wenn Herr Kohl in Bonn die Originale gesehen hatte, warum sollte mir das nicht auch gelingen? Der Gedanke wurde von meinem kompetenten Gesprächspartner gutgeheißen, und danach benutzte ich eine routinemäßige Journalistenreise nach Bonn für eine Art „Sondermission“.

Der Bonner Professor Hans-Adolf Jacobsen, mein alter Freund und Opponent, half mir liebenswürdigerweise; ihn hatte nämlich des Kanzlers Eröffnung nicht weniger überrascht als Gorbatschow. Jacobsen vermittelte einen Besuch im Politischen Archiv des AA. Und bald hielt ich aufgeregt zwar keine Originale (die selbstverständlich nicht da waren), aber jene berühmte Rolle Nummer 19 des Mikrofilms aus dem Bestand „Büro Reichsaußenminister“ in den Händen, auf der die Texte der Protokolle entdeckt worden waren.

Mit einem Paket Xerokopien kehrte ich nach Moskau zurück. Selbst der von Amts wegen skeptische Chef der Historisch-Diplomatischen Verwaltung des Außenministeriums, Botschafter Felix Kowaljow, war nun bereit, mir recht zu geben: Eine Fälschung sei völlig ausgeschlossen.

Alle stimmten mir zu, keiner wollte etwas tun. Meine Absicht, über die Protokolle in meiner Zeitschrift *Nowoje wremja* zu berichten, fand weder Widerspruch noch Beifall. Was wird man im Baltikum sagen? Spielt die Publizierung nicht den Separatisten in die Hände? Und während alle noch überlegten, donnerte es – in der Sitzung des Volkskongresses.

Am 1. Juni 1989 schlug der estnische Professor Endel Lippmaa im Namen einer Gruppe von Volksdeputierten vor,

* Mit den Unterschriften von Stalin (oben) und Ribbentrop.



Sowjet-Intervention in Litauen 1940: „Spielt die Publikation . . .

eine Kommission zur politischen Einschätzung sowohl des Pakts als auch der Geheimprotokolle einzusetzen. Die Diskussion brach aus – gab es die Protokolle denn?

Igor Grjasin, ein anderer Professor aus Estland, las dem Kongreß fast den ganzen Text des geheimen Protokolls vom 23. August 1939 vor, den ein dritter baltischer Professor und Volksdeputierter, Mavriks Vulfsons, bereits in der Rigaer *Lehrerzeitung* veröffentlicht hatte. Was blieb Gorbatschow da übrig?

Er berichtete den Deputierten von seiner Begegnung mit Kohl, äußerte wieder seine Bedenken, zeigte sich aber mit der Berufung der Kommission einverstanden und fügte, eher beiläufig, hinzu: „Lassen Sie uns Jakowlew in die Kommission aufnehmen. Gut?“ Der Kongreß war einverstanden.

Es ist kaum anzunehmen, daß Alexander Jakowlew, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, über diesen Auftrag erfreut war. Erstens war die ungleichgewichtige Zusammensetzung der Kommission auffällig. Von ihren 26 Mitgliedern vertraten 11 das Baltikum, 6 Mann waren von der zu behandelnden Thematik sehr weit entfernt; als Fachleute konnten nur wenige gelten.

Dies nahm den betont politisierenden Charakter der ganzen Arbeit vorweg, zumal für die Delegierten aus Lettland, Litauen und Estland nur politische Argumente wichtig waren. Sie trieben die Kommission mit Blick auf das Datum des 23. August 1989, 50. „Jubiläum“ des Pakts und der Protokolle, zur Eile an.

Die Kommission begriff bald, was ihr drohte – eben nicht eine objektive Analyse der historischen Tatsachen, sondern eine politische Konfrontation. Der Nestor der Sowjethistoriker, Michail Pokrowski, hatte einmal die Geschichte „eine in die Vergangenheit umgekippte Politik“ genannt. Diesmal wollte man die Vergangenheit in die heutige Politik umkippen.

Schon die erste Sitzung im ZK-Gebäude am Moskauer Alten Platz brachte den Konflikt, der nicht mal durch Hinzuziehen von Juristen und Historikern (darunter geriet auch der Autor) bewältigt werden konnte. Aber eins stand fest: Keiner der Experten, wie konservativ er in der Deutung des Pakts auch war, zweifelte an der Existenz der Geheimprotokolle und der Echtheit der deutschen Kopien.

Dieser Konsens reichte nicht aus. Stundenlang wurde gestritten: Man kämpfte buchstäblich um jeden Satz, mit immer neuen Formulierungen und Umformulierungen. Jakowlew, selbst Kritiker des Pakts, erregte sich gegenüber seinen baltischen Opponenten: „Wollen Sie, daß ich vor Ihnen auf die Knie falle und bereue?“

Am Ende entstand ein wackliges Gleichgewicht. Einerseits wuchs die Bereitschaft, die verhängnisvolle Version abzulehnen. Das tat Walentin Falin in einer ZDF-Diskussion, die auch im Moskauer Fernsehen lief und die Gemüter erregte. Mitte Juni 1989, in den Tagen des Gorbatschow-Besuchs in der BRD, gab man auch mir als einem



. . . Separatisten in die Hände?“: **Esten am 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts 1989**

der Begleiter des Generalsekretärs die Möglichkeit, vor der Bonner Pressekonferenz die Anerkennung der Existenz der Protokolle kundzutun. Aber das alles reichte nicht aus.

Die Krise in der Kommissionsarbeit kam im August 1989. Eine radikale Gruppe mit Jurij Afanasjew, einem der Vizevorsitzenden der Kommission, forderte die Veröffentlichung eines Zwischenberichts über die Arbeit noch vor dem kritischen 23. August. Jakowlew wie Falin, sein anderer Vize in der Kommission, kannten die Stimmung in der Führung, zögerten und förderten damit die Unzufriedenheit jener, welche die Komplexität der Lage des Vorsitzenden nicht verstanden (oder nicht verstehen wollten):

Jakowlew mußte das Politbüro des ZK, damals noch das oberste Organ der politischen Macht, überzeugen. Und so kam es fast zum Zusammenbruch des ganzen Unternehmens: Dem mit Jakowlew abgestimmten Text versagte das Politbüro seine Zustimmung und entschied, vor dem 23. August 1989 dürfe nichts publiziert werden. Nach dem genannten Grundsatz: nichts zu tun, bis . . .

Dem Vorsitzenden waren nun die Hände gebunden. Er bekam noch einen Schlag dazu, in den Rücken. Eine Gruppe der Kommissionsmitglieder mit Afanasjew an der Spitze übergab den Vorabtext der Weltöffentlichkeit und erhob auf einer Pressekonferenz scharfe, beleidigende Vorwürfe an die Adresse des eigenen Vorsitzenden.

Was nun? Der kluge Taktiker Jakowlew tat so, als ob nichts geschehen wäre, und rief die Kommission wieder zusammen. Nachdem er seine Gegner väterlich gerügt hatte, fand er die rettende Lösung: Er werde auf dem Volksdeputiertenkongreß einen „persönlichen Vortrag“ halten. In der Kommission selbst (und eben auch außerhalb der Kommission) brauchte man demgemäß über einen solchen Vortrag nicht abzustimmen, nur der Resolutionsentwurf sollte vorbereitet und dann dem Kongreß unterbreitet werden, mit einer kurzen schriftlichen Erläuterung.

Dies wurde von allen Kommissionsmitgliedern akzeptiert, außer vom störrischen Außenminister der Ukraine, Wladimir Krawez, der hartnäckig an die Existenz der Protokolle nicht glauben mochte.

Aus den Sitzungsniederschriften der Kommission und den zahllosen Resolutionsentwürfen, die von der schamhaften Feststellung des „Zwangscharakters“ des Pakts bis zu dem unverzüglichen Geständnis reichten, das Baltikum sei schon 1939 „militärisch okkupiert“ worden, läßt sich die Position Jakowlews ablesen. Im Unterschied zu der herausfordernden Haltung der Mehrheit der Balten, die nur Argumente für einen Kurs gegen Moskau suchten, wog Jakowlew in aller Ruhe Tatsachen und Argumente beider Seiten gegeneinander ab. Er suchte einen Weg, den Pakt nicht als ein isoliertes Ereignis einzuschätzen, sondern sah in ihm die schärfste Bekundung des Stalinismus.

Der ehemalige Marineinfanterist Jakowlew, der bei Leningrad schwer verwundet worden war, mußte diesmal an zwei Fronten kämpfen – gegen die radikalen Balten und gegen die konservative Denkträgheit der höchsten Partei- und Staatsführung, präziser: gegen jene, die eine unbedingte, erbarmungslose Entlarvung und Überwindung des Stalinismus nicht wollten.

Der Schatten Gromykos hing unsichtbar über den Beratungen im Politbüro, den Parteiideologen und den Anhängern einer trägheitsbedingten Interpretation der Sowjetgeschichte, wozu Jegor Ligatschow und Wadim Medwedew gehörten.

Als der 23. Dezember nahte, der Sitzungstag des Volkskongresses, warnte Jakowlew in den Kommissionssitzungen, die extremen Vorstellungen Afanasjews würden garantiert nicht durch den Kongreß unterstützt. Selbst sein ausgewogenes und objektives Referat vor dem Kongreß machte die Volksdeputierten zunächst verlegen, dann empörten sie sich – aber nicht gegen Stalin, sondern gegen Jakowlew.

Der 23. Dezember wäre beinahe nicht zum Schicksalstag der Perestroika geworden, und zwar wegen der schlechten Akustik im Kongreßpalast des Kreml, wo die Volksdeputierten der UdSSR tagten.

Erst beugte sich Jakowlew zum Mikrofon hinunter, dann trat er ein paar Schritte zurück, um die Fragen aus dem Saal besser hören zu können. Er hatte zuvor über die Ergebnisse der Arbeit seiner Kommission berichtet, und der Kongreß hatte in einer für diesen Riesensaal ungewohnten absoluten Stille zugehört.

Jakowlews Vortrag endete mit dem Vorschlag, der Kongreß möge beschließen, die Handlungen der stalinschen Führung zu verurteilen. Als Fragen aus dem Saal kamen, wurden die Deputierten unruhig. Also haben die bisher stets geleugneten Geheimprotokolle doch existiert? Es regnete Zwischenrufe, bis einer der Deputierten, der Trust-Direktor Akram Irgaschew aus Taschkent, seine Replik mit der direkten Frage schloß:



Gorbatschow, Kohl in Bonn 1989: „Sehr ernster Präzedenzfall“

Im Entwurf Ihrer Kommission schreiben Sie doch, daß die Originalprotokolle weder in sowjetischen noch in ausländischen Archiven gefunden wurden. Und gleichzeitig steht im Punkt sieben des Entwurfs: Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR verurteilt die Tatsache der Unterzeichnung des „Geheimen Protokolls“! Ist es richtig zu schreiben, der Kongreß verurteile nicht existierende Dokumente?

Darauf der Vorsitzende Anatolij Lukjanow: „Danke. Ist die Frage klar?“ Jakowlew: „Klar.“ Im Saal wurde es still.

Etwas verärgert erläuterte Jakowlew, der Vertrag und das Protokoll seien zweierlei. Der Vertrag sei formal richtig gewesen, das Protokoll aber „ungesetzlich von Anfang an“.

Es wurde wieder laut im Saal: Wenn ein so erfahrener Politiker wie Jakow-

lew der Antwort ausweicht, dann besitzt die Kommission keine ausreichenden Beweise. Wenn es aber keine Beweise gibt, warum soll man den Pakt und die Protokolle verurteilen? Alles spitzte sich auf die Ablehnung der Kommissionsvorschläge zu.

Jakowlews Widersachern leistete der künftige Präsident Litauens (damals noch Volksdeputierte) Vytautas Landsbergis Hilfe. Er goß Öl ins Feuer, indem er ultimativ forderte, nicht nur die Schlußfolgerungen der Kommission zum Jahr 1939 zu bestätigen, sondern auch eine neue Kommission zu schaffen, die sich mit den Ereignissen von 1940/1941 zu befassen habe: Der Anschluß des Baltikums an die UdSSR sollte für ungesetzlich erklärt werden.

Das fehlte noch für die „aggressiv-gehorsame" Kongreßmehrheit (wie sie treffend der oppositionelle Deputierte Jurij Afanasjew getauft hatte), um Jakowlews Vorschläge niederzustimmen. Das Ergebnis: Die Kommission bekam nur 1052 von 1880 Stimmen. Sie hätte aber für die nötige absolute Mehrheit der Stimmberechtigten 1122 Stimmen gebraucht.



Molotow-Sekretäre Podzerob (M.), Lapschew (r.)*
„Der Erstgenannte übergab, der zweite nahm an sich"

Unter größter Mühe konnte der Vorsitzende den Kongreß überreden, die Kommission zu beauftragen, ihren Entwurf zu überarbeiten und die Entscheidung auf den nächsten Tag zu verschieben. Neben Lukjanow saß mit versteinertem Gesicht Michail Gorbatschow.

Vielleicht hatte die Akustik dem Referenten einen guten Dienst erwiesen, Jakowlew konnte die Replik des Deputierten aus Usbekistan nicht voll erfassen. Mag aber auch sein, daß er absichtlich so tat, um die Möglichkeit zu haben, den Kongreß mit einer dramatischen Überraschung zu konfrontieren, die er – vielleicht aus Staatsräson – zurückgehalten hatte: unstreitigen Beweisen des Vorhandenseins der Protokolle.

In den Abendstunden des 23. Dezember versammelte sich die Kommission in dem nun leeren Plenarsaal um ihren Vorsitzenden. Nie vorher habe ich eine derart solidarische und teilnahmsvolle Beziehung der Kommissionsmitglieder zueinander und ihrem Chef gegenüber erlebt. Was tun, wie der Katastrophe entgehen? Verschiedene Rezepte und neue Entwurfspunkte wurden angeboten.

Die beste Lösung fand wieder Jakowlew selbst. Warum er dieses Rezept nicht früher benutzt hatte, bleibt ein weiteres Geheimnis dieses nicht einfachen, zuweilen rätselhaften Politikers, der noch weiterhin, so hoffe ich, die Welt mit seinem Intellekt aufrütteln wird. Jakowlew entschied sich für den genau und gezielt geführten Schlag gegen den Stalinismus.

Am 24. Dezember 1989, als die Deutschen Weihnachten feierten, berichtete Jakowlew dem verblüfften Kongreß von den einschlägigen Dokumenten, die in den Archiven des Außenministeriums der UdSSR entdeckt wurden – in jenen Archiven, in denen die Originale der Geheimprotokolle lange und vergebens gesucht worden waren. Die Dokumente waren auf den April 1946 datiert, und ihre Echtheit unterlag keinem Zweifel.

Daß sie erhalten blieben, ist einem stillen, bescheidenen Menschen zu verdanken, der unabsichtlich jene Weltgeschichte veränderte, welche angeblich nur von größten Männern gemacht wird: Wassilij Iwanowitsch Panin.

Vor der Revolution Banklehrling bei der Privatbank Rjabuschinski, Mitglied der bolschewistischen Partei seit 1918, wurde Panin 1938 Vizechef des Sekretariats des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, also des Ministerpräsidenten Wjatscheslaw Molotow. Sein Aufgabenbereich betraf die Führung aller Protokoll- und Kanzlei-Angelegenheiten, er hatte mit höchst geheimen Dokumenten zu tun.

Er wußte viel und hätte möglicherweise vieles erzählen können, wenn er die Gegenwart erlebt hätte. Im August 1941 aber, als der Krieg da war, meldete er sich freiwillig an die Front, seine Spur verlor sich. Seiner professionellen Genauigkeit sind wir beim Entwirren des verwickelten Weges der Geheimprotokolle verpflichtet.

Sein Chef Molotow war nicht nur ein Mann mit zwei Gesichtern, sondern auch mit zwei Kompetenzen. Er blieb Premierminister, als er Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten wurde. Als Stalin am 6. Mai 1941 das Amt des Premiers selbst übernahm, blieb Molotow sein Stellvertreter.

So kam es, daß Molotow zwei Arbeitszimmer und zwei Kanzleien hatte. Das erste Büro blieb im Kreml, im Gebäude neben dem Spasski-Turm, direkt hinter dem Lenin-Mausoleum. Das zweite war im Außenministerium, das lange Zeit am Worowskiplatz residierte. Dieser Dualismus bestand auch 1946. Die Kremlkanzlei leiteten damals Iwan Lapschew und sein Vize Dmitrij Smirnow, die AA-Kanzlei Boris Podzerob, später Botschafter in Wien.

Dieser Geschäftsverteilungsplan soll uns helfen, die Ereignisse im April 1946 zu begreifen. Damals trafen sich die Vertreter beider Sekretariate, wahrscheinlich am Worowskiplatz. Hier wurden auf Anweisung Molotows einige wichtige Dokumente, die der Minister zur Hand haben wollte, dem Sonderarchiv des UdSSR-Außenministeriums entnommen.

Ein Dokument von drei Seiten Umfang erblickte das Licht der Welt und verschwand unverzüglich wieder aus der Welt. Seine erste, die allerwichtigste Seite verkündete:

Wir, die Unterzeichnenden, Vize-Chef des Sekretariats des Genossen Molotow W.M., Genosse Smirnow D.W. und der Erste Gehilfe des Ministers für Auswärtiges der UdSSR Genosse Podzerob B.F., von denen der Erstgenannte übergab, der zweite an sich nahm folgende Dokumente aus dem Sonderarchiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR:

I. Dokumente zu Deutschland

1. Das Original des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 (in russisch und deutsch). Plus drei Exemplare der Kopie dieses Protokolls.

2. Das Original der Erläuterung zum Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 (in russisch und deutsch). Plus

* Vor der Reichstagsruine in Berlin 1945.

zwei Exemplare der Kopie der Erläuterung.

3. Das Original des Vertraulichen Protokolls vom 28. September 1939 (in russisch und deutsch). Dazu zwei Exemplare der Kopie dieses Protokolls.

4. Das Original des Geheimen Zusatzprotokolls vom 28. September 1939 („Über die polnische Agitation") (in russisch und deutsch). Plus zwei Exemplare der Kopie dieses Protokolls ...

Folgten vier weitere Protokolle, darunter „über Litauen" und die „Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands (zwei Bücher in russisch und deutsch)".

Auf der dritten Seite standen die Unterschriften:

Übergeben: (D. Smirnow)
Übernommen: (B. Podzerob).

Das Datum war nicht ausgefüllt:

„ ". April

Im erhaltenen Dokument (Kopie) stehen zwischen den Gänsefüßchen keine Zahlen, was uns der Möglichkeit beraubt, den Augenblick der Übergabe genau zu datieren. Eine makabre Parallele: Bei den berühmten Ribbentrop-Dokumenten habe ich ein entsprechendes deutsches Dokument vom Juni 1940 gesehen, das lautete:

Folgende Fotokopien wurden heute aus den Geheimakten „Rußland" entnommen:

1. Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 39 ...

6. Geheimes Zusatzprotokoll zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung vom 28. 9. 39.

Das sowjetische Kanzleidokument reichte nun hin, den langjährigen Streit um die Existenz der Geheimprotokolle und ihrer Originaltexte zu beenden – für immer. Da wurde also bestätigt:

▷ Die Protokolle gab es.

▷ Es waren dieselben wie in den deutschen Kopien.

▷ Die Originale befanden sich mindestens bis zum April 1946 in einem Sowjetarchiv.

▷ Molotow hatte bestimmte Gründe, die Originale im Frühjahr 1946 dem Archiv zu entnehmen und in seine persönliche Verfügung zu bringen.

Im zweiten Punkt des Smirnow/Podzerob-Papiers ist eine „Erläuterung" zum Geheimprotokoll erwähnt. Was war das?

Hier erscheint unsichtbar Wassilij Iwanowitsch Panin. Als Profi hatte er 1939 nicht nur das Original aufbewahrt, sondern auch Kopien angefertigt, die er der Akte beilegte. Deshalb hat man bei der Übergabe die Kopien „abgetrennt" und der im Sonderarchiv geführten Akte beigelegt. Und dies bietet uns heute, 50 Jahre später, die Möglichkeit, die Protokolle zu lesen – aber nun nicht mehr in der „umstrittenen" deutschen Kopie, sondern in der sowjetischen.

Dank Panin konnten wir also eine ganz einfache Operation durchführen: die Panin-Kopien und die Ablichtungen des Ribbentrop-Films aus Bonn nebeneinanderlegen. Das Ergebnis: absolute Identität.

So klärte sich auch das Geheimnis der „Erläuterung", zu der ich übrigens in den deutschen Akten kein Parallelstück gesehen habe. Es war ein Dokument vom 28. August 1939, das die Grenze der Interessensphären weiter präzisierte. Dies wurde notwendig, nachdem Molotow am Abend des 25. August 1939, nach Ribbentrops Abflug, den deutschen Botschafter Schulenburg zu sich gerufen und ihm gesagt hatte, „in der großen Eile" sei die Erwähnung des Flusses Pissa (im Nordteil der Abgrenzungslinie) vergessen worden.

Der Botschafter fragte in Berlin um die Erlaubnis für ein neues Dokument an. Er bekam sie am 27. August, am nächsten Tag wurde das Dokument aufgesetzt und von Molotow und Schulenburg unterzeichnet.

Diese Details schenkte sich Jakowlew, als er am 24. Dezember 1989 dem wie vor den Kopf geschlagenen Kongreß vom Inhalt der Transaktion berichtete. Er forderte den Kongreß zur Abfassung eines Anklage- und Urteilsspruchs auf und schloß seine kurze Rede mit Worten, die würdig sind, in die Geschichte unserer Zeit einzugehen:

Die Relativitätstheorie, Genossen, ist eine große Entdeckung beim Erkennen des Alls. Relativität darf es aber in der Moralsphäre nicht geben. Wir sind verpflichtet, auf den festen, gesunden Boden der unverbrüchlichen Moralkriterien zurückzukehren. Es wird Zeit zu begreifen: Die Gesetzlosigkeit ist nicht nur durch ihre direkte Wirkung schrecklich, sondern auch dadurch, daß sie das Bewußtsein verkrüppelt und Situationen schafft, in denen Amoralität und Opportunismus zur Norm werden. Jegliche Entscheidung, Genossen Deputierte, wird gleichzeitig nicht nur politisch, sondern auch moralischer Art sein.

Jakowlews Antrag zur Annullierung des Pakts samt Zusatzprotokollen wurde in der Namensabstimmung mit 1432 gegen 252 Stimmen angenommen, zum Schrecken und Zorn der Stalinisten. Es gab auch noch stürmischen Applaus. Geschehen war, was Jakowlew selbst in seinem Referat als die Liquidation „einer der gefährlichsten Zeitzünderminen aus dem uns vererbten Minenfeld" beschrieben hatte. Jakowlews Vortrag half uns nicht nur moralisch. Er eröffnete uns die Möglichkeit, weitere Eigentümlichkeiten der sowjetischen Handlungsweise aufzuklären. Wie bekannt, war von den Protokollen zum ersten Mal die Rede,



Gromyko (r.) beim SPIEGEL-Gespräch 1989*: „Letzter Wille"

* Redakteur Fritjof Meyer überreicht die Kopien der Geheimprotokolle.

als der Verteidiger von Rudolf Heß, Dr. Alfred Seidl, am 25. März 1946 in Nürnberg versuchte, das Affidavit des ehemaligen Leiters der Rechtsabteilung des deutschen AA, Dr. Friedrich Gaus, über den sowjetisch-deutschen Pakt von 1939 und später auch noch die Geheimprotokolle selbst dem Gericht bekanntzumachen. Es entspannen sich Wortgefechte, in denen es der Sowjetankläger Roman Rudenko schaffte, sowohl diese Zeugenaussage als auch das Protokoll selbst zurückzuweisen.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß für den Kreml die Seidl-Aktion nicht unerwartet kam, wovon die Unterlagen der Nürnberger Delegation der UdSSR zeugen. Sie liegen in der Moskauer Bolschaja-Pirogowskaja-Straße, im „Zentralen Staatsarchiv der Oktoberrevolution und der obersten Staatsbehörden", wo einige Geheimakten jüngst vom Geheimstempel befreit wurden.

Gemäß der Archivdokumentation stellte sich den Anklägern schon bei der Prozeßvorbereitung die heikle Frage: Was geschieht, wenn die Angeklagten die für alle vier Alliierten unerwünschten Fragen ins Spiel bringen?

Darüber dachte man schon ein halbes Jahr nach Kriegsende nach. Auf Initiative der USA und Englands, von der Sowjetunion und Frankreich unterstützt, wurde am 9. November 1945 beschlossen, daß „politische Ausfälle" an die Adresse der Sieger nicht zugelassen werden dürften. Zu diesem Zweck sollte ein Verzeichnis dieser „unerwünschten" Themen angefertigt werden.




Ankläger Rudenko, Chef Wyschinski
„Das Schlimmste verhütet"

Ein entsprechender Rapport wurde am 19. November 1945 von Nürnberg nach Moskau abgeschickt; er weckte in Moskau großes Interesse. Auf Stalins Anweisung bildete man eine Regierungskommission zur Organisation und Durchführung des Nürnberger Prozesses. Zum Leiter wurde Molotows Erster Stellvertreter bestimmt, Andrej Wyschinski, der frühere Staatsanwalt Stalins.

Er fuhr Ende November nach Nürnberg, ausgestattet mit dem Beschluß:

1. Das vom Genossen Wyschinski eingereichte Verzeichnis der Fragen, die zur Gerichtsverhandlung nicht zuzulassen sind, ist zu bestätigen (Verzeichnis anbei).
2. Genosse Rudenko ist zu verpflichten, sich mit anderen Anklägern so abzusprechen, daß eine Reihe von Fragen nicht berührt werden, um die UdSSR, die USA, England, Frankreich und andere vereinigte Nationen nicht zum Gegenstand der Kritik seitens der Angeklagten zu machen.

Um ganz sicherzugehen, wurde noch mehr beschlossen:

Die Genossen Rudenko und Nikittschenko sind verpflichtet, zu jedem Dokument eine Schlußfolgerung über seine Zulässigkeit oder Unzulässigkeit vom Standpunkt der Interessen der UdSSR abzugeben. Wenn es notwendig sein würde, ist Übergabe und Verlesen der unerwünschten Dokumente vor Gericht nicht zuzulassen.

Das Wyschinski-Verzeichnis bestand aus neun Punkten:

1. Das Verhältnis der UdSSR zum Versailler Vertrag.
2. Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1939 und alle Fragen, die irgendeine Beziehung dazu haben.
3. Molotows Besuch in Berlin, Ribbentrops Besuche in Moskau.
4. Fragen, die mit dem gesellschaftspolitischen System der UdSSR zusammenhängen.
5. Die baltischen Sowjetrepubliken.
6. Die sowjetisch-deutsche Vereinbarung über den Austausch der deutschen Bevölkerung Lettlands, Litauens und Estlands mit Deutschland.
7. Die Außenpolitik der Sowjetunion und, en détail, die Themen der Meerengen und angeblicher territorialer Ansprüche der UdSSR.
8. Die Balkanfrage.
9. Sowjetisch-polnische Beziehungen (die Probleme Westukraine und Westbelorußland).

Dem Beschluß entsprechend setzte sich der sowjetische Hauptankläger General Rudenko mit den Vertretern Englands (Maxwell-Fyfe), der USA (Jackson) und Frankreichs (Dubost) in Verbindung. Sie bestätigten das Verzeichnis, das noch „geordnet" und präzisiert wurde, wobei über die sowjetischen Begehren Molotow selbst entschied.

Dann schnitt der Verteidiger Seidl plötzlich das heikelste Thema an, und das hatte einen Hintergrund. Er hatte von alliierter Seite verdeckt einen Hinweis bekommen*. Wieso nicht offen?

Die Vertreter der USA und Englands, folgerichtig auch ihre Regierungen, wußten nun seit November 1945, daß Moskau die Erörterung des Pakts von 1939 und „aller Fragen, die irgendeine Beziehung dazu haben", nicht wünschte. Dieses Wissen half im November 1945, zur Zeit des Honigmonds der Nachkriegsmonate, der Sowjetunion. Als aber nach der Fulton-Rede Churchills vom 5. März 1946 die ersten Gefechte des Kalten Krieges begannen, bot sich die Versuchung, der Sowjetunion Unannehmlichkeiten zu schaffen, indem man an die Protokolle erinnerte.



Angeklagter Ribbentrop im Nürnberger

Von ihrer Existenz wußte man im Westen seit 1939. Die Details der Unterzeichnung des Pakts und seines Inhalts erfuhr die amerikanische Diplomatie schon am nächsten Tag durch Hans Herwarth von Bittenfeld, der damals als Sekretär und Vertrauensperson Schulenburgs fungierte und sich bis heute gern allen (auch mir) mitteilt.

Gewiß, von 1939 bis Nürnberg war einige Zeit vergangen, Menschen, die auf der diplomatischen Bühne agierten, hatten gewechselt. Wenn es aber um die Protokolle ging, konnte sich mancher erinnern, daß schon im Herbst 1945 den USA und England Mikrofilme zur Verfügung standen. Ribbentrops Mitarbeiter Carl von Loesch hatte sie übergeben, im britischen Luftfahrtministerium wurden sie abgelichtet.

Wie aus den Akten des „Public record office" zu ersehen ist, ging ein

* Laut Seidl hat ihm ein Unbekannter im Vorraum des Nürnberger Gerichtssaals Anfang April 1946 einen Umschlag mit Abschriften der Protokolle übergeben. Seidl begab sich zu Rudenkos Büro und zeigte Sowjetgeneral Nikolai Sorja die Papiere. Sorja erklärte, für ein Gespräch gebe es „keinen Gegenstand". Kurz darauf „verunglückte" Sorja tödlich, angeblich beim Reinigen seiner Dienstpistole. Wahrscheinlich wurde er, so neueste Recherchen, hingerichtet.

deutsche und die russische Ausfertigung. Hatte Andrej Gromyko deshalb davon gesprochen, daß „niemand uns überführen kann"?

Meine Recherchen führten mich zu einer ganz anderen Version. Ein sehr gut informierter Mann aus den „oberen Etagen", der Molotows Mentalität kannte, erklärte mit absoluter Überzeugung: „Nein, Molotow konnte die Originale nicht vernichten. Seine Position war damals stark, warum sollte er die Dokumente vernichten? Und wenn vernichten, warum dann Kopien anfertigen? Man muß noch weiter suchen."

Also stehen uns noch Überraschungen bevor. Teilte Jakowlew diesen Verdacht, als er in seiner Rede die Geheimprotokolle eine „Zeitzündermine" nannte? Hat er aber damit gerechnet, auch selbst dabei in die Luft gesprengt zu werden?

Ende 1989, als der Kongreß sein Referat anhörte, war die Autorität des Politbüromitglieds Jakowlew unangefochten. Selbst diejenigen, die sich auf dem Kongreß gegen die Schlußfolgerungen der Kommission auflehnten, bestritten die Qualitäten des Referenten keine Minute.

Bald aber änderte sich die Lage, wie sich eben die Gesamtsituation innerhalb der Sowjetgesellschaft veränderte. Der



Prozeß 1945*: „Unerwünschte Dokumente nicht zulassen"

Sonderbericht dazu im Dezember 1945 an den Premierminister Clement Attlee. Die Belege einer „Kriminalität" der UdSSR befanden sich also in den Händen der Westalliierten, durch Dr. Seidl wurde die Ahndung in Gang gesetzt.

Die sowjetischen Anklagevertreter in Nürnberg konnten das Schlimmste verhindern, zugleich händigte Smirnow in Moskau Podzerob die Originale aus, welche die Wahrheit bargen. Wo aber sind sie geblieben, die Urschriften jener Kopien, die Panin 1939 beglaubigt hatte – hat Molotow sie 1946 vernichtet, hat er sie seinem Archiv einverleibt?

1948 ließen Stalin und Molotow eine Broschüre unter dem Titel „Historische Auskunft. Fälscher der Geschichte" zusammenstellen, die den Gerüchten um die Pakt-Protokolle gegensteuern sollte. Ihre Autoren, die Professoren Wladimir Chwostow und Boris Stejn, bekamen die Originale der Protokolle zu sehen und haben ihren nächsten Mitarbeitern darüber berichtet. Dann verliert sich die Spur.

Die Suche hat bis heute keine Ergebnisse zutage gefördert, zumal die Recherchen wohl nicht mit ausreichender Beharrlichkeit geführt wurden. Molotow vor seinem Tode am 8. November 1986 zu befragen, konnte man sich nicht entschließen, dasselbe trifft auch auf Podzerob zu, der 1983 starb.

Wanderten die Originale von Molotow womöglich in die Safes Stalins? Hier ist alles noch mit der Finsternis des Staatsgeheimnisses zugedeckt. Nicht weniger nebelhaft ist das Schicksal der Originale, die in Berlin verblieben waren. Es heißt, sie seien beim Bombardement der Wilhelmstraße verbrannt. Aber wann? 1943, 1944? Oder blieben sie erhalten und wurden zusammen mit anderen Archiven aus Berlin irgendwohin, nach Krummhübel in Schlesien oder nach Thüringen verbracht, mithin in später von der Roten Armee eroberte Gebiete?

Eine höchst abenteuerliche Geschichte erzählte dazu ein ehemaliger Mitarbeiter der Behörde von Lawrentij Berija, der 1945 etwas mit der Fahndung nach deutschen Dokumenten zu tun hatte. Ihm ist bekannt, daß den Sondergruppen des Smersch**, die im Frühjahr 1945 nach wichtigen Staatspapieren forschten, befohlen wurde, um jeden Preis die in Deutschland aufbewahrten Originale der Geheimprotokolle zu finden. Sie wurden gefunden, behauptet die Quelle, und nach Moskau gesandt.

Diese sensationelle Mitteilung hilft, wenn sie wahr ist, eine Frage zu beantworten: Warum konnte die sowjetische Anklagebehörde 1946 in Nürnberg so kühn die Fälschungsversion vertreten – weil sie keine Angst vor einer Vorlage der Originale zu haben brauchte?

Eine mögliche Antwort: weil Moskau beide Original-Pendants der verhängnisvollen Protokolle besaß, die

* Oben: erste Reihe v. l. Göring, Heß, Ribbentrop, Keitel, Rosenberg, Frank; unten: mit Gorbatschow (l.) auf dem Parteitag 1990.
** Abkürzung der Gegenspionageabteilung „Tod den Spionen".



Anti-Stalinist Jakowlew*
„Niedergang der Klassenmoral"

radikale Reformkurs stieß auf Widerstand – zunächst im geheimen, dann ganz offen und regelgerecht, und eine Regel des politischen Kampfes lautet: Ein Angriff muß ein Ziel haben. Dieses Ziel wurde Jakowlew.

Das Signal dazu war das antisemitische Pogrom, das die „Pamjat"-Gesellschaft im Zentralhaus der Literaten veranstaltete. Dort wurde Jakowlews Name als eines „Beschützers der Zionisten" und schon beinahe als eines CIA-Agenten offen genannt. Die Behörden griffen nicht ein, die Untersuchung zog sich über Monate hin.

Und dann fing es an: Zuerst in den konservativen Zeitschriften vom Typ *Molodaja gwardija* und *Nasch sowremennik*, dann aber auch in den Diskussionen innerhalb der Partei – an Jakowlews Adresse gerichtet, tauchten die ungeheuerlichsten Vorwürfe auf.

Man erklärte ihn sogar zu einem heimlichen Juden, man schickte eine Sonderabordnung in jenen Marktflekken im Gebiet Jaroslawl, aus dem der Ur-Russe Alexander Nikolajewitsch Jakowlew stammt. Die Expedition war vergebens, die Angriffe aber steigerten sich.

Man machte aus ihm den Sündenbock für alle negativen Erscheinungen in Ideologie und Politik und sonstwo. Sogar der baltische Separatismus wurde ihm angelastet. Im Juli 1990 verabschiedete sich die Führung der Kommunistischen Partei von dem Menschen, der für die Partei und die Sowjetunion nicht weniger getan hat als Michail Gorbatschow. Die Konservativen konnten ihm nicht verzeihen, die vielen Mythen unserer Gesellschaft zerstört zu haben, darunter die Legenden vom angeblich errichteten Sozialismus und vom bösen Westen.

Und in einer langen Liste „antisozialistischer Handlungen" wurde Jakowlew auch die Anerkennung der Protokolle als Schuld angelastet. Die Leningraderin Nina Andrejewa, unermüdliche Verteidigerin Stalins und des Stalinismus, nannte im *Wojenno-istoritscheski Journal* Jakowlews Kongreßrede einen „Schritt zum Neu-Zuschneiden der Geschichte nach den Rezepten der westlichen Historiographie" und einen „Niedergang der Klassenmoral".

Sie hatte recht. Das Objekt ihres Hasses hatte gesagt, daß dieses Geheimprotokoll „das innere Wesen des Stalinismus genau widerspiegelt" und die Verurteilung dieses Dokuments nötig sei, „um der Wiederherstellung der Ehre des Sozialismus willen, die durch den Stalinismus zertreten wurde".

Das können seine politischen Gegner Alexander Jakowlew nicht verzeihen. Die Geschichte, befand er selbst, ist „Ankläger und Richter". Ihr Urteil hat er mitverfaßt – er braucht es nicht zu scheuen.

Moskau verkauft Weltraumgeheimnisse

Geldmangel zwingt Moskau zum Verkauf von Staatsgeheimnissen. Für zehn Millionen Dollar will ein US-Konsortium einen der modernsten sowjetischen Weltraumreaktoren vom Typ Topas-2 kaufen. Im Preis inbegriffen sind Baupläne, Handbücher, ein Teststand und ein Spezialistenteam, das den über 1000 Kilogramm schweren Mini-Meiler im amerikanischen Albuquerque (New Mexico) in Betrieb nehmen soll. Es ist das erste Hochtechnologie-Geschäft zwischen den Supermächten. Noch bis vor kurzem hatten die Sowjets bestritten, nukleare Kraftquellen fürs All überhaupt zu besitzen. Erst als 1988 ein Atom-Sputnik außer Kontrolle geriet und nur kurz vor dem Rücksturz auf die Erde in eine sichere höhere Umlaufbahn geschossen werden konnte, bekannte sich Moskau zu seinem Weltraumreaktor-Programm. Drastische Etatkürzungen, allein in den vergangenen beiden Jahren um je zehn Prozent, trieben die sowjetische Weltraumbehörde nun zum Ausverkauf. Widerstand löste unter sowjetischen Militärs allerdings die Tatsache aus, daß zu den künftigen Topas-Betreibern US-Labors gehören, die maßgeblich am Weltraumrüstungsprogramm SDI beteiligt sind. Seit Jahren arbeiten die Amerikaner an einer atomgetriebenen Energiequelle fürs All. Nun fürchten sowjetische Generale, der Zehn-Kilowatt-Kraftzwerg Topas-2 könne den Amerikanern einen Durchbruch ausgerechnet bei der Weltraumrüstung erleichtern.

Proteste gegen den „Schlächter“

Namibias regierende Swapo wird die Schatten ihrer Vergangenheit nicht los. Mit einer ganzseitigen Anzeige in



Heereschef Hawala

der Tageszeitung *The Namibian* hat die bei der Swapo durchaus angesehene amerikanische Anwaltsvereinigung „Lawyers Committee for Civil Rights under Law“ dagegen protestiert, daß ausgerechnet Salomon (Jesus) Hawala, vor der Unabhängigkeit als Geheimdienstchef der Swapo einer der Hauptverantwortlichen für Folterungen zahlreicher Gefangener in Lagern der Befreiungsorganisation in Angola, zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt wurde. Ehemalige Gefangene, die unter dem Vorwurf der Spionage für Südafrika nach eigenen Angaben furchtbar gequält wurden und dem Tod nur durch falsche Geständnisse entkamen, haben berichtet, daß Hawala – von seinen Gegnern „Schlächter von Lubango“ genannt – bei den Mißhandlungen auch schon mal persönlich anwesend war. Die Bürgerrechtsanwälte fordern Namibias Regierung nun auf, Hawalas Ernennung zum Heereschef zu überprüfen.

Hunger trotz Hilfe

Die Organisatoren der EG-Hilfe für Bangladesch, eines der ärmsten Länder der Welt, können Bankrott anmelden. Ihre entwicklungspolitischen Zielsetzungen hätten sie „weitgehend verfehlt“, urteilte der Europäische Rechnungshof vorige Woche. Weit entfernt davon, die Lebensbedingungen der Elendsbevölkerung zu verbessern, kamen die rund eine Milliarde Mark, die binnen zwölf Jahren aus Brüssel nach Bangladesch flossen, vor allem der korrupten Oberschicht zugute. Obwohl das Land beispielsweise mit Reis „der Selbstversorgung wahrscheinlich näher ist, als die Regierung behauptet“, obwohl dazu noch 62 Prozent der gesamten Nahrungsmittelhilfe der EG dorthin gingen, hungert die Masse der Bevölkerung. Die Hilfe von außen lande nicht etwa bei den Armen, sondern bei der wohlhabenden Stadtbevölkerung, vornehmlich Angehörigen der privilegierten Bürokratie. Ähnlich niederschmetternde Zensuren gaben die Kontrolleure des Rechnungshofs der Projektförderung. Beispiel: Aus einem Entwicklungsfonds für die einheimische Teeproduktion konnten sich vorrangig ausländische Privatunternehmer bedienen. Sie modernisierten ihre Betriebe, Arbeitsplätze wurden keine geschaffen, und an den Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Kulis änderte sich nichts.



Europäische Entwicklungshelfer in Bangladesch

Kannibalischer Umsturz

Im Chaos nach dem gescheiterten Putschversuch auf Haiti soll es vorige Woche Fälle von Kannibalismus gegeben haben. Fotografen hatten in Port-au-Prince zwei Männer beobachtet, die das Fleisch eines Lynchopfers aßen, während



Verhafteter Putschist (M.)

Hunderte von Menschen zusahen. „Ein Mann kaute einen Arm, ein anderer hatte ein Stück Menschenfleisch auf ein Messer gespießt“, berichtet Les Stone, Fotograf der Agentur Sygma. Aus Rache an den Anhängern des Putschisten Roger Lafontant, Ex-Chef der Tontons Macoutes, der verhaßten Geheimpolizei des Ex-Diktators „Baby Doc“ Duvalier, war es zu Grausamkeiten gekommen. Anhänger des gewählten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, eines linken Priesters, hatten Helfershelfer des Putsches durch die Straßen getrieben und niedergemetzelt. Mindestens 70 Menschen kamen um. Kannibalismus ist schon früher auf Haiti vereinzelt beobachtet worden, er hängt mit dem verbreiteten Voodoo-Kult zusammen. „Ein Stück Menschenfleisch zu essen bedeutet, daß die Seele der getöteten Person in keiner Form zurückkehren kann“, sagt der haitianische Religionsexperte Laennec Hurbon.

„Ihr werdet im Blut schwimmen“

Nach dem ergebnislosen Treffen zwischen dem amerikanischen und dem irakischen Außenminister stieg die Angst vor einem tödlichen Finale am Golf. In letzter Minute versuchte Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, eine Katastrophe zu verhindern. Die Schlacht um Kuweit könnte die ganze arabische Welt in Brand setzen.

Die Gelassenheit, mit der Saddam Hussein der anscheinend unausweichlichen Katastrophe entgegensah, machte auf die palästinensischen Besucher einen gespenstischen Eindruck. Der Diktator, den womöglich nur noch wenige Tage von einem mörderischen Schlag der am Golf aufmarschierten Amerikaner trennten, zeigte keine Spur von Nervosität, geschweige denn Furcht.

Er wisse, daß er einer Supermacht gegenüberstehe, die er militärisch nicht besiegen könne, erläuterte der Eroberer Kuweits seinen Gästen, Spitzenfunktionären der PLO, den Schlachtplan. Aber er verfüge über einen Trumpf, dem die USA bei aller Feuerkraft wenig entgegenzusetzen hätten: die Geduld und die Opferbereitschaft des irakischen Volkes.

Deshalb müsse der Krieg lange dauern, er werde „grausam und hart“ sein, dozierte der Despot von Bagdad. Und dann bekannte er in schockierender Offenheit: „Ich kann drei, ja sechs Millionen Tote hinnehmen, das stehe ich durch. Aber wie viele Tote halten die Amerikaner aus? Ist die amerikanische Gesellschaft bereit, 10 000 Soldaten in einer Schlacht zu verlieren, nur um einen dekadenten Ölscheich zu retten?“

Das Beispiel seiner Entschlossenheit, so fuhr Saddam fort, werde die arabischen und islamischen Massen in der ganzen Welt gegen die USA und ihre Interessen mobilisieren. Den skeptischen Palästinensern versprach er mit waffenklirrender Rhetorik: „Die Stunde der Befreiung hat geschlagen, wir werden die Palästinenserfrage lösen, koste es, was es wolle.“

Nicht einmal der Einwand, die Amerikaner könnten notfalls Atomwaffen einsetzen, um seinen Widerstandswillen zu brechen, vermochte den Diktator zu schrecken. Schon aus ökologischen Gründen würden die US-Truppen es nicht wagen, mehr als zwei oder drei nukleare Sprengsätze zu zünden. Damit könnten sie den Irak nicht vernichten. Er dagegen sei in der Lage, die kuweitischen Ölfelder in Brand zu setzen und ein „Höllenfeuer“ zu entfachen, das die Amerikaner und ihre arabischen Vasallen verschlingen werde. Kuweit würde darin ausgelöscht, zu befreien gäbe es nichts mehr.



US-Präsident Bush: „Von nun an ein bißchen rauh“

Saddam Hussein, das wurde Ende voriger Woche immer deutlicher, schien es todernst zu sein mit seiner Ankündigung, die „Schlacht aller Schlachten“ zu schlagen, wenn sein Gegenspieler George Bush ihm nur die Wahl zwischen Krieg und Kapitulation lassen sollte.

47 Tage hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihm gegeben, um das überfallene Kuweit wieder herauszurücken. Doch kurz vor dem schicksalhaften 15. Januar, dem Tag, an dem das Uno-Ultimatum gegen ihn abläuft, ließ der Herrscher von Bagdad nicht die geringste Bereitschaft zum Rückzug erkennen. Den Amerikanern drohte er, sie würden „in ihrem eigenen Blut schwimmen“, wenn sie es wagen sollten, die Feindseligkeiten zu eröffnen.

Hatte George Bush sich verrechnet, als er hoffte, seinen irakischen Herausforderer mit einer Mischung aus diplomatischem Druck und militärischer Gewaltandrohung aus Kuweit hinausbluffen zu können? War der US-Präsident jetzt zum Gefangenen seines eigenen Nervenkriegs geworden, den er seit über fünf Monaten gegen Saddam Hussein führt? Wie lange kann Bush noch den Angriffsbefehl hinauszögern, wenn nach dem 15. Januar, null Uhr New Yorker Zeit, die Welt-

Feldherr Saddam Hussein: „Bevor ihr mich freßt, fresse ich euch"

gemeinschaft ermächtigt ist, „alle notwendigen Mittel" – also militärische Gewalt – gegen den Irak anzuwenden?

Besuchern im Weißen Haus erschien Bush, der vor dem größten Abenteuer seiner Präsidentschaft stand, bemüht zuversichtlich: „Niemand sollte sich Sorgen machen", wiederholte er immer wieder, als wolle er sich selbst beschwören, „es mag von nun an ein bißchen rauh zugehen, aber am Ende wird alles gut werden." Seit dem Ausbruch des Golfkonflikts hatte sich Bushs Krisenmanagement vor allem darauf konzentriert, Saddam Hussein so nachhaltig einzuschüchtern, daß der Despot, wie US-Verteidigungsminister Richard Cheney sich ausdrückte, „mit eingekniffenem Schwanz" klein beigeben müsse.





Gesprächspartner Asis, Baker: „Nicht auf den Tisch gehauen"

Im Kalten Krieg gegen die rational kalkulierenden Sowjets – etwa während der Berlin-Blockade oder der Kuba-Krise – hatte dieses Spiel stets funktioniert. „Ich weiß, bis wohin ich zu weit gehen darf", scherzte Stalin einmal im Gespräch mit dem britischen Außenminister Anthony Eden.

Doch in der Konfrontation mit dem Araberführer Saddam Hussein schien diese Variante des Abschreckungsprinzips erstmals zu versagen. Wenn der Aggressor nicht noch in letzter Minute mit einem Theatercoup aufwartet und überraschend nachgibt, hätte Bush keine andere Möglichkeit mehr, als Krieg zu beginnen – mit einem Expeditionskorps, das gewaltiger ist als die Invasionsstreitmacht 1944 in der Normandie.

Während die beiden Kontrahenten grimmig-entschlossen auf den Showdown zusteuerten, versuchten diplomatische Vermittler noch in letzter Minute, das drohende Desaster in der explosivsten Region der Welt zu verhindern.

Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar kündigte seine Friedensmission nach Bagdad an, um Saddam doch noch zum Abzug seiner Truppen aus Kuweit zu bewegen. Nachrücken könnten Uno-Kontingente aus neutralen Ländern.

Noch ein zweites Angebot wollte Pérez unterbreiten: Saddam könne nach der Räumung Kuweits mit einer internationalen Konferenz über das Palästinenser-Problem rechnen. Für diese Perspektive hatte sich der Generalsekretär die Zustimmung der Sowjetunion und der EG geben lassen.

Frankreichs Präsident François Mitterrand erklärte, er werde bis zum Mittwoch dieser Woche sechs Uhr früh (wenn um Mitternacht in New York das Uno-Ultimatum abläuft) weiterhin mit Sonderinitiativen nach einer friedlichen Lösung des Golfkonflikts suchen.

Den Irakern hatte der französische Staatschef praktisch zugestanden, was die US-Regierung ihnen beharrlich verweigerte: die Anerkennung, daß es einen Zusammenhang zwischen der Räu-

„Es wäre die Hölle los“

Ein Brand der kuweitischen Ölquellen würde die Ozonschicht auflösen



Ölbrand am Persischen Golf 1980*: „Atomkriegsähnliche Situation“

Wir werden die ganze Region, mitsamt den Ölfeldern, in Flammen setzen“, sprach der Gewaltherrscher Saddam Hussein am 23. September letzten Jahres. Dann gab er Rätsel auf: Er werde „das Licht für Dutzende von Jahren löschen“, ein „bodenloser Abgrund“ werde die Feinde des Irak verschlingen.

Die Rede des irakischen Diktators vor dem Revolutionären Kommandorat in Bagdad wurde kaum beachtet. Die Medien widmeten sich damals dem Spektakel der massenhaften Geiselnahme. Politiker taten Saddams dunkle Sätze als Bramarbasieren ab.

Erst jetzt, kurz vor dem möglichen Ernstfall um Kuweit, erhalten Saddams Andeutungen plötzlich scharfe und bedrohliche Konturen.

In den Ölfeldern des Emirats liegen 94 Milliarden Barrel Öl, das drittgrößte Vorkommen der Erde. Abdullah Toukan, Atomphysiker am Massachusetts Institute of Technology und wissenschaftlicher Berater des jordanischen Königs Hussein, glaubt, daß Saddam die Ölfelder vermint hat und entzünden könnte.

Auf einer Konferenz in London, an der Toukan vorletzten Mittwoch teilnahm, beschrieben Wissenschaftler ein apokalyptisches Szenario. Wenn nur knapp die Hälfte der 1000 kuweitischen Bohrlöcher in Brand stünden, würden täglich drei Millionen Barrel Öl in gefährliche Gase und Ruß verwandelt, hat der Chemiker John Cox berechnet.

Cox geht davon aus, daß der schwarze Schleier zum indischen Subkontinent ziehen und die Entstehung des Monsunregens so stark behindern wird, daß in Pakistan, Indien und Bangladesch die Ernten für eine Milliarde Menschen bedroht sind.

Atmosphärenforscher Crutzen
„Ernteausfall in Europa“

Auch Richard Scorer, Meteorologe am Londoner Imperial College, fürchtet die Ausbreitung der Rußwolke vom Golf: „Sie könnte Bagdad und Bombay zugleich bedecken und in einem Monat um die Welt gelangen.“

Basil Butler, Vorstandsmitglied des englischen Mineralölriesen BP, beschrieb auf dem Kongreß die Schwierigkeiten beim Bekämpfen eines Ölbrands. Weil Rohöl in den unterirdischen Lagerstätten unter hohem Druck steht, jagt es durch die Steigrohre explosionsartig nach oben – es würde die Feuerfontänen über den Bohrlochköpfen permanent nähren.

Butler, der 13 Jahre in Kuweit verbracht hat, geht davon aus, daß die Brände sechs bis neun Monate wüten würden. „Die Welt sollte tatsächlich anfangen, über das Problem nachzudenken“, erklärte Butler.

Als Crux bei den Erörterungen in London erwies sich, daß Computermodelle fehlten, mit denen sich die Wirkungen eines Flammeninfernos um Kuweit simulieren ließen. Chemiker Cox appellierte deshalb an die amerikanische Regierung, unverzüglich solche Kalkulationen vornehmen zu lassen.

Doch die liegen, jedenfalls in Deutschland, schon an kompetenter

* Nach Angriffen des Irak auf die iranischen Raffinerien von Abadan.

Stelle bereit. Am Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie hat der Atmosphärenchemiker Paul Crutzen bereits 1986 eine Computerstudie über Ölbrände erstellt und ausgewertet. Professor Crutzen ging davon aus, daß 300 Millionen Tonnen Öl verbrennen – ein Basiswert, den er im Fall von Kuweit aber höher ansetzt.

Anfang der achtziger Jahre berechnete Crutzen als erster Forscher die Effekte eines nuklearen Winters – mit kilometerdicken Aschewolken und monatelanger Finsternis als Folgen eines atomaren Krieges.

Wenn Saddam Hussein den Ölreichtum von Kuweit abfackelt, rechnet Crutzen mit einem ähnlichen globalen Desaster: „Das ergibt eine atomkriegsähnliche Situation."

Als Berechnungsgrundlage dient Crutzen diesmal das Abbrennen von zehn Millionen Barrel (1,6 Millionen Tonnen) Öl pro Tag – eine Größe, von der auch König Husseins Berater Abdullah Toukan ausgeht. Insgesamt würden dabei täglich 100 000 Tonnen Ruß aufsteigen.

Die schwarzen Partikel würden vom Wind so rasch und gleichmäßig verteilt, daß die Wolke täglich eine Million Quadratkilometer größer wird. „Wahnsinn", sagt Crutzen, „es wäre die Hölle los." Und das nicht nur am Persischen Golf und auf dem indischen Subkontinent: Crutzen befürchtet, daß der dunkle Teppich einen großen Teil der nördlichen Halbkugel bedeckt und einen Temperatursturz von durchschnittlich zehn Grad bewirken wird.

„Das bedeutet einen Ernteausfall auch in Europa", nimmt Crutzen besorgt an, „weite Gebiete würden unbewohnbar." Weil sich ein Teil der Partikel mit größeren verbindet, würden aus der Wolke Rußflocken herabschneien.

Es kommt aber noch schlimmer: Weil das Sonnenlicht die Bestandteile der gigantischen Wolke – neben Ruß vor allem das klassische Treibhausgas Kohlendioxid – erwärmt, steigen diese bis in die Stratosphäre auf. Dort beginnt laut Crutzen ein fataler Effekt.

Die Rußteilchen und Gase erwärmen die Stratosphäre und lösen die schützende Ozonschicht auf. Bis zu 60 Prozent des Ozons, schätzt Crutzen, gingen verloren.

Das weitere Geschehen wäre bizarr. Obwohl die dunkle Wolke das sichtbare Licht teilweise absorbiert, wird durch den Ozonverlust mehr unsichtbare ultraviolette Strahlung auf die Erde gelangen. Crutzen beschreibt das so: „Draußen ist es dunkel, aber niemand darf hinaus."

Vorigen Mittwoch hat der Forscher einen Appell an Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar gerichtet. Weil die Umwelt „in einem immens großen Gebiet" bedroht sei, solle er alles tun, um den Frieden am Golf zu erhalten.

mung Kuweits und einer internationalen Nahostkonferenz geben müsse. Als „Aufgeschlossenheit und Festigkeit" beschrieb Mitterrand seine schwierige Doppelstrategie, den Irakern einen ehrbaren Rückzug zu eröffnen, ohne die Solidarität mit den USA aufzukündigen.

Ausgelöst wurden die fieberhaften Aktivitäten der Friedenssucher durch den Schock, den das Scheitern des Treffens zwischen Tarik Asis und US-Außenminister James Baker am vorigen Mittwoch in Genf bewirkt hatte. Es war das erste Mal seit der Kuweit-Invasion vom 2. August, daß Amerikaner und Iraker direkt miteinander redeten, und es schien einer zwischen Spannung und Entsetzen hin- und hergerissenen Weltöffentlichkeit zugleich die letzte Chance, doch noch die Schrecken eines Krieges zu vermeiden.

Aber statt Entwarnung zu bringen, verschärfte die Begegnung die Kriegsgefahr; sechs Stunden lang redeten die beiden Spitzendiplomaten aneinander vorbei. Nach dem Fehlschlag war der französische Außenminister Roland Dumas so entmutigt, daß er nur noch „schwarze Wolken am Horizont der Welt" sah.

Am Umgang miteinander habe es nicht gelegen, beschrieb hernach der sichtlich enttäuschte Baker die Atmosphäre: „Wir haben weder auf den Tisch gehauen noch uns angeschrien."

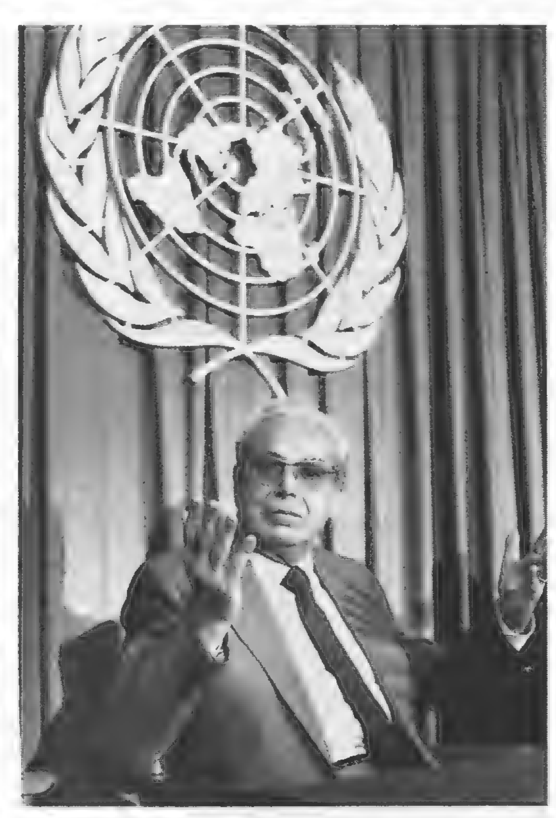
Doch wie Baker, der von vornherein Verhandlungen und Kompromisse ausgeschlossen hatte und nur nach Genf gereist war, um dem Abgesandten aus Bagdad persönlich die amerikanische Forderung nach einem irakischen Abzug ohne Vorbedingungen vorzutragen, blieb auch Tarik Asis in der Sache unnachgiebig: Nicht ein einziges Mal, unterstrich in Washington ein verärgerter George Bush den Mißerfolg der Genfer Mission, habe der Iraker einen Abzug aus Kuweit auch nur als Möglichkeit angesprochen.

Statt dessen verbarrikadierte sich Asis hinter der Forderung nach einer umfassenden Nahostkonferenz, bei der alle Probleme der Region, von Kuweit über Palästina bis hin zum Libanon, aufgegriffen werden müßten. Sollten die USA eine solche Konferenz verweigern, werde der Irak in den Krieg ziehen und Israel „selbstverständlich" sofort beim Ausbruch von Kampfhandlungen angreifen.

Daß die Iraker nicht gewillt waren, „wie eine Nation von Underdogs behandelt zu werden", führte der Abgesandte in Genf mit einer spektakulären Geste vor: Einen Brief George Bushs an Saddam Hussein, in dem der Präsident hart und direkt die militärischen und politischen Folgen eines Krieges für den Irak beschrieb, wies Asis zurück.

Das Schriftstück, befand der irakische Außenminister nach aufmerksamem Lesen einer Kopie, sei in unverschämtem Ton gehalten: „Die Sprache dieses Briefes entspricht nicht den Regeln, an die sich Staatsoberhäupter im Umgang miteinander halten sollten." Sicherheitshalber steckte er die Zweitschrift trotzdem ein.

Mit dem Debakel von Genf war eingetreten, wovor der geschmeidige James Baker sich gefürchtet hatte: Erfolglos hatte der Außenminister in Washington für ein konzilianteres Schreiben plädiert. Doch sein Vorschlag, nach einem harten ersten Absatz versöhnlichere Töne anzuschlagen, war vom Weißen Haus abgelehnt worden – nur eine von mehreren Niederlagen, die der erfolgsgewohnte Baker in jüngster Zeit hinnehmen mußte.



Vermittler Pérez de Cuéllar
Uno-Truppen nach Kuweit?

Seit Beginn der Krise am Golf hatte er seinen Freund Bush gewarnt, sich nicht mit vorschnellen Entscheidungen festzulegen. Mit sichtlichem Unbehagen verfolgte der Außenminister, wie der Präsident die militärische Eskalation am Golf fast stoisch vorantrieb; kopfschüttelnd reagierte er im Kreis engster Ver-

trauter auf Bushs persönliche Ausbrüche gegen Saddam Hussein. In 17 Jahren Ehe, beschrieb Susan Baker den Streß des Gatten, habe ihr Mann, „der besser schläft als jeder andere Mensch auf der Welt“, noch nie so schlecht geschlafen wie in den letzten Wochen.

Auch für viele Kongreßabgeordnete verkörperte Baker die letzte Hoffnung auf eine diplomatische Lösung. Sein Scheitern zwang die Parlamentarier Ende letzter Woche in eine Debatte über Krieg und Frieden, die sie lieber vermieden hätten, um das Risiko eines Fiaskos nicht mit dem Präsidenten teilen zu müssen.

Sowohl der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas Foley, als auch George Mitchell, der demokratische Mehrheitsführer im Senat, hätten es zunächst lieber bei Sanktionen gegen den Irak belassen und einen Kriegsbeginn möglichst lange hinausgezögert.

Da kam die Genfer Pleite Bush höchst gelegen, um die Zauderer zur Solidarität zu zwingen. „Wenn wir uns hinter die Vereinten Nationen und den Präsidenten stellen, wird das Saddam Hussein überzeugen, daß er aus Kuweit abziehen muß“, versuchte der republikanische Senator John Warner die demokratische Opposition unter Druck zu setzen.

Sogar die Angst, als unpatriotisch gebrandmarkt zu werden, wenn sie dem Präsidenten so kurz vor Ablauf des Ultimatums die Gefolgschaft verweigerten, hielt viele widerstrebende Kongreßmitglieder nicht davon ab, gegen die Kriegspolitik zu stimmen: Bis zum Wochenende blieb unsicher, ob Bush wirklich eine deutliche Mehrheit im Kongreß bekommen würde.

Dennoch schien sich der Präsident kurz vor dem Endziel einer Politik zu befinden, die er über fünf Monate hinweg systematisch verfolgt hatte.

Klar wie selten hatte der sonst so vorsichtige Bush von Anfang an seine Entschlossenheit demonstriert, Saddam notfalls mit Gewalt aus Kuweit zu vertreiben. Schon kurz nach dem irakischen Überfall auf Kuweit legte sich Bush in seinen Entscheidungen so fest, daß ein militärisches Eingreifen unausweichlich näherrückte, je länger der Iraker sich weigerte, seine Beute wieder herauszugeben. Kritiker wie der Kolumnist William Pfaff warfen dem Präsidenten vor, er, nicht Saddam Hussein, sei derjenige, über dem sich die „Sandfalle“ schließe.

Den Widerstand gegen den Aggressor wertete er zum Kreuzzug auf: Seit dem Zweiten Weltkrieg, so der Präsident, habe es nichts von vergleichbarer moralischer Bedeutung gegeben.

Die Entscheidung, gegen Hussein mehr Soldaten an die Front zu werfen, als die Amerikaner zu Zeiten des Kalten Krieges in Europa stationiert hatten, machte die „Sackgasse“ (*The New Yorker*) deutlich, in die Bush sich manövriert hatte, falls Saddam nicht nachgeben würde: Der Präsident stand vor dem Dilemma, sein Expeditionskorps schnell angreifen oder alsbald wieder abrücken zu lassen.

Vor dem Kongreß und der eigenen Öffentlichkeit mußte Bush in dieser Situation beweisen, daß auch er auf eine friedliche Lösung des Konflikts hinarbeite: Er lud Bagdad zu direkten Gesprächen mit der US-Regierung ein.

Ganz ernst konnte das Angebot nicht gemeint gewesen sein, denn er hatte dabei seinem Gegner Zusicherungen gegeben, die er später nicht einlösen mochte. So wollte Bush ursprünglich mit den Irakern „alle Aspekte der Golfkrise erörtern“, in Genf durfte sein Außenminister nur noch die „amerikanische Entschlossenheit“ zum militärischen Einsatz vortragen. Die Begegnung verkam am Ende zur reinen Alibiveranstaltung, zum angeblichen Beweis, daß Bush tatsächlich eine „Extrameile für den Frieden“ gegangen sei.

Ein wirklich ernsthafter Versuch, den Krieg zu vermeiden, hätte nach Ansicht von Diplomaten in Bagdad einen Besuch Bakers in der irakischen Hauptstadt vorausgesetzt, um Saddam „Auge in Auge“ zum Verzicht auf Kuweit zu bewegen. In Genf habe Baker nur „mit dem Affen statt mit dem



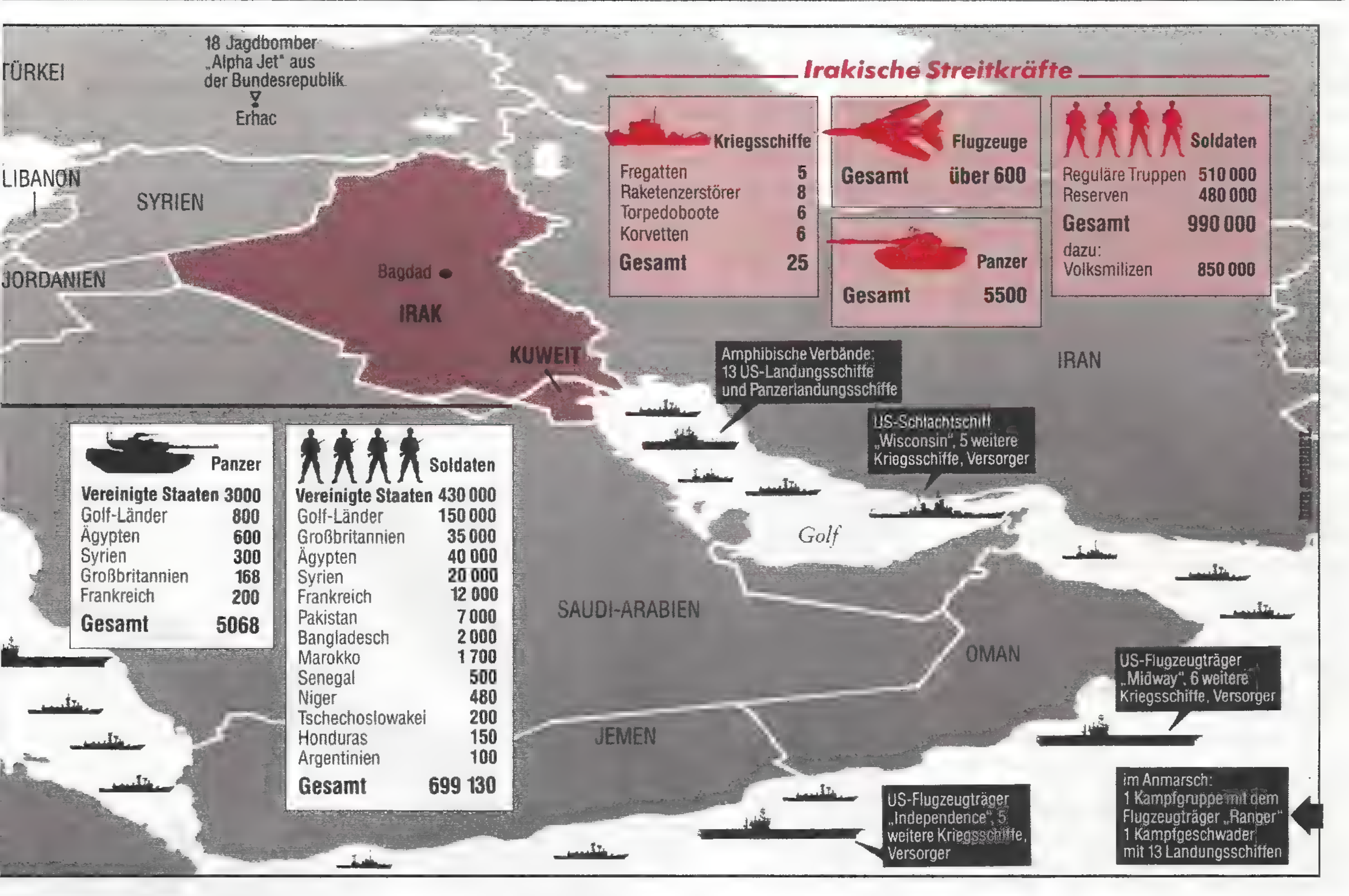
Drehorgelspieler“ gesprochen, klagte der Kongreßabgeordnete Les Aspin.

Das Treffen im Genfer Hotel Intercontinental war noch nicht zu Ende, da setzte Bush bereits eine Ermächtigung zur Kriegswirtschaft in Kraft, damit „die Vereinigten Staaten ihre Ressourcen so schnell wie möglich mobilisieren können“.

So wie Verteidigungsminister Richard Cheney es „im Interesse der nationalen Sicherheit“ für erforderlich hält, muß die Zivilwirtschaft nunmehr mit absolutem Vorrang das Militär beliefern. Grundlage dafür bilden Gesetze, die seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr angewendet wurden.

Zudem kündigte Pentagon-Chef Cheney an, er werde den Präsidenten bitten, Phase zwei der amerikanischen Mobilmachung einzuleiten. Eine Million Reservisten könnten die Militärs dann zwei Jahre lang unter Waffen halten.

Gerade von der Arbeit hinter der Front, wo die meisten Reservisten eingesetzt sind, hängt der Erfolg oder Mißerfolg der amerikanischen Militärmission in Saudi-Arabien weitgehend ab: Nachschubkolonnen müssen Tag für Tag viele hundert Tonnen Verpflegung und Munition nach vorn schaffen, Fachleute an Pumpen und Filteranlagen für die 70 Liter Wasser sorgen, die jeder GI pro Tag im Schnitt verbraucht,



Ärzte und Pfleger in Feldlazaretten Verwundete versorgen und Chemiewaffen-Experten die Fronttruppen vor den Auswirkungen von Saddams tödlichen Giftwaffen schützen.

Praktisch sämtliche Militärpolizisten der Reserve werden für die Bewachung von Kriegsgefangenen bereitgehalten. Bis zu 200 000 Iraker, so spekulierten Militärplaner vorige Woche, würden freiwillig überlaufen oder in schnellem Zugriff überwältigt werden.

Sondereinheiten, welche die Leichen der Gefallenen registrieren sollen, sind auch schon eingerückt. Um sie auf Schockerlebnisse vorzubereiten, wurden die Todesbuchhalter vor dem Einsatz zu Obduktionen abkommandiert.

Der Rückgriff auf so unerwartet viele Reservisten verstärkte indes auch den innenpolitischen Druck auf George Bush. Um die wachsende Verunsicherung rasch zu beenden, ist der Präsident nach seinem gigantischen Aufmarsch in der Wüste nun zu schnellem Handeln gezwungen. Zwar versicherte er in der vergangenen Woche: „Der 15. Januar ist kein Stichtag für unsere Truppen." Gleichzeitig rückten aber in der saudiarabischen Wüste alliierte Soldaten in Angriffsstellungen nahe der kuweitischen Grenze vor.

Zum Sturm würden sie allerdings erst nach einer Luftschlacht antreten, für die es in der Kriegsgeschichte kein Beispiel gibt. Oberst Harry Summers vom Army War College in Carlisle (Pennsylvania) erläuterte ausführlich den wahrscheinlichen Verlauf einer Offensive, die ziemlich bald nach Ablauf des Uno-Ultimatums am 15. Januar mit einem Nachtangriff beginnen könnte.

„Decapitation", ein Enthauptungsschlag gegen Führungszentren und Fernmeldeeinrichtungen, „Saddam Husseins Augen und Ohren", würde Aufgabe der ersten Bomberstaffeln sein. Möglich, daß schon nach dieser ersten Runde der Kampf vorbei wäre, denn mit ihr würde auch „die Jagd auf Saddam" eröffnet, wie ein anderer Stratege mitteilte. Fiele der Diktator in seinem Hauptquartier etwa einer der 500 Cruise Missiles zum Opfer, mit der die Navy schon in den ersten Kriegsstunden Ziele tief im Irak metergenau treffen will, könnte der irakische Widerstand wenig später zusammenbrechen.

Mißlänge dieser Gewaltschlag jedoch, würden knapp 1800 Kampfflugzeuge der Alliierten pausenlose Vernichtung aus der Luft bringen: Raketenstellungen, Flughäfen, Luftverteidigungsstellungen, Waffendepots, Nachschublager, Rüstungsfabriken, Truppenansammlungen und die viele hundert Kilometer langen Frontbefestigungen sollen mit Bomben und Bordraketen zertrümmert werden. Allein für die ersten zehn Kriegstage haben Experten bis zu 20 000 Luftangriffe gegen den Irak errechnet.

Washingtons Strategen sehen gleich mehrere Vorteile einer solchen Operation:

▷ Der Kampf gegen Saddam könnte bereits in dieser Woche beginnen, obwohl die US-Armee erst Anfang Februar drei weitere gepanzerte Divisionen aus Süddeutschland in Angriffsstellungen gebracht haben wird.

▷ Die amerikanischen Verluste im Luftkrieg – Experten befürchten, daß bis zu 100 Flugzeuge verlorengehen könnten – wären weit niedriger als bei einem Frontalangriff von Bodentruppen gegen die gutausgebauten Stellungen der Iraker in Kuweit.

▷ Die Luftschlacht könnte jederzeit unterbrochen werden, um neuen Spielraum für diplomatische Lösungen zu eröffnen – ein Vorteil, den Paul Nitze, jahrzehntelang einer der führenden Militärpolitiker in den USA, besonders herausstrich.

Der pensionierte Admiral William Crowe, ranghöchster US-Soldat unter Präsident Ronald Reagan, rechnete mit einer Luftschlacht, die bis zu sechs Wochen dauern könnte. Erst danach, wenn Bagdad immer noch nicht einlenken sollte, würden die Panzerkolonnen der weit über 600 000 Soldaten zählenden

Eingreiftruppe vorrücken – unterstützt von amphibischen Landungen und einem Flankenangriff durch den Südirak, wie Oberst Summers meint.

Selbst nach einem Dauerbombardement von mehreren Wochen werde das „keine leichte Schlacht“, warnte Summers, der selber einen Sohn bei den Truppen in Saudi-Arabien hat: „Unser ganzes Land sollte besorgt sein.“

Die Zahl der Opfer dürfte in die Tausende gehen. Nach ausführlichen Computeranalysen bestellten die Militärbürokraten exakt 16 099 „body bags“, gummierte Stoffsäcke für Leichen oder „Beutel für menschliche Überreste“, wie es in der Pentagon-Sprache heißt. Liefertermin: 1. März.

Da die Amerikaner, wie Saddam Hussein glaubt, vor hohen Verlusten zurückschrecken, legte der Iraker seine gesamte Strategie darauf aus, einen Erstschlag aus der Luft zu überleben und danach einen langwierigen Abnutzungskrieg zu führen. Nur so könnte er einen Waffenstillstand erzwingen – der für ihn einem politischen Triumph gleichkäme.

Er werde in jedem Fall kämpfen, erklärte Saddam vor einer algerischen Delegation in Bagdad, „denn ich habe zwei Optionen: von amerikanischen Bomben getötet zu werden oder von irakischen Offizieren. Im ersten Fall bin ich ein Märtyrer, im zweiten ein Verräter. Wenn ich mich bedingungslos aus Kuweit zurückziehe, muß ich sicherlich mit dem zweiten Szenario rechnen“.

Mit seinem Widerstand gegen die Großmacht USA ist der Araber schon jetzt seinem erklärten Lebenstraum, als Nachfolger des Ägypters Gamal Abd el-Nasser den lange verwaisten Thron des panarabischen Führers zu erobern, ein gutes Stück nähergerückt.

Je länger der Herrscher vom Euphrat der Supermacht USA trotzen könnte, um so unaufhaltsamer wäre sein Aufstieg zum arabischen Volkshelden. Ein Schlagabtausch mit Amerika, der nicht mit seiner totalen Vernichtung endete, würde ihn vollends zu Überlebensgröße erheben.

Schon jetzt ist Saddam Hussein für die arabischen Völker ein strahlendes Symbol, in das sie ihre Hoffnungen und Rachewünsche hineinprojizieren.

Die ohnmächtige Wut über die Demütigungen durch Israel, der Zorn auf dessen Schutzherrn, die USA, die Verbitterung über den ungerecht verteilten Ölreichtum – alle diese Gefühle bündelte der Iraker zu einer einzigen großen Geste der Herausforderung, die Hunderttausende von Arabern schon deshalb begeisterte, „weil sie sonst nichts zu verehren und zu respektieren haben“, so der palästinensische Professor Edward Said, der an der New Yorker Columbia University lehrt.

Nur fünf Tage nach der Invasion Kuweits hatte Saddam Hussein der Nation in einer Rede eine neue „Epoche des Stolzes und des Aufstiegs“ verheißen: „Das Licht wird die Finsternis vertreiben, der Himmel über der arabischen Heimat wird sich nicht mehr verdunkeln, die Unterwerfung unter die Fremden wird schwinden.“

„Saddam, du bist unser neuer Nasser“, schallten da die Jubelgesänge nicht nur aus den Palästinenserlagern in den besetzten Gebieten. Vom Libanon bis in den nordafrikanischen Maghreb meldeten sich Freiwillige, um an Saddams Seite gegen die westlichen Heerscharen in den Kampf zu ziehen.

Weit mehr noch als die Lichtgestalt Nasser setzte sein Epigone Saddam Hussein auf die Verquickung von Politik und Gewalt, um die Vorherrschaft im Nahen Osten zu erringen. Saddam sei ein Kämpfer, der psychologisch in einem anderen Zeitalter lebe, in dem Krieg nach wie vor als Instrument der ersten Wahl gelte, schrieb der US-Kolumnist Jim Hoagland: „Für ihn ist das Gespenst des Krieges eine Hilfe, nicht ein Problem.“

Die rücksichtslose Entschlossenheit, mit der Saddam Hussein Gegner und Hindernisse aus dem Weg zu räumen pflegt, könnte den irakischen Diktator befähigen, die Kräfteverhältnisse in der Krisenregion auf Dauer zu verändern. Wenn Saddam unbesiegt überlebe, fürchtet etwa der ägyptische Publizist und ehemalige Nasser-Berater Mohammed Hassanein Heikal, „kann er die arme und entwurzelte Bevölkerungsmasse der arabischen Welt auf seine Seite bringen und eine revolutionäre Entwicklung herbeiführen, wie sie diese Region bislang noch nicht kannte“.

Wenn es zum Kampf kommen sollte, prophezeite Saddam Hussein denn auch folgerichtig vergangenen Montag, dann würde der Krieg nicht nur im Irak, „sondern im gesamten arabischen Vaterland“ geführt werden. Und er könnte, das fürchten auch Bushs arabische Verbündete, die Machtstrukturen am Golf erschüttern und die herrschenden Feudalclans stürzen.



Amerikanische Flugabwehrraketen, Kampffliegergeschwader der Marineinfanterie



US-Truppen bei Manöver in Saudi-Arabien:

nach dem Auftanken: „Jagd auf Saddam"



„Keine leichte Schlacht"

Der Iraker setzte darauf, daß eine Attacke auf seinen „Heldenstaat" Aufstände der Volksmassen auslösen könnte, die Bushs begrenzten Krieg in einen Flächenbrand der gesamten Region verwandeln würden. Die Saudis zum Beispiel müßten eine Rebellion unter den schiitischen Ölarbeitern im Osten des Landes befürchten, die Israelis eine unkalkulierbare Reaktion in den besetzten Gebieten. Der Judenstaat, der ohnedies in größter Gefahr schwebt, in den Konflikt hineinverwickelt zu werden, müßte an zwei Fronten kämpfen.

„Irak und Palästina repräsentieren einen gemeinsamen Willen", drohte PLO-Chef Jassir Arafat. „Nach der großen Schlacht, so Gott will, werden wir gemeinsam in Jerusalem beten."

Arafats Anbiederung an den „gefährlichsten Mann der Welt" (*Newsweek* über Saddam) sollte seinem Volk neuen revolutionären Schwung verpassen, wie der PLO-Chef wohl hoffte. Denn der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten drohte in den vergangenen Monaten zu erlahmen, die Intifada der Kontrolle der Arafat-Organisation gänzlich zu entgleiten: Funktionäre der fundamentalistisch-islamischen Untergrundorganisation „Hamas" hatten die Leitung der Erhebung an sich gerissen, Arafat mußte um seine Führungsposition bangen.

Die ist gefährdet wie nie zuvor. Innerhalb der PLO formieren sich die Kräfte, die ihm vorwerfen, die Palästinenser „auf ein Abstellgleis" manövriert zu haben. Die Solidarisierung mit dem Irak habe die PLO auf alle Zeit als akzeptablen Verhandlungspartner für die USA und Israel disqualifiziert. „Arafat", so ein hoher PLO-Funktionär, „hätte niemals alle Eier in den irakischen Korb legen dürfen."

Für den Fall, daß Saddam Hussein geschlagen werden sollte, ist in der PLO schon ein Nachfolger für den verschlissenen Arafat ausersehen: sein Stellvertreter Abu Ijad, Sicherheitschef der Palästinenserorganisation.

Noch ein anderer Araberführer dürfte zum Opfer der Golfkrise werden: Jordaniens König Hussein, 55. Weit über 20 Attentate und Verschwörungen hat der Monarch unbeschadet überstanden, seit er 1953 den Haschemiten-Thron bestieg. Doch jetzt scheint den zwischen die Fronten geratenen König das Glück verlassen zu haben. Als Hussein vergangenen Dienstag in Bonn mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher konferierte, wirkte er „gehetzt, verängstigt und müde" (so ein Genscher-Beamter).

„Allah schütze uns, wenn der Krieg ausbricht", klagte ein Mitglied der jordanischen Delegation in Bonn, „er wird zuerst uns vernichten." Egal welchen Kriegsverlauf die Jordanier sich ausdenken – für ihren Wüstenstaat, dessen Bevölkerung zu über 70 Prozent aus Palästinensern besteht, sieht er immer gleich schlecht aus. Falls irakische Truppen in Jordanien einmarschierten, wäre das für Israel der sichere Casus belli. Verteidigungsminister Mosche Arens: „Israel wird dies nie zulassen." Und wenn irakische Raketen Tel Aviv träfen, müßte Israel durch jordanischen Luftraum fliegen, um zurückschlagen zu können.

Von einer palästinensischen Delegation in Bagdad auf dieses Szenario angesprochen, reagierte Saddam Hussein



Deutsche Piloten, Alpha Jet auf der türkischen Luftwaffenbasis Erhac: „Militärisch bedeutungslos“

„Ihr holt uns den Krieg ins Haus“

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über den deutschen Beitrag zur Verteidigung der Türkei

Am 27. August 1917 schrieb General Erich von Falkenhayn, des Kaisers Minusmann von Verdun, irgendwo weit hinten in der Türkei in sein Tagebuch: „Wenn ich wüßte, wie ich hier anständig fortkäme ... wäre ich längst auf der Heimreise.“

Falkenhayn hatte von Kaiser Wilhelm II. den Auftrag, Bagdad zu erobern. Doch er hat seinen Auftrag nie erfüllt. Das lag im wesentlichen an der Übermacht der britischen Irak-Armee, an der schlechten Verpflegung und an der durch Proviantmangel stark eingeschränkten Kriegsverwendungsfähigkeit der türkischen Verbündeten.

Der „tägliche türkische Fraß“ und der „fehlende Gemeinsinn des Orientalen“ untergruben auch die Kampfmoral des deutschen Asienkorps. Einige seiner Soldaten, so klagte Falkenhayn, seien schon „vollkommen vertürkt“.

Die deutsche Konquista zog sich schließlich ganz sang- und klanglos aus dem Nahen Osten zurück. Bagdad blieb unerobert.

Diesmal ist alles anders. Die 270 Luftwaffensoldaten vom Jagdbombergeschwader 43 aus Oldenburg, die im ostanatolischen Fliegerhorst Erhac Stellung bezogen haben, sind nicht von Vertürkung bedroht. Sie sollen nichts erobern und brauchen auch nicht von Türkenfraß zu leben. Alles, was sie und ihre 18 mitgebrachten Alpha Jets zum Funktionieren benötigen, kommt per Luftbrücke aus Deutschland: Ersatzteile, Munition, warme Socken aus Volksarmeebeständen, dazu jeden Tag 300 *Bild*-Zeitungen. Für die Versorgung seines Expeditionskorps mit Material und Verpflegung hat das Bonner Verteidigungsministerium 60 Transall-Flüge veranschlagt.

Die matte Schlagkraft der fliegenden Truppe hält freilich keinen Vergleich mit ihrer glänzenden Logistik aus. „Lachhaft, daß wir uns von so was verteidigen lassen sollen“, sagt Ilnur Çevik, Chefredakteur der *Turkish Daily News*. Es sei wohl eher umgekehrt: „Die Deutschen müssen noch von unseren Boys verteidigt werden, wenn es zum Knall kommt.“

Einstweilen müssen sie nur gegen die Demonstranten verteidigt werden, die von den Ortsgruppen der Linksparteien gegen sie mobilisiert wurden. „Geht nach Hause, ihr holt uns den Krieg ins Haus“, stand auf Transparenten, die eine Gruppe von Anti-Kriegs-Aktivisten aus Antalya mitgebracht hatte. Die Adressaten kriegen von dem Protest nichts mit. Sie leben in Unterkünften des Luftwaffenstützpunktes oder in einem streng nach außen abgeschirmten Armee-Hotel. Die deutschen Alpha Jets gelten bei den türkischen Militärs als Spielkram. Mit ihrer Spitzengeschwindigkeit von 991 Stundenkilometer könnten sie gerade eben einen Lufthansa-City-Jet abhängen. Gegen eine MiG-29 hätte ein Alpha Jet kaum mehr Chancen als Försters Waldi gegen einen Pitbull. Das Londoner „Institut für Strategische Studien“ urteilt über den Einsatz der deutschen Flieger in der Türkei kategorisch: „Ohne militärische Bedeutung.“

Nun ja, so gesehen sei das nicht ganz unrichtig, verlautbart der Luftwaffenattaché der deutschen Botschaft in Ankara, Oberstleutnant Dierk-Peter Merklinghaus. Aber für den Luftkampf sei der Alpha Jet ja auch gar nicht ausgelegt. „Er soll die Bodentruppe in der Abwehr von Panzern und Kampfhubschraubern unterstützen, sonst nichts.“ Es ist aber nicht gewährleistet, daß die Kollegen von drüben das auch wissen und sich entsprechend rücksichtsvoll verhalten.

Die Bonner Low-level-Strategen halten gleichwohl die Alphas noch immer für zu provokant. Deshalb legt das Verteidigungsministerium Wert auf die Feststellung, daß sie nicht 430 Kilometer Reichweite hätten, wie die Piloten behaupten, sondern bei voller Zuladung nur 250 Kilometer. Signal an Bagdad: Nichts für ungut, die schaffen es niemals bis zur irakischen Grenze. Rät-

selhaft, warum sich Ankara mit dem „schießschüchternen Deutschland“ (so die *Daily News*) noch darüber streiten muß, ob die deutschen Flieger ihrem Minister oder dem 6. Alliierten Taktischen Luftwaffenkommando in Izmir unterstellt sind.

Die Umfragen der großen Zeitungen in Istanbul und Ankara lassen keinen Zweifel: Beim Volk ist der Einsatz der Nato-Europäer unpopulär. Und zwar quer durch die ganze soziale Landschaft. Güllül Tarakçi, Hausgehilfin in Ankara und Mutter von drei Kindern: „Warum sollen wir in einen Krieg ziehen, obwohl uns kein Feind bedroht?“ Physiotherapeutin Ayşe Temiz: „Dieser Mann da oben hat ein zweites Herz in seiner Brust, soviel Maßlosigkeit paßt nicht in ein einziges Herz allein. Ich möchte ihn strecken und quetschen.“ Der Mann da oben, Staatspräsident Turgut Özal, sagt, er tue nur seine Pflicht als loyaler Verbündeter. Doch seine Bündnistreue ist so offensiv, daß auch seine Parteifreunde weiterreichende Absichten dahinter vermuten. Sie glauben, daß er Goodwill für den Tag danach aufbauen will.

Staatsgründer Kemal Atatürk hat 1923 den großosmanischen Gedanken zwar ein für allemal begraben. Was in Vergessenheit geraten ist: Seine kleintürkische Lösung schloß seinerzeit auch den heutigen Norden des Irak mit ein. Er mußte sich nur einschränken, weil damals die Raumordnungspläne von den Kolonialisten gemacht wurden.

Turgut Özal hat es nicht vergessen. Er würde gern den kleinen Schönheitsfehler am Erbe Atatürks mit einem operativen Eingriff ins nahöstliche Kataster korrigieren, wenn die Amerikaner, wie er neulich sagte, „den Irak auslöschen“ und Saddam Hussein dann „platzt wie ein Ballon, in den man eine Nadel sticht“.

Turgut Özal hat sein Feld bestellt. Er hat eine ganze Kette von Dörfern an der Südgrenze evakuieren und in der Grenzprovinz Hakkâri 20 Feldhospitäler in Stellung bringen lassen. Er macht als einer von ganz wenigen Spitzenpolitikern der Region den Eindruck, als habe er ein klares Konzept. Kein gutes, aber ein klares Konzept. Wenn der Siegerfrieden von Bagdad geschlossen wird und wenn die Machtverhältnisse im ganzen Nahen Osten ganz neu geordnet werden, dann will er zu den Siegern gehören. Özal setzt auf Krieg. Sein Credo: „Wo nur Falken sind, können wir allein nicht Taube sein.“

Die Ausländer in der Türkei sehen die Sturmzeichen gelassen. Die deutsche Schule in Ankara hat für den 9. Februar zu einer großen Karnevalssitzung geladen. Motto laut Aushang: „Ankara, wie es singt und lacht.“

mit kalter Illusionslosigkeit: „Der Sturz der Monarchie wäre nicht tragisch. Herrscher kommen und gehen, das Volk bleibt.“

Israel würde das Chaos des Krieges nutzen, so fürchten Hussein-Getreue in Amman, um „über kurz oder lang“ alle Palästinenser aus den besetzten Gebieten nach Jordanien zu treiben – getreu der Überzeugung der israelischen Rechten, daß es ohnehin schon heute einen palästinensischen Staat gebe: Jordanien.

Der israelische Super-Falke und umstrittene Kriegsheld Ariel Scharon, der seit Jahren diese Lösung propagiert, sähe darin „eine echte Chance für den Frieden“, denn: „Es ist leichter, mit einem bereits existierenden Staat über gemeinsame Grenzen zu verhandeln als mit einem Volk, das gar keinen Staat hat.“

Vor der Gefahr so fundamentaler Veränderungen im Nahen Osten ist Bushs eigentliches Kriegsziel – die Wiederherstellung Kuweits unter dem Emir – fast schon zur Nebensächlichkeit verblaßt.

„Weder Krieg noch eine diplomatische Lösung in letzter Minute werden die tiefer liegenden Fragen lösen können, die uns zu diesem düsteren Rendezvous in der Wüste geführt haben“, schrieb Roger Morris, Mitglied des US-Sicherheitsrats unter den Präsidenten Johnson und Nixon.

Am Golf könne Bush allenfalls einen „Pyrrhussieg“ erringen, weil ein Niederwerfen Husseins weder den „anachronistischen israelisch-palästinensischen Konflikt“ lösen werde noch die Region auf Dauer von machtgierigen Tyrannen befreien könne; an Saddam Husseins Stelle würden schon bald die Syrer oder der Iran treten, die USA müßten sich neuen Herausforderern stellen – in einem womöglich endlosen Teufelskreis von militärischen Expeditionen.

Schon jetzt mußte sich der US-Präsident darauf gefaßt machen, daß der Haß auf die Amerikaner den Terrorismus im Nahen Osten neu entfachen würde.

In seinen Kriegsplänen setzte Saddam Hussein auch auf „Kämpfer und Streiter, die überall zuschlagen“ und „alle Verräter zur Strecke bringen“ können: Islamische Guerillas sollen im Kriegsfall überall auf der Welt Einrichtungen der USA und ihrer Verbündeten attackieren. Nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste hielten sich im vergangenen Sommer 1400 aktive internationale Terroristen in Bagdad auf, doppelt so viele wie im Jahr davor.


The Independent, London

Einer ihrer Veteranen, der Palästinenser Abu Abbas, der 1985 verantwortlich für die Entführung des Kreuzfahrtschiffes Achille Lauro gewesen war, verkündete den „täglichen Kampfauftrag“: „Feuer frei auf den amerikanischen Feind, wo immer er anzutreffen ist.“

Präsident Bush warnte seinen irakischen Gegenspieler: „Ich werde Saddam Hussein für Terrorakte direkt verantwortlich machen.“ Doch der, die eigene Auslöschung betreibend, fühlte sich durch den Zorn des US-Präsidenten wie geadelt. Dem palästinensischen Terroristenführer Georges Habasch vertraute er an: „Es ist nicht Kuweit, das die Amerikaner wollen. Sie wollen mich. Ich bin der Geist der Herausforderung. Aber ich sage ihnen: Bevor ihr mich freßt, fresse ich euch.“

„Die Iraker werden überschätzt“

SPIEGEL-Interview mit General Aharon Jariv über Israel und den Konflikt am Golf

Jariv, 70, leitet das Zentrum für Strategische Studien an der Universität von Tel Aviv und war von 1964 bis 1972 Chef des militärischen Geheimdienstes.

SPIEGEL: General Jariv, haben Sie eine Gasmaske zu Hause?

JARIV: Selbstverständlich. Aber nur, wie wir auf jiddisch sagen: „Af nicht zu bedarfen.“ Ich hoffe, daß ich sie nicht brauche und daß es nicht zum Krieg kommt.

SPIEGEL: Trotz der martialischen Reden in Bagdad und Washington?

JARIV: Für die beiden Kontrahenten in der Golfkrise, US-Präsident Bush und Iraks Saddam Hussein, geht es letztlich um ihr politisches Überleben. Beide brauchen einen ehrenhaften Ausweg. Bedenklich ist allerdings, daß Bush nicht zu wissen scheint, wie er mit Saddam Hussein reden muß. Mit jeder neuen Äußerung trägt er zum Gesichtsverlust Saddams bei. Deshalb gibt es bisher keinen Dialog zwischen dem Weißen Haus und dem Despoten von Bagdad.

SPIEGEL: Saddam Hussein hat angekündigt, seine Raketen zuerst auf Tel Aviv abzufeuern, wenn die US-Truppen ihn angreifen. Wie groß ist die Gefahr für Israel, in die drohende militärische Konfrontation verwickelt zu werden?

JARIV: Ein schneller Erstschlag der USA könnte vielleicht verhindern, daß Saddam seine Raketen abfeuert – wenn es den Amerikanern gelingt, die Abschußbasen zu zerstören.

SPIEGEL: Wäre für Israel eine Lösung des Golfkonflikts annehmbar, die nicht mit der völligen Vernichtung der irakischen Kriegsmaschinerie endet?

JARIV: Ich könnte mir durchaus Verhandlungen über eine nahöstliche Sicherheitsordnung vorstellen, in denen Israel einen Teil seines Arsenals aufgibt und der Irak im Gegenzug auf einen Teil seiner Waffen verzichtet, ganz nach dem Muster der Abrüstungsverträge zwischen Ost und West. Ein angeschlagener, aber nicht völlig vernichteter Saddam könnte seine Verluste schnell ersetzen, seine Militärmacht wiederaufbauen. Wir stünden binnen kurzem vor dem gleichen Problem. Schon deshalb brauchen wir Waffenkontrollverhandlungen im Nahen Osten, ganz gleich, ob es jetzt zum Krieg kommt oder nicht.

SPIEGEL: Wie bewerten Sie denn die Kampfstärke der irakischen Divisionen?

JARIV: Sie wird überschätzt. Sicher, anders als die Mehrzahl der alliierten Soldaten sind die Iraker schon mal durchs Feuer gegangen. Aber im Krieg gegen den Iran standen sie einem Feind gegenüber, der vor allem mit Infanterie und Artillerie operierte. Der Iran hatte nicht viele Panzer, eine Luftwaffe von vier Dutzend Flugzeugen und praktisch keine Flugabwehr. Die US-Soldaten können ihren Mangel an Kriegserfahrung durch die überlegene Feuerkraft ihrer Waffen ausgleichen.



General Jariv
„Nur radikale Umkehr hilft“

SPIEGEL: Könnte ein Krieg allein aus der Luft gewonnen werden?

JARIV: Je wirksamer der strategische Luftangriff, um so einfacher die Aufgabe für die nachfolgenden Bodentruppen. Es wäre aber falsch, einen Frontalangriff gegen die Befestigungslinien der Iraker vor Kuweit zu führen. Damit haben die Iraker im Krieg gegen den Iran ihre Erfahrungen sammeln können. Erfolgversprechender ist eine Offensive über die Flanken.

SPIEGEL: Wie bedrohlich sind die biologischen und chemischen Waffen des Irak?

JARIV: Die biologischen Waffen sind noch nicht weit genug entwickelt, um an der Front eingesetzt zu werden. Aber der Irak verfügt über Raketen, die konventionelle oder chemische Sprengköpfe transportieren können. Wenn unsere Informationen stimmen, dann wird der Schaden, den Giftgas und hochexplosive Bomben anrichten können, dennoch begrenzt bleiben.

SPIEGEL: Und wann könnte der Irak über Nuklearwaffen verfügen?

JARIV: Nach meinem Wissen wird Saddam für die Entwicklung von nuklearen Waffen noch mindestens drei bis fünf Jahre brauchen.

SPIEGEL: Hilft Israel den USA bei der Zielplanung für Bombenangriffe?

JARIV: Ganz klar: nein. Die Amerikaner haben geradezu pedantisch darauf geachtet, uns noch nicht einmal indirekt in die Konfrontation zu verwickeln. In diesem Punkt decken sich die Interessen Israels und der USA mit denen ihrer arabischen Alliierten: Niemand wünscht, daß Israel in den Konflikt hereingezogen wird.

SPIEGEL: Gerade deshalb wäre eine Attacke auf Israel für den Irak politisch so lohnend.

JARIV: Wenn ein solcher Schlag gegen Israel begrenzt bliebe und nur geringe Verluste auf unserer Seite entstünden, dann sollten wir meiner Meinung nach überhaupt nicht militärisch reagieren, sondern die USA antworten lassen.

SPIEGEL: Israels Außenminister David Levy versprach aber, den Irakern jeden Schlag „hundertfach“ heimzuzahlen, Ministerpräsident Schamir drohte Bagdad mit „schrecklichen und fürchterlichen“ Konsequenzen – er meinte offenbar einen atomaren Vergeltungsschlag.

JARIV: Ich weiß nicht, was Herr Schamir meinte, zumindest glaubt das Saddam Hussein; er ist davon überzeugt, daß wir über Nuklearwaffen verfügen. So funktioniert hoffentlich unser Prinzip der Abschreckung.

SPIEGEL: Saddam Hussein versucht, seinen Abzug aus Kuweit von Israels Verzicht auf die besetzten Palästinenser-Gebiete abhängig zu machen. Wie lange kann Israel sich diesem Junktim noch widersetzen?

JARIV: Wir sollten uns schleunigst auf Verhandlungen oder eine internationale Friedenskonferenz über den Nahen Osten einstellen, die wir früher oder später ohnehin nicht vermeiden können. Wir sind noch nie unter wirklichen Druck der USA geraten, trotz ihrer massiven finanziellen Unterstützung: Ohne die 1,8 Milliarden Dollar Militär-



Gasmasken-Übung in israelischer Schule: „Begrenzter Schaden"

hilfe pro Jahr fehlten Ersatzteile und Waffen, ohne die 1,2 Milliarden für zivile Projekte könnten wir unsere nationalen Aufgaben gar nicht bewältigen. Wir sind äußerst verletzlich, schon deshalb sollten wir nicht einfach abwarten, sondern selber die politische Initiative für eine Friedensregelung ergreifen.

SPIEGEL: Dafür müßte Israels Regierung zu direkten Gesprächen mit der PLO bereit sein . . .

JARIV: Wenn die PLO Israel als souveränen Staat anerkennt, ihre terroristischen Anschläge stoppt und jene Punkte ihrer Charta für null und nichtig erklärt, die von der Eliminierung oder Zerstörung unseres Landes sprechen, sind solche Gespräche durchaus sinnvoll. Als ich 1974 erstmals solche Ideen formulierte, wurden sie von der Regierung abgelehnt. In der Zwischenzeit sind immerhin die ersten beiden Bedingungen im Prinzip von der PLO erfüllt. Auch die Vernichtung Israels hat Arafat sehr geschickt, aber mißverständlich für „überholt" erklärt.

SPIEGEL: In Bagdad indes versprach PLO-Chef Arafat: „Nach der großen Schlacht beten wir zusammen in Jerusalem." Deswegen: Arafat und Schamir an einem Tisch – das ist doch eine Illusion.

JARIV: Wahrscheinlich würde Schamir eher zurücktreten. Es gibt aber andere, pragmatische Politiker, die wären wahrscheinlich zu Kontakten bereit.

SPIEGEL: Würde die Mehrheit der israelischen Wähler einen solch radikalen Gesinnungwandel mitmachen?

JARIV: Es könnte sein, daß wir erst dann zum Umdenken bereit sind, wenn ein Krieg die ganze Region in Flammen gesetzt hat. Bisher haben viele Israelis, in einem Gefühl maßloser Selbstüberschätzung, zu sehr auf die Möglichkeiten der eigenen militärischen Macht vertraut und die Diplomatie verachtet. Aber auf Dauer können wir nicht in ständiger Konfrontation mit den Millionen von Arabern um uns herum leben, wir müssen *mit* ihnen leben, ob uns das gefällt oder nicht.

SPIEGEL: Machen Sie sich in den Augen vieler Israelis mit solchen Ansichten nicht zum Verräter?

JARIV: Ja, ich werde gelegentlich als Marionette der PLO beschimpft. Dabei denke ich, daß ich ein wirklicher Patriot bin, denn nur eine radikale Umkehr wird uns helfen.

Baltikum

Stunde der Panzer

Im Windschatten der Golfkrise schlug Michail Gorbatschow zu: Litauen soll sich wieder unterwerfen.

Es war wie einst in Prag, als die Sowjetgeneräle im Sommer 1968 jeden Gedanken an eine Intervention weit von sich wiesen.

Generalstabschef Michail Moissejew bestritt am Freitag vorletzter Woche jede Absicht, Soldaten ins abtrünnige Baltikum zu werfen. Truppenverminderung sei vielmehr angesagt. Kollege Franz Markowski behauptete: „Eine militärische Aktion ist in keiner Region der Sowjetunion geplant." Und Marschall Sergej Achromejew, jetzt Berater des Superpräsidenten Michail Gorbatschow, beharrte darauf, im Baltikum gebe es schon genug Soldaten.

Zu diesem Zeitpunkt waren schon tausend Fallschirmjäger nach Litauen unterwegs. Sie wollten erst einmal – obschon das Sowjetmilitär um eine halbe Million Mann schrumpfen soll – künftige Soldaten einfangen: 9000 junge Litauer, die sich mit Billigung des litauischen Parlaments dem Wehrdienst in jenen Streitkräften entzogen, die vor 51 Jahren ihr Land okkupiert und an die große UdSSR angeschlossen hatten.

Das gelang 1940 aufgrund geheimer Absprachen mit Nazi-Deutschland, die allerdings der sowjetische Volksdeputiertenkongreß am 24. Dezember 1989 für „ungültig von Anfang an" erklärt hatte (siehe Seite 104). Daraufhin proklamierte das frei gewählte Parlament Litauens am 11. März vorigen Jahres die Unabhängigkeit.

Gorbatschow verhängte über Litauen im April eine Wirtschaftsblockade, Litauens Parlament setzte die Souveränitätserklärung für Verhandlungen aus. Verhandelt wurde aber nicht – das Moratorium lief im Dezember aus. Offenkundig war die Jagd auf die Kriegsdienstverweigerer – sie drücken sich auch in den anderen Sowjetrepubliken, die sich für souverän erklärt haben – nur ein Vorwand, um die abdriftende Republik wieder einzufangen.

Demonstrativ rollten Panzer in Vilnius. Vorigen Dienstag nutzten Demonstranten, meist aus der russischen Minderheit im Lande, einen Regierungsbeschluß zur Verdreifachung der Lebensmittelpreise, um einen Sturm auf das Parlament zu entfesseln.

Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskiene eilte nach Moskau – und fand bei Gorbatschow noch immer kein Gehör. Daraufhin trat sie zurück.

Schon fanden sich wieder sowjettreue Genossen, „gesunde Kräfte" wie 1968 in der Tschechoslowakei, die eine Alternative anzubieten wußten. Sie hatten jüngst den Raketen-General Algimantas Naudschjunas zum Sekretär der linientreuen KP Litauens gewählt, zum Anwärter auf die Rolle eines Statthalters. Jetzt schickten sie 16 eigene Emissäre nach Moskau, welche im alten Stil um „brüderliche Hilfe" baten.

Auf sie berief sich Gorbatschow, der den Fortbestand der sowjetischen Union zur „heiligsten Aufgabe" erklärt hat, als er am Donnerstag eine letzte Warnung nach Vilnius schickte: Dort drohe die „Wiederherstellung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung". Deshalb hätten „die Menschen" den Glauben an die jet-



Sowjetpanzer in Vilnius*: Moskaus letzte Warnung

zige Führung Litauens verloren und verlangt, um der Sowjetverfassung wieder Geltung zu verschaffen, Litauen direkt durch den Präsidenten Gorbatschow zu verwalten.

Mit seinen neuen diktatorischen Vollmachten kann Gorbatschow das litauische Parlament und die Parteien auflösen. Er kann alle Demonstrationen verbieten. Ob die innere Rekolonisierung der UdSSR gelingt, bleibt fraglich: Seit Dezember 1988 untersteht das kaukasische Spannungsgebiet Berg-Karabach, um das Armenien und Aserbaidschan kämpfen, der Regierung in Moskau. Geändert aber hat sich nichts – der von Gorbatschow eingesetzte Statthalter Arkadij Wolski hat längst aufgegeben.

Die von Gorbatschow gewünschte Unterwerfung Litauens unter die Sowjetverfassung nannte der gewählte Litauer-Präsident Vytautas Landsbergis eine Anerkennung der Annexion von 1940 und der Sowjetisierung. Es handele sich um eine Forderung des „okkupierenden an das okkupierte Land". Das sei einzig „in der Weltgeschichte". Sein Vize Kazimieras Motieka hielt die Stunde für gekommen, die Entscheidung zwischen „Unabhängigkeit oder ewiger Sklaverei" zu treffen.

Die Armee nahm ihnen die Wahl ab. In der Nacht zum vorigen Freitag kündigte die Garnison von Vilnius dem Präsidenten Landsbergis „Manöver" an. Am Freitag morgen um neun Uhr besetzte sie unter Warnschüssen und Einsatz von Tränengas eine Offiziersschule, dann das Hauptquartier der litauischen Heimwehr, das Pressezentrum, den Fernsehsender von Vilnius – längst ging es nicht mehr um Deserteure, sondern um die Desertion einer ganzen Republik.

Litauische Nationalisten riefen die Sowjetarmee wie den Irak auf, ihre Eroberungen preiszugeben – Litauen gleich Kuweit. Schon haben Tausende Litauer die schwarze Kluft einer Truppe zur Heimatverteidigung angelegt und ölen ihre Flinten. Nach 1945 hatten litauische Partisanen noch jahrelang eine mächtige sowjetische Besatzungsarmee nicht zur Ruhe kommen lassen. Ihren Helden errichteten die Enkel voriges Jahr Denkmäler, die von Sowjetsoldaten wieder abgerissen wurden.

Kein Zweifel: Gorbatschows großrussische Ambitionen wurden von Litauen, das seine Befreiung der Perestroika verdankt, nicht diplomatisch beantwortet – wohl in der begründeten Furcht, sonst mit der Unabhängigkeit zu spät zu kommen. Gorbatschow bot lediglich längere Fristen und die Bedingung eines Volksentscheids an, für den es in Litauen, anders als in den von Zuwanderern weithin schon majorisierten Nachbarstaaten Lettland und Estland, sogar eine Mehrheit gäbe.

Im lettischen Riga brachte die Truppe schon den ehemaligen KP-Verlag unter ihre Kontrolle, der von der lettischen Führung im September nationalisiert worden war, und verschaffte den alten Besitzern wieder Zutritt. Im Windschatten der Golfkrise, so argwöhnte Lettlands Vizepräsident Dainis Ivans, werde „für den 15. Januar oder kurz danach die Einführung eines Militärregimes in der UdSSR vorbereitet".

Eben das, die sofortige Verhängung des Ausnahmezustands in der Sowjetunion, verlangte vorige Woche der Volksdeputierte Wiktor Alksnis, der reaktionäre Obrist. Einer neuen Regierung dürfe Gorbatschow nicht angehören, forderte er, und natürlich auch Rußlands Boris Jelzin nicht. Besser tauge der General Igor Rodionow, der Befehlshaber gegen die Hungerstreikenden von Tiflis 1989 (19 Tote).

Washington, wiewohl auf Gleichklang mit Moskau wegen der Golfkrise erpicht, sendete ernste Warnsignale: Unheimlich ist dem Weißen Haus die schleichende Militarisierung der Perestroika und auch jene heimliche Verlegung von über 20 000 Panzern aus dem Geltungsbereich des Pariser Rüstungskontrollabkommens hinter den Ural. Das Manöver war eben noch von Moskau vehement bestritten worden und wurde nun in der konservativen *Sowjetskaja Rossija* ganz offen als „Korrektur diplomatischer Fehler" gelobt.

Da freilich bietet sich den demoralisierten Sowjetmilitärs, denen Märsche in Länder außerhalb der Unionsgrenzen derzeit verlegt sind, ein weites Einsatzfeld – als nächstes etwa, in einer anderen Ecke des Reiches, Georgien.

Dort gab es vorige Woche erneut Tote bei Schießereien zwischen Osseten, die ihre Wiedervereinigung mit dem Minderheitengebiet Nord-Ossetien in der Russischen Föderation anstreben, und Milizionären Georgiens. Tiflis hatte am 11. Dezember die Autonomie der Süd-Osseten innerhalb seiner Republik aufgehoben.



Litauischer Präsident Landsbergis
„Wir sind ein okkupiertes Land"

Gorbatschow reagierte auch hier mit einem Ultimatum: Wiederherstellung der Osseten-Autonomie und Abzug der georgischen Heimwehr binnen drei Tagen. Das georgische Parlament wertete das vorigen Mittwoch als eine „grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer souveränen Republik". Eine Gewaltanwendung Moskaus werde als Kriegserklärung angesehen.

Der Bürgerkrieg beginnt. ◀

* Am vorigen Freitag vor dem Hauptquartier der litauischen Heimwehr.


KRUPS
Krups Mini Cappuccino Luxe.
Ganz nach Ihrem Geschmack.
KRUPS
max
Cappuccino-Freaks, -Fans und -Freunde haben Grund zum Jubeln. Die neue Krups Mini Cappuccino Luxe ist da. Mit der läßt sich bequem und einfach genau das zubereiten, was das Herz höher schlagen läßt: duftender, köstlicher Cappuccino mit aufgeschäumter Milch wie vom Italiener. Wer mag, kann zur Abwechslung auch Espresso damit machen. Und all das mit links. Oder mit rechts. Auf jeden Fall genügt eine einzige Hand. Unverbindliche Preisempfehlung 169,– DM.
KRUPS
Krups Qualität bekommen Sie, wo Beratung und Service stimmen: im Fachhandel.
BMZ



Polnische Kohlengrube bei Kattowitz: Der Tod der Dinosaurier schafft soziale Probleme

Harte Zeiten nach der Wende

Erfolgreich haben die ehemaligen Ostblockstaaten ihre kommunistischen Diktatoren gestürzt. Doch beim Umbau ihrer Wirtschaftssysteme türmen sich nun die Probleme: Fehlendes Kapital, der Mangel an Erfahrungen und der Ausfall ihrer bisherigen Märkte drohen die jungen Demokratien in den Staatsbankrott zu treiben.

Die Aussichten sind düster. Fast unisono kündeten die neuen, erstmals demokratisch gewählten Führer der ehemaligen Ostblockstaaten ihren Völkern zum neuen Jahr „harte Zeiten" an; der Prager Präsident Václav Havel sprach in seiner Neujahrsrede sogar von dem „härtesten Jahr".

Zwölf Monate nach den siegreichen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa wird deutlich, daß zwar die politische Wende gelungen ist – der Sturz der ehemaligen kommunistischen Monopolpartei in allen sechs Ländern des zerbröckelten Ostblocks. Die wirtschaftliche Wende aber, der Wechsel von der bisherigen Kommandowirtschaft zur freien Marktwirtschaft, bereitet gigantische Schwierigkeiten.

In allen ehemaligen sozialistischen Ländern – die durch die deutsche Vereinigung und Währungsunion aufgefangene DDR einmal ausgenommen – sind nach der Wende Lebensstandard und Kaufkraft, aber auch Produktivität und Staatsvermögen drastisch zurückgegangen. Gestiegen sind allein die Schulden.

Der Prager Wirtschaftsexperte Jiří Kosta, einst enger Mitarbeiter des Reformers Ota Šik, spricht denn auch von der „Stunde Null" für die jungen Demokratien im Osten. „Eine Stunde, die alle Chancen des absoluten Neubeginns mit sich bringt, freilich auch die Gefahren der totalen Katastrophe."

Die entscheidenden Anstrengungen, aus dem Tief herauszukommen, müssen die jungen Demokratien selber leisten – darüber sind sich wohl alle Wirtschaftsexperten einig. „Kredite in Milliardenhöhe von der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds zu erwarten, ohne gleichzeitig die Strukturen der Wirtschaft radikal umzustellen, ist unrealistisch und würde die Durststrecke der über 40 Jahre durch kommunistische Mißwirtschaft ausgepowerten Bevölkerung nur verlängern", sagt Jan Stankovsky, ein gebürtiger Tscheche, heute am österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien.

Auf schmerzhafte Operationen haben sich die Regierungen von Ungarn, Polen, der ČSFR, Bulgarien und Rumänien nach anfänglichem Zögern inzwischen auch eingestellt. Sie sind entschlossen, ihre Völker mit einem unpopulären Maßnahmenkatalog in eine „Schock-Therapie" zu zwingen.

Bei allen nationalen Unterschieden, die seit der Wende wieder deutlicher wurden, stoßen sie dabei an gemeinsame Grundprobleme, die sich in der Praxis als Teufelskreis erweisen können:

- ▷ Für die Umwandlung der bisherigen Staatsbetriebe in privaten Besitz fehlt sowohl dem Staat wie der Bevölkerung das nötige Kapital. Westliche Investitionen sind nur begrenzt möglich, weil sie die Furcht vor dem „nationalen Ausverkauf" schüren.
- ▷ Für das private Wirtschaften fehlen Erfahrung und Know-how, vom Fabrikdirektor bis zum Facharbeiter, auf nahezu allen Ebenen.
- ▷ Seit politischer Zwang und Kontrolle in den Betrieben weggefallen sind, ist die Arbeitsleistung bis zu 40 Prozent zurückgegangen. Eine mit Einheitslohn und Bummelschicht vertraute Belegschaft ist an Effizienz und Qualitätsarbeit nur langsam zu gewöhnen.
- ▷ Der Einfluß der Gewerkschaften, die fast überall mit ehemaligen Kommunisten durchsetzt sind, ist noch immer stark; die Angst um den Arbeitsplatz bremst die Rentabilität und verhindert die notwendige Rationalisierung.

Im Wettlauf der Reformen hat Ungarn, das seine Wirtschaft schon seit über 20 Jahren umbaut, seine bisherige Vorreiterrolle verloren. Die Produktion

stagniert, der lebenswichtige Export geht zurück, die Inflation ist von 17 auf über 30 Prozent gestiegen.

Um der stockenden Privatisierung endlich mehr Schwung zu geben, hat der national-konservative Premier József Antall von der „Forum"-Partei seinen Finanzminister entlassen. Mit dem Wirtschaftsfachmann Mihály Kupa, 49, wurde ein ehemaliger Kommunist in das wichtige Amt berufen. Kupa, mehr Praktiker als Ideologe, arbeitete schon unter dem roten Reformer Károly Grósz und galt 1987 als Erfinder der ersten Individual-Steuer im Ostblock.

Erneute Preiserhöhungen ab Anfang Januar bis zu 100 Prozent bei gleichzeitig um drei Prozent gesunkenen Reallöhnen lassen erwarten, daß die Inlandsnachfrage weiter zurückgeht: „Die Schmerzgrenze ist überschritten; zwei Drittel aller Ungarn können ihren Lebensstandard nicht mehr bezahlen", warnt ein Sprecher der Opposition.

Ungarns größte Sorge: Die Auslandsverbindlichkeiten von mehr als 54 Milliarden Mark, die Ungarn zum Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung im ehemaligen Ostblock machen, werden seit vier Jahren nicht geringer. Zwei Drittel aller Deviseneinnahmen muß der Staat allein für die Deckung des Schuldendienstes ausgeben.


ČSFR-Finanzminister Klaus
„Mit dem Kapital wuchern"

Vorbild der Wirtschaftsreformer ist jetzt Polen, der neue Hoffnungsträger der polnische Vizepremier und Finanzminister Leszek Balcerowicz, 43. Der Musterschüler des Gurus aller Monetaristen, des US-Professors Milton Friedman, hat es trotz schlechtester Ausgangslage geschafft, die Konsumversorgung der Bevölkerung durch private Konkurrenz zu sichern. Außerdem wurde die Inflation durch die Freigabe der Wechselkurse von rund 4000 Prozent auf knapp 300 Prozent gedämpft.

Der Supermann, der allein auf die heilende Kraft des Marktes vertraut und den Staat vom Einfluß auf die Wirtschaft so weit wie möglich ausschließen möchte, hat mit seinem rigorosen Sparprogramm zum Sturz der Regierung Mazowiecki beigetragen und ist selbst zur häufigsten Zielscheibe politischer Angriffe geworden.

Gleichwohl beließ der siegreiche Präsidentschaftskandidat Lech Walesa, der Balcerowicz noch im Wahlkampf „jedes soziale Gewissen" abgesprochen hatte, den unersetzbaren Mann in seinem Amt. Von Walesas Wahlversprechen, an jeden Bürger 100 Millionen Zloty (15 400 Mark) zu verteilen, damit die Polen davon Anteile an den Fabriken kaufen können, ist nicht mehr die Rede.

Neben dem starken Mann im Finanzministerium ist Walesas neuer Premier Jan Krzysztof Bielecki, 39, eher von minderem Gewicht. Zur ersten Garde der „Solidarność" gehörte der Walesa-Günstling ohnehin nie.

Immerhin bringt der Mitbegründer des „Liberaldemokratischen Kongresses", einer Art polnischer FDP, bescheidene Wirtschaftserfahrungen mit. Er hat 1985 in Danzig die Consulting-Genossenschaft „Droradca" zur Beratung privater Mittelstandsbetriebe gegründet.

Neu an seinem Programm ist nur, daß sich der Schwerpunkt der Industrie-Privatisierung auf die Gründung von Kleinbetrieben verlagern soll. Die Umwandlung der rund 200 staatlichen Kombinate, der unrentablen Dinosaurier, schafft zu viele soziale Probleme.

Neben Preiserhöhungen, vor allem auf dem Energiesektor, wird der Einzelhandel endgültig auf Zloty-Basis gestellt. Auch in den Pewex-Läden, die ihre Mangelware bisher nur gegen harte Währung verkauften, gilt nun die erstarkte polnische Währung.

Der einheitliche Devisenkurs für den Dollar ist mit 1 : 10 000 seit einem Jahr überraschend stabil. Das hat dazu geführt, daß der monatliche Durchschnittslohn der Polen, der Ende 1989 nach dem Schwarzmarktkurs nur 30 Dollar ausmachte, heute immerhin 150 Dollar wert ist.


Ungarischer Finanzminister Kupa
Vater der Individualsteuer

Völlig auf Balcerowicz-Kurs liegt in Prag auch Václav Klaus, 49, Finanzminister der ČSFR und Anführer des konservativen Flügels des inzwischen gespaltenen „Bürgerforums". Auch er, 1967 erster parteiloser Doktorand der Prager Karls-Universität seit Kriegsende, beruft sich auf Friedman, dessen gnadenlose Wirtschaftslehre er in den sechziger Jahren in den USA kennengelernt hat.

Sein Credo „Jeder Wirtschaftsplan muß sich nach dem Budget richten und nicht umgekehrt" bestimmt die Richtung: Entlastung des Staatshaushalts von Subventionen und Investitionen, Stärkung der privaten Initiative. Ab Januar sind alle Konsumpreise (mit Ausnahme der für Grundnahrungsmittel für einen befristeten Übergang) freigegeben, die Versteigerung von Staatsbetrieben an private Käufer wird vorbereitet.

Gewarnt durch die polnischen Turbulenzen fängt Klaus die Privatisierung mit den Kleinbetrieben an. Es gehe zunächst darum, „Erfahrungen zu sammeln, Vorurteile abzubauen und mit dem wenigen vorhandenen Kapital zu wuchern".


Polnischer Finanzminister Balcerowicz
Vorbild der Reformer

Dieses Kapital soll nicht etwa aus dem Staatshaushalt kommen. Der Monetarist will Gutscheine mit Investment-Punkten an alle interessierten Staatsbürger verscherbeln, die das Papier mit durchschnittlich 2000 Kronen (etwa 110 Mark) bezahlen sollen (Durchschnittslohn in der ČSFR: 2700 Kronen). Nur im Notfall sollen für Hotels, Gaststätten, Läden und Handwerksbetriebe auch Ausländer bieten dürfen.

Die seit langem angekündigte Freigabe der Preise führte nach Neujahr zu den erwarteten Folgen: Die Verkäufer setzten willkürlich die neuen Preise viel


6 Zylinder für die Pflicht,
Allrad-Antrieb für die Kür.
Der 4-Runner.
4-RUNNER
TRU-TRAC
BMZ 27/90



Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe Neue Osnabrücker Zeitung

zu hoch an, und die Käufer, die sich vor Weihnachten mit Hamsterkäufen noch eingedeckt hatten, verweigerten sich.

Klaus kommentierte: „Nur so können beide Seiten die Wirkung der Marktwirtschaft aus eigener Erfahrung kennenlernen. Die Preise müssen runter, dann kommen die Käufer auch zurück."

Nicht alle Wirtschaftsexperten sind so optimistisch, sie befürchten sozialen Aufruhr. Denn im laufenden Jahr wird mit einer sprunghaften Steigerung der Arbeitslosenzahlen auf über 750 000 Personen gerechnet – das sind 10 Prozent der Werktätigen. Und die Inflation droht auf 30 Prozent zu klettern.

Für das Geschäft mit dem Westen erhofft sich die Regierung der ČSFR vom Joint-venture-Vertrag des bundesdeutschen Autoherstellers VW mit Škoda eine Signalwirkung. „Daß die Deutschen dabei mit den Franzosen konkurrieren mußten, ist für uns nur günstig."

Trostlos sieht es hingegen auf dem Balkan aus. Dort ist von westlichen Investoren trotz verlockender Angebote kaum eine Spur zu finden. Bulgarien, nach einem Jahr fruchtloser Redeschlachten im Parlament, hat endlich eine neue Drei-Parteien-Regierung. Die bescherte ihren leidgeprüften Landsleuten zum Jahresbeginn einen totalen Benzinstopp für alle Privatfahrzeuge. Sofia glich einer Geisterstadt.

Die ohnehin schlechte Versorgung mit Konsumgütern brach zusammen. Selbst die Lebensmittel, die es nur auf Bezugskarten gibt, sind in den Städten nicht mehr zu haben.

Gleichwohl will die neue Regierung vom 15. Januar an die Einzelhandelspreise freigeben, mit der Folge, daß selbst Brot und Butter dann nur noch zu dreifach höheren Schwarzmarktpreisen zu haben sein werden. In Bulgarien beträgt der Durchschnittslohn 300 Lewa. Das sind nach dem Schwarzmarktkurs etwa 25 Mark.

Große Pläne hat der ehrgeizige Finanzminister Iwan Kostow, 41, der schon unter dem Kommunisten Todor Schiwkow Wirtschaftsfachmann gewesen war und heute als Parteiloser den bulgarischen „Grünen" nahesteht: „Die Monopolbetriebe werden aufgelöst, und mit der Dezentralisierung der Autoproduktion und des Fischerei-Kombinats wird begonnen."

Die Industrieproduktion ist in Bulgarien um mehr als 10 Prozent zurückgegangen, im benachbarten Rumänien sogar um knapp 30 Prozent. Beide Staaten, mit dem technischen Stand eines Entwicklungslandes, können ihre Waren im freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht mehr absetzen.

Doch die Probleme im ehemaligen Ostblock sind nicht nur hausgemacht. Schwere Lasten drohen von außen. Die Sowjetunion, bislang wichtigster Erdöl- und Rohstofflieferant, läßt sich seit Anfang Januar nur noch in harter Dollarwährung bezahlen. Die bisher üblichen Tauschgeschäfte Erdöl gegen Maschinen oder Lebensmittel sind abgeschafft. Das geht zu Lasten der Kleinen.

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), über lange Jahre eine Art von Ost-EG, wurde zum Jahresanfang aufgelöst. Er kann in Notfällen nun nicht mehr einspringen. Auch eine wichtige Alternative, der Direkthandel mit dem Ölstaat Irak, ist wegen der Krise in der Golfregion unterbrochen.

Der Wirtschaftsexperte Stankovsky aus Wien erwartet Schlimmes: Schon die Bewältigung der Ölkrise, die durch den Wegfall der sowjetischen Lieferungen ausgelöst worden sei, habe die Länder im Osten an den Rand ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gebracht. „Bulgarien ist ein warnendes Beispiel. Ein Krieg am Golf käme für diese Länder einer wirtschaftlichen Katastrophe gleich – mit unabsehbaren Folgen."

USA

Tausend Lichtpunkte

Mit dem Segen von George Bush führt die Hilfsorganisation AmeriCares noch immer einen ideologischen Feldzug gegen Kommunisten.

Die Szene wiederholt sich scheinbar überall, wo Menschen in Not geraten: Auf abgelegenen Flugplätzen in einem Erdbebengebiet, aber auch auf dem Scheremetjewo-Flughafen der von Versorgungsschwierigkeiten geplagten Metropole Moskau landen schwere amerikanische Transportmaschinen mit Hilfsgütern. Fernsehkameras dokumentieren für alle Welt die unübersehbar ausgewiesene Großherzigkeit: „Den Menschen in der Sowjetunion von den Menschen in den Vereinigten Staaten – mit Liebe".

Absender der Liebesgrüße nach Moskau und anderswohin ist die im US-Bundesstaat Connecticut beheimatete Hilfsorganisation AmeriCares. Neidvoll blikken andere Wohltätigkeitsgruppen auf die schlagkräftige Organisation, die der Multimillionär Robert Macauley, 68, aufgebaut hat. AmeriCares scheint keine bürokratischen Hindernisse zu kennen, seine Helfer genießen die wohlwollende Unterstützung der US-Streitkräfte sowie der CIA und landen stets als erste in einem Krisengebiet.

Nur eben nicht in jedem. Zwar haben sich die Spendenverteiler in der Satzung verpflichtet, ihre Liebesgaben ohne Rücksicht auf „Rasse, Religion und politische Überzeugung" zu vergeben, doch in der Praxis landen die AmeriCares-Flugzeuge vornehmlich dort, wo sowjetischer Einfluß schwindet, eine sozialistische Gesellschaft zusammenbricht, oder, etwa auf den Philippinen, sogenannte westliche Werte gegen örtliche Rebellen zu verteidigen sind.

Daß sich AmeriCares als privates Hilfskorps einer konservativen US-Außenpolitik versteht, ist kein Zufall. Im Beirat der Gruppe haben sich vornehmlich missionarische Ideologen versammelt, für welche die achtziger Jahre noch nicht vorüber sind: rechtskonservative Geschäftsleute, ehemalige Politiker mit vorzüglichen Geheimdienstkontakten und Ex-Militärs, deren Diensteifer sich besonders auf die Bekämpfung kommunistischer Rebellen gerichtet hatte. Immer mit dabei: Angehörige des US-Präsidenten (und ehemaligen CIA-Chefs) George Bush.

AmeriCares liefert vor allem medizinisches Gerät und Medikamente, die der Organisation von rund 200 Pharmaherstellern überlassen werden. Ihnen wird die Großherzigkeit leicht gemacht: Sie können schwerverkäufliche Medikamente abstoßen sowie solche, deren Verfallsdatum näherrückt, ohne für deren umweltgerechte Entsorgung zahlen zu müssen. „Die können das Zeug ja nicht einfach auf eine Deponie karren", sagt Charles Chandler, Vizepräsident von AmeriCares.

Nach dem Erdbeben in Armenien beklagte beispielsweise das britische Medizin-Fachblatt *Lancet* die unüberschaubare Medikamentenflut, die sich in das Katastrophengebiet ergossen hatte. Zwei Drittel ihrer Zeit mußten Pharmazeuten vor Ort „mit der Suche und Identifizierung nützlicher Medikamente" verbringen. Allein sieben Millionen Tabletten des Antibiotikums Doxycyclin, gespendet zumeist von AmeriCares, waren eingeflogen worden – benötigt wurden lediglich 250 000.

Bevorzugte Einsatzgebiete der amerikanischen Pillenspender sind Mittelamerika, Afghanistan, Äthiopien, Armenien und Polen. Vor allem antikommunistische Guerrilleros konnten sich auf den ununterbrochenen Spendenfluß verlassen. Noch 1985 hieß es in einer Broschüre des Vereins, AmeriCares fühle „sich verpflichtet, den Widerstand des afghanischen Volkes gegen sowjetische Genozidbestrebungen zu unterstützen".

Als 1988 der Hurrikan Joan das noch von den Sandinisten beherrschte Nicaragua verwüstete, mochte die Hilfsorganisation im Gegensatz zum amerikanischen Roten Kreuz keine Medikamente liefern. Doch drei Tage nach dem Wahlsieg der von der US-Regierung unterstützten Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro brachte der erste AmeriCares-Flieger 23 Tonnen Hilfsgüter nach Managua.

In Guatemala verteilt der Mittelamerika-Beauftragte des Spendenvereins, Roberto Alejos Arzú – ein reicher Gutsbesitzer, der seine Plantagen schon 1960 dem amerikanischen Geheimdienst CIA als Trainingsgelände für die später gescheiterte Schweinebucht-Invasion zur Verfügung gestellt hatte –, die Medikamentenlieferungen vornehmlich an sogenannte Modell-Dörfer. Das sind in Wirklichkeit schwer befestigte Kommunen für zwangsumgesiedelte Landarbeiter, von wo aus die Militärs seit gut 30 Jahren den Bürgerkrieg führen.

Alejos überläßt die Verteilung der Medikamente vor Ort häufig militanten US-Gruppen, etwa den Helfern des amerikanischen Fernsehpredigers (und ehemaligen Präsidentschaftsbewerbers) Pat Robertson oder den „Air Commandos", einem Trupp ehemaliger US-Piloten, die während der Reagan-Jahre private Hilfe für die antisandinistischen Contra-Rebellen organisiert hatten. Alejos: „Diese Organisationen kommen mit Unterstützung der Vereinigten Staaten."

Viele AmeriCares-Aktivisten kennen sich aus den Zeiten des Contra-Feldzugs, in denen die Organisation die Rebellencamps entlang der honduranischen Grenze versorgt hatte. Ein Counterinsurgency-Spezialist, der General a. D. und prominente Akteur im Iran-Contra-Skandal der Reagan-Regierung, Richard Stilwell, sitzt heute im Beirat der Stiftung.

Die Idee für seinen stramm antikommunistischen Hilfsverein will Macauley von Papst Wojtyla persönlich erhalten haben. Während einer Privataudienz 1981 habe ihn Johannes Paul II. gebeten, Medikamente nach Polen zu schikken, wo der damalige KP-Chef Wojciech Jaruzelski gerade das Kriegsrecht verhängt hatte.

Wohin AmeriCares seine Transportmaschinen auch sendet, stets werden sie begleitet oder in Empfang genommen von einem Mitglied der Präsidentenfamilie. Prescott Bush, ein Bruder, sitzt im Beirat der Organisation. Jeb Bush, ein Sohn, begleitete AmeriCares-Spenden nach Armenien. Ein anderer Sohn, Marvin, flog AmeriCares-Nachwahlhilfe nach Nicaragua.

Als Vizepräsident erwartete George Bush 1985 zusammen mit Macauley eine Spendenlieferung für die eritreischen Rebellen gegen das kommunistische Äthiopien auf dem Flughafen von Khartum. Selbst Bushs Hausarzt Burton Lee ist Mitglied des medizinischen Beirats der Organisation.



AmeriCares-Gründer Macauley (3.v.l.), Freund*: Selektive Hilfe

Die engen Verbindungen des Weißen Hauses zu AmeriCares sind kein Zufall: Gründer Macauley und Bush kennen sich seit Kindergarten-Tagen und waren Studienkollegen an der Yale-Universität. Dem Präsidenten gilt AmeriCares als bestes Beispiel für einen jener „tausend Lichtpunkte" verantwortungsvoller Privatinitiative, die er in seiner Inaugurationsrede gefordert hat.

Doch nicht immer folgt ein Bush den AmeriCares-Transporten; zuweilen folgt die Hilfsorganisation auch dem Präsidenten: Eine Woche nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen in Panama konnte Macauley die erste Hilfslieferung seines Fonds in das überfallene Land schicken. ◀

* Mit George Bush bei der Ankunft von Hilfsgütern in Ecuador 1987.

Herausforderung Polarkreis. Im



Die Trooper-World-Tour geht weiter! Neue Herausforderungen warten auf unternehmungslustige Testfahrer: Mit dem Trooper Competition entdecken Sie die Winterpisten Nordfinnlands. Und auf der faszinierenden Strecke von Lahti nach Rovaniemi erreichen Sie direkt am Polarkreis die arktische Wildnis. Erleben Sie den neuen Competition eiskalt im Einsatz, unter spannenden Testbedingungen.

Auf winterlichen Pisten können Sie die serienmäßigen 255er-Breitreifen des neuen Trooper Competition ausprobieren. Und keine Angst vor Eisbrocken und Steinschlag: Mit Flankenschutz und Scheinwerferschutzgittern ist der bullige Offroader bestens gewappnet.

Und mit Kotflügelverbreiterungen, robustem Frontschutzbügel, Zusatzscheinwerfern und den sportlich gestylten 6-Speichen-Alurädern ist er konsequent fürs Abenteuer ausgerüstet.

ER-WORLD-TOUR

Einsatz: der neue Competition.

Möchten Sie den neuen Trooper Competition einmal testen? Auf zur 2. Etappe der Trooper-World-Tour. Teilnahmekarten* und die neue Trooper-World-Tour-Broschüre über Finnland erhalten Sie beim Opel/Isuzu-Händler in Ihrer Nähe. Mit etwas Glück gewinnen Sie die Testfahrt, inklusive Nebenkosten für 2 Personen. Apropos: Direkt bei Ihrem Händler können Sie den Trooper Competition natürlich auch vorab probefahren. Und Sie erfahren alles über günstige Leasing- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die 2. Ausgabe der Trooper-World-Tour-Broschüre „Die schönsten Off-road-Strecken der Welt" informiert Sie über Finnland. Es gibt sie jetzt kostenlos beim freundlichen Opel/Isuzu-Händler.

* Natürlich können Sie Ihre Teilnahmekarte auch per Post anfordern. Schreiben Sie an: Trooper-World-Tour, Postfach, 4150 Krefeld 500








Exklusiv beim freundlichen Opel/Isuzu-Händler.

„Einmalige Arbeit, ewige Freude“

SPIEGEL-Interview mit Chinas Familienministerin Peng Peiyun über die Geburtenkontrolle

Peng Peiyun, 60, ist seit 1988 Vorsitzende der Familienplanungskommission im Ministerrang beim Staatsrat und damit verantwortlich für die Geburtenplanung Chinas. Frau Peng ist Mutter von vier Kindern.

SPIEGEL: Der schnelle Bevölkerungszuwachs zerstört alle Chancen für die Chinesen, jemals einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Ihr Versuch, die Geburtenrate zu senken, ist gescheitert.

PENG: Das kann man nicht sagen. Laut jüngster Volkszählung haben wir in China 1,13 Milliarden Menschen. Das entspricht ungefähr unserer Planung. Wir haben die Zuwachsrate in den achtziger Jahren im Vergleich zu den sechzigern um über 40 Prozent gedrückt.

SPIEGEL: Gleichwohl ist der Plan trotz der erklärten „Ein-Kind-Politik“ nicht erfüllt. Zum Ende des Jahrhunderts werden in China 100 Millionen Menschen mehr leben als geplant.

PENG: Die Ursache liegt in unserer Geschichte. Von 1962 bis 1975 haben wir die Geburtenkontrolle nicht sehr streng durchgesetzt. Während der Kulturrevolution herrschte Anarchie. Damals wurden 360 Millionen Menschen geboren. Seit 1986 sind diese Leute heirats- und gebärfähig. Wir müssen aber auch die Veränderungen sehen. In den sechziger Jahren brachte jede Frau durchschnittlich 5,8 Kinder zur Welt, in den achtziger Jahren waren es 2,4. Hätten wir überhaupt keine Bevölkerungspolitik gehabt, würden jetzt weit mehr als 1,13 Milliarden Menschen in China leben.

SPIEGEL: Sie erwarten einen Baby-Boom, weil in den nächsten Jahren rund 340 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter sind. Wie wollen Sie Ihre Landsleute dazu bringen, weniger Kinder in die Welt zu setzen? Wollen Sie die Strafen verschärfen?

PENG: Seit Anfang dieser Dekade gibt es in China jedes Jahr über 320 Millionen gebärfähige Frauen. Unsere Hauptmethode ist Erziehung und Aufklärung. Wir möchten in diesem Jahrhundert erreichen, daß jedes Ehepaar durchschnittlich zwei Kinder bekommt, daß wir Mitte des nächsten Jahrhunderts 1,5 bis 1,6 Milliarden Menschen haben und diese Zahl dann nicht mehr wächst. Geburtenkontrolle ist langfristige Arbeit.

SPIEGEL: Sie haben in diesem Jahr eine gute Ernte. Wie wollen Sie aber in zehn Jahren Ihre Menschen ernähren?



Familienministerin Peng Peiyun
„Bäume pflanzen statt Kinder zeugen“

PENG: Wir müssen die Produktion steigern und eben die Geburtenkontrolle verwirklichen. Es ist möglich, daß wir den Lebensstandard noch steigern können.

SPIEGEL: Gerade auf dem Land funktioniert die Geburtenkontrolle nicht.

PENG: Seit 1988 verbreiten wir dort Grundkenntnisse über Verhütungsmittel, propagieren die Sterilisation. Dies trägt dazu bei, daß die Bauern die Familienplanungspolitik des Staates verstehen. Aber China ist groß, die Entwicklung ist nicht ausgewogen.

SPIEGEL: Wo es schlechter funktioniert, kommen Sie mit Strafen.

PENG: Die Bürger, die sich nicht an unsere Vorgaben halten, müssen sogenannte Sozialabgaben zahlen, weil ihre Kinder eine Belastung für die Gesellschaft sind.

SPIEGEL: Wollen Sie die Strafen verschärfen?

PENG: Geldstrafen sind nur ein Hilfsmittel. Hauptsache, die Leute begreifen, daß sie verhüten müssen. Bevor ich auf diesen Posten kam, war ich stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Erziehungskommission. Meine Versetzung hierher bedeutet, daß die Regierung Gewicht auf die Erziehung legt.

SPIEGEL: In Peking mit zehn Millionen Einwohnern ist nur in 100 Apotheken die Pille zu haben, und die verkaufen auch nur vier bis fünf Sorten.

PENG: Wir verteilen Verhütungsmittel kostenlos über Fabriken, Behörden und Straßenkomitees.

SPIEGEL: Wir wissen von einer Pekinger Textilfabrik, die an jeden Mann im Monat nur zehn Kondome ausgibt. Das ist nicht gerade viel.

PENG: Davon habe ich nichts gehört. Über 40 Prozent der Frauen in ganz China benutzen Intrauterin-Pessare, über 40 Prozent lassen sich sterilisieren. Nur zehn Prozent schlucken die Pille, noch weniger Paare verwenden Kondome.

SPIEGEL: Nationale Minderheiten haben das Recht, mehr als ein Kind zu be-



Werbeplakat für Ein-Kind-Familie
„40 Prozent lassen sich sterilisieren“

Was Ihre Kinder toll finden . . .

. . . wird bei uns zum komfortablen Familienurlaub!

Wenn's nach den Kindern ginge, hätte Ihre Familie schon längst einmal Urlaub im Zelt gemacht!

Logisch – Kinder finden Zelte viel spannender als Hotels (da muß man sich dauernd benehmen) oder Ferienhäuser (da fehlen oft die Spielkameraden).

Bislang konnten Sie sich ja prima rausreden: Zelten sei Ihnen zu primitiv und außerdem hätten Sie überhaupt keine Lust eine Riesenausrüstung mitzuschleppen . . .



Sie erholen sich – Ihre Kinder amüsieren sich . . .

Jetzt können Ihre Kinder strahlen! Denn Eurocamp ist Familienurlaub in fix und fertig aufgestellten Bungalowzelten.

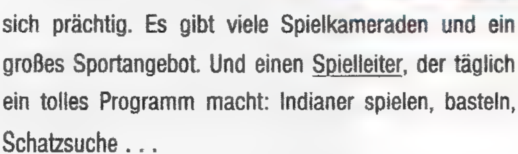
Jedes Zelt ist 25 qm groß und komplett eingerichtet. Vom Kühlschrank bis zum Korkenzieher. Das Eurocamp-Zelt hat 3 separate Schlafräume – mit richtigen Betten natürlich! Unsere Bungalow-Zelte gibt's auf 118 Spitzenplätzen in 10 Ländern Europas. Sorgfältig ausgewählt aus vielen tausend Campingplätzen, in herrlicher Lage und top ausgestattet: mit Pools, Tennisplätzen, Restaurants – ja sogar Golf direkt am Platz.

Der Eurocamp-Mitarbeiter vor Ort kümmert sich um Sie: von der Vorbereitung Ihrer Unterkunft bis zum Babysitting – damit Sie abends in Ruhe ein Restaurant besuchen können.



. . . auf 118 Spitzenplätzen Europas.

Und Ihre Kinder amüsieren sich prächtig. Es gibt viele Spielkameraden und ein großes Sportangebot. Und einen Spielleiter, der täglich ein tolles Programm macht: Indianer spielen, basteln, Schatzsuche . . .



Neugierig geworden? Da gibt es nur eines: Unseren kostenlosen 100seitigen Eurocamp-Katalog. Nur bei uns erhältlich. Anruf oder Postkarte genügt!

 **02 03 – 5 19 51 40**

Wir sind unter dieser Telefon-Nummer an allen Wochentagen rund um die Uhr persönlich für Sie da. In der Schweiz wählen Sie bitte 01 – 8 34 00 44. Werktags von 8.00 – 21.00 Uhr.

Eurocamp

Urlaub ganz familiär!

Bitte anrufen oder Coupon einsenden an: Eurocamp, Kempener Allee 9, 4150 Krefeld

Name

Anschrift

SP

zu bekommen. Soll dieses Recht in Zukunft eingeschränkt werden?

PENG: Gegenüber den nationalen Minderheiten sind wir immer sehr großzügig gewesen. Zum Beispiel sind wir Han-Chinesen von 1982 bis 1990 um 10,8 Prozent gewachsen. Bei den Minderheiten lag laut letzter Volkszählung die Zuwachsrate bei 35,5 Prozent. Normalerweise kann eine Familie zwei Kinder haben, manche drei oder sogar vier. Bei dieser Politik bleiben wir. Wieviel Kinder eine Minderheitenfamilie zur Welt bringen darf, entscheidet der Volkskongreß des jeweiligen autonomen Minderheitengebietes.

SPIEGEL: Die Provinz Henan schreibt für Ehepaare mit einem Kind die Benutzung eines Intrauterin-Pessars vor, bei zweien die Sterilisation. Ist das ein Weg für ganz China?

PENG: Vorläufig wird es kein einheitliches Gesetz geben, weil China zu groß und die örtlichen Gegebenheiten zu unterschiedlich sind. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung ist sehr unausgeglichen. Damit ist auch die Grundlage für die Geburtenkontrolle sehr ungleich. Wir müssen die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen. Im übrigen finde ich Sterilisation als Verhütungsmethode nahezu ideal. Ich bin selbst auch sterilisiert. Das heißt: einmalige Arbeit, ewige Freude. Wenn eine Gefährdung für die Gesundheit besteht, dann wird selbstverständlich nicht zu solchen Methoden gegriffen. Wir geben uns größte Mühe. Parteimitglieder und Kader müssen bei der Familienplanung eine vorbildliche Rolle spielen.

SPIEGEL: Haben die Leute denn überhaupt Vertrauen in die Kader?

PENG: Ja, unser Volk hat Vertrauen in die Kader. Ein Beispiel: In manchen armen Berggebieten fordern die Parteizellen die Einwohner auf, statt Kinder zu zeugen mehr Bäume zu pflanzen, weil dies mehr Einkommen bringt. Diese Parole ist durchaus erfolgreich. Der Lebensstandard ist dort gestiegen.

Argentinien

Kafka und der Koran

Unter Präsident Menem blüht die Vetternwirtschaft wie nie zuvor. Von der Korruption profitieren vor allem die Arabischstämmigen.

Jeden Donnerstag, wenn die „Mütter von der Plaza de Mayo" vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires an die Opfer der argentinischen Militärdiktatur erinnern, ziehen im 800 Kilometer entfernten San Fernando de Catamarca rund 30 000 Männer, Frauen und Kinder schweigend vor den Sitz der Provinzregierung. Wie die berühmten Mütter tragen sie Transparente, auf denen sie „Gerechtigkeit" fordern und „Bestrafung der Schuldigen".

Doch das Verbrechen, dessen Aufklärung sie verlangen, liegt erst wenige Monate zurück. Und die Verantwortlichen dafür vermuten die Demonstranten nicht in den Streitkräften der vergangenen Diktatur, sondern in der Provinzregierung von Catamarca.

Anfang September vorigen Jahres fanden Landarbeiter an einer Straße bei San Fernando den verstümmelten Leichnam der 17jährigen María Soledad Morales. Mindestens drei Männer hatten das Mädchen vergewaltigt, ihr Körper war von Folter entstellt. Zeugen hatten beobachtet, wie María Soledad in der vermutlichen Mordnacht in das Auto von Guillermo Luque, 24, stieg, des Sohnes eines peronistischen Provinzabgeordneten.

Die Justiz von Catamarca behandelte den Fall nur schleppend. Spuren wurden verwischt. Soviel Macht hat in Catamarca nur einer: Ramón Saadi, peronistischer Gouverneur und Protektor des ins Zwielicht geratenen Abgeordneten.

Saadi, das Oberhaupt eines aus dem Nahen Osten eingewanderten Araberclans, verwaltet Catamarca wie seinen Privatbesitz; seine Familie kontrolliert Regierung und Parlament, Richter, Polizei und fast alle Verwaltungsbeamte. Der Haß auf die Günstlingswirtschaft des Provinzfürsten ist groß, doch noch größer war bislang die Furcht vor seinem Einfluß.



Präsident Menem*: 48 Berater und ein byzantinischer Staatsapparat

Erst mit dem ungeklärten Mord an María Soledad brach sich der aufgestaute Volkszorn Bahn. „Das Verbrechen ist ein politischer Skandal", klagt die Nonne Marta Pelloni, die schließlich die wöchentlichen Protestmärsche organisierte. „Das Volk schreit jetzt nach Gerechtigkeit in soviel ungeklärten Fällen von Mord, Raub, Drogenhandel und Prostitution."

Im fernen Buenos Aires wäre der Provinzaufstand wohl kaum zur Kenntnis genommen worden, hätte er nicht beispielhaft den von Grund auf verrotteten Staatsapparat der gesamten Nation angeprangert. Unter dem peronistischen Präsidenten Carlos Menem hat die Vetternwirtschaft ein solches Ausmaß angenommen, daß selbst die an Korruption gewöhnten Argentinier staunen.

Vor allem der Peronismus ist traditionell

* Bei der Amtseinführung am 9. Juli 1989.



Mitgemacht! - Mitgelacht?

Wenn Ihnen an dieser Stelle „Sprüche mit Biß" zum Thema Zahnpflege und Mundhygiene einfallen - dann sollten Sie unbedingt mitmachen! Leute, die „Haare auf den Zähnen haben", schreiben Ihren Spruch schnell auf eine frankierte Postkarte und schicken ihn an:

Wybert GmbH • Postfach 1990 • 7858 Weil am Rhein

Für die 20 besten „Sprücheklopfer" gibt's eine Extra-Belohnung in Höhe von je DM 100,- und ihre Sprüche werden (zum Beispiel hier) veröffentlicht.

1.000 Gewinne

Unter allen Teilnehmern werden 1.000 Taschen-Sets **aronal®/elmex®** verlost. Die Verlosung findet unter Rechtsaufsicht statt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Zahnärzte fordern: mindestens 2 x täglich Zähne putzen.
Unsere Empfehlung für Ihre Zahngesundheit:
morgens aronal abends elmex



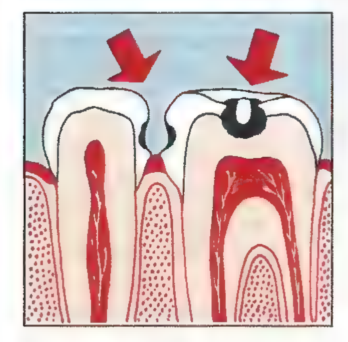
Entzündungen gefährden das Zahnfleisch

Zahnbeläge reizen das Zahnfleisch. Es entzündet sich und blutet (Gingivitis). Die Zähne verlieren ihren natürlichen Halt (Zahnfleischschwund).

aronal schützt das Zahnfleisch



Mit **aronal** werden bakterielle Beläge schonend und gründlich entfernt. Vitamin A schützt vor Zahnfleischbluten und -entzündungen. Empfindliches Zahnfleisch bleibt dann straff und fest, eine wichtige Voraussetzung für den natürlichen Halt der Zähne. Wer seine Zähne z. B. morgens mit **aronal** putzt, stärkt und schützt sein Zahnfleisch und sorgt für saubere Zähne und frischen Atem.



Karies gefährdet die Zähne

Zucker wird im Mund rasch zu Säure umgewandelt, die den ungeschützten Zahnschmelz entmineralisiert und zerstört.

elmex schützt die Zähne



elmex enthält die wirksamste Fluoridverbindung, die es für den Schutz Ihrer Zähne gibt: Aminfluoride. Sie werden bereits nach wenigen Sekunden wirksam, verbinden sich mit dem Zahnschmelz und machen ihn widerstandsfähiger gegen Karies. Dieser Schutz wird mit zunehmender Einwirkungsdauer noch verstärkt. Wer seine Zähne z. B. abends mit **elmex** putzt, sorgt im Schlaf für wirksamen Kariesschutz.

Spezialisten bieten wirksamen Schutz

anfällig für Kungelei. Führerkult und Autoritarismus begünstigen die Pfründenschieberei. Die peronistischen Gewerkschaften gleichen mafiosen Gangsterbünden, ihre Händel trugen sie bisweilen mit dem Revolver aus.

Präsident Menems Vorgänger, der bürgerliche Anwalt Raúl Alfonsín, versuchte vergebens, die peronistische Clique aufzubrechen. Menem dagegen, selbst ein Kind der Bewegung, redet zwar der Privatisierung das Wort. Gleichzeitig bläht er jedoch den byzantinischen Staatsapparat weiter auf. Dabei bevorzugt der Sohn syrischer Einwanderer bislang vor allem die rund drei Millionen Arabischstämmigen, im Volksmund „turcos“ genannt.

So groß ist ihr Einfluß unterdessen, daß viele Argentinier bereits eine syrisch-libanesische Mafia an den Hebeln ihrer Regierung vermuten. „Wer dieses Land verstehen will, muß Kafka und den Koran lesen“, sagt Máximo Gaínza Paz, Herausgeber der Tageszeitung *La Prensa*.

Araberclans haben in 6 der 22 Provinzen das Sagen und beherrschen damit den regionalen Staatsapparat, aus dem sie sich freimütig bedienen. Allein in Catamarca kommen auf 1000 Einwohner 106 Angestellte im öffentlichen Dienst. 78 seiner 79 erwachsenen Mitglieder hatte der Saadi-Clan zeitweilig mit öffentlichen Posten versorgt.

Ähnlich geht es in der Nachbarprovinz La Rioja zu, der Heimat von Staatspräsident Menem. Gleich zwei Clans teilen sich hier die Pfründe. Ihre Seilschaften reichen bis in den Regierungspalast von Buenos Aires: die Menems, der Clan des Präsidenten, und die Yomas, die Sippe der First Lady Zulema. Beide Familien stammen aus Syrien.

Seine Beliebtheit als Provinzgouverneur sicherte Menem sich auf bewährte Weise: Er stockte den öffentlichen Dienst der dünnbesiedelten Provinz (200 000 Einwohner) von 12 000 auf 40 000 auf und versorgte Tausende von Günstlingen mit öffentlichen Jobs. An manchen Schulen La Riojas gibt es – wenigstens der Gehaltsliste nach – jetzt mehr Lehrer als Schüler.

Der getürkte wirtschaftliche Aufschwung der traditionell armen Provinz zahlte sich für Menem aus: 1988 kürten ihn die Peronisten zu ihrem Präsidentschaftskandidaten, ein Jahr später gelang ihm der Einzug in den Präsidentenpalast. Seinen Helfern aus der Provinz dankte er mit Jobs in der Staatsregierung. Die Liste der Präsidentenberater umfaßt 48 Namen und liest sich wie ein syrisches Telefonbuch.

Auch die Yomas, der Clan seiner Frau, bekamen ihren Tribut: Drei Geschwister der First Lady sind in Menems Mitarbeiterstab aufgestiegen, ein Bruder ist im Außenministerium für Argentiniens Geschäfte mit arabischen Staaten zuständig, die unter Menem aufblühen – er zahlt den Aufenthalt aller Araber, die geschäftlich nach Buenos Aires kommen.



Putschistenführer Seineldín
Tiefe Freundschaft zur First Lady



Präsidentengattin Zulema (r.), Tochter: Eigene Seilschaft geknüpft

Eine Schwester plazierte die eifersüchtige Präsidentengattin Zulema in Menems Vorzimmer. Als Privatsekretärin sollte sie dort den Terminkalender des als Frauenheld verschrienen Präsidenten kontrollieren.

Doch inzwischen fürchten die Yomas um ihren Anteil an der Macht: Im vergangenen Jahr trennte sich das zerstrittene Präsidentenpaar, nachdem es sich einen monatelangen Pressekrieg geliefert hatte. Menem versucht nun, die Yomas aus seinem Beraterstab herauszuekeln – die Günstlingswirtschaft, die er so eifrig betrieb, droht ihm selbst zum Verhängnis zu werden.

Längst hat Zulema eigene Seilschaften geknüpft, unter anderem zu dem berüchtigten Putsch-Oberst Mohamed Alí Seineldín, der im Dezember vergangenen Jahres zum drittenmal versuchte, gewaltsam die Regierung zu stürzen. Nach den ersten beiden Putschversuchen hatte Zulema den Fanatiker mehrmals in seiner Gefängniszelle besucht; Menem gestand, seine Frau pflege eine „sehr ernsthafte und tiefe Freundschaft zu dem Oberst und seinen Freunden“.

Dabei verschwieg er allerdings, daß er selbst Seineldín, nachdem er ihn begnadigt hatte, im Herbst 1989 zum Plausch bei Tee und Plätzchen im Präsidentenpalast empfangen hatte. Angeblich sprachen die beiden Männer über Fußball. Vertraute des Präsidenten versicherten indes später, Menem plane, Seineldín eine hohe Position in den Streitkräften anzubieten. Einmal an Macht und Pfründen beteiligt, werde der keinen Putschversuch mehr wagen.

Auch die wohl schillerndste Figur unter Menems Beratern, José Alberto Samid, ist inzwischen zum Präsidenten auf Distanz gegangen. Der Geschäftsmann, gegen den etwa 60 Verfahren wegen Viehdiebstahls, Betrugs, Unterschlagung, Bestechung und Urkundenfälschung anhängig sind, hatte Menem im Wahlkampf unterstützt. Der hievte ihn dafür ins Provinzparlament von Buenos Aires, wo er parlamentarische Immunität genoß. Als die Opposition protestierte, machte Menem ihn kurzerhand zu seinem Berater. Jetzt hat er ihn zwar entlassen, doch wohl kaum wegen der Korruption.

Der Grund für das Zerwürfnis: Samid hatte den Präsidenten kritisiert, weil der zwei Fregatten zur Unterstützung der multinationalen Streitmacht in den Golf sandte – Menem versuchte auf diese Weise, sich das Wohlwollen von US-Präsident Bush zu sichern.

Menem sei ein Verräter an der arabischen Sache, klagte Samid daraufhin und verkündete großspurig, er habe ein Schiff mit Fleisch und Weizen zu „seinem Freund“ Saddam Hussein geschickt. ◀

DER SOEMTRON LÖWE:

Dongowski & Simon

Der nimmt Platz am Arbeitsplatz.

Denn am Arbeitsplatz ist er Ihr idealer Partner. Der Thüringer Löwe – das Symbol für Arbeitsplatz-Elektronik aus Sömmerda. Für das High-Tech-Unternehmen mitten in Deutschland. Und für seine Produkte: Personal-Computer, Drucker, elektronische Kassensysteme, Software und Telekommunikation. Datentechnik in hoher Qualität und zum günstigen Preis. Neu ist der Name Soemtron, unverändert bleibt Wertarbeit made in Germany.



Informieren Sie sich über die Leistungsstärke von Soemtron. Und gewinnen Sie: 50 Soemtron Löwen von Steiff werden unter allen Kupon-Einsendern verlost.

☐ **Ja,** ich will einen Soemtron Löwen, original von Steiff, gewinnen. Einsendeschluß 18.5.1991. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

☐ **Ja,** ich will auch Ihre Informationsbroschüre haben.

Name: ______

Abteilung/Funktion: ______

Firma: ______

Straße/PF: ______

PLZ/Ort: ______

Bitte ausschneiden oder kopieren und einsenden an: Soemtron AG, Postfach 43, O-5230 Sömmerda



„Eine unmenschliche Sache“

SPIEGEL-Redakteur Joachim Hoelzgen über die Staudämme Anatoliens und Wasser als Waffe

Eine unheimliche, verstörende Schlucht, die abwechselnd ein trübes, transparentes Grau und dann wieder ein griesgrämiges Schwarz als Schatten wirft. Bleiche Vögel fliegen aus dem Niemandsland heraus. Hier wird seit 1981 eine kolossale Materialschlacht gegen die Natur geschlagen.

In dem Cañon staut sich der Euphrat, einer der berühmtesten Ströme der Welt. Ein wulstiger Wall, der Atatürk-Staudamm, blockiert ihn.

Gewaltige Baumaschinen haben den Damm aus 85 Millionen Tonnen Basaltgeröll, Flußsand, Kalkgestein und Lehm aufgeschichtet. In seiner Masse fänden mehr als 30 Cheops-Pyramiden Platz. Der Damm ist 169 Meter hoch und würde sogar den Kölner Dom noch überragen.

Auch wenn in den Gebirgen des Taurus und Antitaurus reichlich Schnee und Regen fallen, dauert es noch Jahre, bis das Reservoir hinter dem Damm gefüllt ist. Es soll 48,7 Kubikkilometer Wasser fassen und am Ende eineinhalbmal so groß sein wie der Bodensee. Doch auch das ist nur der Ausschnitt einer Seenplatte, die sich im Osten der Türkei ausbreitet, ineinander verwoben wie das Muster eines Teppichs.

Zwei weitere Staudämme, der Keban und der Karakaya, sind am Oberlauf des Stromes schon errichtet worden. Die Mauer des Karakaya blockiert inmitten der Berge Kurdistans eine noch wilder zerklüftete Schlucht. Damit entsteht in Kleinasien ein künstliches, 500 Kilometer langes Meer.

Doch über den Blaupausen der Pläne, den Bulldozern und Autokränen, Betonmischzentralen und Gesteinsbohrmaschinen liegt der Schatten eines womöglich totalen Kriegs: Ein militärischer Zusammenstoß am Golf könnte, falls es zur Katastrophe kommt, alles zunichte machen.

An der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak sind über 200 000 Soldaten aufmarschiert, und der irakische Diktator Saddam Hussein weiß nicht nur die türkische Armee, sondern auch die Topographie der Flüsse gegen sich.

Euphrat und Tigris vereinigen sich südöstlich von Bagdad zum Stromlauf des Schatt el-Arab, der wiederum bei Kuweit in den Persischen Golf mündet. Die Türkei aber besitzt mit den Staudämmen auch ein kriegerisch verwendbares Werkzeug, das Saddam Hussein fürchten muß: die Wasser-Waffe. Eine vollständige Abriegelung der Flüsse auf türkischem Gebiet würde den größten Teil des Irak in kurzer Zeit austrocknen lassen.

Dem Arbeiter Süleyman Gülcük, 57, stellt sich die Welt in wahnwitzigem Format vor. Er ist Fahrer eines Caterpillar 777, Großdumper genannt, dessen 920-PS-Motor 70 Liter Dieselkraftstoff stündlich konsumiert. Gülcük muß bei



Kraftwerk am Atatürk-Staudamm: Den Irak austrocknen lassen?

jeder Fuhre 84 Tonnen Sand, das Gewicht eines überschweren Kampfpanzers, auf die Krone des Atatürk-Damms befördern.

„Als ich hier anfing, hatte ich nicht einmal graue Haare, jetzt sind sie weiß“, klagt Gülcük, „ich werde noch als alter Mann von diesem Monster träumen, aber schlecht.“

Mit dem See und mit den Großbauwerken, die das Euphrat-Tal vollpflastern, fügt die Regierung in Ankara ein Gulliver-Land der verschobenen und verschrobenen Dimensionen zusammen, in dem Umweltlasten die Menschen schwer drücken. Weil in jeder Sekunde allein aus dem See des Atatürk 150 Kubikmeter Wasser verdampfen, wird sich das lokale Klima dramatisch verändern.

Schlimm hat es die Bauern getroffen, die stromaufwärts fruchtbare Felder am Ufer des Euphrat besaßen. Die sind jetzt überschwemmt und genauso die Dörfer – 55 000 Menschen, die Mehrzahl von ihnen Kurden, mußten ihre Behausungen verlassen. Ihnen wurde die Ortlosigkeit zur härtesten Form der Verfolgung.

Was bezweckt die türkische Regierung mit dem brutalen Umbau Südostanatoliens, das immerhin zehn Prozent der Fläche der Türkei ausmacht?

4,5 Millionen Menschen, fünf Millionen Schafe und zwei Millionen Ziegen leben hier – noch oft, wie es dem nomadischen Ursprung dieses Teils der Welt entspricht, in Hausgemeinschaft und zehrender Armut.

Auf den Feldern ziehen Ochsen den Pflug, Frauen walken die Wäsche auf schwarzem Gestein, als Brennstoff dient getrockneter Dung. Das durchschnittliche Einkommen in dieser Region beträgt nur 638 Dollar jährlich, eine Knappheit und Beschränkung wie in den Ländern der Dritten Welt.

Jahrhundertelang hatten die osmanischen Sultane den Osten Anatoliens vernachlässigt. Auch Kemal Atatürk, der Gründer der türkischen Republik, konnte das Schicksal des dortigen Bauernvolks nicht wenden.



Großdumper am Atatürk-Damm
Verschobene und verschrobene Dimensionen

Seit Anfang der achtziger Jahre aber ist die Türkei wirtschaftlich erstarkt. Das Land ist zum Exporteur von Industriegütern geworden, es werden Zuwachsraten von jährlich acht Prozent erzielt. Der türkische Präsident Turgut Özal breitet vor Besuchern gern eine eindrucksvolle Reihe von Kreditkarten aus, um den Fortschritt anzuzeigen: „Die hat heute jeder.“

Staudamm in Betrieb oder im Bau befindlich
Staudamm in Planung
0 100 Kilometer
Keban
Kralkizi
Van-See
Malatya
Batman
Karakaya
Siirt
Diyarbakir
TÜRKEI
Euph
Atatürk-Staudamm
Tigris
Cizre
Urfa
IRAK
Gaziantep
Birecik
Harran
SYRIEN
Schwarzes Meer
SOWJET-UNION
TÜRKEI
Kartenausschnitt
Mittelmeer
SYRIEN
IRAK
IRAN
DER SPIEGEL

Özal holt weit aus, wenn er das Güneydoğu Anadolu Projesi beschreibt, das Große Südostanatolien-Projekt, kurz Gap genannt. Dessen Kern besteht aus den Staudämmen, die nicht nur den Euphrat, sondern auch den Tigris, den zweiten Paradiesfluß des Altertums, bezwingen sollen.

Am Tigris sind zwei Dämme, der Menzelet und der Altinkaya, schon errichtet worden. Sechs weitere sind geplant, darunter der Kralkizi nördlich der Provinzhauptstadt Diyarbakir, ein Damm nahe der Raffineriestadt Batman und ein weiterer bei Cizre, einer Kurdenstadt an der Grenze zum Irak. Die Betonierung Anatoliens dünkt Özal ein geschichtlicher Auftrag.

Vor der erhaben-dramatischen Kulisse der mächtigen Dämme nutzt der Präsident jede Chance, wählerwirksam an das Selbstbewußtsein der Türken-Nation zu appellieren. Das klingt dann so:

Unser Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem Westen, gegenüber den forschrittlichen Ländern, ist nun völlig überwunden. Das ist nach meiner festen Überzeugung der wichtigste Punkt dieses phänomenalen Werks.

Özal rühmt die Wirkungen der künstlichen Bewässerung, die einen modernen Garten Eden schaffen werde, ein grünes Eldorado. Der Boden im Südosten Anatoliens sei „fruchtbarer als der Kaliforniens“, zwei bis drei Ernten im Jahr werde es künftig dort geben. Kurz: Die Gap-Region, größer als Holland, Belgien und Luxemburg zusammengenommen, werde der „Brot- und Früchtekorb für die Türkei, Europa und den Nahen Osten“ sein.

Zwei Tunnel, von denen jeder 26,7 Kilometer lang ist, sind zwischen einem Seitenarm des Atatürk-Stausees und der Stadt Urfa im Süden durch die Berge vorgetrieben worden. Es sind die längsten Bewässerungstunnel der Welt, ihre Durchflußkapazität soll 328 Kubikmeter pro Sekunde betragen – mehr als die Hälfte dessen, was pro Sekunde über den Rheinfall bei Schaffhausen stürzt.

Urfa, das antike Edessa, ist eine Stadt mit seltsamen und einprägsamen Bildern. Sie ist bunter als das düstere Diyarbakir, die Gewölbe des ummauerten Basars erinnern an den osmanischen Orient.

Der Staudamm-Boom hat viel Geld in die Stadt gebracht. Breite Boulevards durchziehen die Neubauviertel, eine Schnellstraße führt nach Gaziantep im Westen, überall macht sich Modernisierung breit, wie Bürgermeister

Unerläßlich für die sichere Führung eines Fahrzeuges sind Konzentration und Aufmerksamkeit. Wird aus dieser positiven Spannung aber Anspannung, kommt es beim Fahrer schnell zu Unbehaglichkeit und Ermüdung.

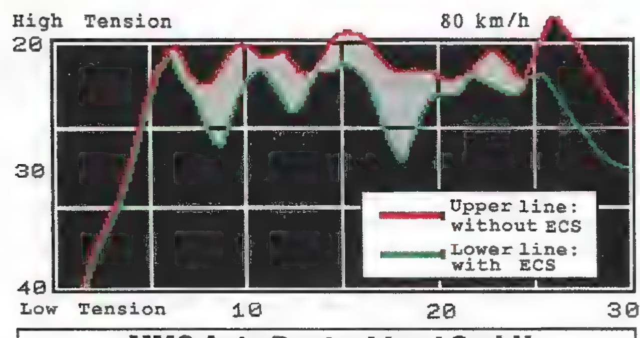
Bei der Entwicklung des Galant beschäftigte man sich bei Mitsubishi intensiv damit, diesen gefährlichen Effekt zu unterbinden. Neueste Technologie wurde eingesetzt, um biophysikalische Reaktionen des Fahrers unter den verschiedensten Fahrbelastungen zu testen, z. B. bei Kurvenfahrten und Spurwechsel. Beide Situationen erfordern ständige Lenkradkorrekturen. Fast unmerklich, aber deutlich nachweisbar: Die Anspannung wächst.

Die Sicherheit der 4-Rad-Lenkung (4WS) beim Dynamic 4 oder die "intelligente" Elektronik des ECS-Fahrwerks (electronic controlled suspension) des GTi-16V, sorgen für deutlich streßminderndes Fahrzeugverhalten. Und weniger Belastung bedeutet zweifelsfrei entspannteres Fahren.

"Human engineering" ist für Mitsubishi kein oberflächliches Modewort. Es ist der Weg, ein anspruchsvolles, technisches Produkt wie das Automobil dem Fahrer optimal anzupassen.

Über entspanntes Fahren.





Die Anspannung des Fahrers in der Kurvenfahrt wird physikalisch meßbar am Hautwiderstand ermittelt. Das ECS-Fahrwerk sorgt nachweisbar für geringere Streßbelastung des Fahrers.



MMC Auto Deutschland GmbH
Hessenauer Str. 2, 6097 Trebur 2

MITSUBISHI GALANT

Mitsubishi Galant Dynamic-4

Ibrahim Çelik sie versteht, der gerade Pferdefuhrwerke in Urfa verboten hat.

Aber auch Çelik kann kein Wasser herbeizaubern, ehe es durch die Tunnel von den Bergen herabströmt. Wasser ist in Urfa rationiert und wird in den Vororten der 250 000-Menschen-Stadt nur an jedem fünften Werktag zugeteilt – und auch dann nur als Rinnsal, klagen die Bewohner.

Çelik beschwört den Stammvater Abraham und Hiob, die hier gelebt haben sollen. Wenn das Wasser erst einmal reichlich fließe, werde sich der Norden des alten Mesopotamien wieder zur früheren Größe aufschwingen, schwelgt er, schon Ende des Jahrzehnts werde Urfa eine Millionen-Metropole sein.

Das wichtigste Ziel der Planer jedoch ist, die Türkei in den Rang einer hydroelektrischen Großmacht zu erheben – ein Status, der für die Industrie des Landes den großen Sprung nach vorn bedeuten würde. Die Stromversorgung muß auch mit dem rasanten Wachstum des 58-Millionen-Volks Schritt halten – jährlich kommen 1,3 Millionen Jung-Türken hinzu.

„Wir sind eine Macht von morgen, das nächste Jahrhundert wird ein türkisches“, bekundet in Ankara der stellvertretende Ministerpräsident Kamran Inan. Er glaubt an eine solch großmächtige Zukunft seiner Türkei, daß sie „womöglich nicht einmal mehr durch die Tür der Europäischen Gemeinschaft paßt“.

Neben dem Schreibtisch von Inan steht eine aus Seide geschneiderte Flagge mit dem weißen Halbmond und daneben ein Modell des Atatürk-Staudamms. Im Kabinett ist der ehemalige Karrierediplomat Sonderminister für das Gap-Projekt, und wie Özal, der als junger Mann Elektrotechnik studierte, weiß er, was der Wasserreichtum auch politisch bedeutet.

Die Türkei ist das einzige Land im Nahen Osten, das einen Wasserüberschuß besitzt, in Europa hat nur Norwegen noch größere Wasserkraftvorkommen. „Wasser wird in den nächsten 25 Jahren wichtiger als Öl“, sagt Inan, „in 15 arabischen Ländern dagegen gibt es keinen Tropfen Wasser.“

Energisch treibt Inan deshalb den Bau der Wasserkraftwerke im Gap-Land voran. Sie sollen die Leistung von sieben Atomkraftwerken des deutschen Biblis-Typs erbringen – insgesamt 7600 Megawatt. Als zentraler Dynamo dient die Station am Atatürk-Staudamm. Sie allein soll 2400 Megawatt – die Leistung von zwei Atommeilern – bereitstellen.

Viel wird von Helmut Geist aus Tuttlingen abhängen, dem Oberbauleiter des Kraftwerks. Der Schwabe glaubt, alles im Griff zu haben, obschon die geologischen Untiefen des Euphrat-Tals auch das Kraftwerksgebäude bedrohen. Es hat die Ausmaße eines Flugzeugträgers: 258 Meter lang, 54 Meter hoch, 53 Meter breit.

Geist muß aufpassen, daß der Koloß nicht aufschwimmt. Denn im rechten Winkel, 50 Meter unter dem Komplex, quert eine Art Ur-Fluß das Tal und den Euphrat. Wohin der rätselvolle Styx strömt, wissen nicht einmal die Geologen.



Bewässerungstunnel bei Urfa
Grünes Eldorado in der Trockenebene

Für Geist ist das Anfahren der Anlage auch noch nach 21 Jahren, die er auf Auslandsbaustellen verbracht hat, spannungsvoll. „Wenn man glaubt, der Boden komme einem entgegen, wenn man das Summen hört und wenn man sich die Frage stellt: Ist alles normal? Das ist das Dramatische an meinem Job.“

Auch der Diktator am Unterlauf des Euphrat kennt das Potential, das die Türkei sich mit dem Atatürk-Staudamm verschafft – scharf hat er darauf reagiert.

Unmittelbar vor dem Einmarsch seiner Panzertruppen in Kuweit verlangte Saddam Hussein von den irakischen Bauern, mit Wasser „äußerst sparsam“ umzugehen, es müsse womöglich „rationiert“ werden. Er befahl, Projekte zur Neulandgewinnung zu überprüfen und nur solche fortzusetzen, für die genügend Wasser zur Verfügung steht.

Schon vor diesem Aufruf hatten die Spannungen zwischen Ankara und Bagdad zugenommen. Sie begannen, als Präsident Özal am Atatürk-Damm einen Hebel umlegte, worauf sich ein 87 Tonnen schweres Stahlschott in einen Umgehungsstollen senkte – zur erstmaligen Stauung des Euphrat.

Nur einen Tag später machte der irakische Ölminister Issam el-Schalabi einen Blitzbesuch in Ankara, um gegen die Verriegelung zu protestieren. Schalabi forderte, das Anstauen des Euphrat auf zwei Wochen zu begrenzen und hernach 700 Kubikmeter Wasser pro Sekunde am Damm austreten zu lassen.

Doch Ankara blieb hart, staute den Fluß wie geplant und erklärte, nur 500 Kubikmeter pro Sekunde in die Euphrat-Schlucht zu leiten.

Nun ließ der irakische Landwirtschaftsminister im Organ der herrschenden Baath-Partei, *El-Thawra* (Die Revolution), eine Klageschrift abdrukken. Er warf den Türken vor, mit Hilfe des Atatürk-Damms den Irak zu „strangulieren“.

Seit der Invasion Kuweits hat der Streit eine neue, dramatische Qualität bekommen. Amerikanische Analytiker irakischer Verwundbarkeiten haben vorgeschlagen, den Atatürk-Damm vollständig zu schließen und den Irak austrocknen zu lassen.

Eine Blockade des Euphrat, meint etwa Neill Grigg, Direktor der International School for Water Resources an der Universität von Colorado, sei „fast sofort spürbar“ und eine „unverzügliche Bedrohung“ für Saddam.

Der amerikanische Golf-Stratege Peter Schweizer wähnt den Sieg schon greifbar nahe: „Mit Hilfe der Türkei könnten wir Saddam in wenigen Wochen auf die Knie zwingen – ohne einen Schuß abfeuern zu müssen.“

Ein Wasser-Embargo würde die Situation für den Irak in der Tat unhaltbar machen. Zwar führen Nebenflüsse des Tigris, die in den Bergen des Iran entspringen, noch reichlich Wasser her-

an. Doch die Iraker sind nicht in der Lage, das Wasser dieser Flüsse in den Erntegürtel entlang des Euphrat umzuleiten: Saddam Hussein hat in den achtziger Jahren vor allem in die Förderung von Öl investiert, um so den Krieg gegen den Iran zu finanzieren. Die Wasser-Bewirtschaftung wurde dagegen vernachlässigt, die Abhängigkeit vom Euphrat gesteigert.

Im Außenministerium von Ankara befürchten die Beamten, daß der irakische Diktator versuchen könnte, eine ganz andere Karte zu spielen: die kurdische.

Obwohl Saddam den von Kurden bewohnten Norden des Irak mit Giftgasangriffen entvölkerte und einen regelrechten Todesstreifen an der Grenze zur Türkei schuf, umwirbt er sie wieder. Er flog in das Berggebiet, versprach den Kurden Wohlstand und forderte sie auf, für den Irak zu kämpfen.

Ankara verarbeitet die Drohungen in seinen Aufmarschplänen an der Grenze. Fast jeden Tag rollt eine neue Panzerkolonne aus Kayseri in Mittelanatolien dorthin, und auch am Atatürk-Staudamm zeigt sich das Militär. Sonderkommandos der Armee bewachen das Gelände und das Camp der Arbeiter und ausländischen Ingenieure. „Starfighter"-Jagdbomber preschen im Tiefflug über den Damm und durch die Täler. Kurdische Rebellen sollen in den Höhlen der Berge niedergehalten werden, damit sie den Aufmarsch im Osten nicht stören.

Technisch wäre die Türkei sehr wohl in der Lage, den Atatürk-Staudamm wasserdicht zu machen.

Im Inneren der Umgehungsstollen, von denen es am Atatürk drei gibt, hat die Würzburger Stahlwasserbau-Firma Noell mehrere Schieber installiert, die jederzeit geschlossen werden können. Doch vom Einsatz der deutschen Schieber will Turgut Özal nichts wissen. Er hat dies auch dem Chef des US-Geheimdiensts CIA, William Webster, deutlich gemacht, der vor kurzem die türkisch-irakische Front besuchte.



Türkischer Präsident Özal*
„Phänomenales Werk"

Die Türken verweisen auf die Geographie. Der Euphrat fließt jenseits der Grenze erst durch Syrien und damit durch ein Land, das zu 90 Prozent vom Euphrat-Wasser abhängt. Syrien aber ist ein Verbündeter beim Aufmarsch gegen den Irak und würde von einem Wasser-Embargo noch verheerender getroffen.

Wenn man Turgut Özal auf den Einsatz der Wasser-Waffe anspricht, reagiert er unwirsch und sagt dann: „Das wäre eine unmenschliche Sache. Wir werden mit dem Wasser niemanden nötigen oder gefügig machen." Er warnt aber auch vor einem Krieg, als ob dieser die türkische Zurückhaltung ändern könne.

Die Nachbarn im Süden müssen sich auch so auf weniger Wasser aus dem Euphrat gefaßt machen. Zur Zeit sind am Atatürk nur zwei Stollen geöffnet, durch die das von Ankara zugesagte Quantum von 500 Kubikmetern pro Sekunde austritt. Ihre Gischt brandet immerhin so vehement, daß an den Auslaßtunneln die Betonvorwerke erzittern.

Doch diese Menge ist nur wenig mehr als die Hälfte der normalen Wasserfracht des Euphrat. Minister Inan nennt dies „eine Goodwill-Geste der türkischen Regierung".

Die arabischen Nachbarn haben ihm das Leben schwergemacht. Syrien und der Irak erwirkten bereits vor Jahren bei der Weltbank und bei der arabisch-islamischen Entwicklungsbank per Einspruch, daß keine Kredite für das Gap-Vorhaben gewährt werden. Das aber verschlingt 21 Milliarden Dollar, ein Drittel des türkischen Bruttosozialproduktes 1989. Ankara und die türkischen Steuerzahler müssen es im Alleingang finanzieren.

Trotzdem sprießt in der Trockenebene von Harran, zwischen Urfa und der syrischen Grenze, die Hoffnung auf ein grünes Schlaraffenland. Im Sommer ist dies eine schattenlose, heiße Welt. Luft legt sich hier wie Talkumpuder auf die Lunge, die Menschen flüchten nach der Feldarbeit in ihre Hütten aus Lehm und gehäckseltem Stroh.

Die Zeit, in der sich das Leben im Dorf ohne große Aufregung verbrauchte, ist vorbei. „Wenn nächstes Jahr das Wasser fließt, wird das ein neues Paradies, es macht uns reich", glaubt der alte Muezzin von Harran. Er benutzt seinen Stock als Spielbein und Stütze zugleich und wirkt wie ein Wanderer, der sich nicht wendet. Er weiß, was hinter ihm liegt: eine Welt der Armut und Entfremdung, an die er sich so stark gewöhnt hat, daß er sie als Heimat empfindet.

Kurz vor der Grenze strömt der Euphrat durch Birecik, eine Stadt auf schroffen Klippen, über denen sich ein undurchdringlich stahlblauer Himmel wölbt. Weiter oben am Strom soll der nächste Staudamm entstehen, obwohl die Flußinseln sich immer mehr vergrößern. An ihren Ufern staut sich Treibgut mit schlangenähnlichen Verknotungen.

Der stolze Euphrat, die Hauptschlagader des historischen Mesopotamien, ist bei Birecik nur noch ein Flüßchen. ◀



Frauen am Brunnen von Harran: Welt der Armut und Entfremdung

* An der Baustelle des Atatürk-Damms.

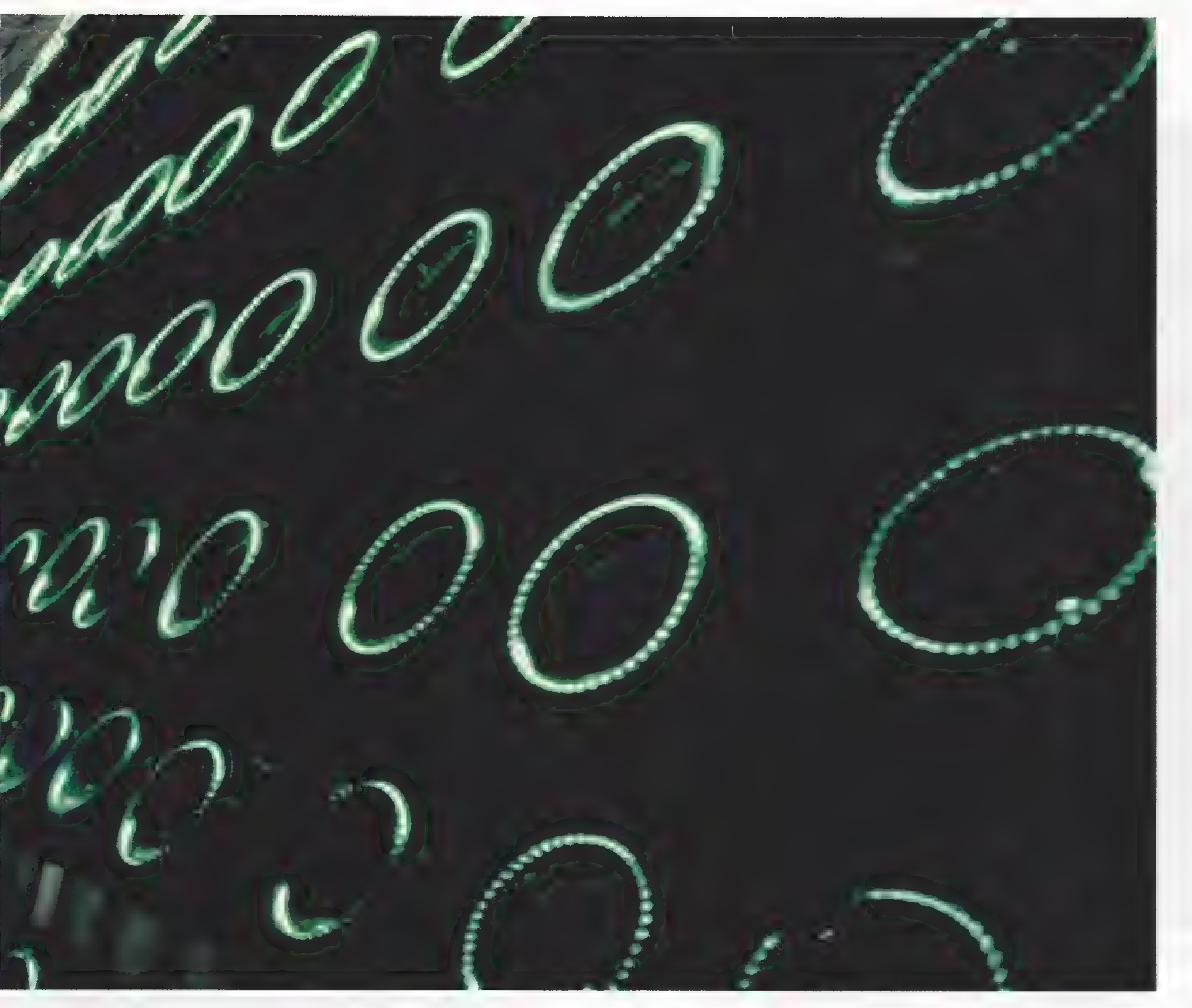
Wenn in endlosen Stunden Flasche für Flasche, Handgriff für Handgr



Gütesiegel und Herkunftszeichen für Pfälzer Wein.

Willkommen im Keller – bei einer Rarität: Pfälzer Winzersekt aus klassischen Rebsorten wie Riesling, Weißburgunder oder Spätburgunder.

Mehr als 300 Jahre alt ist das Verfahren, das dem Wein bei der zweiten Gärung in der Flasche sein köstliches Prickeln schenkt. Mindestens neun Monate läßt ihn der Kellermeister reifen, bevor er seine hölzernen Rüttelpulte bestückt. Vier Wochen lang wird Flasche für Flasche, Tag für Tag, mit sicherem Griff von



iff gerüttelt zur Reife kommt, ist's Winzersekt, und Du bist in der Pfalz.

Hand gedreht und stufenweise auf den Kopf gestellt. Endlich ist der Sekt klar. Jetzt wird die Hefe aus dem Flaschenhals entfernt. Was dabei an perlendem Rebensaft verlorengeht, wird durch Wein der gleichen Sorte aufgefüllt. Zu guter Letzt erhält die Flasche einen neuen Korken. So viel Aufwand? So viel Vergnügen. Ob mit feiner Süße oder extra brut.

Zum Wohl. Die Pfalz.

Verkaufsgespräch um eine Kohlrübe in Leningrad



Paketempfängerin in Leningrad



Schweißer in Leningrad

Armes Rußland

Privaten Handel betreiben in der Sowjetunion von heute nicht nur profitheckende Raffer, sondern auch arme Leute, die sich ein paar Rubel zu verdienen suchen, um zu überleben (links). Da kann Linderung der Not bedeuten, wenn ein Päckchen aus Deutschland seinen Adressaten erreicht (links unten). Und es wird von diesem wohl auch kaum als „Entwürdigung" empfunden, wie die konservative Volksdeputierte Saschi Umalatowa den ausländischen Beistand wertete.

Die nicht vom Volk gewählte, sondern von der Partei ernannte Abgeordnete gab im Dezember dem Reform-Urheber Michail Gorbatschow alle Schuld am Elend: „Sie bringen Hunger und Verfall des Landes mit sich!" Doch die Ursachen sind älter als die Perestroika. Das Los des Proletariats (unten Mitte) rührt von den Arbeitsbedingungen des vorigen Jahrhunderts, die in der UdSSR noch immer herrschen, den rückständigen Produktionsmethoden, der Ohnmacht von Volksvertretern und Gewerkschaften. Der Primat der Rüstung aber, die amtliche Verachtung aller Massenbedürfnisse sind Errungenschaften aus der Ära Lenins, Stalins, Breschnews.

Der Durchschnittslohn beträgt 260 Rubel im Monat (derzeit Gegenwert von zehn Kilo Fleisch). Davon kann eine Sowjetfamilie nicht leben, so daß die Frauen, oft mit schwerster körperlicher Arbeit, hinzuverdienen müssen. Elf Millionen Haushalte haben keine eigene Wohnung, über vier Millionen Familien verfügen über weniger als fünf Quadratmeter Wohnfläche pro Person.

An die Freizeit seiner Bürger, die nach dem Schlangestehen übrigbleibt, denkt der noch immer nahezu alles regelnde Staat zuallerletzt. Weil Gaststätten fehlen, stehen die Männer auch zur Ausgabe von Bier an (rechte Seite oben) – ein unerreichbarer Luxus für die Ärmsten der Armen, zu denen, mit einem Einkommen unter 100 Rubel im Monat, jeder vierte Sowjetbürger zählt: Das sind vor allem fast alle 43 Millionen Rentner – einen Platz im Altersheim findet nur jeder 80. Bewerber – und die kinderreichen Familien. In der Stadt Wolski bei Wolgograd, so erkundete der Arbeitersamariterbund aus Nordrhein-Westfalen, können viele Kinder wegen fehlenden Schuhwerks nicht zur Schule gehen.

Überhaupt keine Einkünfte haben acht Millionen Alte ohne Nachweis eines vollen Arbeitslebens, Arbeitslose, Obdachlose – 50 000 allein in Leningrad, oft ehemalige Häftlinge, (nach sechs Monaten Haft geht der Anspruch auf Wohnung verloren). Diese Ausgestoßenen sind, da es noch keine Sozialhilfe gibt, auf Mildtätigkeit angewiesen (unten rechts). Den versprochenen Wohlfahrtsstaat werden sie nicht mehr erleben.



Anstehen nach Bier in Tscheljabinsk





Bettlerin an der Leningrader Nikolai-Kathedrale

SO WERDEN DIE VOM KLASSISCH ÜBERHOLT. Der Abstand w Servo, ABS, in



Viele denken beim Stichwort Coupé an pure Sportlichkeit. Und an Verzicht. Verzicht auf Komfort und auf ein großzügiges Raumangebot. Vorstellungen, denen der 626 in der Coupé-Version längst davongefahren ist.

Schon auf den ersten Blick: Ein reinrassiges Coupé mit dynamischer Linienführung. Mit Leistung, die sich sehen lassen kann: 103 kW

Mehr Informationen bei Ihrem Mazda-Händler. Oder telefonisch – zum Nulltarif:
MAZDA Info-Ruf 0130/828181.

(140 PS). Das sportliche Fahrwerk verleiht ihm seine überlegene Straßenlage. Elektronische Servolenkung und ABS machen den Fahrspaß sicher.

Aber nicht nur deshalb ist manches Coupé-Konzept dagegen von gestern. Denn Ihr 626 beweist Familiensinn. Mit weit öffnenden Türen und

VORSTELLUNGEN EN COUPÉ

ächst: 2.0i DOHC, 16 V, 103 kW (140 PS), cl. Komplett-Komfort. Mazda 626 Coupé.

Mazda 626 GT 16 V, 2.0i Coupé, 103 kW (140 PS), geregelter 3-Wege-Kat, DM 36.500,- (Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager plus Überführung)

einladend viel Platz. Auch auf der Rücksitzbank. Und bei seiner tiefgezogenen Ladekante und den einzeln umklappbaren Rücksitzen ist das Fassungsvermögen so mancher Limousine weit überschritten. So sinnvoll das Raumangebot, so überlegen der Komfort: Sportsitze und Lenkradstellung, die sich Ihren Körpermaßen exakt anpassen lassen. Elektrisches Stahlhub- und Schiebedach. Elektrisch einstellbare Außenspiegel, Zentralverriegelung und und und…

Wechseln Sie in aller Gelassenheit auf die Überholspur. Mit Ihrem 626 Coupé wahren Sie Abstand zum Herkömmlichen.



Schöne Gedanken – schöne Volleys

Mit Psycho-Doping bringt ein US-Wissenschaftler frustrierte Tennisstars wieder auf Erfolgskurs

Das Programm läuft unaufhaltsam ab. Nach jedem Ballwechsel, ob vor dem Matchball oder nach einem Doppelfehler, kehrt Gabriela Sabatini dem Netz den Rücken, marschiert wie ein Roboter fort von der Grundlinie, kehrt zurück, wirft dem Gegner einen stieren Blick zu, tippt den Ball exakt viermal auf den Boden – und schlägt mit einem tiefen Atemzug auf.

Was wie ein zufälliges Ritual aussieht, ist in Wirklichkeit ein ausgeklügeltes Mental-Training: Die Argentinierin spult zwischen den Ballwechseln in Sekundenschnelle ein vierstufiges Motivationsprogramm ab, das ihr zu mehr Konzentration verhilft.

Mit diesem neuartigen Psycho-Doping, entwickelt vom US-Sportpsychologen James E. Loehr, besiegte die schon als sichere Absteigerin aus den Top Ten gehandelte Sabatini bei den US Open im September die Weltranglistenerste Steffi Graf. Und bei den in dieser Woche beginnenden Australischen Meisterschaften gilt die Nummer 5 der Welt erneut als härteste Rivalin der Deutschen.

Übermächtige Superstars wie einst Björn Borg oder Martina Navratilova gibt es im Tennis längst nicht mehr: Im letzten Jahr gewannen acht verschiedene Spieler die vier Grand-Slam-Finals der Damen und Herren. Aufgrund dieser Leistungsdichte verfeinern die austrainierten Spitzenkräfte nun vor allem ihre Tricks der mentalen Kriegführung.

Die hochdotierten Finalspiele, laut Jimmy Connors „reine Psychothriller", gewinnen inzwischen nicht mehr die Spieler mit dem härtesten Service, sondern die mit der stabilsten Psyche. „Das Match", weiß Boris Becker, „wird zu 90 Prozent im Kopf entschieden."

Den Kampf mit der Psyche, der großen Unbekannten zwischen den Ohren, hat jeder Spitzensportler auszutragen. Golfprofi Bernhard Langer focht verbissen mit dem beim Putten so hinderlichen Zitteranfall Yips. Tennisprofi Sylvia Hanika hielt sich zeitweise einen Privattherapeuten zum Tagessatz von 1320 Mark. Die Handballer von TuSEM Essen beschäftigten ein Analytikergespann von der Universität Kiel, die Fußballprofis von Eintracht Braunschweig ließen ihre Mannschaftsstruktur von einem Konfliktforscher durchleuchten.



Loehr-Schülerin Sabatini
„Wie mit Amphetaminen gefüttert"

Skifahrer horchen auf den Biorhythmus, Biathleten stellen sich mit autogenem Training ruhig. Auch Nationalkikker Jürgen Klinsmann hat ein eigenes Psychotraining: „Ich denke einfach nicht." Und selbst Borussia Dortmunds Mittelstürmer Uwe Wegmann weiß, daß er nur dann Tore schießt, wenn er „mentalmäßig gut drauf" ist.

In einem Tennismatch über drei, vier Stunden ist ein stetes Wechselbad von Emotionen und Gedanken hingegen kaum zu vermeiden: Das Spiel besteht zu 70 Prozent aus Pausen, die zu nagenden Selbstzweifeln geradezu einladen. Während sich Rauhbeine wie Jimmy Connors mit Hilfe des Publikums („Ich bin am besten, wenn mich die Leute hassen") zu Höchstleistungen treiben, durchleiden weniger stabile Charaktere auf dem Platz zahllose moralische Tiefs.



Loehr-Schüler Agassi
„Er winkt den Zuschauern nicht mehr"

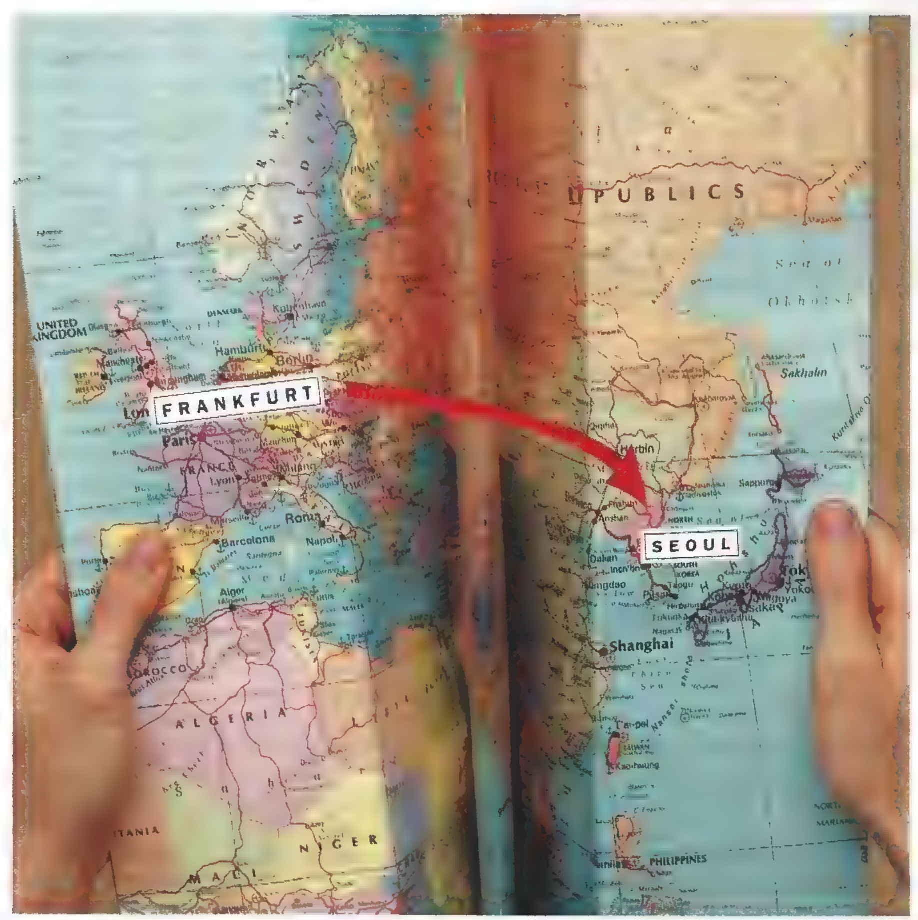
Steffi Graf glaubt zwar, daß ihr „die psychische Stärke einfach gegeben" sei, doch „mentale Wunderkinder", weiß Psychologe Loehr, „gibt es kaum". Er kennt die Probleme der Tenniscracks wie kein anderer. Der sportwissenschaftliche Direktor des amerikanischen Tennisverbandes baut täglich verzagte Spieler auf. Zu seiner Kundschaft gehören auch Monica Seles, Martina Navratilova und der Boxer Ray Mancini.

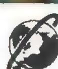
Der Psychologe kurierte sogar den chronisch unkonzentrierten Jim Courier, der „immer nach hübschen Mädchen" auf der Tribüne schielte. Und Tennistrainer Nick Bollettieri staunte über seinen Schützling Andre Agassi nach einer Loehrschen Behandlung: „Er winkt den Zuschauern nicht mehr. Er will nur die Schlacht gewinnen."

Loehr sorgte auch für die Sanierung des zerschlissenen Nervenkostüms der Sabatini. Die Argentinierin mit dem „loser image" *(Los Angeles Times)* entließ nach ihrem frühen Ausscheiden bei den French Open in Paris ihren langjährigen Trainer Angel Gimenez und stand nach eigenem Bekunden „kurz vor dem

FRANKFURT – SEOUL NONSTOP: SECHS STUNDEN SCHNELLER ALS BISHER.







Korean Air ist die einzige Fluggesellschaft, die zwischen Deutschland und Korea nonstop fliegt. Damit sind wir schneller als alle anderen. Sie gewinnen 6 Stunden Zeit, sowohl auf dem Hin- als auch auf dem Rückflug.

Pro Woche fliegen wir 3mal ab Frankfurt, 4mal ab Paris und 2mal ab London nonstop nach Seoul, dem neuen Dreh- und Angelpunkt in Fernost.

Natürlich bieten wir Ihnen dort direkte Anschlussverbindungen in die Wirtschaftsmetropolen Japans und Südost-Asiens.

Nutzen Sie unseren Vorsprung.





Psychologe Loehr
„Mentale Wunderkinder gibt es kaum"

Ruin". Ihr neuer Coach, der Brasilianer Carlos Kirmayr, 39, sah wenig Sinn in härterem Training und schickte die verbitterte Spielerin zu Jim Loehr. Über die wundersame Wandlung der mißmutigen Argentinierin staunte Arthur Ashe, der bei den US Open als Fernsehkommentator arbeitete: „Als ob jemand sie mit Amphetaminen gefüttert hätte."

Loehrs Psycho-Doping basiert auf der Erkenntnis, daß alle Tennisstars mit den gleichen seelischen Traumata kämpfen. Einerseits empfinden die jungen Millionäre eine Sinnkrise, die in der Frage gipfelt: Was soll die ganze Anstrengung eigentlich? Andererseits fühlen die Cracks einen immensen Druck von Publikum, Trainern und Eltern, der in leistungshemmender Versagensangst mündet. Den hilflosen Blick junger Spielerinnen zum Vater auf der Tribüne wertet Loehr als Indiz für ein demotivierendes Schuldbewußtsein.

Streß und Versagensangst machen, so Loehr, „Spitzenleistungen physiologisch unmöglich". Dieser Teufelskreis, in dem sich negative Emotionen und zunehmend schlechteres Spiel wechselseitig hochschaukeln, lasse sich während der Matches kaum noch verscheuchen, glaubt der deutsche Tennisprofi Carl-Uwe Steeb, „dazu braucht man schon eine Strategie, die man vor dem Spiel trainiert hat".

Eben diese Strategie bietet Loehr an. In einem ersten Schritt wirkt er auf Eltern und Trainer ein, daß Pokale nicht das Ziel aller Bemühungen sein sollten. In Gruppenstunden mit Themen wie „Warum sind Eltern so wichtig?" verteilt er genau umrissene Kompetenzen an alle Beteiligten. So sollen Unstimmigkeiten vermieden werden, wie sie unlängst erst im Graf-Clan zwischen Vater Peter Graf und Trainer Pavel Slozil auftauchten. Erstes Resultat der Loehrschen Therapie: Die Eltern Sabatini blieben während der US Open daheim.

Parallel holt Loehr mit seinen seelisch angeknacksten Patienten die Pubertät im Crashkurs nach. Nachdem er den individuellen „Quotienten der mentalen Härte" errechnet hat, predigt Loehr Eigenverantwortung und hält die Spieler an, nur für sich und zum Spaß zu spielen, keinesfalls aber für Ehre, Geld oder Eltern. „Nur mit schönen Gedanken", befand die *New York Times*, „schlägt man auch schöne Volleys."

Für die psychische Regeneration im Match trainiert Loehr ein vierstufiges Mentalprogramm. Um den angestrebten Zustand optimaler Leistungsfähigkeit während des ganzen Spiels zu erhalten, stolziert also Loehr-Schülerin Sabatini seit neuestem nach jedem Punkt mit matadorengleichem Gang von der Grundlinie fort, um nach außen hin Selbstbewußtsein zu demonstrieren. In der zweiten Stufe konzentriert sie sich in einer wenige Sekunden währenden Mini-Meditation, beruhigt sich in Phase drei mit ermunternden Selbstgesprächen und bereitet sich in der vierten Phase durch bildhaftes Vorstellen eines idealtypischen Ballwechsels auf den nächsten Punkt vor.

„Dieses Stufenprogramm mag unsinnig klingen", sagt Loehr, „aber es funktioniert." Jüngstes Erfolgsbeispiel für Loehrs Verhaltensmuster ist der zwölfjährige Hugo Armando, der in den USA als großes Talent gilt. „Das Programm", lobt der Schüler, der 111 seiner bisher 114 Matches gewann, „hilft mir, mich zu konzentrieren."

Auch Vater Armando („Hugo war schon immer ein harter Bursche") hat beim Filius den erwünschten Erfolg festgestellt: „Jetzt spielt er endgültig wie ein Profi."

Fußball

Zeitbombe im Osten

Die maroden Fußballklubs der ehemaligen DDR-Oberliga hoffen vergebens auf Hilfe aus dem Westen.

Ein oder zwei Monate", glaubt der Geschäftsführer des FC Jena, Ernst Schmidt, müßten seine Spieler „eventuell ohne Gehalt" auskommen. Bei Lokomotive Leipzig ist die Lage derart prekär, daß Präsident Peter Gießner „nicht einmal die Duschkosten nach dem Training bezahlen" kann. Dieter C. Ernst, Vizepräsident bei Hansa Rostock, verkündet mit Pathos: „Jetzt ist die Stunde Null."

Fußball im Osten Deutschlands ist endgültig zu einer freudlosen Angelegenheit geworden. Zwei Monate nach der stimmungsvollen Vereinigung der beiden deutschen Fußballverbände steht die ehemalige DDR-Oberliga vor dem Bankrott. Selbst der Tabellenführer und erste Bundesligaanwärter, Hansa Rostock, kann das Plansoll nicht erfüllen: „Wir decken gerade mal die Hälfte unseres Budgets ab", sagt Ernst.

Daß in der kommenden Saison tatsächlich wie vorgesehen acht Ost-Mannschaften im deutschen Profifußball vertreten sein werden, scheint immer unwahrscheinlicher. Als im Oktober die ersten Pleitesignale sichtbar wurden (SPIEGEL 42/1990), wiegelten alle Beteiligten ab: Mit Hilfe der Wessis und des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) werde man schon über die Runden kommen. Doch nur drei weitere Monate reale Marktwirtschaft haben gezeigt, daß die hauptamtlichen, aber amateurhaften Vereinsfunktionäre aus der ehemaligen DDR mit der Aufgabe, ihre Klubs als mittelständische Unternehmen zu führen, völlig überfordert sind.

Fast überall regieren noch die alten Seilschaften, die das neue System überaus eigenwillig interpretieren und zunächst sich selber Gehälter von bis zu 10 000 Mark monatlich zugeschrieben haben. So tragen die Vereine immer noch schwer an den personellen Altlasten aus jener Zeit, da das Geld des Innenministeriums auch in den Ge-



Rostocks Vizepräsident Ernst
„Jetzt ist die Stunde Null"

DAS TRAUMAUTO FUR REALISTEN

WIRTSCHAFTLICHKEIT IN SUPER-FORM

GHS

SUBARU LEGACY-SUPER-STATION 1800 ALLRAD

Dieser überzeugend attraktive und praktische Kombi gibt Ihnen das gute Gefühl, immer alles im Griff zu haben. Durch **permanenten Allrad-Antrieb** und innenbelüftete Scheibenbremsen vorne. Für optimale Fahrsicherheit – auch auf unwegsamen Pisten. Sein robuster Leichtmetall-Einspritzmotor bringt 76 kW (103 PS) und verkraftet spielend **630 kg Nutzlast und 1900 kg Anhängelast** (gebremst bis 8 % Steigung). Modernste **16-Ventil-Technik** sorgt für starkes Durchzugsvermögen bei sparsamem Verbrauch. Sie können wählen zwischen vollelektronischer 4-Stufen-Automatik mit ACT 4 und Schaltgetriebe mit 2x5 Gängen durch Getriebeuntersetzung „Dual Range". Zur Super-Komplettausstattung gehören **Servo-Lenkung,** höhenverstellbares Lenkrad, **Rückrollsperre** für leichtes Anfahren am Berg (bei 5-Gang), Dachreling für 75 kg Last und vieles mehr, wovon Sie schon lange geträumt haben. Den Legacy Super-Station gibt es auch als 2200er mit 100 kW (136 PS), permanentem Allrad-Antrieb und Anti-Blockier-System (ABS).

Fragen Sie Ihren SUBARU-Händler auch nach der einzigartigen **5 Jahre Allrad-Garantie.**

SUBARU Deutschland GmbH, Mielestr. 6, 6360 Friedberg, Telefon 0 60 31 / 60 60.



schäftsräumen der Fußballklubs Vollbeschäftigung sicherte.

Bei Hansa Rostock ist der Klubvorstand schon stolz darauf, den Personalbestand von einst 42 Angestellten – vom Chauffeur der Vorstandsmitglieder bis hin zu zwei klubeigenen Köchen – auf nun 14 Mitarbeiter reduziert zu haben. Für westliche Verhältnisse ist aber auch das noch eine ungewohnt starke Crew.

So bewegt der FC St. Pauli jährlich fast zehn Millionen Mark mit einem Manager, einem Geschäftsführer und zwei Sekretärinnen. Der SC Freiburg, ein bescheidenes Zweitliga-Unternehmen mit 3,5 Millionen Mark Umsatz, verzichtet sogar ganz auf bezahlte Helfer: Ein Pensionär bedient das Klubtelefon, die Geschäfte führen der Präsident und seine Lebensgefährtin.

Einen Ausweg aus ihrer Bedrängnis versprechen sich die Ostdeutschen nun zunehmend vom Engagement westlicher Fachkräfte. Daß aber auch die keine Abhilfe schaffen können, zeigt sich besonders beim Spitzenklub aus Rostock.

Dort sitzt jetzt mit Dieter C. Ernst ein ehemaliger Bremer Kaufmann („aus der Konservenindustrie") im Chefsessel. Der passionierte Fußballfreund trat sein Ehrenamt mit der Ankündigung an, „den Leuten hier mal ein bißchen Know-how zu vermitteln". Seinen Vorstandskollegen erklärte er deshalb erst einmal, daß man im Kapitalismus „nichts geschenkt" bekäme. Und: „Der Weihnachtsmann, sach' ich immer, kommt nur einmal im Jahr."

Immer häufiger kommt Ernst, 58, von der Weser im Mercedes vorm Rostocker Klubgebäude vorgefahren und diskutiert dort abwechselnd mit Bankern und Steuerberatern. Hinter der flotten Fassade wird allerdings mit gehöriger Realitätsferne nur der Geist der siebziger Jahre beschworen, als westliche Klubvertreter den Bankrott noch mit Hilfe wohlgesonnener Stadtväter abwenden konnten.

Weil sein Klub „doch nicht nur von Sponsoren leben kann", bittet der Rostocker Vizepräsident die öffentliche Hand um Unterstützung: „Wir müssen doch, nichtwahr, zumindest mal eine Anschubfinanzierung bekommen." Mit dem Argument, seine Kicker trügen „den Namen der Stadt erfolgreich nach außen", sicherte Ernst dem Klub eine städtische Bürgschaft von 800 000 Mark.

Vom DFB verlangt er zudem eine „moralische Unterstützung". Doch der Verband hat sich intern längst auf eine harte Linie eingeschworen. Bis zum 1. März müssen alle künftigen Profiklubs ihre Lizenzanträge eingereicht haben, und, so hat Ligasekretär Wolfgang Holzhäuser angekündigt, „nur wirtschaftlich gesunde kommen auch durch". Nach derzeitigem Stand trifft das nur für die beiden Ex-Stasiklubs FC Berlin und Dynamo Dresden zu, die durch die Verkäufe ihrer Nationalspieler (Thomas Doll, Andreas Thom, Matthias Sammer, Ulf Kirsten) Millionenvermögen angehäuft haben.



Chemnitzer Fußballprofi Steinmann
240 000 Mark netto für Heimattreue

Der schwindsüchtige Rest der „Oberliga Nordost", wie die Pleiteliga nun heißt, spekuliert auf einen von den Bundesligavereinen gegründeten „Solidaritätsfonds" in Höhe von 5,5 Millionen Mark. Die Hoffnung, daran in der aktuellen Notsituation zu partizipieren, ist aber unbegründet: Das Geld, so hat der DFB entschieden, soll frühestens in der Endphase der nächsten Saison ausgeschüttet werden, um dann mögliche Defizite der Vereine aus dem Nordosten auszugleichen. Ihre Profitauglichkeit müssen die früheren DDR-Klubs also zunächst aus eigener Kraft nachweisen.

Die kompromißlose Strategie findet bislang nur bei den Westvereinen Zustimmung. Die hatten sich den Hilfsfonds – finanziert aus zusätzlichen TV-Einnahmen – erst nach einem flammenden Appell des Ligaausschuß-Vorsitzenden Gerhard Mayer-Vorfelder („Wir sind doch alle für die Vereinigung") abringen lassen.

Daß sie es an Unterstützung bislang fehlen ließen, wollen sich die Wessis jedoch nicht nachsagen lassen. So schickte beispielsweise der DFB seine Emissäre vier Wochen lang in die neuen Bundesländer, um dort Schulungsveranstaltungen in Sachen Steuerrecht und Buchführung abzuhalten.

Bei Bayern München war die halbe Ostliga zu Gast. Werder Bremens Manager Willi Lemke, nach eigenem Bekunden „mit der ganzen Nordostliga in regem Kontakt", wähnte sich schon als „Unternehmensberater für DDR-Klubs". Dem Bremer sind mittlerweile „Zweifel" gekommen, „ob die sich überhaupt helfen lassen wollen".

Analog zu den westdeutschen Wirtschaftsweisen, die in der einstigen DDR immer heftiger ein „Umdenken" anmahnen, wollen jetzt die Bundesligaklubs zunächst einmal Eigeninitiativen und Konsequenz bei den ostdeutschen Klubherren sehen. Lemke hat sein Engagement deshalb vorerst gebremst, ihn hat „der Frust" gepackt. Immer dann nämlich, wenn es „ans Eingemachte" gehe, so Lemke, „riskieren die Alleingänge und werden prompt über den Tisch gezogen".

Zuweilen hat das verheerende Folgen. So ging der FC Chemnitz allen Warnungen zum Trotz einem dubiosen Spielervermittler auf den Leim, der im ehemaligen Karl-Marx-Stadt mit einem afrikanischen Kicker aufwartete. Zur Verpflichtung kam es zwar nie, dennoch konnte der Berater dem Klub einen sechsstelligen Betrag in Rechnung stellen.

Westliches Niveau, wird in der Bundesliga verärgert kolportiert, hätten die Ostdeutschen bislang nur in ihren Gehaltszahlungen erreicht. Der vom 1. FC Köln heftig umworbene Chemnitzer Rico Steinmann hält seinem Klub bis heute konsequent die Treue – und läßt sich das mit netto 240 000 Mark im Jahr belohnen. Bei einem talentierten Kollegen blitzte selbst der gewandte Lemke ab: Das Bremer Angebot über 30 000 Mark im Monat beschied der Kicker negativ, weil er das bei seinem alten Klub auch schon habe – „und zwar netto".

Daß die Oberliga Nordost in Spielerkreisen noch als „Nettoliga" geschätzt wird, hat nach Ansicht von Sachkennern einen simplen Grund: Bis Ende letzten Jahres hat kaum ein Klub Steuern abgeführt. Willi Lemke glaubt deshalb: „Da tickt eine Zeitbombe." ◄

Die Schnellen überholen die Langsamen.



Sixt expandiert. Deshalb brauchen wir

MANAGEMENT NACHWUCHS

Sie haben ein Diplom.
Das ist gut. Besonders wenn es ein Diplom der Wirtschaftswissenschaften ist. Denn dann sollten Sie sich bei uns bewerben.

Wir bieten Erfolg.
Uns geht es nicht um möglichst viele abgestempelte Berufsjahre. Wir wollen Leistung. Deshalb bieten wir Ihnen schnelle Aufstiegschancen, frühe Übernahme von Verantwortung, flache Hierarchien, europaweite Orientierungen und neue Geschäftsfelder. Z. B. Fahrzeugleasing und Mobilienleasing.

Und noch etwas.
Schmeißen Sie Ihr altes Auto weg. Bei uns gibt es nämlich sofort ein schönes neues.

Sixt Aktiengesellschaft, Personalwesen, Dr.-Carl-von-Linde-Str. 2, 8023 Pullach, Tel. 0 89/79107-275

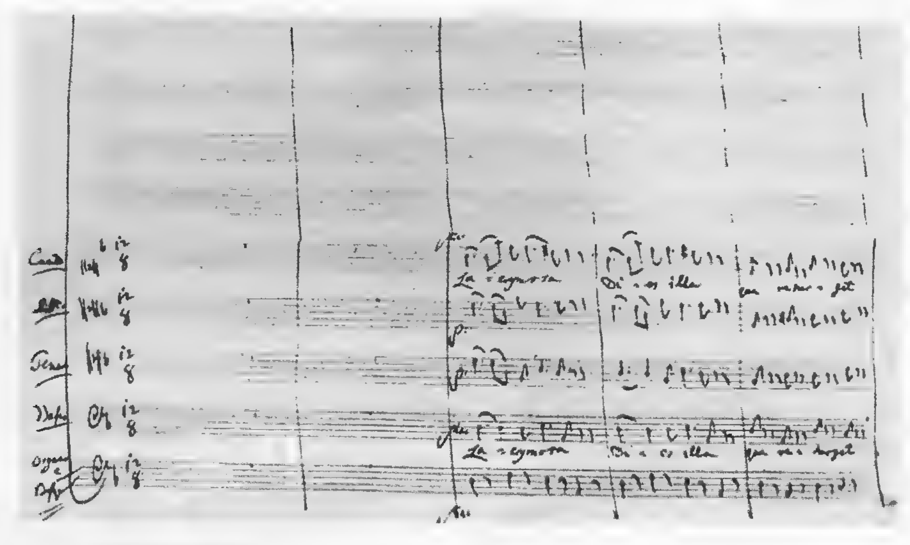


Ein Genie wird totgefeiert

SPIEGEL-Redakteur Klaus Umbach über den weltweiten Rummel zu Mozarts 200. Todestag



Kultfigur Mozart, Mozart-Autograph*: Wachteln im Schlafrock



So süß steht es, Wort für Wort verschnörkelt, im neuen „Köchelverzeichnis":

„Nihm fünf mal das weiß von den Eyern und schlags mit drey großen Löffelvoll feinsten Zucker, bis es ganz fest ist, hernach gib drey Eidotter, etwas Mehl und wenig zerriebene Limonischalen hinzu. Richt ein Schüssel, darein gib drey Stücklein Butter, groß wie ein Nuß, eyn großen Löffelvoll Zucker und wenig Milch und laß erhitzen. Stich aus der Eyermassa großen Nocken und legs in die Schüssel, backs bis zu schön braun sind. Zuletzt bestreus mit feinstem Zucker."

Und fertig sind die Salzburger Nokkerln, als O-Rezept aus dem Rokoko ei-

* Bildnis aus der Zeit der Verlobung (1782); letzte handbeschriebene Partiturseite des Requiems.



Mozart-Edition, Mozart-Werbung, Mozart-

nem Kochbuch entnommen, das, soeben erschienen, wortspielerisch nach Mozarts berühmtem Werkkatalog des Ludwig Ritter von Köchel benannt ist – „Köchelverzeichnis“.

Die nostalgische Rezeptsammlung könnte ein Renner, das kalorienreiche Rührstück ein Knüller werden. Denn beide gehören zum gewaltigsten Leichenschmaus, den die sogenannte Kulturszene jemals aus- und angerichtet hat: Die Musikwelt fleddert heuer Mozart, und sie fleddert ihn con brio und à Konto, mit Schwung in die Kassen.

Vor 200 Jahren, am 5. Dezember 1791, verstarb in Wien der Herr Compositeur Johannes Chrysostomus Wolfgangus Theophilus Mozart, und mit dem Exitus mutierte ein leidlich erfolgreicher Tonsetzer zum langlebigsten Kassenschlager der Klassik.

Wenigstens ein Jahr lang wird sich die weltweite Totenfeier nun hinziehen, und in dieser Zeit werden die multimedialen Vermarkter den prominenten Leichnam nach allen Regeln der Kunst ausschlachten. Von St. Gilgen bis Taiwan, von Toronto bis Melbourne, in den philharmonischen Supermärkten und Tante-Emma-Sälen, in Hörfunk und Fernsehen wird er gespielt, beklatscht und verhätschelt werden, bis allen Zauberflöten die Luft wegbleibt.

Im stillen Gedenken an den lieben Entschlafenen werden im japanischen TV-Kanal TBS bereits k.u.k.-Speisefol-



„Zauberflöte“ in Hamburg: Roll over Wolferl

Devotionalien: „Dieses Jahr zerquetscht Mozart wie eine Dampfwalze“

gen vorgeführt, ganz nach des Toten Geschmack, wie es heißt: Suppe aus dem schuppenfreien Wels, Wachteln im Schlafrock mit Morcheln und Rotkohl, zum Nachtisch halt Nockerln. Es nokkerlt der Erdkreis.

Über das französische Schienennetz rollt eine Mozart-Ausstellung, bei der das Salzburger Geburtshaus des Komponisten mittels technischer Tricks in Null Komma nichts auf jeden Bahnsteig gezaubert werden kann. In der Oper Nizza spielen sie fürs erste nur Mozart: 14 Bühnenwerke, alle Sinfonien, alle Klavier-, Bläser-, Violinkonzerte, alle Konzertarien, alles Geistliche. Das machen sie in Paris natürlich nach und bieten als Clou in Notre-Dame noch ein gar trefflich getimtes Requiem, dessen Schlußakkord am 5. Dezember Punkt 0.55 Uhr hinhauen soll – also auf die Minute genau, da angeblich der Genius verschied.

Zur selben Zeit wollen die London Mozart Players ihre Meßfeier in der britischen Hauptstadt beenden. Englische Mozartianer können nicht nur das ganze Jubeljahr über an Billard-Turnieren zu Ehren des vermeintlichen Billard-Virtuosen Mozart teilnehmen, sondern bei über 100 Mozart-bezogenen Veranstaltungen von *Times* und *Sunday Times* auch Urlaub in österreichischen Gauen gewinnen, mit Klavier und Klavierstunde, Sauna und Solarium.

Im zahlungsschwachen New York sollen, mit großzügigen Geldspritzen der Bank of Tokyo und der Japan Air Lines, vom diesjährigen Mozart-Geburtstag (27. Januar) bis in den nächstjährigen Hochsommer hinein auf mehr als 500 Feierstunden alle authentischen Mozart-Werke – angeblich 835 – dargeboten werden: Big Apple voll Ohrwürmer.

In Sydney hingegen sind die Gedenkfeiern schon einmal gelaufen. Dort hatte der Ex-Rennfahrer und Luftschiffer Niki Lauda bereits voriges Jahr – 1991 wiederholt er – zu „Lauda's Mostly Mozart", einem zehntägigen Spezial-Festival, getrommelt und sogar Preise ausgesetzt: Wer die heikle Frage richtig beantwortete, wo und wann der besagte Komponist gestorben sei, dem winkte ein Freiflug mit der Lauda-Boeing „Mozart" nach Wien, ins Herz der weltweiten Mozart-Pflege. Denn nach den Lipizzanern, den Sängerknaben, dem Sacher, der Oper, dem Riesenrad, dem Schwarzenegger und dem Schmäh haben die Wiener nichts lieber als den durch Ächtung seines Salzburger Erzbischofs gleichsam exkommunizierten Wessi aus dem Voralpenland.

Seinem – für Stadt und Staat höchst einträglichen – Gedenken widmet Wien eine landestypische Operette. Am gestrigen Sonntag spielten, bei internationaler TV-Verbreitung, die Philharmoniker zur „Eröffnung" des längst global angeleierten „Mozart-Jahres".

Am heutigen Montag eröffnen 30 junge Österreicher beiderlei Geschlechts paarweise mit einer Quadrille im Wiener Rathaus den „Figaro-Ball". „Für den internationalen Jet-set" steht, verspricht die Einladung, eine „Ehrentribüne" bereit, und „das Lebensgefühl" soll „total sein". Alle örtlichen Adabeis und Kultur-Lackeln partizipieren am Comeback „einer ganzen Epoche in ihrer Größe und Dekadenz".

Beim Konzert zum 235. Geburtstag in zwei Wochen wird dann, laut Wiener „Mozart-Almanach 1991", das „Überirdisch-Apollinische der Seelenlandschaft Mozarts mitschwingen", während noch mal drei Tage später „Mozarts irdisch-dionysische Tiefen ausgelotet" werden.

Danach wird in der Seelenlandschaft nur noch mitgeschwungen und ausgelotet, da geht es nonstop rauf und runter und drunter und drüber, bei Mozart-Festen, -Wettbewerben, -Ausstellungen, -Symposien, mit fast allen Werken und fast allem doppelt und dreifach, in allen Opern-, Konzert-, Kaffeehäusern, in Schlössern, im Freien, im Dom und in gewöhnlichen Kirchenschiffen – Ehre sei Gott in der Höhe des Schwachsinns. Und dieser höhere Schwachsinn gedeiht am üppigsten in Salzburg, dem Herrgottswinkel der Mozart-Schlächter.

Dort, wo nach den Worten des österreichischen Dichters Thomas Bernhard auf „durch und durch menschenfeindlichem architektonisch-erzbischöflich-stumpfsinnig-nationalsozialistisch-katholischem Todesboden" Mozarts Geburtshaus von jährlich fast einer halben Million knipsender Voyeure heimgesucht wird, ist ein Reisebüro, ein Café, ein Hotel und ein Kino nach dem – hinter Karajan – größten Toten der Stadt benannt. Dort heißt auch McDonald's Buletten-Beisel „Mozart".

Dort preist die „Mozart Liqueur Manufactur Ges. m. b. H." ihren 20prozentigen Flüssig-Süßstoff als „besten Mozart seit Amadeus", dort wirbt man für ein Festbankett mit einer Mozart-Skulptur aus Kartoffelsalat, und dort wird Mozart denn auch endlich richtiger Käse: „Amadeus", mit 55 Prozent Fett in der Trockenmasse, heißt die Schmiere aus der „Alpi"-Schmelze vor Ort.

Nirgends zeigt sich die Schokoladenseite des Werbeträgers Mozart indes vollmundiger als bei den Mozartkugeln. Allein die österreichischen Confiseure drehen jedes Jahr an die 100 Millionen Stück. Dabei sitzt der Marktführer, der Pralinenmeister Reber aus Bad Reichenhall, noch jenseits der Grenze „im Reich", schöpft von dort aus den internationalen Naschmarkt ab und ist sich dabei, natürlich, „der Verantwortung für das süße Erbe Wolfgang Amadeus Mozarts voll bewußt".

Zum Mozart-Jahr sind allerdings auch andere Branchen auf den Geschmack



Mozart-Rummel in Salzburg: Millionen Voyeure im Herrgottswinkel

des attraktiven Markenartiklers gekommen. Inzwischen kursieren Mozart-Mayonnaise, Mozart-Socken, Mozart-Toaster, Mozart-Frisbees, Mozart-Uhren, Mozart-Puzzles, Mozart-Hologramme, Mozart-Spielkarten, Mozart-Bridge-Set, Mozart als Brieföffner, Fingerhut, Glocke, Glöckchen, Pillendose, Kugelschreiber, Korkenzieher, Nagelschere, Mozart zum Kotzen.

„Dieses Jahr", wütet bereits im Jänner der Mozart-Dirigent Nikolaus Harnoncourt, „zerquetscht Mozart wie eine Dampfwalze" – roll over Wolferl.

Angesichts der unvergleichlich gehaltvollen Schlampampe aus Likör, Schmelzkäse und Kartoffelsalat mußten sich die Plattenmacher tatsächlich dranhalten, um aufzufallen. Aber es ist ihnen gelungen. Der stereophone Konservenhandel hat sich inzwischen bis zum Overkill mit Mozart munitioniert.

Mit totalem Digital-Bombardement droht Philips: 180 CDs, 675 Werke, 250 „Weltstars", bei rund 200 Stunden Spielzeit und 2,15 Meter Hochstapelei das klotzigste Projekt der Plattengeschichte, „der ganze Mozart". Preis: 2950 Mark.

Nach dem rasanten Crescendo zu Beginn des Feierjahres werden es die freien Kräfte des Marktes und Geistes am Ende bestimmt schaffen, die kommerzielle Top-Leiche '91 auf alle Wühltische zu lancieren und Mozarts Musik endgültig zu Allgemeingut zu machen, wie Schiller-Locken und Bismarck-Hering.

Besucher der optisch hervorragend aufgebauten Mozart-Ausstellung „Zaubertöne" im Wiener Künstlerhaus werden bei ihrem Rundgang offiziell projektbezogen aufgeklärt: „Die Musik in dieser Ausstellung", sagt der Hinweis, „kommt von Mozart und Philips." Sie *ver*kommt vor allem. Als „Boarding-Music" vor dem Start und nach der Landung, als Pausenfüller in Telefonverbindungen, als Klangteppich in Warenhäusern und einstmals stillen Örtchen wird die Leitwährung der klassischen Musik in lauter Häppchen für die Kultur-Fuzzis zerstückelt – ein endloses, geistloses Beschallala.

Der Mozart der Medleys und Potpourris ist denn auch reif für die Schmarotzer und Falschspieler, die Cello-Softies und Piano-Schleimis aus dem halbseidenen Entertainment. Da findet sich auf der LP „20 Welt-Hits" Mozart-Mousse zwischen „Olé Guapa" und „Wenn der weiße Flieder wieder blüht", da gibt es „Mozart à gogo" voll Gaga-Mozart.

Unter den mehr als 300 Titeln, auf denen in den letzten zwölf Jahren Mozart gepanscht worden ist, tummeln sich solche E-Exoten wie der Akkordeonspieler Erwin Aschenbrenner und das Folklore-Duo Mittermaier (Rosi und Eva), Ernst Mosch mit den Egerländer Originalen und der schwäbische Rottenfänger Gotthilf Fischer mit seinen stimmlichen Herrscharen.

Die „Munich Pop Symphonics", schon vom Namen her berufene Mozart-Wiedergeber, breiten das „Ave verum" auf einem klingenden Ölteppich aus. Die dicke Ex-Kölner Ulknudel Trude Herr besingt „Die Unschuld" auf Mozart-Töne, Text im Verlag „Miau". Den erwartungsgemäß größten Output an Mozart-Konfektion hat die Wiederaufbereitungsanlage James Last: Hier, rühmt das Last-Label Polydor den Scheiben-Kleister, „wurden endlich Interpretationen geschaffen, die neben den sinfonischen Aufnahmen bestehen können".

So wie der sangbar-melodiöse Tonsatz der meisten Mozart-Stücke den Pop-Arrangeuren bei ihrem Pfusch entgegenkommt, so hilft ihnen beim Verhökern ihrer Soap-Varianten das geradezu zeit-, klassen- und autoritätslose Image des Komponisten: Unter allen Großen der klassischen Musik wirkt keiner so pfiffig und griffig wie der nette Kumpel aus Salzburg: kein Heiliger für die Säule.

Bach – das klingt immer noch wie das Geläut der Thomaskirche, das ist immer noch der barocke Patriarch mit den vielen Kindern, der Moses der Ton-



Familie Mozart*: Die scheinbar unendliche Leichtigkeit des Seins

* Wolfgang mit Schwester Nannerl und Vater Leopold vor einem Porträt der verstorbenen Mutter Anna Maria; Gemälde von Johann Nepomuk della Croce (1781).

kunst, der den Kopf unter seiner Allongeperücke voll hatte mit Toccaten und Fugen. Bach gilt, mit Recht, als Architekt des ganzen neuzeitlichen Klangkosmos, und mit frommem Augenaufschlag blickt eine riesige Gemeinde zu ihm auf: Ein' feste Burg ist unser Bach.

Beethoven – das ist immer noch die grimmige marmorne Titanenbüste auf dem lackschwarzen Klavier, die dreinschaut wie einer, der dem Schicksal ständig in den Rachen greifen muß und mittlerweile eigentlich im Mantel der Geschichte aufs Brandenburger Tor gehört, so oft hat der schöne Götterfunke der Neunten beim Mauerfall gezündet.



Familie Bach, Komponist Beethoven*: Unter heiligen Schauern abgehoben

Und Richard Wagner, der Ziehvater aller Grals- und Schwanenritter, der sich und seine Entourage zum Gesamtkunstwerk stilisierte und sich auf Bayreuths Grünem Hügel seine Kirche zusammenschnorrte, wo die Wagnerianer seitdem seine genialen Opiate kiffen – uns zeitlich der nächste, ist er als Nachbar der fernste: überlebensgroß Herr Wagner.

Gemessen an diesen Heroen, die unter den heiligen Schauern von Millionen längst ins Elysium der Unsterblichen abgehoben sind, erscheint der Salzburger Musikus wie ein junger Wilder, Mozart wie Amadeus: frisch, frech und affengeil, zu jedem Quatsch aufgelegt und immer gut drauf.

Keine Marotte, kein Accessoire, kein Klischee der modernen, multimedialen Gesellschaft, die sich ihm nicht andichten ließen. Im Spagat – ein Bein in der samtenen Kniebundhose, das andere in der durchlöcherten 501 – scheint er zwei Jahrhunderte spielend zu überstehen: 1791 Compositeur von Contretaenzen, 1991 Typ im Trend.

Zu diesem ewigen Yuppie passen Menuett und Lambada, Dukaten und Amexco, die Kutsche aus Schönbrunn und der Porsche 959 des Kollegen Karajan. Gut vorstellbar, daß er immer First Class fliegen, an einarmigen Banditen klimpern, bei Erika Bergers Kopulationslektionen schweinigeln und seiner Frau Constanze einen Dom Pérignon Rosé ins Dekolleté kippen würde. Denn wenn nicht alles täuscht, war er ein Verschwender, Spieler und Ferkel.

Die Lektüre seiner Briefe ans Bäsle Maria Anna Thekla („Ich scheisse schon wircklich bald 22 jahr aus den nemlichen loch") läßt herrlich tief blicken auf die Schlagader seiner Lüste, und auch der Kinoheld Amadeus, obwohl wissenschaftlich nicht haltbar, moussierte absolut glaubwürdig über die Leinwand.



Dieser Elan und eine scheinbar unendliche Leichtigkeit des Seins katapultierten Mozart wie einen Champagnerkorken aus dem Rokoko direkt ins Präsens und erweckten den Entschlafenen zur putzmunteren Kultfigur: James Dean mit Schnallenschuhen.

Derart schnuckelig hat sich die Freizeitgesellschaft des musikalischen Massenkonsums mit dem Jung-Star aus der Getreidegasse verbrüdert, daß sie nicht aufjaulte, sondern applaudierte, als sich 1977 der eigentlich fachfremde Möbeltischler, Innenarchitekt, Maler, Satiriker, Dramatiker und Romanautor Wolfgang Hildesheimer an dem „im Lauf der Jahrhunderte mehrfach übermalten Fresko" Mozart zu schaffen machte und dabei keck auf den Putz schlug.

„Wir kennen", ketzerte Hildesheimer in seiner gegen die labernde Biographen-Mehrheit zielende Monographie „Mozart", „keine verbürgte geistreiche Erwiderung von ihm, und alle Beweise seiner Schlagfertigkeit gehören in den Bereich der Legende." Mozart sei durch „forcierte Albernheit" aufgefallen, habe in Briefen an seinen Vater Leopold in „zweckbedingter Heuchelei" geschwindelt, kein „Gespür für den Wert reiner Poesie" besessen und wohl einem „Stammtischhumor" gefrönt, der Hildesheimer „nicht selten peinlich" dünkt.

Wahrscheinlich hätte dieser Hildesheimer-Mozart weniger über Loriot gelacht als über Didi Hallervorden, vielleicht hätte er Harald Juhnke unter den Tisch gesoffen und mit Joachim Kaiser vierhändig Klavier gespielt. Und nach allem halbwegs dokumentierten Anschein hat er kaum so lockig dreingeschaut wie Thomas Gottschalk oder gar so charmespritzig wie Tom Hulce, der Amadeus in „Amadeus", sondern vielleicht so blasiert aus der Wäsche gegrinst wie J. R. oder so gedunsen herumgestiert wie der glubschige Peter Lorre als Fritz Langs Kinomörder „M".

Daß Mozart so blendend als Identifikationsfigur taugt und eigentlich heute für jedermann nur so eine Art besonders begabter Jedermann ist, liegt an ei-

* Oben: „Morgenandacht bei der Familie Bach", Gemälde von Toby E. Rosenthal (1870); unten: Büste in der Walhalla bei Regensburg.



„Così"-Inszenierung von Sellars: Häppchen für die Kultur-Fuzzis

nem historischen und – trotz Hildesheimer – offensichtlich auch unrevidierbaren Fehlurteil über seine Lebens- und Laufbahn: daß nämlich seine Vita eigentlich noch viel schöner gewesen sei als das, was das Kino und seinesgleichen draus gemacht haben.

Hatte nicht ein herzloser, eigensüchtiger Vater diesen begnadeten Bub quer durch Europa gehetzt und vorgeführt wie ein Dompteur seinen Goldesel – Anlaß für alle Mozartianer, den armen Kleinen noch postum in literarischer Nestwärme zu kuscheln?

War der Salzburger Star-Virtuose nicht von den dünkelhaften Wiener Adeligen schon bald als démodé abgeschoben worden und dadurch letztlich an den Bettelstab geraten? Möchte nicht heute noch jeder Operngänger nach der „Entführung" oder der „Zauberflöte" am liebsten seine Geldbörse zücken und dem Wolferl Wiedergutmachung leisten für die Unbill der Blaublütigen?

Und was, bitte, ist mit dem grauslichen Finale dieses tragisch kurzen Lebens, wo jener graue, geheimnisvolle Bote und Besteller des Requiems auftritt, wo Antonio Salieri als möglicher Giftmörder böse ins Gerede kommt, wo Mozarts Leiche in Sack und Asche verschwindet und nicht mal ein Kruzifix auf dem Gottesacker seine Gruft markiert? Muß sich die Menschheit nicht immer noch schamvoll bekreuzigen, daß sie für dieses Geschenk des Himmels keinen Platz auf Erden gefunden hat?

Nur kein Theater. Vater Leopold war, soviel wir wissen, ein sicher gestrenger, aber auch kenntnisreicher und einfühlsamer Pädagoge, der die Gaben seines Wunderkindes planmäßig geweckt, vermehrt und auch vermarktet hat. Mit der Legende vom ausgebeuteten Virtuosenknaben hat er wenig, viel indes mit dem Durchmarsch von Amadeus Superstar zu tun. Das gegenwärtige Zeitalter der Headhunter hat jedenfalls keinen Grund, ihm PR-Geschick vorzuwerfen.

Viel falsche Spekulationen auch über Mozarts Kontostand. Der Komponist und Pianist lag mit seinen Kunststücken jahrelang voll im Trend und Wien ihm zu Füßen, da war er eher Spitzenverdiener als Sozialfall. Aber vermutlich konnte er nicht haushalten: Der Modegockel und der Lebemann kamen ihn teuer zu stehen, und auch der Schluckspecht und der Zocker brauchten Bares.

Und schließlich, als Krönung allen Schwindels, die tränenreiche Mär vom Ende seiner irdischen Tage, an der denn nichts mehr stimmt: Das Getuschel um den ominösen Auftraggeber der Totenmesse hat sich erübrigt, Salieri wurde freigesprochen vom schlimmen Rufmord, das anonyme Bestattungsritual ist als damals durchaus üblich geklärt. Insoweit könnten die Mozart-Akten geschlossen werden.

Aber die Geschichten vom Dunkelmann, der sein Requiem will, und vom Leichenzug, der bei Schneeregen nach Nirgendwo rollt, bilden immer noch den schönsten Krimi der Musikgeschichte – gut für zwei Jahrhunderte Gänsehaut bei Millionen Mozartianern.

Kaum war Mozart tot, da flogen der Leiche die Herzen nur so zu. All die Schauerballaden, die sein Leben im irdischen Jammertal so herrlich grausam besangen, machten ihn für die meisten Menschen allmählich interessanter als sämtliche 626 KV-Nummern.

In zahllosen Trivialromanen wurde Mozart in eine Gartenlaube verpflanzt, um die sich bald die Lügen und Legenden nur so rankten. Aus Hunderten von Ölgemälden blickte er mit sanften Augen in die schöne Welt, wo seines Verweilens nicht lange war. Auf Kitschpostkarten in Massenauflage war er, eng umschlungen, „mit seiner Constanze auf der Hochzeitsreise" zu sehen; auf den Sammelbildern von „Liebig's Fleisch-Extract" tat sein Sarastro, was ein Sarastro fast immer tut: in heil'gen Hallen dumm rumstehen.

Ähnlich wie die Seilschaft der Maler und Filmemacher hangelte auch der



„Don Giovanni"-Inszenierung von Sellars: Aufwärts in der Unterhose

Klub der toten Dichter durch alle Gipfellagen von Kitsch und Verzückung. „Im Frühling und in Tagen des Glücks", schwärmte 1906 der sonst durchaus ernst zu nehmende Dramatiker Richard Beer-Hofmann, „wenn wir am frühen Morgen in unsere Gärten treten und, mit noch schlafgelösten Gliedern, die feuchte Luft des frühen Jahres und den Duft der Erde wie ein Glück genießen und hoch über uns ein Vogel in erdentbundenem Flug sich dem Himmel entgegenwirft, alle Seligkeit seines Lebens im Gesang verströmend – dann grüßen wir dich, Wolfgang Amadé Mozart!"

Così fan tutte, so grüßten sie alle. „Jede Melodie enthält ein zärtliches Seelchen", faselte das *Neue Wiener Journal* über Mozarts Kompositionstechnik. Vom „Erdenwallen" eines Welt", „mit Mozart war das Halsweh halb so schlimm", und unter den Tönen von Mozarts Haffner-Sinfonie ließ er in seiner „Jagdgesellschaft" den blinden General Selbstmord begehen.

Doch merkwürdig: Das ewige Festgeläut in allen Kathedralen des Kulturbetriebs, dieses heilige Bimbam im und beim Namen Mozart, diese ganze große Koalition aus internationalem Kultur-Gelichter, Schaumschlägern und Grossisten des Mozart-Handels stumpft am Ende für die Wunder des Geschöpfes Mozart immer mehr ab. Mann und Musik drohen unter dem Lorbeer, den die Massen in ihrer Affenliebe aufhäufen, zu ersticken. Durch die allzu glatte Politur hat das heutige Mozart-Image immer mehr mit dem oberflächlichen Reiz Salzburger Nockerln gemein: oben hui, unten Schaum.



Kino-Star Mozart in „Amadeus"*: Oben hui, unten Schaum

„holdseligen Heros ewig junger Frühlingskraft" plauderte der bis heute verbreitete Biograph Bernhard Paumgartner. „Celeste", himmlisch, fand Thomas Mann den Salzburger Klassiker, „Obertöne einer ‚jenseitigen' Konsonanz" vernahm der Dirigent Bruno Walter. Und jedesmal wenn in Gegenwart des rheinischen Verlegers Nikolaus Simrock der Name Mozart fiel, dann, grüß Gott, lüftete der Notenverkäufer den Hut.

Selbst das gottlose Lästermaul Thomas Bernhard, der Beethoven „staatsdumpfes Marschieren der Noten" vorgeworfen und den „Blindgänger" Bruckner „schlampig" und „stümperhaft" gescholten hat, wurde weich und wählte die Worte, wenn er von Mozart schrieb. Mozart „war meine ureigene

* Tom Hulce mit Elizabeth Berridge als Constanze.

Selbst die Musik, die den jahrzehntelangen Weichspülungen des Komponisten in anderen Disziplinen zu widerstehen schien, droht im Zugriff der jettenden Interpreten und unter dem Druck der Plattenhalden zu klassischem Fast food zu verflachen und zu verschleißen.

Wo man hinhört: schlampertes Rumwursteln. So viele Meistersinger/innen, wie bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges im legendären Mozart-Ensemble der (künstlerisch damals noch intakten) Wiener Staatsoper bei normalen Repertoireaufführungen zusammentrafen, lassen sich heute nicht mal mehr europaweit auftreiben. Verfallserscheinungen auch am Dirigentenpult. Von der geschliffenen und unsentimentalen Radikalität Arturo Toscaninis zeugt nichts mehr. Kein Kapellmeister zeigt mehr die pulsierende Herzlichkeit von Bruno Walter, das elegante Brio von Erich Kleiber oder den imposanten Zu-

griff von Otto Klemperer, der vor allem den Sinfoniker Mozart unter Höchstspannung emanzipiert hat.

Nein, seitdem wird genockerlt. Karl Böhm, für die meisten der schlechthin Berufene, mogelte sich manchmal mit charmanter Frechheit durch die Noten: Jo mei, nur nichts zu genau nehmen. Karajan, für alle der Berufenste schlechthin, hatte ebenfalls seine liebe Not mit seinem Landsmann. Vor allem die späten Einspielungen sind meist fad, sein anämischer „Don Giovanni" strotzt, so das korrekte Urteil der Berliner Musikologin Silke Leopold, „nur so von Fehlern" und „wirkt erstaunlich unpräzise und uninspiriert" – also absolut zeitgemäß. Und doch sind derlei Alt-Herren-Sünden nur ärgerliche Petitessen gegenüber dem hölzernen Hacken nach neudeutscher Un-Art: Ein Dirigent vom Schlage des Stuttgarter Staatsrates Wolfgang Gönnenwein beispielsweise empfiehlt sich nur als Mann fürs Grobe – Ohren zu und durch.

Aber die Gegenspieler versuchen aufzuholen. Nikolaus Harnoncourt, der seit Jahren Mozart gegen den nur schönen Strich musiziert und deshalb von der Karajan-Kundschaft als Kratzbürste verteufelt wurde, hat selbst in den abgelutschten Partituren Widerhaken freigelegt und musikalische Weichteile aufgerauht. So ist der pure Liebreiz dahin, das geschönte Klangfurnier effektvoll gemasert, Mozart aus der falschen letzten Ruhe gerissen.

Auch auf der Bühne tut sich Lästerliches. Vor allem Amerikas blitzgescheiter Regie-Frevler Peter Sellars stellt Mozart bravourös auf den Kopf. „Così fan tutte" hat er von italienischen Gestaden in einen vermieften amerikanischen Coffee-Shop verlegt und dort zwischen Kleenex-Tüchern und Ketchup-Flaschen zum Musical verdreht. Sein „Don Giovanni" spielt unter Haschern in der Bronx: Der Titelheld läßt sich zur Champagner-Arie einen Schuß setzen und fährt, einen Big Mac zwischen den Zähnen, in der Unterhose zur Hölle. Es geht also aufwärts mit der Mozart-Regie.

Selbst die Spieler und Schreiber tanzen schon aus der Reihe. „Ich konnte eigentlich nicht verstehen", giftete der genialische Klavier-Exzentriker Glenn Gould über Mozarts Sonaten (die er komplett einspielte), „wie meine Lehrer und andere mutmaßlich geistig gesunde Erwachsene diese Stücke zu den großen musikalischen Schätzen der westlichen Menschheit rechnen konnten."

Mozart sei der „mit Abstand am meisten überschätzte Komponist". Im Kopfsatz des c-Moll-Klavierkonzerts KV 491 – „kein sehr gelungenes" Stück – bemängelt Bach-Freak Gould „phantasielose Sequenzen" und „ärgerlichen Wirrwarr". Die große g-Moll-Sinfonie KV 550, ein Brilli des Repertoires, besteht für ihn „aus acht bemerkenswerten Takten – und drumherum eine halbe Stunde voll Banalität". „Am besten", so Goulds Fazit, sei Mozart in seiner „Teenager-Musik" gewesen, „doch später ging bei ihm der Ofen aus": „Mozart ist eher zu spät als zu früh gestorben."

Für weitere Erschütterungen sorgte Hildesheimer. Mozarts Konzert für Flöte und Harfe KV 299 sei eines von Mozarts „nichtssagenden Werken", die Oper „Titus" von „ermatteter Routine" gekennzeichnet. Einige der späten Lieder rechnet Hildesheimer unter das „absolut Nichtige", und die „Zauberflöte", der Deutschen liebstes Singspiel, erscheint ihm als Mozarts „letzter energischer Versuch, sich zu sanieren".

Das Stück, stichelt der Autor, sei „von je überschätzt worden", sei kaum mehr als „anspruchslose Unterhaltung" und mit seinem „Palmenwedeln, Gewändertragen und weihevollen Wandeln unmozartisch fremd" – halt ein „Musical".

Aber die Palmen werden immer noch gewedelt, und man wandelt weiter in Weihe. „Man versucht es den Kindern gegenüber mit der Wahrheit", giftete Anfang des Jahrhunderts der Musikwissenschaftler (und gußeiserne Wagnerianer) Paul Zschorlich in seinem Pamphlet „Mozart-Heuchelei". „Aber die Erwachsenen können sich nicht dazu verstehen, die konventionelle Heuchelei aufzugeben. Sie schlafen fast ein, wenn sie um ihres gesellschaftlichen Rufes willen eine Mozartsche Symphonie hören, aber sie versichern hinterdrein, es sei entzückend gewesen."

Überall stieß Zschorlich schon damals auf jene „Spezies von Mozartschwärmern, die morgens zum Kaffee den Mozart-Festartikel verschlingen, um schleunigst sich mit ungleich mehr Inbrunst ins Vermischte zu vertiefen".

Gemälde „Der sterbende Mozart": Heidschi Bumbeidschi im Trauerjahr

Noch nie in den 200 Jahren seit Mozarts Tod wurde ihnen der Schwenk so leicht gemacht wie in der kauflustigen Hochstimmung des Trauerjahres 1991: Denn seit Mittwoch letzter Woche veröffentlicht ein bekannter Klavier-Professor aus Norddeutschland in einem für sein Vermischtes gern gekauften Druckerzeugnis unter dem süßen Titel „Mein lieber Mozart" sein literarisches Heidschi Bumbeidschi – Justus Frantz rührt in *Bild* seine Hamburger Nokkerln an.

Da hilft nur eins: Nihm eyn *Bild*-Zeitung und applaudiere „aus den nemlichen loch".

Intendanten

Miserabel bis hoffnungslos

Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg steckt wieder in einer tiefen Krise. Intendant Michael Bogdanovs Zeit läuft aus.

Es ging nicht nur um die Familien Montague und Capulet. Hinter der Kulisse war allen klar, daß mit der Tragödie, die wenige Tage vor Heiligabend in Hamburg Premiere hatte, nicht nur das Schicksal von zwei tödlich Liebenden, sondern vor allem das ihres Regisseurs auf dem Spiel stand.

Doch anders als auf dem Theater, wo Gefühle meist heftig und eindeutig sind, fiel das Echo auf Shakespeares „Romeo und Julia" in der Zurichtung von Michael Bogdanov, 52, unentschieden aus. Das Premieren-Publikum im Deutschen Schauspielhaus nahm das Liebesleid beifällig, mit nur wenigen Buhs für den inszenierenden Hausherrn hin. Die Kritik war nicht gar so zimperlich: „Je mehr man an Bogdanov-Inszenierungen gesehen hat, desto deutlicher wird die Einfalt und nicht die Vielfalt der Einfälle", meinte die *Frankfurter Rundschau*.



Bogdanov-Inszenierung „Romeo und Julia": Teure Müßiggänger

Die *Frankfurter Allgemeine* gestand dem britischen Regisseur die Begabung zu, das riesige Haus (1397 Plätze) „mit viel Spektakel und technischer Bravour" füllen zu können, viel mehr aber auch nicht: „Sobald sich Intensität und Nuancenreichtum des Textes dem einfallsreichen Arrangement widersetzen, ist er mit seiner Kunst am Ende." Die *Zeit* fand Bogdanovs jüngste Bemühung „in ihrer angestrengten Jugendlichkeit vor allem eins: alt, uralt".



Intendant Bogdanov
Regie-Recycling zahlt sich aus

Und das ist sie auch. Denn schon 1983 hatte Bogdanov die Liebestragödie in Tokio präsentiert, mit ihr tourte er vor knapp vier Jahren mit demselben Bühnenkonzept (Chris Dyer), denselben Gags (die Jeunesse dorée Veronas fährt Moped und Alfa Romeo) und sogar mit demselben Tybalt (Hugh Quarshie) wie jetzt in Hamburg durch britische Theater.

Diese sparsame Art der Selbstbedienung hat bei Bogdanov Methode: Immer wieder plündert er eigene Alt-Inszenierungen, um sie woanders im Rekordtempo zweitzuverwerten. Das Regie-Recycling, meist modern getrimmte Shakespeare-Stücke, zahlt sich für ihn aus. Jede Inszenierung in Hamburg läßt sich der für seine Schnelligkeit berüchtigte Bühnen-Arbeiter mit rund 50 000 Mark honorieren. Nicht schlecht als Zubrot auf ein Intendanten-Grundgehalt von rund 200 000 Mark.

Ein Blick in die Gehaltsliste zeigt, daß der Hausherr auch anderen etwas gönnt. Schauspielerin Jutta Hoffmann, Altlast aus Peter Zadeks Tagen, bekommt ein Jahressalär von 130 000 Mark. Seit Bogdanov sein Amt angetreten hat, stand sie noch kein einziges Mal auf seiner Bühne. Der einst als Deutschlands Regie-Hoffnung gefeierte Israeli David Mouchtar-Samorai wird mit satten 150 000 Mark per anno freigehalten, ohne daß für ihn in dieser Spielzeit eine Inszenierung annonciert wäre.

Die teuren Müßiggänger kann sich der Brite Bogdanov (Vater Russe, Mutter Waliserin), der das traditionell skandalbelastete Haus am Hamburger Hauptbahnhof zur Spielzeit 1989/90 von Peter Zadek übernahm, nicht leisten. Bei Dienstantritt fand der Gastarbeiter nämlich nicht nur einen leeren Spielplan vor; ein nennenswertes Repertoire war kaum vorhanden, der Senat hatte dem amtsmüden Zadek zudem mitten in der laufenden Spielzeit die Zuschüsse um 3,2 Millionen Mark gekürzt. Das Haus war wieder mal am Ende.

Bogdanov sollte das trudelnde Theater retten, verfügt doch der chronisch optimistische Bonhomme aus dem Vereinigten Königreich über den Charme eines Stehaufmännchens. Der Alleskönner hat schon einen Pub betrieben, sein Studium in München mit Straßenmusik verdient und ist noch dazu aktiver Schaf-Scherer. Für Hamburgs abenteuerlustigen Kultursenator Ingo von Münch schien das Multitalent die rechte Wahl zu sein, allerdings nur die zweite. Gespräche mit dem Wiener Burgtheater-Chef Claus Peymann und Münchens Kammerspiel-Intendant Dieter Dorn waren gescheitert.

Der Brite hatte sich mit zwei erfolgreichen Inszenierungen eingeführt und, voreilig, dem sparsamen Senator auch bei klammer Kasse Publikum und Renommee versprochen.

Theater, das ist für Bogdanov, ganz britische Kommerzschule, eher Broadway als Bühnentiefsinn. In seinen Augen will die Welt vor allem eins: unterhalten sein. Doch auch das klappt nicht immer. Seine Hamburger „Maria Stuart" mit Eva Mattes und Ilse Ritter als Schillers feindliche Königinnen war ein gepflegtes Desaster. Das Musical „Guys and Dolls" wurde zum Griff in



den Trödelladen der Fünfziger. Die erhofften Einnahmen mit der 350 000 Mark teuren Produktion blieben aus.

Bogdanovs mit hohem Werbeaufwand betriebener Versuch, das plüschige Theater als Kinopalast zu etablieren, scheiterte ebenfalls: Kommerzware wie „Ein Fisch namens Wanda“ brachte zwar Zuschauer, aber auch den Protest der ortsansässigen Filmvorführer und des Aufsichtsrats. Das Projekt wurde inzwischen sang- und klanglos beerdigt.

Das Theater rutschte, in Deutschland beileibe kein Einzelfall, trotz steigender Besucherzahlen und erhöhter Einnahmen so heftig ins Defizit, daß der Senat es für die vergangene Spielzeit erst zähneknirschend mit rund 2 Millionen Mark entschulden und dann für 1991/92 die Subventionen um 1,6 Millionen Mark erhöhen mußte.

Gleichzeitig sackte auch die Stimmung im Hause in den Theaterkeller. Das Ensemble, das sich nach beklemmenden Erfahrungen mit der Psycho-Mimose Zadek einst für den britischen Wonneproppen stark gemacht hatte, ist mehrheitlich in das Lager seiner Gegner übergelaufen. Seit „der walisische Stier“ (Ingo von Münch) zwölf jungen Schauspielern gekündigt hat und ein Inspizient während der Vorstellung den blauen Brief bekam, mag kaum mehr einer zu Bogdanov halten.

Die Situation sei inzwischen, so eine Schauspielerin, „miserabel bis hoffnungslos“. Es fehle an Konzepten und Dramaturgen, der Chef scheue die Auseinandersetzung mit Mitarbeitern wie mit Texten, seine Regiearbeit beschränke sich auf Oberflächliches und bestehe vornehmlich darin, den Mimen, husch, husch, ihre Bühnen-Positionen zu zeigen.

In der Verwaltungsetage klingt es nicht anders. Wenn's drauf ankomme, lasse sich der Intendant entschuldigen; er weilt dann in England, wo er weiterhin für seine Shakespeare-Truppe inszeniert. Im übrigen, so das Fazit eines Insiders, sei er „wohl einfach mit dem Schauspielhaus überfordert“.

Das scheint der notorisch gutgelaunte Bogdanov inzwischen selber eingesehen zu haben. In einem Brief an den Kultursenator, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Schauspielhaus-GmbH ist, teilte er lapidar mit, daß er seinen „Vertrag nicht über die Spielzeit 92/93 verlängern werde“. Der Senator nahm das in seiner Antwort kühl „zur Kenntnis“ und machte gar nicht erst den Versuch, den Ungeliebten zu halten: „Ich kann gut nachvollziehen, daß Sie nach vier Jahren Intendanz in Deutschland sich wieder mit voller Kraft dem englischen Theater widmen wollen.“

Ein Fußtritt, aber mit „freundlichen Grüßen“.

Partitur der Verzweiflung

SPIEGEL-Redakteurin Annette Meyhöfer über Werner Schroeters Bachmann-Verfilmung „Malina"

Am Anfang war es Liebe, die gewöhnliche, alberne Liebe. Eine zufällige Begegnung vor einem Blumenladen, Tage, Nächte neben dem Telefon verbracht, vergebliches Warten und geübte Heiterkeit, wenn der Anruf dann endlich doch kommt: Über die Spiele ist die Frau am Telefon im Grunde längst hinaus, aber sie ist entschlossen, sich in die Komödie der Liebe zu stürzen, weil sie nur so dem Abgrund, der sich in ihr auftut, seit langer Zeit schon, zu entfliehen glaubt. Sie blickt in ihren kleinen Taschenspiegel und zieht sich die Lippen nach.

Viel später schlingt sie sich eine weiße Binde um den Kopf, sie hat sich die Stirn wund geschlagen an der Wand, zwei- oder dreimal hat sie sich dagegen geworfen. Die Binde mit den Blutflekken trägt sie wie eine Heilige, doch ohne Demut. Einmal hält sie die Hand ans Ohr, als telefoniere sie mit dem Geliebten; wenn das Telefon dann wirklich klingelt, nimmt sie nicht ab. Am Ende hat sie nur noch ihre Liebe. Am Ende ist vielleicht ein Mord geschehen. „Malina" handelt von Stationen einer Passion.

Ihn habe an dem Buch die „ganz starke Intuition" der Bachmann fasziniert, hat der Regisseur Werner Schroeter gesagt, „alle Kraft, Poesie und Zerrissenheit ihrer Künstlerseele" stecke in „Malina". 1971, zwei Jahre vor ihrem Tod in Rom, erschien Ingeborg Bachmanns einziger vollendeter Roman, Teil des geplanten Zyklus „Todesarten". Sie nannte das Buch „ausdrücklich eine Autobiographie, aber nicht im herkömmlichen Sinne; eine geistige, imaginäre Autobiographie", die nichts zu tun hat mit der gewöhnlichen Erzählung eines Lebenslaufs.

Ein Buch von Verstörung, die zur Selbstzerstörung wird, voller literarischer und musikalischer Anspielungen, voll schwererträglichem Expressionismus und kühler Reflexion, eine formvollendete Partitur der Verzweiflung. Die Bachmann war damals schon – ihre letzten Erzählungen wurden eher skeptisch aufgenommen – fast begraben unter dem Ruhm ihrer frühen Jahre, bevor sie in Rom an den Folgen einer Verbrennung und ihrer Tablettensucht starb und vollends zu einer literarischen Märtyrerin ikonisiert wurde.

Von einer bekannten, doch namenlos bleibenden Schriftstellerin handelt ihr Roman. Die Frau lebt mit einem Mann, Malina, zusammen, platonisch und beinahe gleichgültig, und verliebt sich bis zum Wahnsinn in einen anderen, Ivan. Die Personen sind Projektionen eher denn wirkliche Figuren, die Handlung schrumpft zum Vorwand für etwas, das ganz und rein innerlich ist, unverfilmbar. Es hätte darum wohl auch kein anderer „Malina" für das Kino adaptieren können als Werner Schroeter, dessen so oft als unverständlich gescholtene Filme, von den frühesten, „Neurasia" oder „Eika Katappa", bis zu seinem letzten, „Der Rosenkönig", von nichts anderem erzählen als vom Ungenügen an der Wirklichkeit, von Leidenschaft und Wahn, von Musik und Tod.



Star Huppert, Regisseur Schroeter
„Kraft, Poesie und Zerrissenheit"

Aber „Malina" wäre nie zustande gekommen ohne den Traum eines Münchner Kinobesitzers und Filmverleihers. Auch das ist die Geschichte einer Passion. Denn dieser Thomas Kuchenreuther wollte sein Lieblingsbuch verfilmen, und dafür engagierte er einen Regisseur, der vor vier Jahren seinen letzten Film gemacht hatte und ein bißchen ein Märtyrer seines Rufs ist, verpflichtete als Drehbuchautorin die Wiener Schriftstellerin Elfriede Jelinek, deren „Lust" zum Skandalerfolg hochgeschimpft worden war, und für die Hauptrolle die Französin Isabelle Huppert, die zwar auf schwierige Frauengestalten, von der mädchenhaften „Spitzenklöpplerin" bis zur Engelmacherin in „Eine Frauensache", abonniert scheint, doch an der Kinokasse, zumindest in Deutschland, kaum genug Star-Appeal hat. Acht Millionen, zum Teil aus eigener Tasche, brachte Kuchenreuther für „Malina" auf, einen der teuersten deutschen Filme der letzten Jahre – und einen der besten.

Werner Schroeter, dessen „Rosenkönig", Requiem für seine Lieblingsdarstellerin, die an Krebs gestorbene Magdalena Montezuma, nur durch die Spenden von Freunden entstehen konnte, hat sich für „Malina" von der Ausstatterin Alberte Barsacq irritierende Räume mit hohen Decken, mit Glasfenstern und Spiegeln überall, entwerfen lassen. Neben Isabelle Huppert, neben Mathieu Carrière als Malina und dem bisher noch unbekannten ungarischen Schauspieler Can Togay spielen, in zum Teil winzigen Rollen, Theaterstars wie Libgart Schwarz, Fritz Schediwy, Peter Kern und Elisabeth Krejcir. Die Musik stammt von dem italienischen Avantgarde-Komponisten Giacomo Manzoni.

Andere als Werner Schroeter, der in den letzten Jahren zunehmend für Theater und Oper gearbeitet hat und gerade die „Emilia Galotti" am Düsseldorfer Schauspielhaus inszenierte, wären vielleicht, beeindruckt von den Möglichkei-

ten, dem ganzen selbstbetriebenen Glanz und Aufwand erlegen. Doch Schroeter verwandelt die Dekors zur Bühne seiner Obsessionen und der seiner Darsteller. Die Geschichte, dieses bißchen an Geschichte, das „Malina" ist, wird zu einer einzigen Sehnsuchtsbewegung, hochtheatralisches Drängen von Gewalt und Leidenschaft, dabei bestechend genau und mitunter sogar komisch.

„Malina" ist zunächst die Beschreibung eines Kampfes, der Konfrontation zweier einander feindlicher, fremder Welten: Die Frau ist Künstlerin, Schriftstellerin nur um den Preis ihres Gefühls, ihrer Sexualität, und wenn sie sich in ihre Leidenschaft zu Ivan stürzt, muß sie ihre Begabung verleugnen; sie verstummt. Souverän, selbstsicher sind dagegen die beiden Männer, überlegene Täter: der eine, Malina, ganz Vernunft und von nicht unfreundlicher Kälte, der andere, Ivan, ein Spieler, ein Verführer, der leben will und nicht lieben.

In Schroeters Film sehen sie sich, entgegen den Anweisungen Bachmanns und auch Jelineks für ihre Personen, ein wenig ähnlich; eher verletzlich und zart wirken sie, am Ende in ihrem Verhalten gegenüber der Frau beinahe austauschbar. Und wenn der Regisseur mitunter durch eine exaltierte Bildersprache den etwas bieder anmutenden Feminismus der Vorlage zu bestätigen scheint, dann läßt er doch zugleich keinen Zweifel daran, daß Kanonen und stachelbesetzte Granaten, Hirschgeweihe und gekreuzigte Katzen erst durch den Blick der Frau zu Zeichen, monströs und auch lächerlich werden.

Der Regisseur hat diesen Blick übernommen, und im wunderbaren Licht, in den ungewöhnlichen Perspektiven von Schroeters Kamerafrau Elfi Mikesch überhöht sich das ganz und gar Gewöhnliche einer Geste oder einer Begegnung auf der Straße zu einem absurden Mysterienspiel: „weil es zwischen den alltäglichen Dingen immer und jederzeit zu einer Explosion kommen kann", wie einmal die Heldin sagt.

Sie ist Schroeters früheren Frauengestalten nur zu nah verwandt, diesen Frauen, die sich aus Sehnsucht nach dem Absoluten, der Kunst oder der Liebe, buchstäblich zu Tode bringen. Und wie so oft in seinen Filmen ist es die Nähe von Banalität und Tragik, die „Malina" bestimmt.

Opernarien, von der unglaublich schönen Jenny Drivala vorgetragen, und Claire Waldoffs „Wer schmeißt denn da mit Lehm", Gewaltphantasien in eisiger Landschaft und eine Tortenschlacht, der „Kalif Storch" als Zeichentrickfilm und das Märchen von der Prinzessin von Kagran, die poetischsten Formulierungen der Bachmann und die Frage nach einer Zigarette: Alles wird zum Spiegel einer unbedingten Leidenschaft, die doch den Riß, der durch die Welt, durch die Frau selber geht, nicht mehr kitten kann – diese Grenze zwischen Wahrhaftigkeit und Spiel.

„Malina" ist ein Film der Paradoxe und der Spiegelungen. Am Anfang sieht sich die Heldin im Spiegel an, die Blicke vorwegnehmend, die sie ihrer Existenz versichern sollen. Am Ende, wenn sie diese Existenz vollkommen aufs Spiel gesetzt, wenn Ivan sie verlassen und sie nichts hat als Malinas unerbittlichen Trost, wenn um sie herum die Wohnung in Flammen steht, dann schminkt sie sich noch immer die Lippen, einen Spiegel braucht sie kaum mehr dazu. Und wenn alle Versuche, sich an das Alltägliche zu klammern, aufgebraucht sind, verschwindet sie in den Spiegeln, die ihr Bild verdoppeln.



„Malina"-Paar Huppert, Carrière: Kalter Gott der Vernunft





„Malina"-Autorinnen Bachmann, Jelinek: Beschreibung eines Kampfes

Malina aber nimmt dann ihren Platz ein, als ob sie nie existiert hätte, nur ein Geschöpf seiner Phantasie gewesen sei. Am Ende war es vielleicht Mord, am Ende war es Liebe. Der Götze Ivan, den sie „meine Freude und mein Leben" nennt, weist sie zurück, und der kalte Gott der Vernunft, Malina, hält sie nicht. „Liebe gibt es nicht, als Behauptung vielleicht", „auf der metaphysischen Ebene", hat Schroeter in einem Interview gesagt.

„Malina" ist aber vor allem ein Film über ein Gesicht, das Gesicht Isabelle Hupperts, tränenüberströmt, ungeschminkt, die Züge kaum bewegt, allenfalls in zitternder Nervosität: eine Verzweifelte, die um ihre Verzweiflung weiß, kein Opfer, eine, die selbstbewußt ihre Zerstörung betreibt, wie in einem selbstgeschriebenen Theaterstück. „Malina" ist die Geschichte einer Obsession, der maßlosen Liebe zwischen Regisseur und Hauptdarstellerin. Und die endet glücklich. ◄



Cholera-Kranke in Hamburg 1892: „Meine Herren, ich vergesse, daß ich in Europa bin"

Cholera

Letzte Sumpfblüte

Fast 9000 Menschen starben 1892 in Hamburg an der Cholera – ein Desaster in der damals „schmutzigsten Stadt Europas".

Aus Zentralasien war der Erreger rasch nach Mitteleuropa vorgerückt. Im Frühsommer hatte er noch im über 5000 Kilometer entfernten Afghanistan gewütet. Keine zwei Monate später überschritt er die deutsche Grenze. Wohl am 14. August 1892, einem schwülwarmen Sommertag, schwamm der bösartige Schmarotzer in den Hamburger Hafen.

Die Bedingungen für den rasanten Durchmarsch waren optimal. Die gesamte eurasische Landmasse lag im Sommer 1892 unter einer Hitzeglocke: flimmernde Luft in Zentralrußland, aufgewärmte Seen in Polen, in der Elbe wurden 22 Grad gemessen. In den lauwarmen Wassern vermehrten sich die stäbchenförmigen „Vibrio cholerae"-Mikroben explosionsartig.

Gleichsam als Transportvehikel für den Sprung nach Hamburg dienten dem Todeskeim russische Emigranten. Ein nicht abreißender Strom von Auswanderern verließ damals das Zarenreich. Die Nadelöhre für die Emigranten-Trecks waren die Städte Hamburg und Bremen. Im Cholera-Jahr 1892 wurden von Hamburg aus über 100 000 Auswanderer nach New York verschifft.

Die preußische Regierung stemmte sich der Epidemie entgegen, sie riegelte am 18. Juli die deutsch-russische Grenze ab. In Kiew, Tschernigow, Poltawa, in den Distrikten Podolien und Wolhynien, erklärten die Berliner Behörden, habe die Seuche „weite Verbreitung" gefunden. Alle Auswanderer wurden untersucht und in versiegelten Zügen durchs Reichsgebiet geschleust. Waren Zwischenstopps nötig, rückten Desinfektionstrupps auf die Bahnhöfe.

Fast täglich trafen die plombierten Waggons in Hamburg ein. Doch die hanseatischen Stadtväter blieben sorglos. Nach flüchtigen Kontrollen zogen die Emigranten in schmutzige Holzbaracken und warteten auf die Überfahrt. Wer es sich leisten konnte, nahm im Gängeviertel Quartier, einem Labyrinth von lichtlosen Gassen, in denen Sickergruben, Latrinen und Nachttöpfe anstelle von Spülklosetts verbreitet waren.

Mit den Ausscheidungen eines kranken Auswanderers gelangten die ersten Cholerakeime ins Elbwasser. Keine sechs Wochen später war die nach London, New York und Liverpool viertgrößte Hafenstadt der Erde moralisch diskreditiert.

„Tod in Hamburg" nennt der britische Historiker Richard J. Evans sein Buch über das Sterben, das damals „mit entsetzlicher Geschwindigkeit" einsetzte*. Die Zahl der Hamburger



Russische Auswanderer im Hamburger Hafen: Nadelöhr für den Erreger

* Richard J. Evans: „Tod in Hamburg". Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg; 848 Seiten; 78 Mark.

Plumpsklos in jener Zeit (4945 Stück) hat der Forscher während seiner zehnjährigen Cholera-Recherchen ebenso ermittelt wie die Zahl der Bewohner stickiger Kellerwohnungen (42 000) – sein Buch ist zugleich eine umfassende Sozialgeschichte der volkreichen Hansestadt nahe der Elbmündung.

Etwa 600 000 Menschen hatten sich im ausgehenden 19. Jahrhundert in Hamburg angesiedelt. 8000 Schiffe pro Jahr schlugen an den Kais ihre Waren um: Weizen aus England, Petroleum, Erze, Tabak und Kaffee aus Übersee. Das pompöse Rathaus und die Speicherstadt wurden gerade mit Millionenaufwand errichtet. Gleichzeitig, so Evans, lebten in der aus allen Nähten platzenden Hafenstadt 70 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Vor allem das Abwassersystem der Stadt benebelte seine Bürger mit olfaktorischer Urgewalt. Spülwasser, Abfälle und Fäkalien flossen ungefiltert in die Elbe. 12 000 Pferde verschmutzten die Straßen, der Mist aus Hühnerställen und Schweinekoben rann in die Abwassergräben. Viele der alten Fleethäuser hatten noch balkonartig vorgebaute Toiletten, aus denen die Exkremente in die darunterliegenden Stichkanäle fielen.

In der Nacht zum 15. August forderte die Cholera ihr erstes Opfer. Ein Mann namens Sahling, der als Kanalarbeiter am Zentralausfluß gearbeitet hatte, „litt an heftigen Anfällen von Erbrechen und Durchfall", er starb am darauffolgenden Tag. Am 17. August wurden 4 ähnliche Krankheitsfälle gemeldet, am 18. August waren es 12, einen Tag später schon 31. Die Ärzte schrieben „Brechdurchfall" auf die Totenscheine.

Die Symptome der Seuche waren grauenhaft. In Sturzbächen schieden die Kranken Stuhl aus, erbrachen sich und verloren so in wenigen Stunden bis zu 25 Prozent ihrer Körperflüssigkeit. Schließlich wurde die Haut blau und schrumpelig, heftige Krämpfe schüttelten den Körper, die Augen lagen tief in den Höhlen.

Bereits beim zweiten Todesopfer hatten Ärzte vom Eppendorfer Krankenhaus Stuhlproben entnommen, mikroskopisch untersucht und darin „auffallend große Stäbchen" entdeckt. Der Leiter der Autopsie, Doktor Erman, versuchte, die merkwürdigen Keime in Kulturen weiterzuzüchten. Ansonsten wurde Stillschweigen bewahrt.

. Doch der Nachweis der Vibrio-cholerae-Keime ließ auf sich warten. Am 22. August, volle sechs Tage nach der Stuhlentnahme saß Physikus Erman immer noch ratlos über seiner Petrischale. Längst kursierten Seuchengerüchte in der Stadt. Die Zahl der Toten war bereits auf über 100 gestiegen.

Erst neun Jahre zuvor war es dem Mediziner Robert Koch gelungen, das Cholerabakterium zu identifizieren. Im Wettlauf mit seinem Pariser Konkurrenten Louis Pasteur hatte er in Kalkutta große „Kommabazillen" in den Ausscheidungen von Erkrankten gefunden – die Erreger der Cholera.

Kochs Bakterientheorie stieß jedoch – vor allem bei der Hamburger Ärzteschaft – auf Vorbehalte. Jahrhundertelang war die Cholera als miasmatische Krankheit gedeutet worden: „Belebte Sumpfluft", üble Dämpfe aus dem Erdinneren oder von abschmelzenden Eisbergen geschwängerte Giftwolken, hieß es, verbreiteten die Krankheit. Für die Geizkragen im Hamburger Senat ein wohlfeiles Argument: Sie hielten sich an die hergebrachte Miasma-These – hygienische Verbesserungen waren also nicht nötig.

Während der Senat auf bessere Winde wartete, rumpelten immer häufiger Krankenkutschen über das Hamburger Pflaster, aus dessen Ritzen bei Regen lehmiger Schmutz quoll. Etwa jeder zweite Patient starb während des Transports. In die Holzsitze der Wagen waren Löcher gebohrt worden; die den Kranken entstürzenden Exkremente sickerten direkt auf die Straße.

Die 18 auf Lebenszeit gewählten Senatoren regierten die Stadt ohne professionelle Bürokratie. Berufsbeamte gab es nicht, das Gesundheitswesen, ohnehin kaum vorhanden, wurde nebenbei vom Polizeisenator verwaltet. Erst als ein Koch-Schüler dem unfähigen Dr. Erman die Petrischalen entriß, gelang in wenigen Stunden der bakteriologische Nachweis. Dennoch ließ der Senat einen weiteren Tag verstreichen, ehe er am 24. August das Cholera-Desaster offiziell bestätigte.

In keiner anderen deutschen Stadt konnte die Seuche 1892 Fuß fassen. Selbst in der Emigrantenschleuse Bremen war es nur zu sechs Todesopfern gekommen. Dummheit, Untätigkeit und die Angst der Pfeffersäcke vor möglichen Handelsbeschränkungen, so Historiker Evans, hätten in Hamburg „schicksalhafte und aberwitzige Verzögerungen" ausgelöst.

Der Erreger war mittlerweile elbaufwärts gewandert, nach Rothenburgsort. Dort lag die zentrale Wasserentnahme-





Bürgermeister Mönckeberg, Massengrab für Cholera-Opfer auf dem Friedhof Ohlsdorf: „Übelgerüche überall"

stelle der Stadt. Kubikmeterweise wurde hier Elbwasser aus dem Fluß gepumpt. Aus Kostengründen hatte der Senat den Einbau einer Sandfilteranlage verzögert. Als Klärbecken diente nur ein großes Bassin, in dem sich die gröbsten Schmutzstoffe ablagerten.

Als am 24. August Robert Koch in Hamburg eintraf, war die Bevölkerung immer noch ahnungslos – die Stadtbewohner badeten im Cholerawasser und wuschen, es war Pflaumenzeit, ihr Obst mit der verseuchten Brühe.

In den Krankenhäusern, wo sich die Patienten auf den Fluren drängten, fand Koch Menschen wie „von unsichtbaren Geschossen dahingestreckt". Nach einem Besuch im Gängeviertel, diesen „Pesthöhlen und Brutstätten", verschlug es ihm die Sprache. Den stolzen

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Simmel: Im Frühling singt zum letztenmal die Lerche** Droemer; 44 Mark	(1)
2	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(2)
3	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(3)
4	**Kundera: Die Unsterblichkeit** Hanser; 45 Mark	(4)
5	**Danella: Meine Freundin Elaine** Knaus; 39,80 Mark	(6)
6	**Brösel/Platt: Werner Beinhart!** Semmel; 29,80 Mark	
7	**Allende: Geschichten der Eva Luna** Suhrkamp; 38 Mark	(7)
8	**King: Langoliers** Heyne; 24,80 Mark	(13)
9	**Lenz: Die Klangprobe** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(5)
10	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 39,80 Mark	(8)
11	**Irving: Owen Meany** Diogenes; 44 Mark	(11)
12	**Kirchhoff: Infanta** Suhrkamp; 39,80 Mark	(10)
13	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(12)
14	**Konsalik: Das Regenwald-Komplott** Hestia; 39,80 Mark	(9)
15	**Süskind: Das Parfüm** Diogenes; 29,80 Mark	

SACHBÜCHER

1	**Schmidt: Die Deutschen und ihre Nachbarn** Siedler; 58 Mark	(1)
2	**Magnani: Eine italienische Familie** Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	(3)
3	**Alt: Jesus – der erste neue Mann** Piper; 19,80 Mark	(4)
4	**Hillrichs: Terra-X** C. Bertelsmann; 44 Mark	(5)
5	**Ziegler: Die Schweiz wäscht weißer** Piper; 29,80 Mark	(6)
6	**Ruge: Michail Gorbatschow** S. Fischer; 39,80 Mark	(2)
7	**Messner: Antarktis – Himmel und Hölle zugleich** Piper; 58 Mark	(11)
8	**Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** Schweizer Verlagshaus; 44 Mark	(9)
9	**Valérien (Hrsg.): Fußball-WM '90 Italien** Südwest; 39,80 Mark	(8)
10	**Bürger: Mann, bist du gut** P. Erd; 33 Mark	(10)
11	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(12)
12	**Apel: Der Abstieg** DVA; 39,80 Mark	(7)
13	**Aust: Der Pirat** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	
14	**Wieck: Wenn Männer lieben lernen** Kreuz; 29,80 Mark	
15	**Benard/Schlaffer: Laßt endlich die Männer in Ruhe** Rowohlt; 28 Mark	(14)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

Senatoren, die seit 1871 wieder mit Degen, weißer Halskrause und Samtrock durch den Berliner Reichstag stolzierten, rief er zu: „Meine Herren, ich vergesse, daß ich in Europa bin!“

Erst jetzt stimmten die Stadtväter weiterreichenden Seuchenmaßnahmen zu: Alle Erkrankten wurden unter Quarantäne gestellt, Tankwagen verteilten frisches Quellwasser auf den Straßen, Desinfektionsstaffeln wurden aufgestellt. Was die Koofmichs und Pfeffersäcke jedoch härter traf: Die Stadttore wurden geschlossen, im sonst lärmerfüllten Hafen herrschte plötzlich Totenstille.

Erst am 28. August klebten an allen Häusern rote Warnzettel. Pro Tag starben nun etwa 400 Menschen, jeweils 1000 erkrankten neu. 30 Krankenwagen und 50 Träger waren im Einsatz. Auf dem Hauptfriedhof Ohlsdorf wurden Massengräber ausgehoben, die Toten in umgebauten Möbelwagen herangeschafft. Die Krankenträger erhielten vom Senat zu ihrer eigenen Immunisierung pro Tag „eine halbe Flasche Wein und Kognak“. Der Dichter und Zeitzeuge Detlev von Liliencron fand bei einem Behördengang „die Polizei-(Sanitäts-) Beamten alle besoffen“.

Gleichzeitig sammelte sich eine Wolke von Chemikalien über der Stadt. Die 700 Mann starke Dekontaminationstruppe kippte Chlorkalk in die Siele, desinfizierte Straßen und Häuser. Bürgermeister Georg Mönckeberg lamentierte am 30. August, „daß wir überall Karbol, Lysol, Kreolin und sonstige Übelgerüche zu genießen haben“.

Weitgehend machtlos gegen die Geißel waren die Ärzte. Koch hatte zwar den Choleraerreger entdeckt, aber kein Heilmittel gefunden. Die Mediziner versuchten es wahlweise mit Opium und heißen Bädern; sie schütteten literweise Gerbsäure in die Patienten, um den Flüssigkeitsverlust auszugleichen. Quacksalber priesen die heilsame Wirkung von „warmem Kuhdreckbrei“, andere sprachen sich für Stromströße und Schwarzpulver-Infusionen aus.

Gemeinschaftstoiletten für 50 und mehr Personen in den Elendsvierteln hatten es dem Erreger leicht gemacht, der Medizinalrat Johann Julius Reincke berichtete nach einem Besuch in einem Arbeiterviertel:

> In der Kastanienallee 37 fanden wir, daß die undichten Closets der oberen Etagen in die Wasserkästen der darunter liegenden Wohnungen leckten; in einem anderem Hause, wo eben ein Kind gestorben war und das Krankenzimmer noch mit Dejectionen beschmutzt war, hingen die ungereinigten Kindertücher . . . über den offenen und gefüllten Speisetöpfen.

Gasse im Hamburger Gängeviertel
„Pesthöhlen und Brutstätten“

Wie Inseln der Seligen ragten nur die Villenviertel Rotherbaum und Harvestehude aus dem Cholerasumpf. In diesen Gebieten starben von je 1000 Hamburgern nur etwa 5. In den Armensiedlungen Billwärder Ausschlag, Neustadt Süd und Altstadt Nord lag die Sterbequote viermal so hoch.

Schließlich, Ende September, flaute die Seuche ab. „Die letzte Sumpfblüte im Zeitalter der Epidemien“ (Evans) hatte 8605 Menschen getötet, fast 17 000 waren erkrankt. Die Schuldigen schienen bald gefunden. „Mammonistischer Kliquen-Geist“ und der „Korruptionsbazillus des Judaismus“, so hieß es in den *Deutsch-Sozialen Blättern*, hätten Hamburg ins Chaos geführt.

Das Argument zog. Bei der Reichstagswahl 1893 konnten die antisemitischen Parteien ihren Stimmenanteil in vielen Hamburger Stadtteilen von fast null auf über zehn Prozent erhöhen. ◀

Elektroschock

Brandherd im Gehirn

Die Elektroschock-Therapie findet auch an deutschen Kliniken wieder Befürworter.

Als der Arzt den Strom einschaltete, bäumte sich der Kranke wie vom Blitz getroffen auf. Schaum trat auf seine zuckenden Lippen, zwischen denen ein Gummiknebel steckte. Mit einer ruckartigen Hampelmannbewegung sank der Patient in Ohnmacht. Nach rund 30 Minuten wieder halbwegs bei Sinnen, hatte er die schaurige Prozedur vergessen.

Elektroschocks, serienweise verabfolgt, hatten den Schriftsteller Ernest Hemingway von seinen schweren Depressionen befreien sollen – die Tortur war vergeblich: „Operation gelungen, Patient tot“, so kommentierte er die Stromschock-Behandlung in der amerikanischen Mayo-Klinik, die sein Gedächtnis ruinierte, ihn aber nicht von seiner Schwermut heilte. Vier Wochen nach der zweiten Elektroschock-Kur brachte sich der Nobelpreisträger um.

Die rabiate Elektro-Therapie, 1938 von den italienischen Psychiatern Lucio Bini und Ugo Cerletti erstmals am Menschen erprobt, war in den sechziger und siebziger Jahren beinahe vollständig aus dem psychiatrischen Behandlungsrepertoire verschwunden. Unter dem Druck von Kritikern und Psychiatrie-Reformern gaben die meisten Klinikleiter die als Folter und Disziplinierungsinstrument verschriene Methode auf.

Nun kehrt sie, in aller Verschwiegenheit, in die psychiatrischen Heilstätten zurück. Eine neue Generation von smarten Vertretern der biologischen Psychiatrie hat in einigen westlichen Ländern die „Elektrokonvulsions-Therapie“ neu entdeckt. Schätzungsweise 100 000 Amerikaner, die meisten schwer depressiv, lassen sich die Traurigkeit Jahr für Jahr elektrisch austreiben.

In der Bundesrepublik liegt die Zahl mit rund 500 Elektroschock-Patienten pro Jahr „um Zehnerpotenzen niedriger“ (so der Münchner Psychiater Hans Lauter) als in Amerika, Großbritannien, Dänemark oder Schweden, wo die Tradition der Schocktherapie nie ganz abgerissen ist.

Doch ein lautloses Comeback kündigt sich auch hier an: 96 Prozent der Leitenden Ärzte an den psychiatrischen Unikliniken, so ergab eine Umfrage, sind überzeugt, daß es für den Elektroschock noch immer „klare Indikationsbereiche“ gebe; in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern waren 80 Prozent der befragten

Ärzte derselben Meinung. Nur die Scheu vor öffentlichen Angriffen hält sie davon ab, die Elekroschockgeräte wieder anzuschalten.

Die westdeutschen Befürworter der Methode wagten sich beim 5. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für biologische Psychiatrie im Herbst letzten Jahres in Berlin aus der Deckung. In einer „Stellungnahme“ der Fachgesellschaft betrieben sie Namenskosmetik: Statt Elektroschock oder „Elektrischer Heilkrampftherapie“ schlugen sie die unverfänglichere Bezeichnung „Neuroelektrische Therapie“ vor. Die Krampfbehandlung, formulierten die Vertreter mehrerer psychiatrischer Unikliniken in der Bundesrepublik, sei durch technische Neuerungen verträglicher geworden. Der Verzicht auf sie, so der Marburger Psychiater und Elektroschock-Verfechter Michael Schäfer, stelle eine „ethisch unvertretbare Einschränkung des Rechtes auf bestmögliche Behandlung“ dar.



Hirnstromkurve beim Elektroschock
„Maximaler Krampf“



Elektroschock-Behandlung in USA (1949): „Fleckenhafte Gedächtnislücken“

Als Methode der Wahl sollte danach auch in der deutschen Psychiatrie der Elektroschock wieder eingesetzt werden, und zwar

▷ bei schweren endogenen Depressionen, verbunden mit wahnhaften Vorstellungen, Selbstmordgedanken oder depressiver Starre (Stupor), wenn Antidepressiva und Schlafentzug nichts bewirken;

▷ bei Manien oder schizoaffektiven Psychosen, die auf gängige Arzneimittel nicht ansprechen;



Elektroschock-Patient Hemingway
„Operation gelungen, Patient tot“

▷ bei lebensbedrohlichen Katatonien, die oft einhergehen mit völliger Muskelstarre, Unfähigkeit zur Nahrungsaufnahme und hohem Fieber.

„Unübertroffen“, urteilt der schwedische Experte Jan Otto Ottosson von der Universitätsklinik Göteborg, sei der E-Schock bei allen Arten von therapieresistenten Depressionen.

Zumindest die Begleiterscheinungen des Verfahrens, bei dem sich früher hartgesottene Assistenten auf die zappelnden Körper der Geschockten werfen mußten, bei dem Knochen brachen und Glieder verrenkt wurden, sind inzwischen gemildert worden. Die Elektroden sitzen nur noch an einer, der rechten Seite des Kopfes, Stromstärke und Stimulationsdauer lassen sich, im Idealfall, für jeden Patienten maßschneidern. Ziel des knapp eine Sekunde dauernden Stromstoßes ist eine „generalisierte Krampfantwort“ des Körpers, vergleichbar den Spasmen bei einem epileptischen Anfall.

Wenn Arzt und Anästhesist ihr Handwerk verstehen, findet der auf den Stromstoß folgende rund einminütige Krampf nur noch im Kopf des Kranken statt. Der Körper verrät die Malträtierung nicht, weil relaxierende Mittel verhindern, daß sich der Stromstoß auf die Muskeln überträgt.

Nur auf dem zugeschalteten Elektro-Enzephalogramm (EEG) oder an den Zuckungen der abgebundenen, nicht relaxierten Hand des Patienten erkennt der Arzt, wann der Krampf die Gehirnzellen heimsucht. Eine Kurznarkose soll dem Patienten die Angst nehmen und erspart ihm das Erstickungserlebnis beim Eintreten der Relaxation.

Nicht der Strom, sondern der Krampf, so wollen die E-Schock-Forscher Anfang der achtziger Jahre erkannt haben, sorgt für den therapeutischen Effekt. Während des zerebralen Krampfanfalls ist der Sauerstoffbedarf im Gehirn um etwa das Doppelte erhöht. Die künstliche Beatmung der Patienten während der gesamten Prozedur soll deshalb zweierlei bewirken: daß der Krampf im Gehirn „maximal“ ausfällt und daß etwaiger Sauerstoffmangel in den Zellen nicht zu Gedächtnisausfall oder Herzrhythmusstörungen führt.

Die Risikobereitschaft der Schockspezialisten nimmt angesichts solcher Vorkehrungen wieder zu. „Bei Beachtung der heute üblichen Behandlungstechniken“, notierte der Heidelberger Psychiater Heinrich Sauer 1987, „stellt die Elektrokonvulsions-Therapie eine risikoarme Behandlungsform dar, die nur zu wenigen unerwünschten Nebenerscheinungen führt und keine irreversi-

ble zerebrale Schädigung zur Folge hat.“ Die Sterberate beim Elektroschock (vier Patienten pro 100 000 Einzelbehandlungen), beschwichtigte der Heidelberger E-Schock-Verfechter, liege „noch unter dem Mortalitätsrisiko eines in Narkose vorgenommenen zahnchirurgischen Eingriffs“.

Doch die Hauptfrage, ob die Stromstöße Hirnzellen zerstören, ist noch lange nicht endgültig beantwortet. Zwar konnten bei Untersuchungen mit dem Computertomographen im Gehirn geschockter Patienten keine morphologischen Veränderungen nachgewiesen werden. Auch hochsensible Radioimmuntests zeigten keine Spur von Gewebezerfall.

Obduktionen von Patienten, denen am Beginn der Elektroschock-Ära bei sogenannten Blockbehandlungen ganze Serien von Krämpfen zugemutet worden waren, hatten dagegen noch ein ganz anderes Bild ergeben: In der Hirnrinde hatte der Strom deutlich sichtbar Nervenzellen weggeschmort. Auch bei Katzen, die mit Elektroschocks traktiert worden waren, fanden sich „richtige Brandherde im Gehirn“.

Sicher ist, daß der Elektroschock auch in seiner modernisierten Form zu Gedächtnisstörungen führt. Die Betroffenen klagen über Vergeßlichkeit, der „Kurzzeitspeicher“ funktioniert nicht mehr richtig. Bedenklicher noch, weil oft bleibend, sind Lücken, welche die Stromstöße in den tiefer gelegenen Gedächtnisregionen hinterlassen. „Punktförmige, fleckenhafte Gedächtnislükken“, etwa was den Italienurlaub vor zwei Jahren betrifft, können die Patienten dann zeitlebens nicht mehr auffüllen.

Unklar bleibt, was die „Heilkrämpfe“ in der Schaltzentrale eigentlich bewirken. Möglich, daß Botenstoffe (Neurotransmitter) wie Noradrenalin, Dopamin oder Serotonin nach der Stromwäsche verstärkt fließen, daß Rezeptoren, an denen sie andocken, empfindlicher werden, daß die Hormonproduktion in Hypophyse und Hypothalamus angekurbelt wird oder körpereigene Opiate (Beta-Endorphine) vermehrt im Blut auftauchen – eine „konsistente Theorie“, muß Psychiater Schäfer einräumen, gebe es derzeit nicht.

Eindrucksvoll ist für manche Betrachter, wie schnell sich die Gedanken der Patienten nach der Behandlung lichten: Lebensbedrohliche Zustände verschwinden oft nach kurzer Zeit. Doch schon zwei Wochen nach dem letzten Stromstoß kehrt bei jedem fünften Patienten der lähmende Alpdruck wieder zurück, nach drei Wochen bei jedem vierten, nach zwei Monaten bei jedem zweiten – der Heilkrampf heilt nicht, er unterdrückt nur für eine Weile die Symptome.

Kroetz-Züge im Urwald


Kroetz, Relin

Ende 1989 verabschiedete sich der ehemalige Kommunist Franz Xaver Kroetz, 44, für fast drei Monate aus dem „widerlichen Deutschland". Den früheren Kleineleute-Dramatiker, der in letzter Zeit hauptsächlich als Nenn-Schwiegersohn der Bundes-Träne Maria Schell dilettiert, trieb es nach Südamerika. In seinem jetzt bei Suhrkamp erschienenen Tagebuch erzählt Kroetz, wie er mit der Schell-Tochter Marie Theres Relin und dem gemeinsamen Kind Josefine durch Brasilien und Peru vagabundierte und wie alle drei vom Durchfall geplagt wurden. „Scheiße" ist denn auch sein Lieblingswort, mit dem Kroetz demokratisch den Sozialismus und die *Bild*-Zeitung (für die er einst Raissa Gorbatschowas Slipeinlagen besang) bedenkt. Humorlos wie noch nie giftet sich das „Kroetzelchen" (er über sich) über „Polit-Zombies hüben und drüben", notfalls läuft der bayerische Kraftlackel auch zum Rassisten auf: „Wie sie ihre nackten, fetten Ärsche unterm Negersteiß durch den weißen Sand schleppen: danke." Nur zu Weihnachten lebt er auf und ist froh, der „gefürchteten Pflicht" bei „Mutter Schell" entronnen zu sein: „Appell vor dem 3 Meter hohen Weihnachtsbaum, Geschenke, so weit das Auge reicht für Menschen, die alles haben." Wenigstens regte sich im Urwald der „Appetit auf die vertraute Frau", denn „erotisch lohnen sich die Reisen sowieso immer". Dafür wollte dem Dichter Kroetz gar nichts mehr einfallen, schließlich zweifelte er gar an seiner Schreibfähigkeit: „Stelle ich noch Literatur her oder versagt bloß der Schließmuskel?"

Symphonie des sanften Grauens

Das amerikanische TV-Publikum durfte sich im vergangenen Jahr die Augen reiben. Keine Spur von „Dallas"- oder „Denver"-Routine konnten Zuschauer in der Mystery-Serie „Twin Peaks" des Kult-Regisseurs David Lynch („Wild at Heart") entdecken, in der sich eine Provinzidylle nach dem Mord an einer Kleinstadt-Schönen in einen Alptraum verwandelt. Ein regelrechtes „Twin Peaks"-Fieber brach aus. Einen atmosphärischen Vorgeschmack auf die Serie, die voraussichtlich im Sommer bei RTL plus startet, bietet schon jetzt eine LP mit der „Music From Twin Peaks" (WEA). Komponiert hat die hypnotische Symphonie des sanften Grauens der Amerikaner Angelo Badalamenti, der seit „Blue Velvet" die Klangkulisse zu den abgründigen Lynch-Filmen liefert. Synthesizer-Akkorde und Saxophonklänge vermischen sich mit den ätherischen Seufzern der Sängerin Julee Cruise; raffiniert läßt Badalamenti seine Musik ins Bedrohliche changieren.


Film „Hochzeitsgäste"

„Hochzeitsgäste" aus Polen

Ein seltsamer Film ist jetzt in deutschen Programmkinos zu sehen. Er ist nur 40 Minuten lang, er ist schwarzweiß, und er hat keinen Dialog, nur Geräusche und Musik. Doch er entwickelt eine Magie, der manch größeres Werk umsonst nachjagt: „Hochzeitsgäste" von Niko Brücher. 1988 beschloß der Kölner Brücher, nach mancherlei Gelegenheitsjobs in der Branche, für zwei Jahre an die polnische Filmhochschule in Lódz zu gehen. Dort hat er den mählichen Umsturz im Land miterlebt, und dort hat er – mit geringen Mitteln und großer Behutsamkeit – seinen Film gemacht. Er erzählt am Rand einer kleinstädtischen Hochzeit ein Geflecht von Geschichten, so einfach und einleuchtend, als wolle da jemand das Kino noch einmal erfinden. Der Verzicht auf Sprache beflügelt die Bilder, und an diesem Prinzip hält der Einzelgänger Brücher fest: Auch sein nächster Film „Kinderkrieg", den er zur Zeit vorbereitet, soll ohne Worte auskommen.

Intellektuellen-Forum für Europa


Garton Ash


Michnik


Dalos

Namhafte Essayisten, Wissenschaftler und Literaten zeichnen als Herausgeber und/oder Autoren für die neue Zeitschrift *Transit. Europäische Revue* verantwortlich. Sie will als „Medium europäischer Selbstverständigung" die „intellektuelle Zirkulation" zwischen Ost- und Westeuropa fördern, die jahrzehntelang gewaltsam unterbrochen war. Die erste Nummer von *Transit* („Osteuropa-Übergänge zur Demokratie?") ist soeben im Frankfurter Verlag Neue Kritik erschienen (240 Seiten, 20 Mark). Der Engländer Timothy Garton Ash eröffnet, kenntnisreich und souverän wie immer, das Heft mit einem Rundblick auf das neue Ost-Mitteleuropa. Der deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf und der französische Historiker François Furet ordnen die Revolutionen von 1989 in die intellektuelle und politische Geschichte Europas ein. Einzelbeiträge eines jugoslawischen und eines ungarischen Wissenschaftlers oder des polnischen Ex-Dissidenten Adam Michnik untersuchen die Lage in ihren Ländern; kontroverse Diskussionen über Demokratisierung, Marktwirtschaft und neuen Nationalismus werden auszugsweise dokumentiert. Der ungarische Schriftsteller György Dalos steuert einen autobiographisch inspirierten, zwischen Skepsis und Hoffnung schwankenden Essay über das vereinigte Deutschland bei („Ich möchte, daß es in diesem Land Demokratie eher gibt, als daß sie herrscht"), der tschechische Erzähler Bohumil Hrabal eine wunderbar kauzige tschechoslowakisch-ungarische „Love Story". Ein vielversprechender Auftakt.

Spielfilmrechte

Fenster für Kirch

Die Wiedervereinigung wird zur Belastung für ARD und ZDF: Die Filmhändler fordern happige Zuschläge für die Ausstrahlung in Gesamtdeutschland.

Die Herrenpartie wurde abgesagt, die Probleme des Muttersöhnchens blieben ungelöst, der Henker bekam dienstfrei, und schließlich, eines Vormittags, fiel auch noch die Nachhilfestunde für Intriganten aus.

Innerhalb weniger Tage mußten die Zuschauer von ARD und ZDF erfahren, daß ein Sitz in der ersten Reihe noch lange keine Garantie für das angekündigte Programm war. Wer die ARD eingeschaltet hatte, wartete vergeblich auf den Kästner-Spielfilm „Drei Männer im Schnee" und Loriots „Ödipussi"; das ZDF verzichtete kurzfristig auf die Dürrenmatt-Adaption „Der Richter und sein Henker", und das Vormittagsprogramm ließ eine Folge „Dallas" ausfallen.



Hamann, Loriot in „Ödipussi": Vergebliches Warten in der ersten Reihe

Ursache für die mit Ersatzware gestopften Programmlöcher war die deutsche Wiedervereinigung. Die Freude von ARD und ZDF, seit Dezember ganz ungestört über frühere DDR-Senderketten bis ins Tal der Ahnungslosen weit hinten in Sachsen strahlen zu können, wurde schnell getrübt. Die Vertragspartner von ARD und ZDF aus der Filmwirtschaft wollen sich die östliche Zuschauerschaft bezahlen lassen – zu im Westen üblichen Tarifen.

Erster Spielverderber beim freien Programm für freie Bürger war Deutschlands größter Spielfilmhändler. Leo Kirch ließ dem Ersten per einstweiliger Verfügung klarmachen, daß sein der ARD nur für die alte Bundesrepublik vermieteter Film „Drei Männer im Schnee" im neuen, großen Deutschland nicht gezeigt werden kann. Kirchs Anwälte addierten zu den 60 Millionen potentiellen Zuschauern in den alten Bundesländern die 16 Millionen Einwohner der neuen Bundesländer hinzu. Über den Daumen gepeilt, errechneten sie einen Aufschlag von 25 Prozent zu der bisherigen Lizenzgebühr.

Das Gegenangebot der ARD, vorgelegt von ihrer Frankfurter Filmtochter Degeto, für das Anschlußgebiet 3 Prozent mehr zu bezahlen, verärgerte den Münchner Filmhändler so sehr, daß er gleich das Gericht bemühte. Das stoppte die Filmausstrahlung, ohne das Argument der ARD zu würdigen, daß man doch bisher schon fast die ganze DDR erreicht habe. Für die wenigen Zuschauer, die durch die neuen Sender hinzugekommen seien, müsse ein Nachschlag von 3 bis 5 Prozent ausreichen.

Wenn sie diese Rechtsauffassung beibehält, muß sich die ARD auch in den nächsten Wochen auf gerichtlich verordnete Programmausfälle gefaßt machen. Wie prekär die Situation für die erste Senderkette und ihre Drittprogramme ist, zeigt eine interne Liste der Degeto.

Abgesehen von den Filmpaketen der amerikanischen Konzerne MGM und Disney, bei denen Rechte für den gesamten deutschsprachigen Raum erworben worden waren, stehen der ARD



Szene aus „French Connection“: Weihnachtsgeschenk für Sat 1

mehr als 1300 Spielfilme zur Verfügung. Nur bei 239 davon besitzt sie die Rechte auch für das Gebiet der früheren DDR. Bei weiteren 81 Filmen hat der Deutsche Fernsehfunk die Rechte, so daß die Degeto davon ausgeht, daß man diese Filme gemeinsam ausstrahlen kann, auch wenn man formal nicht das Recht dazu hat.

Armgard von Burgsdorff, Sprecherin der Kirch-Gruppe, mag das nicht ausschließen: „Es spricht etwas für diese Lösung, aber nur wenn der Vertragspartner seine Zustimmung gibt.“ Die erhielte die ARD dann kostenlos, wenn sie die DDR-Rechte für alle anderen 972 Filme im Lager der Degeto ordentlich abgilt. Sonst droht – Film für Film – eine einstweilige Verfügung.

Für Verärgerung hat bei den Verantwortlichen in der ARD gesorgt, daß das ZDF offensichtlich viel willfähriger mit seinen Vertragspartnern verhandelt hat. Bestätigt schien das durch erste Zeitungsmeldungen, in denen es hieß, daß das ZDF einen Zuschlag von 20 Prozent akzeptiert habe.

Heinz Ungureit, stellvertretender Programmdirektor des Mainzer Senders, empfindet diese Meldung als rufschädigend. Er dementiert aber nicht, daß das ZDF schon seit Monaten nach einer Lösung für das Problem gesucht hat. Wie ein kommerzielles Unternehmen handelten die Mainzer mit ihren privaten Lieferanten ein Modell aus, mit dem sie alle Beteiligten zufrieden stellten, ohne einen Pfennig aus dem sich leerenden Gebührentopf bar zahlen zu müssen: Rechte gegen Rechte.

Weil das Zweite Programm gar so viele Filme hat, die es mehrmals und für einen längeren Zeitraum ausstrahlen darf, bot es den Händlern an, vorzeitig einige Rechte zurückzugeben. Bei anderen Filmen verzichtete es vorübergehend auf Rechte und fand dafür die Metapher „Fensterlösung“.

Was Ungureit als betriebswirtschaftlich sinnvolle Lösung hinstellt, hat einen beträchtlichen Umfang. Auf einer Liste von 37 Seiten ist zusammengefaßt, was da wieder frisch auf den umkämpften Markt der Rechte kommt: Werke von Fellini, Billy Wilder, Orson Welles, Robert Altman und vielen anderen, alles vom Feinsten.

Zwei Beteiligte strahlen besonders, wenn sie einen Blick auf die Liste werfen. Der eine ist Leo Kirch, der durch den Hauskrach mit Springer und eine



ZDF-Einkäufer Ungureit
Keinen Pfennig bar zahlen

Schmutzkampagne der *Bild*-Zeitung schwer angeschlagen war, auch wenn beide Häuser sich nun geeinigt haben (SPIEGEL 52/1990). Die zurückerhaltenen Filme sichern ihm nun einen hübschen Nebenverdienst.

Der andere ist der durch die Kirch-Springer-Auseinandersetzung ins Hintertreffen geratene Privatsender Sat 1. Dort wurde die Liste geradezu als Weihnachtsgeschenk empfunden, hatte doch der Sender, der einst als „Spielfilmkanal“ in den Wettbewerb getreten war, kaum noch Programmvorräte für



Filmhändler Kirch
Geld für 16 Millionen Ost-Zuschauer

die Wintermonate. In dieser Not konnten sich die Sat-1-Filmredakteure aus dem „Fenster“ bedienen, welches das ZDF für Kirch weit aufgestoßen hatte: Die „Sissi“-Trilogie, gut abgestandener Weihnachtsschmalz mit Romy Schneider und Karlheinz Böhm, konnte nun bei Sat 1 immerhin bis zu 3,8 Millionen Zuschauer rühren. Den härter gesottenen Zuschauern bot man Friedkins „French Connection“ und Ciminos „Die durch die Hölle gehen“. Und auch die nun vorhandene Filmreserve für die nächsten Wochen läßt Sat-1-Geschäftsführer Jürgen Doetz zufrieden in die Zukunft schauen.

Die Tatsache, daß es den Kommerzkanälen bisher nicht gelungen ist, im Osten der Großbundesrepublik freie Frequenzen zugeteilt zu bekommen, kann die Stimmung im Augenblick wenig trüben. Heißt das doch auch, daß die Privaten mit den negativen Folgen des Rechtsstreits nicht zu rechnen haben, solange sie nur aus dem Gebiet der alten Bundesländer senden.

Mit diesen Sendern erreicht Sat 1 immerhin 54 Prozent der Zuschauer in den neuen Ländern. In den Alt-Ländern sind es 3 Prozent weniger. ◄

Literaturpreis

Wiege der weißen Rasse

Österreicher fühlen sich wieder „angeschlossen“ – durch einen deutschen „Grillparzer-Preis“ an den Kärntner Peter Handke.

In großer, aber ernster Zeit war der „hochherzige Stifter“ aus Hamburg in der neuen „Ostmark“ sehr willkommen:

Alle seine „sieben Preise“, die den „Grenzlanden gewidmet sind und ihren fürs Volkstum schöpferischen Menschen“, zögen einen „Kranz oder Wall ums Binnendeutschtum“ und strahlten „überallhin, wo Deutsche wohnen“; beispielsweise „nach Rußland, nach Polen“.

Also sprach, im Jahre 1939, der Grazer Germanistik-Professor Karl Polheim. Anlaß der Laudatio war die Verleihung des „für das Alpendeutschtum“ bestimmten „Mozart-Preises“, und für Preis (10 000 Reichsmark) und Ehre bedankte sich ein Volkstum-Schöpfer, ein mittlerweile verschollener steirischer Mundartdichter.

Am Dienstag dieser Woche wird der Hamburger Stifter wieder zuschlagen, nun trifft es einen berühmten Kärntner, Peter Handke, 48. Doch diesmal ist der hanseatische Mäzen, der größte Deutschlands, in Österreich nicht allseitig willkommen: Die Verleihung des neugeschaffenen „Grillparzer-Preises“ (25 000 Mark) der weltweit geldstreuenden „Stiftung F. V.S.“ des Alfred C. Toepfer, 96, stößt in Wien auf Renitenz.



„Grillparzer-Preis“-Stifter Toepfer
Europa in den Armen

Etwa am Orte der Verleihung, der Wiener Universität. Ende letzter Woche forderte der „Hauptausschuß der Hochschülerschaft“ den Akademischen Senat „höflich“ auf, die Zeremonie abzusagen und die „Zusammenarbeit mit allen Stiftungen des Hamburger Kaufmanns Alfred C. Toepfer mit sofortiger Wirkung einzustellen“; das Handgeld für Handke solle Austria gefälligst selber spendieren.

Alle Welt schreit nach Mark und Pfennig – und die wollen ihn nicht haben, den deutschen Schein? Im „Land der Hämmer, zukunftsreich“ (Nationalhymne), erwachen, angesichts des neuerstandenen Piefke-Imperiums, Empfindungen, die verstanden werden wollen; sinnreich scheint es, nach dem Urheber der Kampagne zu forschen. Es ist eine apostelstarke Wiener Bruderschaft, die sich „Komitee zur Rettung des Grillparzer-Preises“ nennt. Als ihr Wortführer wirkt der Theaterwissenschaftler und Thomas-Bernhard-Dissertant Christian Michelides, 33; und der liebt starke Worte.

Als „grotesk“ geißelte er vergangene Woche in der Wiener *Arbeiterzeitung*: „Im Namen unseres Nationaldichters (Grillparzer) zeichnet eine deutsche Stiftung in Hinkunft unsere Schriftsteller aus.“ Diese „neudeutsche Form der Machtausübung“ sei „perfider noch als die alte“, im „Vorbeigehen“ werde „Österreich angeschlossen“; Summa: ein „unverschämter Akt kultureller Kolonisation“.

Angetreten ist die Schar zur Rettung des wahren, nämlich österreichischen „Grillparzer-Preises“. Den hatte, im Jahre 1871, ein Damenkränzchen zum 80. Geburtstag des hagestolzen Nationaldichters gestiftet; leider war das gute Stück nach der letzten Verleihung, 1972 an Thomas Bernhard, sanft entschlafen.

Mit dem Heraufdämmern von Grillparzers 200. Geburtstag (eben Dienstag dieser Woche) bahnte sich an, was den Musil-Leser („Der Mann ohne Eigenschaften“) stark an das Phänomen „Parallelaktion“ erinnern muß: Der Hamburger Toepfer schuf einen deutschen „Grillparzer-Preis“, der Wiener Michelides wollte dem österreichischen Leichnam Odem einhauchen.

Michelides sann darauf, dem Schweizer Max Frisch den Lorbeer zu winden; Toepfer bestallte eine Jury, die den Kärntner Handke kürte. Mitglieder der all-österreichischen Toepfer-Jury: ein Wurf Professoren, darunter vorsorglich ein Volkskundler; die als TV-Natter ge-



„Grillparzer-Preis"-Träger Handke
Schilling statt Mark?

schätzte Kritikerin Sigrid Löffler („Literarisches Quartett"); und die Schriftstellerin Gertrud Fussenegger, die in Jugendjahren einem Landsmann, Adolf Hitler, dichtend („Für Deutschland halten wir Wacht") beigestanden hatte.

Just der längst verjährte Fehltritt der alten Dame schlug den Bogen zur frühen Zeit des noch älteren Herrn Toepfer (der ein Jahr lang Gestapo-Häftling war); Zitate aus den völkischen Stiftungs-Dogmen der dreißiger Jahre flossen gleich Feuerwasser auf die Mühlen des Rettungs-Komitees.

Denn der Geist der Zeit wehte da mit aller Macht. Die Preise, hieß es etwa, dienten der „Vorbereitung einer besseren Ordnung" und der „Wiedergutmachung" des „unerhörten Unrechts" des „Versailler Diktats", das den „volksdeutschen und germanischen Grenzlandschaften" soviel Leid eingebracht habe. Europa, „die Wiege der weißen Rasse", dürfe nicht „veröden durch Unterdrückung, Abschließung und Argwohn".

Vorbei, verweht. Mittlerweile wiegt Toepfers „Stiftung F.V.S." (steht für Friedrich von Schiller und Freiherr vom Stein) mit rund drei Dutzend Prämien ganz Europa in den Armen: „Shakespeare-Preis" für die Briten, „Montaigne-Preis" für die Franzosen, den Russen winkt ein „Puschkin-Preis" und den Österreichern nun die Grillparzer-Palme.

„Der Deutsche", schrieb Grillparzer, „bringt von allen Völkern die wenigsten Vorurteile mit. Das ist sein Vorzug, aber vielleicht sein einziger." Dies Dichterwort in deutsches Ohr, wenn Toepfer, voraussichtlich im März, den „Europa-Preis für Staatskunst" (300 000 Mark) vergibt.

Empfänger: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Affären

Kunstvolles Brummen

Josefine Mutzenbachers Leumund ist wieder unbefleckt. Der Porno-Klassiker ist frei zum Konsum.

Mit 5 Jahren schon hatte sie ihre aufreibende Sexualarbeit begonnen, und mit 13, „wenn ich es überschlage, mit zwei Dutzend Männern Unzucht getrieben".

Sie versorgte Untermieter, Nachbarskinder und den eigenen Vater, Bruder Franz stieß gern zu, die Herren Horak und Ekhardt bedienten sich ihrer pudersüchtigen „Fut" und, als sie in weiblichen Vollformen prangte, auch der markanten Dutln. „I bin die Josefin und hab' ihn so gern drin", bekannte sie lebensfroh, und Generationen animierter Leser, auch viele Kinogänger, haben sich an der „Lebensgeschichte einer wienerischen Dirne" gelabt, an der Unterleibsartistin „Josefine Mutzenbacher".

Der Nutten-Klassiker, 1906 erschienen, gilt als die einzige deutschsprachige Pornographie von weltliterarischem Rang. Autor ist mutmaßlich der Österreicher Felix Salten, der in ganz anderen Kreisen mit seiner Reh-Romanze „Bambi" Liebhaber gefunden hat. Die tierische Mutzenbacherin aber wurde jahrzehntelang als schmutzige Pornologin geächtet; im Handel lag sie ständig unterm Ladentisch: Seit 1968 stehen Josefine und ihr weibliches Begehren auf dem Index der Bundesprüfstelle (BPS) für jugendgefährdende Schriften, weil „die sexuellen Vorgänge um die Titelheldin in grob aufdringlicher Weise in den Vordergrund" gestellt werden und, wie der BPS-Sittenwart Rudolf Stefen flucht, Kinder-Prostitution und Blutschande ausgiebig beschrieben sind. Nun aber kommt das verruchte Erotikon wieder ans Licht der Öffentlichkeit.



Film-Heldin Mutzenbacher*
„I hab' ihn so gern drin"

Auf Antrag des Rowohlt-Verlages hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts letzte Woche die Freigabe der Mutzenbacherin verfügt, das Rowohlt-Buch darf wieder ungehindert im Handel erscheinen. Couragiert entschied das Gericht: „Ein pornographischer Roman kann Kunst sein." In dem 35-Seiten-Urteil tadeln die Karlsruher Richter außerdem die traditionelle Spruchpraxis der Bonner Behörde. Die Auswahl der BPS-Beisitzer, so der Senat, sei „nicht ausreichend geregelt" und müsse neu geordnet werden.

Die Branche hat das seit Jahren hartnäckig, aber erfolglos gefordert. Denn über die Indizierung jugendgefährdender Schriften, Filme oder Tonträger befindet, neben Stefen, ein eher unsachverständiges Gremium aus Vertretern diverser gesellschaftlicher Kräfte, aus Lehrern, Hausfrauen oder Kirchenmännern. Die *Frankfurter Rundschau* höhnt, auch „die Vorsitzende des Teckel-Zuchtverbandes Cloppenburg Süd" hätte in dem Aufsichtsrat wohl eine vollwertige Stimme. Rowohlt-Verleger Michael Naumann, dem die prüden Schutzleute schon mehr als 40 Titel wegindiziert haben, hält sie für „vollständig inkompetent".

„Brötchen mampfend", so hat der Verlagsleiter einmal eine BPS-Sitzung erlebt, habe die „Laienschar" seinen Protest gegen die Indizierung eines sexualgeladenen Rowohlt-Werks angehört. Ein aufgebrachter Beisitzer verwies auf „die steigenden Scheidungsraten", die darauf zurückzuführen seien, daß „Männer in ihrer Jugend erotische Literatur gelesen" hätten und „an ihre späteren Frauen unerfüllbare sexuelle Ansprüche" stellten: „Enttäuscht reichen sie dann die Scheidung ein." Ergrimmt beschloß Naumann, bis zur letzten Instanz für seine niederösterreichische Kunst-Gewerblerin zu kämpfen.

Am 9. Januar 1979 beantragten die Reinbeker, das dralle, ästhetisch hochklassige Dirnenleben von der Indexliste zu streichen und den Kunstvorbehalt gelten zu lassen. Triebwart Stefen lehnte ab; die ersten Prozeßrunden vor den Verwaltungsgerichten gingen klar an die BPS. Mißmutig lasen die Richter, wie die unersättliche Josefine den dankbaren Briefträger mit einem „wunderschönen Gutenmorgen-Fick" verköstigt. Auch herzhafte, eher komische Berufserfahrungen („So ein Mannsbild keucht vor Geilheit. Und wenn er fertig ist, brummt er manchmal noch") konnte die

* Christine Schuberth.

Justiz nicht besänftigen. Der Roman „laufe den allgemeingültigen, strafrechtlich sanktionierten erzieherischen Wertmaßstäben zuwider" und stehe rechtens auf der schwarzen Liste.

Das Karlsruher Urteil hat nun ausdrücklich die Freiheit der Kunst betont. Das Gewicht eines Werkes, so das Verfassungsgericht, bestimme sich auch nach dem Ansehen, das es beim Publikum genieße, sowie durch Echo und Wertschätzung, die es in Kritik und Wissenschaft gefunden habe. Und über Kunst soll künftig ein kompetenteres Organ richten. Der Bundesregierung wurde aufgebrummt, bis Ende 1994 eine Neuregelung für die Besetzung der schmatzenden Brötchenrunde auszuarbeiten. Gedemütigt muß nun der Vorsteher Stefen, 64, aus dem Amt scheiden, schutzlos hinterläßt er die bedrohte deutsche Jugend.

Naumann genießt seinen finalen Sieg über die anmaßende „Sittlichkeits-Schutztruppe aus Bonn". Stefen immerhin, dem altbösen Feind, wünscht er gnädig „eine sittlich gefestigte, geruhsame Pensionszeit".

Biographien

Bübchen vom Balkan

Mit kühler Berechnung, so enthüllt jetzt eine Biographie, fädelten Prince Philip und sein Onkel Lord Mountbatten die Ehe mit der britischen Thronfolgerin ein.

Wie entzückend dieser Seekadett doch mit dem Kinde spielte, wie geduldig er zuhörte, wenn es ihn weitschweifig darüber in Kenntnis setzte, daß es Limonade und Ingwerplätzchen jeder anderen Nahrung vorziehe. Wie er, blitzend in Uniform und Übermut, die Uhr in seiner Tasche ein ums andere Mal repetieren ließ, daß man glauben mochte, er habe ein Glockenspiel im Magen – nicht einmal die Eltern merkten, daß der Kerl sein möglichstes daransetzte, die unbewachten Sinne ihrer kaum zur Jungfrau erblühten Tochter zu betören.

Die war so hin und weg von dem jungen Seemann mit den stahlblauen Augen, daß sie weder gix noch gax sagen konnte, wenn in den folgenden Monaten die Rede auf ihn kam. Dann zog sie sich errötend auf ihr Zimmer zurück und holte das rotlederne Poesiealbum hervor, oder sie schrieb Briefe, die nie abgeschickt wurden – die Symptomatik war zwar eindeutig, doch nur das Kindermädchen, eine Witfrau mit enormer Oberweite und noch größerer Lebenserfahrung, wußte sie richtig zu deuten:

„Lillibeth hat sich gründlich in diesen griechischen Prinzen verschwärmt“, notierte Nanny Crawford in ihr Tagebuch. „Aber was macht das schon“, beruhigte sie sich, „schließlich ist sie erst 14, und er segelt inzwischen irgendwo im Mittelmeer.“

Doch er kam wieder, ein echter Seemann – schon ein Jahr später, mitten im Krieg, erschien Fähnrich Philip in London, um seine ganz persönliche Bataille zu schlagen. Es ging dabei um das Höchste, was einer wie er erreichen konnte: den Platz neben dem britischen Thron, und der einzige Weg dorthin führte über das Herz dieses Backfisches Elizabeth, der noch mit seinem Teddy ins Bett ging und vornerum ganz ohne das war, was die Engländer „The Puddings“ nennen.



Brautpaar Elizabeth, Philip: „Gründlich verschwärmt“

Auf welche Weise Prince Philip sein Ziel erreichte, wie und weshalb er als Gemahl der Queen zum unbeliebtesten Mitglied des britischen Königshauses wurde und was er – abgesehen von seinem Beitrag zum dynastischen Fortbestand des Hauses Windsor sowie der Einführung von Spülmaschinen im Buckingham Palace – sonst noch in seinem Leben geleistet hat, schildert eine Biographie, die in England erschienen ist*.

Heraus kommt dabei das Bild eines Mannes, der ein kapitaler Kerl sein kann, wenn er will – was allerdings nicht allzu häufig der Fall ist. Wenn ihn etwas nicht interessiert, schnaubt er seinem Gegenüber gelangweilt Verdrießluft ins Gesicht, wer ihm widerspricht, den fertigt er mit geübtem Dolchblick ab – und wehe sogar seiner Frau, wenn sie ihm querkommt: „An Details ist sie nur interessiert“, spottete er vor Zeugen über die passionierte Reiterin, „wenn sie vier Beine haben und beim Springen furzen.“

So benimmt er sich nur zu häufig wie der größte Ochsenfrosch im Teich, aufgeblasen und laut, weshalb ihn schon mancher Brite zum Henker gewünscht hat, zumindest aber zurück auf ein Schiff der Royal Navy.

Ein solches hatte Prince Philip kurz vor Weihnachten des Jahres 1922 nach England gebracht. Der Anderthalbjährige nervte die Matrosen derart mit seinen von ständigem Gekrähe begleiteten Krabbelgängen durchs Schiff, daß sie ihn in eine aus orangefarbenen Brettern zusammengenagelte Hängebox steckten – fortan war das Bübchen hauptsächlich mit Kotzen beschäftigt.

Damit ging es ihm nur unwesentlich schlechter als seinen Eltern, dem Prinzen Andrew und der Prinzessin Alice von Griechenland, die in ihren Kabinen apathisch vor sich hin kümmerten: Das Volk hatte sie mitsamt dem Rest der griechischen Königsfamilie aus dem Lande geworfen.

Sonderlich gern nahm der englische Hof die arme Verwandtschaft vom Balkan nicht auf; es blieb ihm jedoch nichts anderes übrig, denn die Vertriebenen waren mehrfachst mit der Royal Family versippt: einmal über das dänische Königshaus, das den Griechen auf deren Bitten hin 1863 einen Regenten spendiert hatte; zum anderen über die Großherzöge von Hessen, deren Geschlecht Philips Mutter entstammte – wenn auch nur auf dem Umweg über eine morganatische Ehe zwischen einem besonders sturköpfigen Hessen-Herzog und einer auserlesen schönen Näherin.

Die Nachfahren dieser ebenso unmöglichen wie romantischen Verbindung erhielten den Namen Battenberg. Sie litten entweder an schweren Marienerscheinungen, wie etwa Philips neurotische Mutter Alice, oder an nicht minder schweren Minderwertigkeitskomplexen, wie sein Onkel Louis. Der hatte zwar – unter dem anglizierten Namen Mountbatten – in der britischen Navy ordentlich Karriere gemacht und es dabei sogar bis zum First Sea Lord gebracht; aber dennoch prickelte und zwickte es ihn sein ganzes Leben lang, daß er in Adelskreisen als Bankert galt.

Deshalb hatte Lord Mountbatten schon früh den Entschluß gefaßt, seinen Neffen Philip mit der britischen Thronfolgerin zu verheiraten. Onkel Dickie, wie Mountbatten in der Familie genannt wurde, nahm den Knaben in seine Obhut und schickte ihn auf diverse Internate; erst viele Jahre später, als sein Zögling die Marineakademie in Dartmouth besuchte, weihte ihn der Oheim in seinen Plan ein und arrangierte jene denkwürdige Erstbegegnung mit der jungen Elizabeth.

Während des Krieges trug Onkel Dickie Sorge, daß sich der Träger seiner Hoffnungen möglichst weit von jeder Gefahr aufhielt – meist in Australien oder an der Heimatfront in England, wo er seiner Auserwählten die Cour schneiden und deren Mutter und Großmutter charmieren konnte. Zwischendurch ließ Mountbatten den jungen Seemann an einigen kleineren Gefechten teilnehmen, so daß ihm ein dekorativer Ehrenzierat für die Brust (wegen gewissenhaften Führens von Suchscheinwerfern) verliehen werden konnte.

Dabei hätte Philip nur zu gern ordentlich im Pulver gestanden, denn von seinem ganzen Wesenszuschnitt her ist er ein rechter Haudegen und Draufgänger – wer jemals in einem von Philip pilotierten Flugzeug saß, weiß um die tröstende Kraft des Gebets. Er fliegt, so sagte einer seiner Passagiere, als wolle er die Reise in die Ewigkeit in der größtmöglichen Begleitung antreten.

Im August 1946, während eines Spazierganges in der Nähe des schottischen Schlosses Balmoral, wagte Philip den Antrag. Sie sagte ja, und daß sich eine seit Jahren scheu verhehlte Sehnsucht auf das lieblichste erfüllt hätte – er sei der bestaussehende, charmanteste und zuverlässigste Mann, den sie sich vorstellen könne. In Wirklichkeit war er der einzige, den die 20jährige jemals kennengelernt hatte. ◀

* John Parker: „Prince Philip“. Sidgwick & Jackson, London; 280 Seiten; 15,95 Pfund.

Automobile

Saubere Finger

Die Firma Citroën hat mit Milliarden-Aufwand ein Auto der Golf-Klasse entwickelt: Der neue „ZX" ist wüstentauglich.

Jacques Calvet saß beim Mittagessen, als ihm am Donnerstag letzter Woche sein Assistent ein Papier überreichte. Der Chef des französischen Peugeot-Autokonzerns, zu dem auch die altehrwürdige Firma Citroën gehört, geriet danach augenblicklich in Hochstimmung.

„Erster!" verkündete Frankreichs mächtigster Auto-Boß vergnügt seiner Tischrunde im Citroën-Testzentrum Vélizy und fuchtelte mit der Zettelbotschaft: Wieder hatte „ZX" zugeschlagen und auf der Wüsten-Wettfahrt Paris–Dakar einen Etappensieg errungen, weitere Exemplare des Typs lagen auf vorderen Plätzen.

ZX? Citroën hat einen Werbegag riskiert: Die Firma setzte der Gluthitze des gefürchteten Härtetests durch die Sahara ein Konsum-Auto dieses Namens aus, das noch gar nicht auf dem Markt ist.

Mit ihren Staubfahnen wirken die Rallye-Varianten auf den Wüstenpisten wie rasende Bannerträger des zivilen Neulings. Sein Erscheinen, sprach Citroën-Chef Xavier Karcher, sei die „Geburt der vierten Produktionsreihe" nach den Typen AX, BX und XM – „ein epochales Ereignis".

Die markigen Worte gelten einem 4,07 Meter langen Schrägheck-Viertürer, an dessen Gestaltung, wie stets bei Citroën, der Turiner Karosserie-Maestro Nuccio Bertone mitgewirkt hat. „Beruhigend fürs Auge", meint Citroën, aber „doch dynamisch" sehe der ZX aus, als handele es sich um eine Styling-Mixtur aus dem Fiat Tipo und dem Renault R 19.

Nahezu zwei Milliarden Mark hat Citroën für die Entwicklung des ZX aufgewendet, obwohl die Ingenieure kostensparend auf modifizierte Motoren aus dem Konzern-Baukasten zurückgreifen konnten. Nach Testfahrten über 3 300 000 Kilometer mit 125 Vorserienfahrzeugen will Citroën Anfang März auf dem Autosalon Genf Premiere feiern.

Innerhalb seiner neuen Baureihe offeriert Citroën zu Preisen zwischen knapp unter 20 000 und knapp über 30 000 Mark (genaue Preise stehen noch nicht fest) „vier eigenständige Modelle" mit wahlweise zunächst drei Vierzylinder-Benzinmotoren (Diesel aus dem Konzern-Arsenal folgen nach) mit Leistungen zwischen 75 und 130 PS. In den französischen Citroën-Werken Aulnay und Poissy sowie im spanischen Zweigwerk Vigo sollen noch in diesem Jahr 232 000 ZX gefertigt werden; 1450 Stück sind nach der Anlaufphase als Tagesmenge aller drei Produktionsstätten vorgesehen.

Mit einem Auto vom Zuschnitt des VW Golf wagt sich Citroën nun erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder auf den Markt der unteren Mittelklasse, wo eben jener Wolfsburger Erfolgstyp (Marktanteil: 18,6 Prozent) seit langem allen vorausfährt. Es ist, mit einem jährlichen Volumen zwischen vier und fünf Millionen Vehikeln, Europas am härtesten umkämpfter Automarkt.

Schon in früheren Jahren hatte Citroën versucht, sich in diesem ebenso schwierigen wie wichtigen Reservat zu etablieren. Aber das dafür aufgebotene Modell Citroën GS konnte sich mit seinem hydropneumatischen Fahrwerk und seinem luftgekühlten Boxermotor aus keinem Konzern-Baukasten bedienen. Seine Produktion geriet zu teuer, außerdem war sein „schlimmster Feind" laut TÜV-Report „der Rostfraß". 1986 ereilte den technisch interessanten Typ der Fließband-Tod.

„Wir hatten kein Geld", antwortete Konzern-Chef Calvet auf die Frage, warum der Hydropneumatik-Pionier Citroën, der seit 1974 zum Peugeot-Verband gehört, erst 1991 einen Einbruch in die Golf-Klasse wage. Beim neuen Anlauf setzt Citroën auf den üppigen Raumkomfort seiner durch Kunststoffteile sowie durch verzinkte und galvanisierte Bleche gegen Korrosion geschützten Karosse.

Um möglichst vielen Kunden „das bedürfnisgerechte Auto" zu bieten, unterteilte Citroën seine neue Baureihe in vier Untertypen, so den „Reflex" („für junge Leute"), den „Avantgarde" („für die Familie"), den „Aura" („für Männer im besten Alter") und den zu 205 km/h fähigen „Volcane" für all jene, die ein „sportliches Luxus-Familienauto" suchen. Durch raffinierte Verstellmechanismen der Rücksitze und -lehnen ermöglicht der ZX überraschende Verwandlungen seiner Innenarchitektur. Dabei lassen sich die Rücksitze um 18 Zentimeter horizontal verschieben, laut Citroën ein Novum für Mittelklasse-Autos.

Aus Kostengründen verzichtete Citroën für den ZX auf ein hydropneumatisches Fahrwerk im Stil seiner größeren Modelle. Ersparnis: über 1000 Mark.

Um trotzdem ein außergewöhnliches Fahrverhalten zu erlangen, entwickelten die Ingenieure eine konventionelle, jedoch „kinematisch selbstlenkende" Hinterachse mit Drehstabfederung. Den im Prinzip nicht neuen passiven Mitlenk-Effekt bewirken vier Gummi-Elemente mit geheimnisvoll dosierten Zusätzen von Kohlenfüllstoffen und metallischen Teilen, deren Walten sich Citroën patentieren ließ.

Mit Stolz verweisen die Citroën-Manager auf weitere „durchdachte Details", mit denen sie den fahrerischen Alltag ihrer Käufer zu erhellen trachten. So spendierten sie eine verstellbare Lenksäule, lagerten den Heckscheibenwischer frostgefeit auf dem Heizkörper der Scheibe, bargen die hintere Waschapparatur geschützt im Dachspoiler.

Den Zugang zum rundum teppichverkleideten Kofferraum ermöglicht ein wie in einer Höhle verborgener „Griff an der Innenfalz" der Kunststoff-Heckklappe. Dadurch, erläuterte ein Sprecher, „behält man immer saubere Finger".



Neuer Citroën ZX: Konsumauto im Härtetest

BSE: Langer Seuchenzug

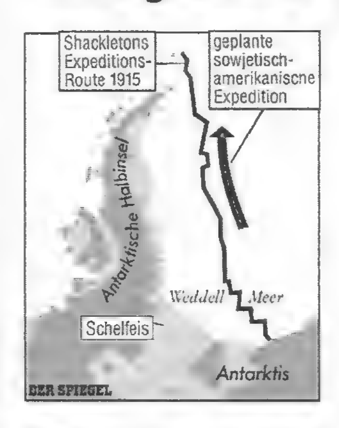
Britische Wissenschaftler fürchten, die Kontrolle über die Rinderseuche BSE, die „mad cow disease", zu verlieren. Der bisher nicht identifizierte Erreger der spongiformen Enzephalopathie war Mitte der achtziger Jahre mit verseuchtem Schafmehl auf Rinder übertragen worden, über 20 000 britische Rinder sind mittlerweile verendet. Schweine konnten bei Laborversuchen ebenfalls infiziert werden. Besonders beunruhigt sind die Forscher nun durch zwei BSE-Fälle im Londoner Zoo. Dort war letztes Jahr eine Kudu-Antilope verendet. Deren Junges ist nun ebenfalls wild zuckend zugrunde gegangen. Das Jungtier hatte keinen Kontakt mit verseuchtem Tiermehl, muß sich also bei der



Kudu-Antilope, Junges

kranken Mutter angesteckt haben. Sollte der Keim auch bei Kühen von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden, wären Zehntausende von Kälbern bedroht und der Seuchenzug würde „erst in vielen Jahren" (*New Scientist*) gestoppt werden können.

Forschungsstation auf Treibeis





Shackleton-Schiff „Endurance" im Packeis (1915)

Eine mit 31 Forschern besetzte Station wollen Amerikaner und Sowjets Anfang 1992 auf einer Treibeisscholle im Weddell-Meer vor der Küste der Antarktis einrichten. Zur Vorbereitung der Expedition treffen sich die beteiligten Wissenschaftler mit deutschen Ozeanographen und Antarktis-Experten diese Woche im Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven. Ziel des Unternehmens ist es vor allem, die im Weddell-Meer vermutete Quelle des antarktischen Tiefenwassers aufzuspüren, eine nährstoff- und sauerstoffreiche Wasserströmung, die am Boden von nahezu Dreiviertel der Weltmeere entlangkriecht und bei den großen Fischfanggründen vor der Westküste Südamerikas und im Golf von Guinea nach oben drängt. Die Station auf der Treibeisscholle soll etwa dem Kurs folgen, auf dem im Jahr 1915 die vom Packeis eingeschlossene Polarexpedition von Sir Ernest Shackleton 281 Tage lang nach Norden getrieben wurde. Shackletons Schiff „Endurance" wurde damals auf halber Strecke vom Packeis zerdrückt, die Besatzung trieb auf Eisschollen weiter und konnte sich schließlich auf die Elefanten-Insel retten. Das Forscherteam soll dagegen schon nach vier bis sechs Monaten wieder von seiner Eisscholle geholt werden.

Mit Licht gegen PMS?

Etwa jede dritte Frau leidet in den Tagen vor der Periode unter depressiven Verstimmungen, Gewichtszunahme und Spannungsgefühl in den Brüsten, dem „prämenstruellen Syndrom" (PMS). Ursache dafür, so fanden Mediziner an der Universität von Kalifornien in San Diego, ist eine Abweichung im hormonell gesteuerten Bio-Zeitrhythmus der Frauen. Die Zirbeldrüse der Betroffenen schüttet während des Schlafs geringere Mengen des Hormons Melatonin aus, als dies bei Frauen der Fall ist, die nicht unter PMS leiden. Wie Barbara L. Parry, Leiterin des Untersuchungsteams, erläuterte, ist die Ausschüttung des Hormons mit dem Hell-Dunkel-Rhythmus gekoppelt. Bei den PMS-Patientinnen waren Zeitdauer und Menge des ausgeschütteten Melatonins weit geringer als bei den Kontrollpersonen. Erste Versuche mit einer gezielten Lichttherapie zeigten einen möglichen Weg zur Linderung der PMS-Beschwerden.

Kriegsspiel im Universum

Eine Super-Spielhalle, in der ballerfreudige Computerfans einander auf einem imaginären 260-Quadratkilometer-Schlachtfeld elektronisch bekriegen können, ist jetzt in den USA eröffnet worden. Im „Battletech Center" in Chicago, entwickelt von der US-Firma „FASA", werden die Spieler in das Jahr 3028 katapultiert. Bis zu 16 „Sternenkrieger" – für jeden steht ein eigener Flugsimulator bereit – können sich in dem fiktiven Universum austoben, das aus 19 000 vorgefertigten Computerbildern besteht. Die Kampfschiff-Cockpits, ausgestattet mit jeweils zwei Bildschirmen, sind untereinander vernetzt, ein Steuerungscomputer koordiniert die eingespielten Szenarios. Außer dem Steuerknüppel, einem „Joystick" mit drei Feuerknöpfen, muß der Star-Wars-Pilot mehr als 60 Schalter bedienen und 100 Kontrollämpchen im Auge haben; mit seinen „Alliierten" steht er jeweils über Mikrofon und Bordlautsprecher in Verbindung. Rund sieben Dollar kostet eine zehnminütige Knöpfchen-Orgie. Geplant sind zehn weitere Schlachtfeld-Simulatoren in den USA sowie in Paris, London und Frankfurt.



„Battletech Center" in Chicago

Fernsehen

Max und Mausi

ZDF-Geburtstagsgeschenk für die Mimin Maria Schell: ein Mutter-Tochter-Drama voll großer Gefühle.

Sie hat dieses Lächeln, das vor Herzensgüte fast das Gesicht zerreißt, und diesen tapferen Blick, aus dem das Wissen spricht, daß die Welt schlecht und das Schicksal grausam sei. Dafür ist sie berühmt.

Leider lächelt sie nicht nur, sondern redet auch. Unermüdlich teilt die Schauspielerin Maria Schell der Öffentlichkeit Neues über sich und ihre Lieben mit: Wie es „O-Mutti“ (Margarete Schell-von Noé) und Dackel „Bazi“, Bruder Max (Maximilian Schell) und Tochter „Mausi“ (Marie Theres Relin) derzeit geht, und auch, was sie von Mausis Lebensgefährten hält, dem vom Schriftsteller zum *Bild*-Autor heruntergekommenen Franz Xaver Kroetz: Ein „Lümmel“ ist der.

Maria Schell, seit ihren Herz-Schmerz-Filmen der fünfziger Jahre als „Seelchen“ der Nation ein Begriff, wird nun 65 und bricht entsprechend verstärkt über die Medien herein.

Das ZDF allerdings erspart dem Zuschauer gnädig eine Begegnung mit der realen, redseligen Alt-Diva. Statt eines Porträts präsentieren die Mainzer an diesem Dienstag einen Geburtstags-Fernsehfilm, welcher der Jubilarin einen Herzenswunsch erfüllt: Erstmals darf sie gemeinsam mit Tochter Marie Theres, 24, vor der Kamera stehen.

„Das letzte Wort“ nennt sich diese europäische Koproduktion – ein Seelendrama, das an Schellsche Erfolge der frühen fünfziger Jahre anknüpft. Es erzählt von stürmischen Gefühlen in stürmischer Zeit.

Die Drehbuch-Schreiberin Christine Miller hat Stationen aus dem „Jahr der Deutschen“ als pittoreske Staffage verwertet. Ungarn-Fluchtwelle und Mauerfall dienen als Szenerie für das aktuelle Melodram – diesmal ein klassischer Mutter-Tochter-Konflikt, dem der Ost-West-Bezug die rechte Würze gibt.

Maria Wagner (Maria Schell), Biologin, lebt in Ost-Berlin und ist in nicht näher erläuterter Weise dem Widerstand gegen den SED-Staat verpflichtet. Via Ungarn flüchtet sie im Frühsommer 1989 und begibt sich zu ihrer in Paris lebenden Tochter Theresa (Marie Theres Relin). Die hat ein Madonnengesicht und rauschend-blondes Haar, lebt mit einem feschen Architekten zusammen und ist künstlerisch tätig; sie malt großformatige Bilder, hauptsächlich in Blau.



Filmpartner Schell, Relin: Herzenswunsch der Diva

Leider kommen Mutter und Tochter miteinander überhaupt nicht klar, und daran ist die deutsch-deutsche Geschichte schuld. Vor 15 Jahren nämlich hat Frau Maria ihr damals elfjähriges Kind auf Dauer in den Westen geschickt – in die Obhut eines Fremden, des französischen Diplomaten Gustave. Das kann die Tochter nicht verwinden, zumal jener damals Mutters Geliebter war.

Natürlich ist Maria schuldlos schuldig geworden, und hinter ihrer vermeintlichen Lieblosigkeit steckt selbstloser Verzicht: Sie hatte nur die Sicherheit Theresas im Sinn. Aufopfernd blieb sie in der muffigen DDR zurück, weil dort der – mittlerweile verstorbene – Ehemann als Dissident im Gefängnis saß.

Die Tochter lernt, das alles zu verkraften, akzeptiert schließlich gar, daß die Mutter den mittlerweile graumelierten Geliebten reaktiviert, und muß dann doch, neuer Schmerz, auf Mama verzichten: Als in Berlin die Mauer fällt, zieht Maria, einen Brief mit bedeutungsschweren Sätzen hinterlassend, in den Osten zurück, wo „die Seele deines Vaters auf mich wartet“.

Herzensverwirrungen in historischer Zeit: Reichlich Gelegenheit für Mutter Schell, das zu tun, was sie am besten kann – leiden. Sekundiert von der kongenialen Tochter, übt sie sich in der ganzen Palette großer Gefühle, gibt sich tapfer und aufgewühlt, erbittert, erregt und süß verzeihend.

„Auf den Leib geschrieben“ habe man ihr diese Rolle, glaubt ZDF-Redakteur Hans-Jürgen Bobermin und hat teilweise recht. Solange sich die Konflikte auf das Familiäre beschränken, solange Maria ganz Mutterherz sein darf, kommt sie mit ihrem Part bestens zurecht. Da paßt dieser „Kind, ich will doch nur dein Bestes“-Blick. Wo aber das Private, laut Drehbuch, politisch zu werden hat, stimmt nichts mehr. Kaum glaubhaft scheint, daß der freundliche Familienmensch Maria, grundgütig, aber herzensnaiv, eine politisch engagierte Person sein soll; ihre Darstellung einer Dissidentin erschöpft sich darin, daß sie im Film regelmäßig Zeitung liest.

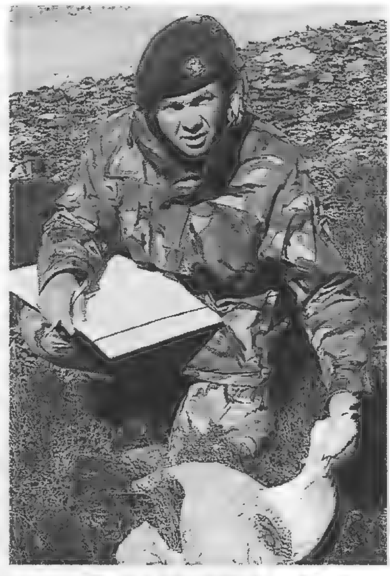
Noch weniger glaubhaft erscheint die gemütvolle Mimin in ihrer Rolle als reife Frau im späten Liebesglück. So brav, so harmlos, so gluckenhaft tapert sie umher, daß sich jeder Gedanke an Erotik zu verbieten scheint. Selbst als Tochter Theresa sie eines Nachts in flagranti beim Geliebten erwischt, schaut sie drein, als habe sie mit Gustave nur Memory gespielt.

Selten drängt sich bei „Das letzte Wort“ die Erinnerung daran auf, daß Maria Schell auch international anerkannte, respektable Filme gedreht hat: Die „Brüder Karamasow“ beispielsweise, 1957 mit Yul Brynner, oder 1955 „Gervaise“, die erfolgreich-düstere Verfilmung eines Romans von Emile Zola.

Als Geburtstagsgeschenk indessen ist das ZDF-Melodram durchaus angemessen: Es paßt perfekt zu Gemütslage und Weltsicht der Jubilarin. Schließlich hat die Mimin Schell längst klargestellt, daß ihr wahrer Ehrgeiz nicht dem Künstlerischen gilt. Sie hat vielmehr ein ebenso schlichtes wie erhabenes Ziel: „Ich will“, sagt sie „ein gutes Wesen sein.“ O Maria, hilf. ◄

Bernhard Vogel, 58, Vorsitzender der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, wandelt auf den Spuren seines Bruders Hans-Jochen, der in der SPD als Oberlehrer gefürchtet ist. Der Unionspolitiker war als Gastreferent vorletzte Woche zum Dreikönigstreffen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in Maria Plain aufgeboten worden. Der als Ministerpräsident und CDU-Vorsitzende von Rheinland-Pfalz im November 1988 von seiner Partei abgemeierte Vogel sollte der gebeutelten ÖVP das „Erfolgsrezept der Unionsparteien seit 1972" erläutern. Der Nachhilfeunterricht Vogels stieß auf gemischte Reaktionen. Während einige Abgeordnete murrten, der ehemalige Ministerpräsident sei die personifizierte Widerlegung seines Vortrages, war die ÖVP-Umweltministerin Marilies Flemming begeistert. Der Kollege habe ihr „Mut gemacht und neue Hoffnung gegeben".







Robin Watt, 43, Major bei Großbritanniens Königlichen Husaren, ist am Golf im besonderen Einsatz. Jede Einheit der Siebten Motorisierten Brigade, die ins Krisengebiet entsandt worden ist, wird von Watt mit Pinselstrichen für die Nachwelt festgehalten. Der Amateurkünstler, der sich freiwillig für diese Aufgabe im Krisengebiet gemeldet hatte, war bisher vor allem durch seine Darstellungen aus der Tierwelt bekannt geworden. Vermutlich hat sein letzter Einsatzort den Ausschlag gegeben, daß er John Keane, dem offiziellen Maler des Britischen Kriegsmuseums, vorgezogen wurde. Von Watt erscheint in Kürze ein Buch, in dem er die Tierwelt auf den Falkland-Inseln porträtiert hat.

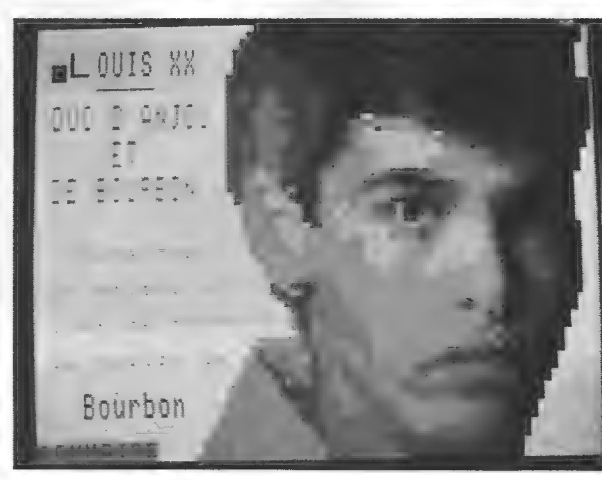
Margaret Thatcher, 65, hat gute Chancen auf eine ungewollte Karriere. Von der englischen Presse wird ihr bestätigt, daß sie schon bald ein Superstar im Pop-



geschäft sein könnte. In dieser Woche kommt eine Single auf den Markt, in der die ehemalige Premierministerin unter dem Titel „Maggie's Last Party" zu hören ist. Die Londoner Band VIM (Very Important Music) mischte ihre Beatmusik mit Originalsprüchen der Eisernen Lady, die laut Komponist Pete Harman einen bemerkenswerten Sinn für Rhythmus erkennen ließen. So etwa, als sie einst ihre eigene Arbeit lobte: „Dies, Mr. President, ist ein erstaunliches Ergebnis, weit besser als all das, was wir bisher kannten."

Angelika Barbe, 39, Bundestagsabgeordnete und neues SPD-Präsidiumsmitglied aus der ehemaligen DDR, setzt neue Maßstäbe im Umgang mit dem politischen Gegner. Für ihr Bonner Abgeordnetenbüro stellte die Sozialdemokratin den ehemaligen Fachreferenten für Kriegsdienstverweigerung der früheren Bundestagsfraktion der Grünen, Benjamin Pütter, ein. Erste Aufgabe des neuen Mitarbeiters: der Entwurf von Antworten für ein Zeitschriften-Interview zur Zukunft der Bundeswehr. In gewohnter Weise forderte der Ex-Grüne „erstens die Abschaffung der Wehrpflicht und zweitens die Abschaffung der Bundeswehr". Die Ost-Berliner Volksvertreterin überraschte ihren auf Widerspruch eingestellten Assistenten. „Genau das", beschied sie ihren Mitarbeiter bei der Freigabe der Antworten, sei ihre Position.

Louis-Alphonse de Bourbon, 16, Gymnasiast und selbsternannter „Ludwig XX" von Frankreich, macht mit Hilfe des französischen Bildschirmtextsystems „Minitel" seine Thronansprüche geltend. Nicht der von der Mehrheit der französischen Royalisten als Chef des Bourbonenhauses anerkannte Henri Graf von Paris, 82, sei der legitime Thronfolger, sondern er selbst. Das teilt der Sohn des im Januar 1989 bei einem Skiunfall verunglückten Herzogs von Anjou und Cadiz den „Minitel"-Benutzern unter dem Code „3615 Bourbon" mit. Die Linie des Hauses von Anjou sei nämlich „älter als die des Hauses Orléans", begründet der Möchtegern-Nachfolger seinen Anspruch. Zum Beweis für diese These präsentiert der royalistische „Minitel"-Service unter dem Emblem der drei Bourbonen-Lilien und dem Ausruf „Vive Louis XX!" (es lebe Ludwig XX.) eine Ahnentafel des Hauses von Anjou, detaillierte Angaben über die Geschichte der Dynastie sowie eine kurze Einführung in das „royalistische Recht" und die „Tradition der Monarchie" in Frankreich. Der Nachhilfeunterricht in Sachen Royalismus ist allerdings nicht gratis: Pro Minute kostet der im vergangenen Dezember eingerichtete Service 98 Centimes (etwa 30 Pfennig). Dreiachtel der Einnahmen gehen an die französische Post, den Rest kassiert der Thronfolger in spe.



Reiner Pfeiffer, 51, ehemals Medienreferent von Uwe Barschel, bemüht sich in Bremen um einen neuen Job. Nachdem er als Mitarbeiter eines Sonnenstudios gescheitert ist, will Pfeiffer, früher Chefredakteur des als CDU-freundlich geltenden Bremer *Weser Report*, jetzt in seine alte Branche zurück. Er macht derzeit eine öffentlich geförderte Umschulung zum Zeitungs-Layouter. Rat holte sich Pfeiffer kürzlich dazu vom ehemaligen publizistischen Gegner: Er beschaffte sich Archivmaterial aus der Bremer Lokalredaktion der *Tageszeitung*. Holger Bruns-Kösters, deren Redakteur, half gern: „Wir sind ein offenes Haus. Auch für Herrn Pfeiffer."

Gregor Gysi, 42, Vorsitzender der SED-Erbenpartei PDS (Foto, links), betätigte sich beim Neujahrsempfang



von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** als Aushilfsfotograf. Eine Gruppe von Ausländern, ebenfalls in der Villa Hammerschmidt zu Gast, wollte zur Erinnerung unbedingt mit dem Staatsoberhaupt gemeinsam aufs Bild und drückte Gysi den Apparat in die Hand. Der knipste – unter der Bedingung, daß anschließend er selbst nebst Gästen und Gastgeber abgelichtet werde. „Wenn der Bundespräsident sich mit Exoten umgibt", meinte der Neu-Abgeordnete, dann wolle er „bitte dabeisein".

Lothar Matthäus, 29, soeben zum Weltfußballer des Jahres gewählt, erntet nicht nur Lob. Die in Rotterdam erscheinende Tageszeitung *NRC Handelsblad*, bekannt für ihre unfreundliche Berichterstattung über den Nachbarn, skizziert den Spieler von Inter Mailand als einen „Musterknaben" und „Draufgänger", der eine perfekte Technik beherrsche, eben deutsche Technik: „Ein Treffen mit Matthäus weckt Irritationen und Haß. Wenn Matthäus am Ball ist, dann taugt etwas nicht, dann taugt nichts mehr an den Deutschen. Radio- und TV-Kommentatoren geraten außer Rand und Band in ihrer Stimmungsmache." Fazit des Blattes in der achtspaltigen Überschrift: „Matthäus strahlt alles aus, was Niederländer an Deutschen hassen."

Armin Halle, 54, Chefmoderator von Sat 1, mag es nicht, wenn sein Sender ihm an die Wäsche geht. Der Mainzer Kommerzkanal verpflichtet seine männlichen Moderatoren künftig auch als Moderatgeber und Dressmen: Die Herren kriegen neue Kleider verpaßt – und alle Zuschauer, die gern wie Fernsehansager aussehen wollen, können diese Sakkos, Hemden und Krawatten von Mitte Februar an beim Herrenausstatter erwerben. Statt eines Etiketts haben die Textilien das Sat-1-Logo – so will der Privatsender, der im Wettstreit um die Einschaltquoten im letzten Jahr ins Hintertreffen geraten war, sein „progressives, modernes Image" vermarkten. Armin Halle war schon bei der Anprobe von den Socken: „Ein bonbonfarbiges Sakko mit einem Schnitt für Oberkellner" konnte er nicht einmal eine Minute lang ertragen, der „strenge Wunsch" nach einer neuen Kleiderordnung kam ihm verfassungswidrig vor: „Was meine Kleidung angeht, so nehme ich für mich das Grundgesetz in Anspruch: freie Entfaltung der Persönlichkeit. Das gilt für meine Dessous wie für meine Oberbekleidung."

GESTORBEN

Heinrich Dathe, 80. Die Karriere des „Grzimek" der ehemaligen DDR begann mit Omas Opernglas im heimischen Wald. Vom Vater erhielt er das erste Mikroskop, und der jugendliche Hobby-Zoologe mauserte sich zum international bekannten Wissenschaftler. 1954 begeisterte sich Dathe, inzwischen stellvertretender Direktor des Leipziger Zoos, für ein Projekt des Ost-Berliner Magistrats, den verwilderten Schloßpark Friedrichsfelde für einen Tierpark zur Verfügung zu stellen. Der engagierte Tiergärtner entwickelte statt eines konventionellen Tierparks mit engen Gehegen und Käfigen eine Kombination aus botanischem und zoologischem Garten für rund 7500 Tiere. Dem vitalen Zoodirektor, der wie niemand sonst in unverfälschtem Sächsisch von „Gagadus und Gamelen" zu berichten wußte, geriet die Wiedervereinigung zum persönlichen Schicksalsschlag. Die Ost-Berliner Behörden traten ihre Zuständigkeit an die Senatsverwaltung für Finanzen ab. Dem Zoologieprofessor, der trotz seines Ruhestandsalters weiterhin Chef des Tierparks geblieben war, und seinen 450 Mitarbeitern wurde gekündigt mit der Aufforderung, Dienstwohnung und Tierpark bis zum Jahresende zu räumen. Dathe starb am vorvergangenen Sonntag in seinem Wohnhaus auf dem Gelände des Friedrichsfelder zoologischen Gartens.



◆

Thomas Stanley Matthews, 89. Selbst der legendäre Presse-Tykoon und *Time*-Herausgeber Henry Luce erhielt ein Manuskript über Charles Lindbergh streng korrigiert zurück; denn „der erste Absatz klang eher wie eine Rede zum Unabhängigkeitstag", so die Begründung seines damaligen Chefredakteurs Matthews. 1929, sechs Jahre nach Gründung des amerikanischen Nachrichtenmagazins, wechselte der junge Journalist und Bischofssohn aus Cincinnati vom abgeklärten Intellektuellen-Blatt *New Republic* in die Redaktionsstuben von *Time*. Matthews, dem eigentlich ein unbürgerliches Künstlerleben vorschwebte, diente sich von Ressortleitung zu Ressortleitung, bis ihm schließlich der Herausgeber Henry R. Luce zwischen 1950 und 1953 seinen Posten überließ. Es folgten Jahre als freier Autor in England. Zwischen 1960 bis 1985 veröffentlichte Matthews etliche Bücher, darunter seine Autobiographie „Name and Address" (1960). Der geistreiche Kritiker, der auch die eigene Zunft nicht zu verschonen pflegte und 1962 zum Beispiel den SPIEGEL in einem Leserbrief als „Sackgasse der Zweideutigkeit" abkanzelte, starb am vorvergangenen Freitag in Cavendish (England) an Lungenkrebs.



◆

Richard Maibaum, 81. Er hatte zehn Goldfinger und die Lizenz zu schreiben, und wenn er vor seiner Schreibmaschine saß, ließ er oft genug 007 gerade sein. Richard Maibaum hat aus Ian Flemings ernstem und seriösem Geheimagenten James Bond erst jenen Kinohelden gemacht, der stets einen zynischen Spruch weiß, seine trockenen Martinis nur geschüttelt trinkt und jedem Rock hinterherspioniert. Den ehemaligen New Yorker Shakespeare-Darsteller zog es in den dreißiger Jahren nach Hollywood, wo er schnell Arbeit fand. Maibaum verfaßte Skripts für Musicals, Melodramen und Kriminalfilme, eines seiner besten Drehbücher hieß „Bigger than Life" – und dieses Motto merkte er sich, als er Anfang der sechziger Jahre den Auftrag bekam, den ersten James-Bond-Film zu schreiben. Zwölf weitere Folgen kamen hinzu, und erst in den letzten Jahren spürte der Filmprofi Anzeichen einer Schaffenskrise: „Im Zeitalter von Aids kann Bond nicht mehr so unmoralisch handeln." Richard Maibaum starb am vorvergangenen Freitag in Santa Monica an Herzversagen.



BERUFLICHES

Lea Rosh, 54, sozialdemokratische Fernsehjournalistin, wird Direktorin des NDR-Landesfunkhauses in Hannover und damit Chefin von 570 Mitarbeitern. Mit dieser Entscheidung ist sie die erste Frau, die in der Bundesrepublik ein öffentlich-rechtliches Funkhaus leiten wird. Stellvertreter der Nachfolgerin von Thomas Bernd Stehling (CDU) soll der derzeitige ARD-Korrespondent in Washington, Peter Staisch (CDU), werden. Lea Rosh, die 1961 als Reporterin beim Rias Berlin begann und sich als hartnäckige Nachfragerin in TV-Prominenten-Runden profilierte, moderiert derzeit die Talkshow „Freitagnacht" des Senders Freies Berlin.



MONTAG

19.30 – 21.15 Uhr. ZDF.

Agenten lassen bitten

In dieser englischen Spionagesatire (1964, Regie: Basil Dearden) fällt irgendwann der Satz, James Bond sei langweilig. Doch in Wahrheit liefert noch der schwächste 007-Streifen mehr Spannung als dieses öde Spiel um einen entführten arabischen Kronprinzen.

20.15 – 22.05 Uhr. Pro 7.

Gulag

Daß der Kalte Krieg zu Ende ist, stört die Filmumwälzanlage des Fernsehens kaum. Pro 7 präsentiert einen Thriller von Roger Young (USA 1984) mit bösen Russen und gutem US-Boy. Der amerikanische Sportreporter Mickey (David Keith) gerät bei einer Recherche in die Fänge des KGB. Wegen Spionage verurteilt, wird er in die Hölle des Gulag geschickt, aus der er mit Hilfe freundlicher Kameraden entkommt.

21.15 – 21.45 Uhr. ZDF.

WISO

Themen: Die Internationale Energie-Agentur in Paris; Stichtag 15. Januar; Computer-Schrott – ein Problem wächst heran; Zusatzeinkommen im Alter wird zunehmend wichtiger.

23.00 – 0.35 Uhr. ARD.

Das Mikroskop



Szene aus Thome-Film

Franz (Vladimir Weigl) heißt die Kanaille, die an Fortpflanzung nur interessiert ist, wenn er sie unter dem Mikroskop bei seinen Zierfischen in den heimischen Aquarien beobachtet. Seine Freundin Maria (Adriana Altaras) möchte dagegen Bindung, eine Familie mit Kindern. Rudolf Thome zeigt, wie beide um die Grundlagen ihres Zusammenlebens kämpfen. Die Kritik lobte den deutschen Spielfilm von 1988.

23.00 – 0.40 Uhr. ZDF.

Fallada – letztes Kapitel

Er hatte gehofft, im mecklenburgischen Carwitz den Nationalsozialismus unbehelligt zu überleben. Doch seine Abhängigkeit von Drogen und Alkohol zwang den Schriftsteller Hans Fallada zur Anpassung. Roland Gräfs Defa-Film von 1988 zeigt den Dichter in seiner Zerrissenheit. Als Fallada beeindruckte Jörg Gudzuhn besonders.

DIENSTAG

20.00 – 20.45 Uhr. West III.

Sphinx & Co

Ein freches, originelles Frauenmagazin mit witzig gescheiten Kommentaren. Moderation: Beate Wolf; Redaktion: Petra Lidschreiber, Sonia Mikich.

20.15 – 21.00 Uhr. ARD.

Monitor

Das Kölner Magazin bringt zum Tage ein Special: Die letzte Stunde vor dem Krieg?

20.15 – 21.45 Uhr. ZDF.

Das letzte Wort

Schell-Show. Siehe Seite 190.

20.15 – 21.50 Uhr. Eins Plus.

Der scharlachrote Buchstabe



Puritaner-Darstellerin Senta Berger

Über diesen frühen Wim Wenders (Deutschland 1972) gerieten sich die Kritiker in die Haare. Die *FAZ* befand, der Film über eine Ehebrecherin (Senta Berger) in einer Puritanersiedlung Amerikas im 17. Jahrhundert (Drehbuch: Tankred Dorst, Ursula Ehler) ersaufe „in Kostüm, Folklore, Wellenbraus und puritanischem Sittendschungel“. Die *Süddeutsche Zeitung* bejubelte dagegen Wenders' Abschied vom subjektivistischen Kino zugunsten einer „Gesellschaftsdarstellung mit langem, ruhigem, individuellem Atem“.

22.10 – 0.25 Uhr. ZDF.

Die Jüdin von Toledo

„Es gibt sie noch, die Augenblicke herrlichen Theaters in der Öde des ‚Betriebs‘“, lobte *Die Zeit* wie andere Zeitungen auch Thomas Langhoffs Inszenierung des Grillparzer-Stücks, die im letzten Jahr bei den Salzburger Festspielen zu sehen war.



Susanne Lothar, Anne Bennent

22.25 – 23.15 Uhr. RTL plus.

Explosiv

Themen: Computerkrieg – wie die High-Tech-Krieger am Golf sich selbst gefährden; Fluchtburg Paris – so genießen die reichen Kuweitis den Frieden; Macho-Manager – Chef-Training im Prügel-Seminar.

23.05 – 23.35 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Beobachtungen unter Mörderinnen in einer sowjetischen Strafkolonie. Sie haben gestohlen, geraubt, Devisen geschmuggelt. Doch die meisten der 850 Gefangenen sind Mörderinnen. SPIEGEL-TV-Autorin Christel Buschmann hat die Frauen im sowjetischen Straflager Moschaik besucht.

MITTWOCH

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Kennzeichen D

Thema: Die Deutschen und der Golf.

22.55 – 0.10 Uhr. ZDF.

Freiheit ist ein Paradies

Die trostlose Odyssee des „schwererziehbaren“ 13jährigen Sascha, der aus einem militärisch straff geführten Erziehungsheim ausbricht und nach einer Flucht vom zentralasiatischen Alma Ata ins nordrussische Archangelsk wieder hinter Gittern landet, verfilmte der in Moskau lebende Drehbuchautor und Regisseur Sergej Bodrow schnörkellos, mit einem Minimum an Dialog, ganz auf die Macht der Bilder setzend.

DONNERSTAG

20.15 – 20.59 Uhr. ARD.

Gesucht wird ... der unsichtbare Tod

Wolfgang Landgraeber und Holger Vogt berichten über ein biologisches Forschungslabor der Bundeswehr.

20.15 – 22.00 Uhr. RTL plus.

Grünes Feuer

Ein Juwelensucher (Stewart Granger) glaubt sich endlich am Ziel: In Kolumbien will er ein großes Smaragd-Vorkommen entdeckt haben. Doch dann mischen sich Banditen und die Liebe (Grace Kelly) ein. „Ein durchschnittlicher Abenteuerfilm aus Hollywood, der aber doch von der Routine profitiert", urteilte die *Süddeutsche Zeitung* (USA 1954, Regie: Andrew Marton).

20.25 – 21.40 Uhr. Nord III.

Eine Stunde mit Dir

Ein erfolgreicher Pariser Frauenarzt (Maurice Chevalier) versucht, seiner Frau (Jeannette MacDonald) treu zu bleiben. Doch immer wieder begegnet



Ehefrau-Darstellerin Jeannette MacDonald

er einer Unbekannten (Geneviève Tobin), deren Verführungskünsten er hilflos gegenübersteht. In Ernst Lubitschs und George Cukors Komödie (USA 1932) sprechen die Schauspieler gelegentlich direkt zum Publikum.

23.00 – 0.15 Uhr. ARD.

Das Schweigen der Liebe

Daß Franz Kafka sich in seinem Werk vor allem mit „dem Mißbrauch von Liebe und ihrer Umkehrung in Macht" beschäftigte, will Harald Hohenacker in seinem Film zeigen. Zwei Liebesszenen aus dem Roman „Das Schloß", gespielt von Lotte Grohe und Olgierd Lukaszewicz, dokumentieren Kafkas Kampf gegen die Vergeblichkeit der Liebe. So interpretiert Autor Hohenacker auch die Kafka-Erzählung „In der Strafkolonie" als einen Versuch, die Gesetze der Liebe zu ergründen.

FREITAG

20.15 – 21.59 Uhr. ARD.

Ach, du dickes Ei!

Eine magere Geschichte ums Abnehmen, die der italienische Regisseur Luca Verdone 1986 zusammendrehte. Zwei gescheiterte Medizin-Doktoren verpassen der korpulenten Klientel von der Operndiva bis zum Boxer ihren Magerbrei und erreichen Ungewünschtes: Die Dicken werden noch dicker. Da kommt beim Zuschauer in der ersten Reihe so richtig das Fernseh-Freitags-Völlegefühl auf.

22.00 – 0.00 Uhr. Nord III.

NDR Talk Show

Eingeladen: Walter Quartier von der BfA zum Thema Renten; „Positiv-Denker" Stephan Alexander Schmedes; die bayerische Kabarettistin Hilde Heim; NDR-Programmdirektor Jürgen Kellermeier; Ghostwriter Michael Engelhardt (Scheel, Genscher, von Weizsäcker).

22.00 – 23.00 Uhr. Hessen III.

Zeil um Zehn

Gäste: Hasso von Blücher (Lieferant von Giftgas-Anzügen für die U.S. Army); Erika Pluhar; Johannes Reiling (Olivetti-Geschäftsführer).

22.10 – 22.45 Uhr. ZDF.

Odyssee in Dublin

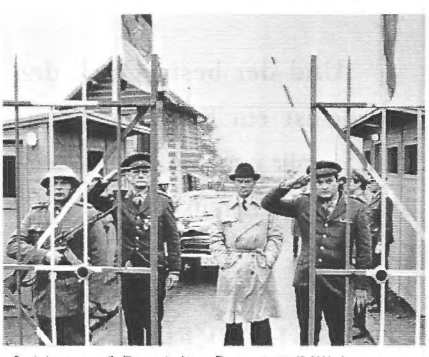
„Klein und sympathisch" nennt die Autorin der Sendung, Jutta Szostak, die Pläne des Festivalleiters Lewis Clohessy, der in diesem Jahr Dublin mit einem Mini-Budget von drei Millionen irischen Pfund als „Kulturhauptstadt Europas" präsentieren muß. Clohessy machte aus der Not eine Tugend und beschränkte sich auf einige Schwerpunkte. Dazu gehört beispielsweise das „Gastspiel" der Berlinischen Galerie, verbunden mit Theater und Sketchen aus den zwanziger Jahren.

SAMSTAG

20.15 – 22.05 Uhr. ARD.

Die Schlange

Weil der französische Regisseur Henri Verneuil in diesem schwächlichen deutsch-französisch-italienischen Agententhriller (1972) zeigen wollte, „was der Geheimdienst ist", ließ er unter anderem den Ex-BND-Chef Reinhard Gehlen auftreten – als Otto Lepke, verkörpert durch den Schauspieler Martin Held. Obwohl Verneuil sich „nicht um Ähnlichkeiten gekümmert hat", erfährt sein Gehlen-Held eine tatsächliche Be-



„Schlangen"-Darsteller Brynner (Mitte)

gebenheit: Der Chef der CIA enttarnt einen Vertrauten seines deutschen Kollegen – im Film Horst Felsen, in Wirklichkeit Heinz Felfe, Ost-Spion und zehn Jahre enger Mitarbeiter Gehlens.

23.25 – 1.00 Uhr. ZDF.

Killing Blue

Populär wurde der Österreicher Peter Patzak vor allem durch seine Fernsehserie „Kottan ermittelt". Fürs Kino drehte er 1988 diesen Krimi, den er mit Klischees, Mythen und Versatzstücken des Genres vollstopfte. Zusätzlich wurde das schwarze Werk bestückt mit internationalen Stars wie Michael York, Morgan Fairchild („Flamingo Road", „Dallas") sowie mit Star-Angehörigen: „Rocky" Sylvesters Bruder Frank Stallone mimt etwa den Drogendealer Miskowski, und Allegra Curtis, die Tochter von Christine Kaufmann und Tony Curtis, wird brutal erwürgt. Armin Mueller-Stahl spielt den desillusionierten Berliner Gammel-Kommissar Glass.

SONNTAG

17.55 Uhr. ARD. ZDF.

Wahl in Hessen

Die Bonner Runde tagt um **19.30 Uhr** bei der **ARD.**

21.50 – 22.20 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Themen: Der Tod des verlorenen Sohnes – Hintergründe zum Fall Luthe; Etikettenwechsel – die neuen Jobs der Stasi-Männer; Skandal im Sperrbezirk – gibt es männliche Dirnen?

22.20 – 0.35 Uhr. ZDF.

Platonow



Platonow-Darsteller Rudolph (2.v.l.)

Jürgen Flimm inszenierte vor zwei Jahren am Hamburger Thalia Theater dieses Tschechow-Stück um den nervösen Taugenichts Platonow (Hans Christian Rudolph). In der mit viel Beifall bedachten Inszenierung überzeugt vor allem Rudolph, der die Rolle unterspielt und etwas Schwieriges zusammenbringt: ein Vakuum auf der Bühne, das zum Kraftzentrum des Stückes wird.

Aus dem Fachjournal *Modellhut*: „Die diplomatischen Anstrengungen zur Vermeidung eines Golf-Krieges laufen noch, und schon richten wir uns darauf ein, noch einmal davongekommen zu sein. Ist es in einer solchen Situation nicht erlaubt, auch der Hut-Branche ein wenig Mut zu machen?"

◆

Über die Buchautorin Heide-Marie Emmermann in einer Ankündigung des Verlages Hoffmann und Campe zur Neuerscheinung ihres Buches „Credo an Gott und sein Fleisch": „Sie selbst lebte lange völlig asketisch, ‚da mir die Verwicklung von Agape, Liebe, Erotik, Sexualität und Perversion innerhalb einer Partnerschaft zu kompliziert war'. Dies änderte sich durch die intensive Beziehung mit einem Mann, der ihr auch die Randbereiche ihrer komplexen Triebstruktur vor Augen führte. Als ihr dann noch die Kirche den Arbeitsvertrag kündigte, brach ihre Welt zusammen."

◆

Die Eltern schwer verletzt

Polizei erschießt 19jährigen mit Samuraischwert

Aus der Tageszeitung *Neue Westfälische*

◆

Aus der *Stadtzeitung Bad Neuenahr-Ahrweiler*: „Um 21.01 Uhr mußte die Feuerwehr Bad Neuenahr zu einem Brand in der Hauptstraße ausrücken. Ein Nachbar hatte beobachtet, daß in einer Wohnung ein Adventsgesteck auf einem Schreibtisch niederbrannte. Da der Wohnungsinhaber nicht anwesend war, wurde die Wohnung von dem Vermieter geöffnet. Gegen den Brand setzte die Feuerwehr zwei Flaschen Mineralwasser ein."

◆

Programmankündigung aus der *Süddeutschen Zeitung*: „‚Sonntagsfrühstück' bei RTL Radio: Müller-Gerbes quetscht Hannelore Kohl aus."

◆

Aus der *Bild*-Zeitung: „Ärzte der Perkins-Tierklinik in Atlanta werden erstmals eine Niere eines gesunden Mädchens (6) einem Schimpansen einpflanzen. Die Eltern des Kindes stimmten der Operation zu. Vater John Oxenrider (40): ‚Ich habe von einer Laborratte in Kalifornien gehört, die ein neues Herz braucht. Im Falle meines Todes würde ich es der Ratte sofort spenden.'"

Zitate

Die Zürcher *Weltwoche* über den Bericht des Schweizer SPIEGEL-Korrespondenten Jürg Bürgi zur bevorstehenden 700-Jahr-Feier der eidgenössischen Muster-Demokratie (1/1991):

Ein Gespenst geht um in der Schweiz, termingerecht zum angeblichen 700. Geburtstag, der uns von Regierung und Parlament eingebrockt worden ist, ohne daß man vorgängig über die Bedeutung dieser Jahreszahl nachgedacht hätte: das Gespenst der Auflösung ... In pseudolinken Konventikeln wird fleißig der Slogan „700 Jahre sind genug" herumtrompetet, und der schweizerische SPIEGEL-Korrespondent Bürgi dekretiert naßforsch, unserem Staat sei „die Raison d'être abhandengekommen, und eine neue ist nicht in Sicht" ... Hübscher Gedanke, daß die Deutschschweiz in Deutschland aufgehen könnte: Kohl als Wahlredner in Zürich, da müßte man grad Attentäter werden ... Keine Raison d'être, wie der seltsame Bürgi im SPIEGEL meint? Hoppla! Allen Regionen geht es besser, wenn sie nach Bern ausgerichtet sind und nicht nach Berlin, Rom oder Paris ... Und, bei allem Entsetzen über den gegenwärtigen Zustand der Schweiz: wir wurden in den letzten hundert Jahren nicht von einer Kanalratte angeführt (1933 bis 45) oder von einem pubertierenden Blähnüsterich, dem sogenannten Kaiser.

◆

Die *Saarbrücker Zeitung* unter der Überschrift „SPIEGEL-Fechtereien und vieldeutige Orakel" zur SPIEGEL-Berichterstattung über Oskar Lafontaine (50/1990):

Es gibt bekanntlich Menschen, die gukken morgens in den Spiegel – und erschrecken über das Bild, das sich ihnen bietet. Und es gibt gewiß nicht wenige Leute, die schauen montags in den SPIEGEL und erschrecken ebenfalls. Oftmals schon hatte das einzige deutsche Nachrichtenmagazin Meldungen parat, die von intimer Kenntnis eines Sachverhalts zeugen und geheimniskrämerisch veranlagten Betroffenen mitunter Unmutsfalten auf die Stirn treiben ...

In Saarbrücken haben SPIEGEL-Redakteure nach dem Paukenschlag des gescheiterten Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine, nicht für den Vorsitz der SPD zur Verfügung zu stehen, „Katzenjammer" bei den Genossen ausgemacht ... Lafontaines bester Freund, der glücklose Wahlkampf-Manager und Fraktionschef im Landtag, Reinhard Klimmt, verweist solche Denkmodelle jedoch ins Reich der Fabeln. „Lafontaine zeigt keine Spur von Resignation", sagt Klimmt.

Natürlich ist Chivas teuer. Es dauert ja auch 12 Jahre, ihn zu machen.



CHIVAS REGAL

CHIVAS REGAL. DER ZWÖLF JAHRE ALTE WHISKY AUS DER ÄLTESTEN WHISKY DISTILLERY SCHOTTLANDS.


Wer sagt eigentlich, daß guter Geschmack
immer grauen Flanell braucht?
V.I.E.R.
JAZZ·NEW ORLEANS·1979
Herforder
Pils
Die neue Zeit hat ihren besonderen Geschmack: Herforder Pils
Leute mit gutem
Geschmack erkennt
man auch so: sie
leben wie sie wollen
– und genießen,
was gut ist – wann
immer es ihnen paßt:
Herforder Pils.
Feinherb, würzig.
Von vollendeter Reife.
Schon sprichwörtlich
seine Bekömmlichkeit.
Herforder
Pils
Premium-Exquisit